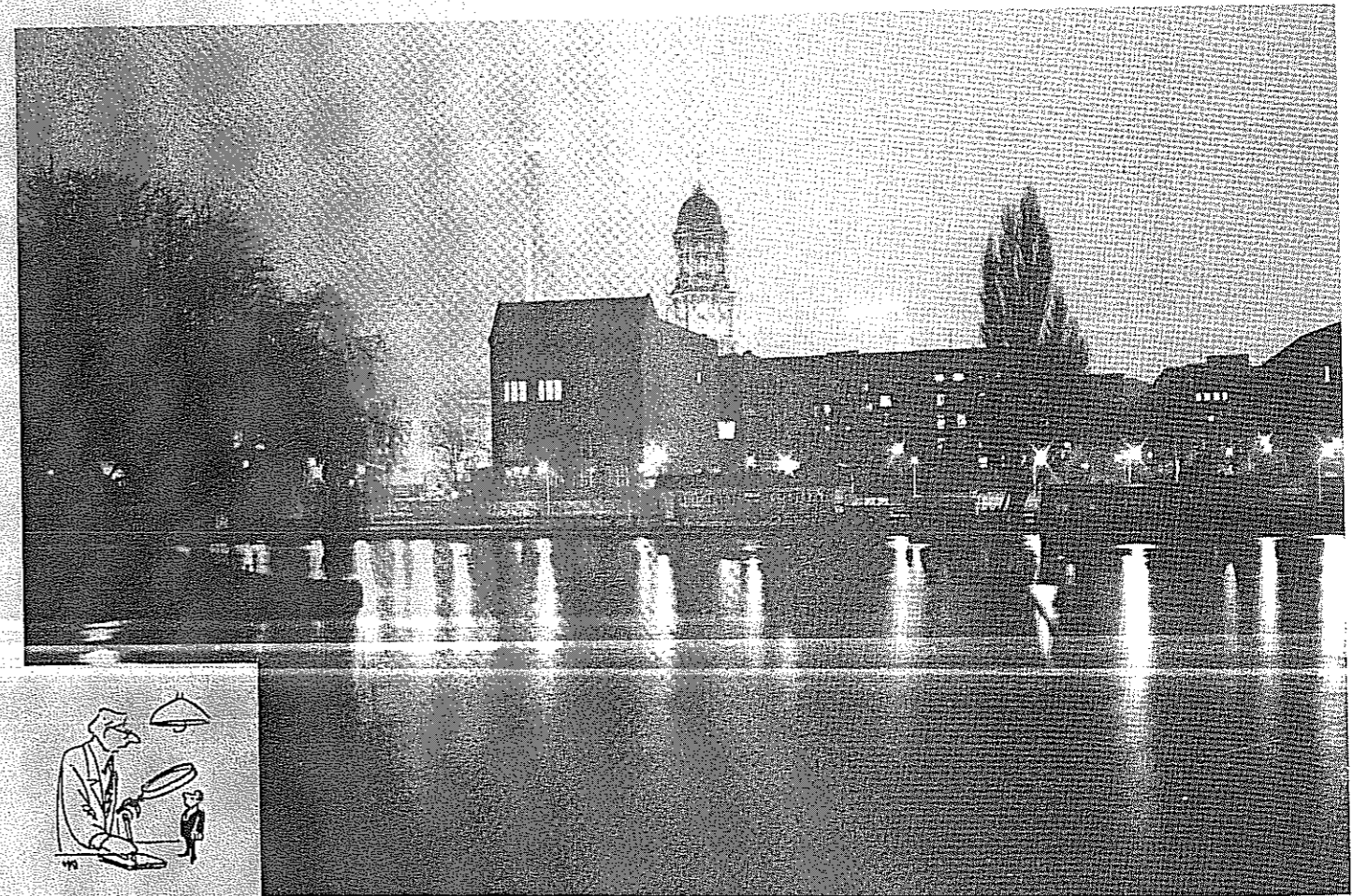


Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie

5. Jg. Nr. 1
August 1990



Herausgegeben im Auftrag der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für
Soziologie von Wendelin Strubelt, Bonn

Inhaltsverzeichnis

Anmerkungen des Herausgebers

Es ist vertrackt, aber es ist auch sehr schwierig, das Nachrichtenblatt im Nebenamt pünktlich herauszubringen. Auch diesmal ist es leider nicht ganz gelungen, wofür ich um Entschuldigung bitte. Aber ich hoffe, daß der Gehalt des Heftes allen diese Entschuldigung leicht fallen läßt. - Dokumentiert sind insbesondere die Referate des Schwerpunktes "Feministische Stadt- und Regionalforschung". Um das Heft nicht übervoll werden zu lassen, habe ich diesmal auf die Buchhinweise verzichtet. Sie werden im nächsten Heft deshalb stärker vertreten sein. Allem Anschein nach ist dieses Heft auch für unsere Sektion eines, das in einer Übergangszeit erscheint. Der Bericht über die Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Gesellschaft für Soziologie der DDR und die Teilnehmerliste der Gründerversammlung kann sich alsbald als ein historisches Dokument erweisen. Denn ich gehe davon aus, daß es in nicht allzu ferner Zukunft nicht zwei Sektionen in Deutschland geben wird, sondern nur noch eine. Die Perspektiven, die sich daraus ergeben können, schätze ich positiv ein, auch wenn die Rolle von Soziologie und Sozialwissenschaft in dem derzeitigen Einigungsprozeß nur eine nebenrangige zu sein scheint. Wer forscht eigentlich darüber? Wer forscht über die Anpassungsprozesse, die auf die Städte und Regionen der DDR zukommen werden? Erste Ergebnisse würde ich gerne in einem der nächsten Hefte dokumentieren.

Wendelin Strubelt

Bonn, im August 1990

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 5. November 1990

Schicken Sie Ihre Beiträge bitte an die folgende Adresse der Redaktion:

Wendelin Strubelt
c/o Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
Postfach 20 01 30

5300 Bonn 2

	<u>Seite</u>
I. <u>Berichte und Ankündigungen aus der Sektion</u>	
- Protokolle der Herbsttagung 1989	3
- Dokumentation der Herbsttagung 1989	6
o Christine Mussel: Stadtteil als personelle Ressource - Gruppendifkussionen im Stadtteil - Nutzen für Frauen?	9
o Marianne Rodenstein: Feministische Stadt- und Regionalforschung - ein Überblick über Stand und aktuelle Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten	17
o Ingrid Spiegel: Frauenleben auf dem Land - empirische Anhaltspunkte aus Untersuchungen zu Lebensweisen und Gesundheit von Frauen im ländlichen Raum	33
o Ulla Terlinden: Gebrauchswirtschaft und Raumstruktur	48
- Protokolle des Treffens der Arbeitsgruppe Frauen (2./3.2.90)	54
- Protokolle und Berichte der Sektionssitzung (27./28.4.90)	61
- Terminänderung für die nächste Sektionssitzung	73
- Peter Reinhart Gleichmann: Bericht vom 6. Deutsch-Polnisch-Tschechoslowakischen Symposium zur Stadt- und Regionalsoziologie im Juli 1989	74
II. <u>Berichte / Informationen / Hinweise</u>	
- Bericht zur konstituierenden Sitzung der Sektion "Stadt- und Regionalsoziologie" der Gesellschaft für Soziologie der DDR und Teilnehmerliste der Gründerversammlung	86
- Neues Schwerpunktprogramm in der Promotionsförderung des Evangelischen Studienwerks Villigst (Universitäten Bremen und Oldenburg)	92
- Forschungsdokumentation	98
III. <u>Forschungsprojekte</u>	
- Universität Bremen	104
- Universität Dortmund	104
- Wohnforum München	105
IV. <u>Lehrveranstaltungen</u>	
- Universität Bremen	106
- Universität Dortmund	106
V. <u>Literatur-Hinweise</u>	
- Hinweis auf Publikationen des Comite de Recherche "Planification et Urbanisation"	107
- Neuerscheinung in der Buchreihe der Sektion Frauenforschung	108

I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion

Protokolle der Herbsttagung 1989 in Bad Zwischenahn

Treffen der Sektion Stadtsoziologie in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bad Zwischenahn 20.-22.10.1989

Protokoll vom 20.10.1989

Protokollantinnen: Ursula Stein, Katrin Hater

1. Zum Vortrag Ulla Terlinden: Gebrauchswirtschaft und Raumstruktur

(Einige Ergebnisse aus der Dissertation zum gleichen Thema)

Die Untersuchung umfaßt den Zeitraum vom Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung. Heute, so die Begründung, sei Hausarbeit nur noch als abhängige Variable zu behandeln.

Die Dimensionen der Untersuchung sind:

- ökonomisch: (ausgehend von dem Idealtypus des "ganzen Hauses", wie von Max Weber und Werner Sombart beschrieben)
- sozial: welchen Menschen werden welche Arbeiten, Aufgaben und Rollen zugeteilt?
- räumlich: wie sind ökonomische Funktionen und soziale Beziehungen im Raum organisiert? Auswirkungen auf Siedlungsstruktur und Hausbau.

Die Diskussion kreiste im wesentlichen um drei Themen:

- das "Ganze Haus als historische Organisationsform und als Möglichkeit heutiger oder zukünftiger sozialräumlicher Organisation
- den Begriff "Gebrauchswirtschaft" und die räumlichen Implikationen von Gebrauchswirtschaft
- den Bezug der Untersuchung zu gesellschaftlichen Utopien

Zum "Ganzen Haus"

- Inwieweit kann das "ganze Haus" tatsächlich als typisch für die vorindustrielle Zeit gelten? Die für das ganze Haus aufgezählten Funktionen sind auch schon vor der Industrialisierung (auch schon im Mittelalter?) auf verschiedene soziale Einheiten verteilt gewesen. (R. Pieper)
- Aber die moderne Familie hat sich erst nach der Auflösung des ganzen Hauses als Produkt der bürgerlichen Gesellschaft herausgebildet. (U. Terlinden)
- Inwieweit bedeutete die räumliche Verschränkung von Verbrauchs- und Tauschwirtschaft im ganzen Haus auch fließende Übergänge in der geschlechtlichen Arbeitsteilung? (K. Hater)
- Auch im ganzen Haus waren die Grenzen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung rigide. Immer galt, daß Männer die Tauscharbeit machten. Die in feministischer Geschichtsforschung angeführten Beispiele von Handwerksmeisterinnen waren dagegen eher Ausnahmen. (U. Terlinden)
- Die Phase der Hausindustrie ist eine wichtige Phase im Übergang zur bürgerlichen Familie und ist, zumindest im Vortrag, etwas zu kurz gekommen. Ihre Voraussetzung war die Aufhebung der Heiratsverbote. In der Kritik bürgerlicher Philantropen und Reformer zeigten sich deutlich die dominanten gesellschaftlichen Wertvorstellungen, die auch auf eine deutlich rigide Trennung von Verbrauchs- und Tausch-

wirtschaft hinausliefen. Sie bemängelten an diesen Hausindustrien, daß die geschlechtliche Arbeitsteilung nicht ordentlich eingehalten werde: die Frauen arbeiteten auf dem Felde während die Männer zuhause saßen und webten oder nähten. Die Kinder seien zu sehr in den Arbeitsprozeß eingebunden und zu wenig vom elterlichen Eheleben getrennt. Solche Kinder könnten keine "zuverlässigen" Menschen werden. (H. Schneider)

- Andererseits ist es auch zu eng, für die heutige Zeit allein die Kleinfamilie als soziale Einheit für Gebrauchswirtschaft zu betrachten. Vielmehr spielen auch heute die Familienclans und die Nachbarschaftsmilieus nach wie vor eine große Rolle. (R. Pieper)

- Aber auch in diesen Clans und Nachbarschaftsmilieus wird die Gebrauchswirtschaft ganz überwiegend von den Frauen getragen. Sie sind damit kein Indiz gegen eine geschlechtsspezifische Zuordnung von Tausch- und Gebrauchswirtschaft. Auch diese Arbeit erfolgt ohne Entlohnung. (I. Spiegel)

- Wenn man Gebrauchswirtschaft weiter faßt als nur Hausarbeit und den gesamten Bereich der Eigenarbeit miteinbezieht, dann ist Gebrauchswirtschaft keinesfalls ausschließlich weiblich. Außerdem: welche These hast Du zur Erklärung dafür, daß sich die Kleinfamilie historisch durchgesetzt hat? (H. Häussermann)

- Es gibt verschiedene Erklärungsmöglichkeiten, von denen jedoch keine die Frage wirklich abschließen läßt. Ein feministischer Zugang stellt den patriarchalen Machtanspruch in den Mittelpunkt. Z.B.: Sobald es ökonomisch möglich wird, "leistet" sich auch der "kleine Mann" eine "eigene" Frau. (U. Terlinden, spontane Zustimmung von einigen männlichen Diskussionsteilnehmern)

Zu den räumlichen Implikationen der Gebrauchswirtschaft:

- Der Markt hatte immer beide Funktionen: Tausch und Versorgung, hatte damit auch Aspekte von Gebrauchswirtschaft, war der Marktplatz damit sozusagen zweigeschlechtlich? (R. Stierand)

- Der mittelalterliche Markt als Raum ist ein typisches Beispiel für Mischnutzung. (U. Terlinden)

- Ein besonders interessantes Ergebnis der Untersuchung ist, daß in dieser historischen Rekonstruktion sich der Stadt-Land Gegensatz auch schon für das Mittelalter relativiert. (M. Rodenstein)

- Der Unterschied oder die Ähnlichkeit zwischen Stadt und Land waren nicht Hauptgegenstand der Untersuchung und der Argumentation. Aber festzustellen ist, daß die Gestalt der Stadt auch von landwirtschaftlicher Produktion (große Nutzgärten) und zwar als Gebrauchswirtschaft in der Hand der Frauen stark bestimmt war. Die alte These von der Abhängigkeit der Stadt von ländlicher Lebensmittelproduktion ist damit infrage gestellt. (U. Terlinden)

- In der Wohnung findet heute eine Überschneidung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit (Gebrauchswirtschaft?) und Hobby statt. In dem Vortrag fehlte die Berücksichtigung von Hobbies, die Wohnung als Raum freier Entfaltung. (H. Müller)

- Diese Unterscheidung ist aus Frauensicht uninteressant: Hausarbeit läßt kaum Zeit für Hobbies. (Diskussionsteilnehmerin)

- und ist nicht selbstbestimmt! (K. Dörhöfer)

- Unter der Frage, wo ist Raum für Gebrauchswirtschaft, wäre es doch interessant, die Untersuchung bis heute fortzusetzen. Denn der Raum würde ja z.B. in der Mietskaserne immer enger. Gebrauchswirtschaft war eigentlich nur gegen die vorhandenen Raumstrukturen möglich. (R. Pieper)

- Auch heute ist Raum für Gebrauchswirtschaft immer wieder gefährdet. Z.B. wenn Schrebergärten überplant werden. (C. Mussel)

Zur feministischen Utopie von Raumstruktur und Gebrauchswirtschaft:

- Was ist die Konsequenz? Ist Gebrauchswirtschaft rückständig, hindert die Frauen an der Emanzipation und ist somit zu tilgen oder ist sie "eigentlich" der Ort weiblicher Entfaltung und Eigenständigkeit und sollte daher in ihren besonderen Bedingungen auch besonders berücksichtigt werden, z.B. in der Raumplanung? (H. Häussermann)

- Die Untersuchung ist ohne utopischen Impetus. Es geht allein um die Ergänzung des historischen Bildes. Der Anteil weiblicher Arbeit und der Gebrauchswirtschaft an der baulich-räumlichen Struktur soll sichtbar werden. (U. Terlinden)

- Die progressivsten Tendenzen in Diskussion und Praxis gehen heute dahin, sich dem "ganzen Haus" wieder anzunähern, indem man versucht, wieder Nachbarschaften zu bauen. (H. Müller)

(Einwurf: Das hat noch nie geklappt. (H. Häussermann))

M. Rodenstein beendet die Diskussion mit Hinweis auf die Zeit und empfiehlt wärmstens die Dissertation zur Lektüre. Manche aufgeworfene Frage werde dort erschöpfend behandelt.

2. Zum Vortrag von Ingrid Spiegel: "Frauenleben auf dem Land - empirische Anhaltspunkte zu Lebensweisen und Gesundheit von Frauen im ländlichen Raum."

Die Diskussion konzentrierte sich inhaltlich stark auf der Frage unterschiedlicher Emanzipationschancen und -Ziele von Frauen in der Stadt und auf dem Land. Zur Methode wurde die Frage nach der Verknüpfung qualitativer und quantitativer Zugänge erörtert.

Zum Inhalt:

- Das beschriebene Phänomen, daß geschlechtsspezifische Rollenkonflikte sehr weitgehend als individuelle Probleme wahrgenommen werden, gilt auch für Städterinnen. Vermutest Du dennoch einen Mangel an Erkenntnis über patriarchalische Strukturen nur auf dem Lande? (Diskussionsteilnehmerin)

- nein, keineswegs, aber dort ist der Mangel durchgängiger, sind die Strukturen so wirksam, daß es kaum möglich ist, sich anders zu verhalten. (I. Spiegel)

- Also ist das Vorbild für die Emanzipation doch die Stadt? Vielleicht nimmt Emanzipation auf dem Land ihre eigenen Verläufe, für die uns der Blick versperrt ist. (M. Rodenstein)

- Ja, die konkreten Emanzipationsziele lassen sich eher aus der Differenz von Sein und Bewußtsein ablesen. Z.B. unterschätzen die Frauen auf dem Lande durchweg ihren hohen Anteil am Erwerbseinkommen. (I. Spiegel)

- Nimmt man Bezug auf den vorhergegangenen Vortrag so könnte man zu dem Schluß kommen, wo besonders viel Gebrauchswirtschaft stattfindet, ist gleichzeitig das Patriarchat am stärksten. In dieser Untersuchung wurde offensichtlich nach dem Anteil der Frauen an der Reproduktion nicht gefragt. Hier könnte aber eine legitime Ursache für die angegebene hohe Zufriedenheit liegen. (W. Siebel)

- Ich hatte erwartet, das Selbstbewußtsein der Frauen auf dem Lande sei größer, weil die Gebrauchswirtschaft stärker ausgeprägt ist, so daß es zwar auf der einen Seite eine noch stärkere geschlechtsspezifische Trennung gibt, andererseits aber auch mehr Respekt. Erst das Überschwappen städtischer Lebensweisen verschärft die Situation der Frauen auf dem Lande. (K. Dörhöfer)

- Gebrauchsarbeit bis hin zum Tätigkeitszwang verschafft den Frauen auf dem Lande zwar Anerkennung, aber sie definieren ihre Arbeit rein als abhängige Arbeit, z.B. als "mithelfende Familienangehörige" und als Hilfstätigkeit, während der Mann der Betriebsinhaber ist. Die Vorstellung von dem ausgeprägten Selbstbewußtsein der Frauen auf dem Lande entspricht vielmehr der Landideologie von Städtern. (I. Spiegel)

Zur Methode:

- Die Subjekte kommen in einem Survey zwangsläufig kaum richtig zur Sprache. Läßt das rein quantitativ erhobene Datenmaterial, diese weitreichenden Interpretationen überhaupt zu? Wie kann z.B. die Aussage von der Totalität der Nachbarschaft belegt werden? (H. Häussermann)

- I. Spiegel bestätigt eine gewisse Diskrepanz zwischen Thesen und Methoden. Die Interpretation der erhobenen "Oberflächendaten" war allerdings möglich vor dem Hintergrund anderer, qualitativ durchgeführter Studien zur Situation auf dem Lande. Hervorzuheben ist hier besonders die Studie von Brüggemann/Riehle. Sie belegen auch die These von der Totalität der Nachbarschaft. Die Verwendung von Daten aus der Herz-Kreislauf Präventionsstudie eröffnen jedoch andererseits die sehr interessante Möglichkeit, städtische Vergleichsdaten auszuwerten.

3. zum Vortrag von Vera Lasch und Eva Wönnenberger über ein HdA-Projekt: "Gesundheit von Bäuerinnen" in der Region Biberach

Stichpunkte aus dem Vortrag:

Zu Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft:

Die bekannte Entwicklung setzt sich in unverminderter Heftigkeit fort: die Zahl der Betriebe nimmt weiterhin ab, die Größe der verbleibenden Höfe wächst. Nach wie vor sind die Landwirte permanent vor die Frage des Wachstums oder Weichens gestellt, wobei beide Optionen immer prekärer werden. So geraten heute zunehmend auch größere und moderne Höfe in die Krise, die sich in den siebziger Jahren mit hohem Kapitalaufwand spezialisiert haben und heute bei seit den siebziger Jahren gleichbleibenden, jedoch seit 1986 sinkenden Gewinnen die Kapitaldienste nicht mehr tragen können. 52% der Betriebe erwirtschaften heute einen Gewinn, der unterhalb der Lebenshaltungskosten liegt, jeder sechste Vollerwerbsbetrieb ist akut konkursgefährdet.

Zur Lebenssituation der Bäuerinnen:

Nach dem Agrarbericht der Bundesregierung 1987 arbeiten 54% der Frauen im landwirtschaftlichen Betrieb mit. Innerhalb dieser Quote gibt es große Unterschiede im Vergleich der Altersgruppen, wobei bei älteren Frauen der Anteil höher, bei jüngeren niedriger ist. Jedoch nur 8% der Frauen sind Betriebsleiterinnen. Häufig sind dies Frauen über 65 Jahre und die Betriebe gehören zu den kleineren. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Frauen liegt bei 47 Wochenstunden (laut Agrarbericht). Als mithelfende Familienangehörige haben sie keine eigene soziale Sicherung, mit der Folge, daß es z.B. auch keinen bezahlten Schwangerschaftsurlaub gibt und Krankenversicherung insgesamt eher als Luxus gilt, den Frauen sich nicht leisten kann. Untersuchungen der amerikanischen "Farm-crisis" belegen, daß der psychische Streß gerade in den modernen anpassungsbereiten Betrieben am größten ist, die in den siebziger Jahren eine zu hohe Verschuldung eingegangen sind.

In bisher zwei Gruppengesprächen mit Bäuerinnen wurde ermittelt, wie die Bäuerinnen mit dieser Situation zurecht kommen und wie sie ihre Lage selbst einschätzen. Eines der wichtigsten bisherigen Ergebnisse ist, daß die Bäuerinnen selbst sich sowohl durch die höchst unsicheren Zukunftsaussichten und als auch durch Arbeitshetze "immer mehr immer schneller arbeiten" belastet fühlen, sondern vor allem die soziale Marginalisierung und Isolation im Dorf als Belastung nennen und beschreiben.

- Rein quantitativ werden bäuerliche Familien im Dorf zur Minderheit. Auch kleine Gewerbetreibende, deren Lebensstil und Wertesystem dem der Bauern am ehesten ähnelt, werden immer weniger. Stattdessen sind ein immer größerer Teil der Dorfbewohner Arbeiter- oder Angestelltenfamilien, mit klar definierten Verhältnissen von Arbeit und Einkommen, Arbeit und Freizeit. Es kommt zur Abwertung und Infragestellung des Sinns landwirtschaftlicher Arbeit, die auch bei härtestem Einsatz weniger Gewinn abwirft als andere Betriebe und kaum freie Zeit übrig läßt.

- Jede Verschlechterung der sozialen Infrastruktur auf dem Lande trifft die Bäuerinnen besonders, da sie kaum auf überlokale Alternativen ausweichen können.

- Räumlich wandern viele Betriebs- und Wohnstätten aus dem Dorf heraus auf Aussiedlerhöfe. Höfe, die im Ort oder in unmittelbarer Nähe bleiben, haben häufig Konflikte mit den Nachbarn wegen der Lärm- und Geruchsbelästigung durch die landwirtschaftliche Produktion auszuhalten.
- Die Konkurrenz der Bauern untereinander, vor allem um Pachtland, isoliert sie zusätzlich von einander.
- Selbst innerhalb der bäuerlichen Familien wird das bäuerliche Wertesystem brüchig: die Tendenz zur Individualisierung höhlt das "Hofdenken" aus. Kinder werden ermutigt, eine nichtlandwirtschaftliche Ausbildung zu machen, gleichzeitig wird bedauert, daß ihnen "die rechte Liebe zur Landwirtschaft" fehle. Generationenkonflikte ergeben sich auch bei einer erwünschten Hofübernahme durch die folgende Generation, wenn der Hof nicht genügend abwirft, um das Altenheim auszuhalten.
Insgesamt wird die ökonomische Basis schlechter und unsicherer, werden soziale Netze dünner und belasteter und wird das eigene Wertesystem brüchiger. Dies trifft gerade die Bäuerinnen besonders, denen zunehmend die materiellen und immateriellen Ressourcen ausgehen, die sie auch für die Bewältigung ihrer zusätzlichen Aufgabe des innerfamiliären Spannungsausgleichs gerade in Krisensituationen benötigen.

Folgende Forschungsschritte sind geplant: eine repräsentative Stichprobe von Bäuerinnen wird entlang eines weitgehend standardisierten Fragebogens befragt nach ihrem Gesundheitszustand, ihren Einstellungen zur Arbeit und zu ihrer Lebenssituation sowie nach Umfang und Art der Arbeit. Aus dieser repräsentativen Stichprobe wird eine kleine Gruppe von Bäuerinnen ausgewählt, deren Gesundheits-/Krankheitsgeschichte in offenen biographischen Interviews aufgenommen wird. Parallel dazu wird die konkrete Arbeitssituation dieser Frauen beobachtet. Die Ergebnisse der Studie sollen den Befragten sowie den Experten wieder zurückvermittelt und mit ihnen diskutiert werden. Außerdem bietet sich ein Vergleich mit den Ergebnissen der Herz-Kreislauf-Präventionsstudie an.

In der Diskussion wurde zunächst Parallelen/ Unterschieden zu den von Ingrid Spiegel beschriebenen Lebenssituationen festgestellt, wobei die Unterschiede überwiegen: Hier Bäuerinnen, dort Frauen auf dem Lande, hier der "ausblutende" Kreis Biberach, dort der prosperierende Kreis Traunstein. Auch wurde deutlich, daß die Ergebnisse nicht ohne weiteres auf andere Landkreise, z.B. in Norddeutschland, übertragbar sein würden, da dort die Landwirtschaft anders strukturiert und ökonomisch in einer anderen Situation sei. Vergleichsstudien mit einer gleichen methodischen Anlage wären höchst interessant. Als weiterer Belastungsfaktor für die Bauern wirke die ökologische Kritik an der bzw. Anforderungen an die Landwirtschaft. In einer Region habe die evangelische Volkshochschule bereits einen Bauernnotruf eingerichtet habe, um auf den Problemdruck in der bäuerlichen Bevölkerung zu reagieren. (H. Müller) Als Präventionsstrategien wurde nach Möglichkeiten eines Sozialversicherungssystem für Bäuerinnen gefragt. (R. Pieper)

Aufgrund der vorgerückten Zeit mußte die Diskussion vorzeitig beendet werden.

Prozess der Partizipation Stadt- und Regionalsoziologie in Bad Zwischenahn vom 20. - 22.10.1987

Christine Mussel "Stadtteil als personelle Ressource - Gruppendiskussion im Stadtteil - Nutzen für Frauen?"

Christine Mussel (C.M.) berichtete über den Entwicklungsstand ihres theoriegeleiteten und planungsorientierten Konzeptes, mit dem sozial-räumliche Realitäten aus der Erfahrung der BewohnerInnen erfaßt werden sollen. Ausgehend von der Erfahrung der BewohnerInnen mit ihrem Stadtteil sollten Kriterien entwickelt werden, an denen sich Planung orientieren kann. Hierzu wurde die Gruppendiskussion (GD) als qualitative Methode gewählt und durch die Medien Film und Video ergänzt.

In der sich anschließenden Diskussion wurden schwerpunktmäßig die verwendeten analytischen Begriffe sowie die GD als methodisches und Partizipations- Verfahren thematisiert.

Zur begrifflichen Bestimmung des "Stadtteils als Ressource" wurde angemerkt, daß der Stadtteil als Konsumstruktur starker im Vordergrund stehe, während seine Bedeutung als Arbeitsort entziele.

Die Dimension der Arbeit ist, nach C. M., in der begrifflichen Fassung enthalten. Die auf den Stadtteil bezogenen Fragen an die BewohnerInnen beinhalteten auch Fragen nach der Behinderung oder Förderung der unterschiedlichen Arbeiten.

Die Erfassung der Qualität des Austauschverhältnisses über die begriffliche Subjekt als positive und Objekt als negative Bewertung lasse, so eine kritische Anmerkung, Widersprüchlichkeiten der Anforderungen und Dringlichkeiten nicht zu. Der Beitrag übersehe die widersprüchlichen Anforderungen an Stadt als Heimat und Stadt als Maschine.

C. M. wies darauf hin, daß das Leben in einem Stadtteil zwangsläufig mit Konflikten verbunden sei. Ebenso seien die Interessen, Gefühle und Verhaltensformen der Subjekte ambivalent. Entscheidend sei nicht die Frage, ob Konflikte auftreten, sondern welche Formen des Umgangs mit Konflikten möglich seien. Die Qualität des Stadtteils als Ressource steige, wenn unterschiedliche und widersprüchliche Anforderungen der BewohnerInnen möglich seien.

Weiterhin wurde problematisiert, daß die GD als Methode nicht ausgeschöpft worden sei. Um Subjektstrukturen zu erfassen seien andere Methoden (z.B. Interviews) besser geeignet. Aus diesem Grund sollte sich die Anwendung dieses "schwierigen" Verfahrens darauf beschränken, die kommunikativen Verläufe einer Diskussion zu untersuchen.

In ihrer Antwort betonte C. M., daß in der GD nicht Gruppenbildungsprozesse, sondern stabile Meinungen erhoben werden sollten.

In diesem Zusammenhang erfolgte auch der Einwand, daß in einer GD die individuelle Durchsetzungsfähigkeit starker wirke als die stabile Meinung. In gemischt-geschlechtlichen Gruppendiskussionen sei der Meinungsbildungsprozess durch die Beiträge der männlichen Teilnehmer dominiert gewesen, während Frauen kaum bzw. überhaupt nicht zu Wort gekommen wären. Das Problem männlicher Dominanz im Prozess der Meinungsbildung sei zwar in einer reinen Frauengruppe gelöst, dennoch bleiben andere Auswirkungen gesellschaftlicher Benachteiligung - z.B. eingeschränkte Teilnahmemöglichkeit und Beteiligung - bestehen.

C.M. gab zu bedenken, daß mit diesen Formen gesellschaftlicher Benachteiligung jedes methodische Verfahren konfrontiert sei. Der Meinungsbildungsprozess sei für die Teilnehmerinnen auch als Lernprozess zu verstehen, den sie als Subjekte gestalten und in dem sie sich entwickeln könnten.

Kontrovers diskutiert wurde die Frage, ob die BewohnerInnen eines Stadtteils als "Realgruppe" anzusehen seien. Gerade die Relevanz der GD sei abhängig von der Zusammensetzung der Diskussionsgruppe und der zu behandelnden Thematik. Gewährleistet sei dies nur durch Realgruppen. Keine Frauengruppen würden dieser Realität nicht gerecht, da reale Gruppen sich immer aus beiden Geschlechtern zusammensetzten. Dies wurde auch der Intention widersprechen die GD als Instrument zur Stärkung der Position der Frauen einzusetzen, da dies ihrer Repräsentanz z.B. in der Planungssituation nicht entspreche.

C.M. betonte die Tatsache, daß Frauen als BewohnerInnen eines gemeinsamen sozialräumlichen Bezugssystems über Erfahrungen mit diesem Stadtteil verfügen und sie deshalb eine Realgruppe bilden. Die GD als Auseinandersetzungsprozess kann die Durchsetzungsfähigkeit gerade der Frauen fördern. Gegenüber gemischten Gruppen hätten die Teilnehmerinnen in gleichgeschlechtlichen Gruppen die Möglichkeit, ihre Betroffenheit nicht nur zu artikulieren, sondern auch den Meinungsbildungsprozess zu gestalten und sich in dem Prozess zu entwickeln.

Gegen die GD als Erhebungsinstrument wurde weiter einwendet, daß über die Erhebung von Meinungen keine Rückschlüsse auf die gesellschaftliche Realität möglich seien.

Dagegen verwies C. M. auf die über die GD ermittelte Existenz z.B. von Vorurteilen gegenüber Ausländern. Dies weise deutlich auf eine gesellschafts-politische Problematik hin, die sowohl von politischer wie von planerischer Seite zur Kenntnis genommen werden müsse.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Verwendung der GD als Instrument zur Hypothesenbildung in der empirischen Sozialforschung wurde die Frage gestellt, inwieweit dieses Verfahren eine Methode der besseren Partizipation von Frauen am Planungsprozess sei.

Für C. M. bestand hier ein untrennbarer Zusammenhang: Sowohl ForscherInnen und PlanerInnen als auch BürgerInnen partizipierten an diesem Verfahren. Die GD sei aufgrund der Alltagsnähe der Erhebungssituation für Frauen und andere Gruppen geeignet, die durch formelle und hierarchische Kommunikationsstrukturen ausgegrenzt würden. Die TeilnehmerInnen würden als gleichberechtigte PartnerInnen im Forschungsprozess begriffen, was dem Abbau von Hierarchien diene. In der GD würden Inhalte thematisiert, die der unmittelbaren Erfahrung zugänglich seien. Die BürgerInnen könnten somit ihre Kompetenz nicht nur zum Ausdruck bringen, sondern sich als Subjekte in diesem Prozess entwickeln.

Marianne Kodenstein "Feministische Stadt- und Regionalforschung - Ein Überblick über städt. aktuelle Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten"

M. Kodenstein (M.K.) ging einleitend der Frage nach, wodurch sich die feministische Forschung von der herkömmlichen Stadt- und Regionalforschung unterscheidet. In einem zweiten Schritt gab sie einen Überblick über städt. aktuelle Probleme und perspektiven feministischer Stadt- und Regionalforschung. Ausgehend von den Kategorien der feministischen Wissenschaftsanalyse charakterisierte sie Ergebnisse feministischer Forschung zu Stadt und Region. Dabei unterschied sie folgende vier Ansätze:

- a) Methodologie
- b) Situationsanalysen
- c) Rekonstruktionsanalysen
- d) Rekonstruktionsanalysen

10

7

Bei der Darstellung dieser verschiedenen feministischen Ansätze wurde besonders das Verhältnis dieser Arbeiten zum patriarchalen politischen System beleuchtet. Abschließend zeigt M. K. Entwicklungsmöglichkeiten feministischer Stadt- und Regionalforschung auf, indem sie auf das Modell "intermediärer Strukturen" in der Stadtplanung verwies.

Die nachfolgende Diskussion war vorwiegend bestimmt durch Anmerkungen und Fragen zur vorgenommenen Klassifizierung und zur Bedeutung "intermediärer" Strukturen.

Angeregt wurde, die von M. K. vorgenommene Klassifizierung um einen social-historischen Ansatz zu erweitern. Verwiesen wurde in diesem Zusammenhang auf die Arbeiten von J. Jacobs "Tod und Leben großer amerikanischer Städte" und Heidi Berndt "Die Natur der Stadt". Allerdings basierten diese Arbeiten nicht auf einem feministischen Erkenntnisinteresse.

Problematisiert wurde die Beurteilung der Situationsanalysen. Es sei verkürzt, die Situationsanalysen nur nach dem Kriterium der gesellschaftspolitischen Verwertbarkeit zu beurteilen. Zu berücksichtigen sei auch deren historische und zufällige Bedeutung. Weiterhin sei der Bedarf gerade an konkreten Situationsanalysen für die politische Praxis sehr hoch, da die Ver- und Rekonstruktionsanalysen praktisch nur schwer vermittelbar seien, gerade in der Planung sei es wichtig, auf konkrete Ergebnisse und Erkenntnisse zurückzugreifen.

Bei der Bestimmung der Situationsanalysen müsse der personenorientierte Begriff der "Betroffenheit" mit seinem jeweiligen gesellschaftlichen Hintergrund hinzugezogen werden. Widersprochen wurde M. Kodensteins Beschreibung der Entwicklungsdynamik feministischer Politik und ihr Verhältnis zum patriarchalen politischen System. In ihrer Beschreibung sei zwischen Frauenbewegung und politischen Strukturen eine zu scharfe Trennung vorgenommen worden. Dies lasse sich an der Entwicklung der autonomen Frauenbewegung aufzeigen.

Bei der Beschreibung der Rekonstruktionsanalyse wies M. K. darauf hin, daß für die feministische Sozialwissenschaft die Auseinandersetzung mit dem Arbeitsbegriff in Theorie und Empirie zentral sei. Die Rekonstruktion der traditionellen theoretischen Ansätze und empirischen Untersuchungen habe die Eingrenzung der Arbeit auf Erwerbsarbeit und somit die Ausgrenzung von Hausarbeit/Gebrauchsarbeit von Frauen aufgezeigt. Damit wurde auch der Universalitäts- und Universalanspruch dieser Theorien und empirischen Untersuchungen in Frage gestellt. Diese vorgedachte Kritik am "Arbeitsbegriff" wurde als konstruktiv und überzeugend bewertet, auch bei der Erweiterung um den Begriff der "Hausarbeit/Gebrauchsarbeit" notwendig.

M. Kodenstein's Überlegungen zur Weiterentwicklung feministischer Ansätze der Stadt- und Regionalforschung waren insbesondere von dem Aspekt der Herstellung von "intermediären Strukturen" geleitet. Bedenken wurden hinsichtlich der politischen Bedeutung dieser Strukturen geäußert. Die Entwicklung neuer Frauenräume zielt zwar auf die Veränderung von bestehenden Machtstrukturen, dennoch ginge mit der Schaffung von Räumen speziell für Frauen eine gezielte Ausgrenzung einher, die die intendierte Aufhebung patriarchaler Strukturen gefährde. Desweiteren könne die Entwicklung der Andersartigkeit von Frauen außerhalb der bestehenden Strukturen gefördert werden, während diese selbst unangetastet blieben.

Zur Bedeutung "intermediärer" Strukturen wies M. K. darauf hin, daß die selbstgeschaffenen Frauenräume (z.B. Frauenrat) im Gesamtkonzept der Veränderungen gesehen werden müßten. Vorschläge zur Veränderung wie z.B. die Errichtung von Frauenräumen seien immer innerhalb des bestehenden patriarchalen System entwickelt worden. Von Frauen für Frauen geschaffene Räume stellten die Möglichkeit zur Verständigung und der gemeinsamen Interessensfindung dar. In diesem Zusammenhang wurde auf die bereits bestehenden Frauenhäuser für misshandelte Frauen hingewiesen.

Bemangelt wurde die fehlende Thematisierung sozialer Ungleichheit unter Frauen. Dieser Einwand konnte aus zeitlichen Gründen nicht erschöpfend diskutiert werden.

Ulrike Raum
Kita Weirich-Lurk

Christine Mussel

Stadtteil als personelle Ressource -
Gruppendiskussionen im Stadtteil -
Nutzen für Frauen?

1. Fragestellung

Ich berichte über ein Forschungsprojekt, in dessen Rahmen ich mit den übrigen an diesem Projekt Beteiligten 1) Gruppendiskussionen in Kasseler Stadtteilen durchgeführt habe und an deren analytischen Aufarbeitung ich derzeit arbeite. Die Gruppen bestanden aus Männern und Frauen.

Ziel des Forschungsprojekts war es, Methoden zu erproben, wie NichtexpertInnen, also BewohnerInnen städtischer Gebiete aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Umwelt des Stadtteils Kriterien und Indikatoren für die Umweltbelastung in ihrem unmittelbaren Lebensraum entwickeln können, die als Indikatoren für die Planung dienen können. Die Idee war zu untersuchen, inwieweit sich technische Meßgrößen durch Erfahrungswissen ablösen/ergänzen ließen. Dabei wurde insbesondere die Gruppendiskussion als Methode untersucht. Die Ergebnisse der Gruppendiskussionen wurden in einer Kontrolluntersuchung auf Repräsentativität 2) geprüft.

Gegenwärtig arbeite ich an der Entwicklung eines theoriegeleiteten und handlungsorientierten (d.h. planungsrelevanten) Konzepts für die Erfassung von Realitäten, wie sie in Äußerungen von BewohnerInnen zutage treten.

Zwei Aspekte aus diesem Arbeitszusammenhang möchte ich heute zur Diskussion stellen:

- die analytischen Begriffe, mit denen ich die Aussagen der TeilnehmerInnen der Gruppendiskussionen fasse.

- die Frage, welchen Nutzen eine auf die Anforderungen von Frauen orientierte Planung aus der Anwendung der Methode ziehen kann.

2. Forschungshintergrund

In zwei Wohngebieten Kassels mit unterschiedlichen Umweltsituationen und -belastungen wurden jeweils 150 Haushalte mit Hilfe eines Zufallsverfahrens ausgewählt und zu Gruppendiskussionen über die Umweltbelastung ihres Wohngebiets eingeladen. Die Gruppendiskussionen dauerten zwischen eineinhalb und zwei Stunden. Sie wurden mit Video aufgenommen.

Die Diskussionen wurden ebenfalls mit einem Videofilm eingeleitet. Dieser Videofilm hatte u.a. den Zweck, den Rahmen der Diskussion klar abzustecken.

Ein weiterer wichtiger Zweck war es, die Gruppendiskussionen auf den heutigen (wissenschaftlichen) Erkenntnisstand zu führen, d.h. die Diskussionsebene war nicht allein das "Alltagswissen", sondern die Konfrontation zwischen allgemeinen Zusammenhängen und Erkenntnissen und den Erfahrungen der Menschen in ihrem Stadtteil. In seinem Kernstück vermittelte der Film dabei den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Thema Auswirkungen von Umweltbelastungen in popularisierter Form. Dies auf zwei Ebenen: die sozialen und psychischen Auswirkungen von Umweltbelastung und gesellschaftliche Folgen.

2.1. Soziale und psychische Auswirkungen

Der Film enthielt eine Szene, in der der Alltag einer Familie gezeigt wurde. Hier wurden Indikatoren für lärm- und luftbedingte Umweltreize dargestellt und der Wirkungszusammenhang dieser Reize für das Zusammenleben der Familie thematisiert, z.B. Lärm und Kopfschmerzen, Luftbelastung und Atemwegserkrankung des Kindes, Streit wegen der Schwiegermutter, die es ablehnt, die Familie in ihrer lärmgestörten Wohnung zu besuchen, Investitionen in Schutzmaßnahmen wie das Abdichten der Fenster, Reibereien zwischen den Eheleuten u.ä..

Dokumentation der Herbsttagung 1989
Abdruck von vorgelegten Referaten

2.2. Gesellschaftlicher Wirkungszusammenhang

Der gesellschaftliche Wirkungszusammenhang von Umweltbelastungen wurde ebenfalls thematisiert. Ein Beispiel: Kosten, die wegen der notwendig gewordenen Schadstoffbeseitigung entstehen...

3. Unerwarteter Verlauf des Forschungsprozesses

Unerwartet war für uns der Verlauf der Gruppendiskussionen. Entgegen unserer Vorstellung und unseres Designs beschränkten sich die TeilnehmerInnen der Diskussionen nicht auf den ihnen bei den vorbereitenden Kontaktgesprächen, in der Einleitung der Gesprächsrunden und durch das Video vorgegebenen Rahmen, also auf den Wirkungszusammenhang Umweltbelastung. Genauer gesagt, wurde zwar anfangs über Luft und Lärm, über die Darstellung der Situation im Stadtteil diskutiert, nach einiger Zeit jedoch wurden andere Themen angesprochen: Die Bundeswehr, die im Kleingartengebiet Fahrschule abhält, die Verschmutzung des Bachs, der durch den Stadtteil fließt, Probleme mit Ausländern, aber auch Qualitäten des Stadtteils: Die fußläufige Verbindung zu Wald und Wiesen, gute Einkaufsmöglichkeiten, billige Mieten, eine als lebendig charakterisierte Zusammensetzung der Bevölkerung.

4. Interpretation des unerwarteten Ergebnisses

Wie ist dieses Abweichen von der vorgegebenen Thematik zu interpretieren? Genau genommen haben die TeilnehmerInnen ja das Thema verfehlt" oder die Diskussionleitung hat zu wenig darauf geachtet, daß das Thema eingehalten wird. Nach eingehender Analyse der Gruppendiskussionen bin ich zu folgendem Schluß gekommen:

Nachdem die TeilnehmerInnen der Diskussionen feststellen, daß die nichtdirektive Diskussionsleitung sie darüber reden läßt, was ihnen selbst wichtig ist in Bezug auf ihren Stadtteil, sprechen sie über ihren Ärger, ihre Ohnmachtsgefühle, die Widersprüchlichkeiten in ihrem eigenen Verhalten, darüber, was ihrer Ansicht nach verändert werden

relationships, such that the actions of one person can only be described and understood in relation to the actions of other persons, and in relation to the situational and temporal circumstances, in which the actors are involved" (Altman/Rogoff 1987, S. 24). Das transaktionale Konzept geht von der wechselseitigen Definition verschiedener Elemente in einer raum-zeitlichen Untersuchungseinheit aus, wie es in dem Satz "people are their place, the place is the people" (ebenda, S. 31) zum Ausdruck kommt, so wie wir es oben in dem Ausdruck, die Straße ist lebendig, tot, hat Augen, gehört haben. Das transaktionale Konzept eignet sich besonders gut für die Erfassung des räumlichen Umweltzusammenhangs, also in meinem Fall des Stadtteils. Das zweite Konzept ist ein soziologische Konzept. Ich stütze mich bei der Dialektik sozialen Handelns auf die Bearbeitung durch Joachim Israel (1985, 1989). Hier ist mir die dialektische Vorstellung der Selbsterzeugung des Menschen wesentlich, d.h. die Vorstellung, daß Menschen immer zugleich Subjekte und Objekte ihrer Lebenszusammenhänge sind. Vielleicht mag das einigen banal erscheinen. Wir müssen uns jedoch vor Augen halten, daß im Verhältnis Planung-Bevölkerung die Menschen grundsätzlich als Objekte begriffen sind, wie es das Vokabular Betroffene, Beplante zeigt. Von daher ist die dialektische Vorstellung, daß Menschen zugleich immer auch Subjekte sind, von Bedeutung.

6. Handlungsorientierte Übersetzung des Austauschkonzepts

Um den Austausch zwischen Individuen und Umwelt, hier BewohnerInnen und Stadtteil in planungsrelevanten Kategorien zu fassen, verwende ich zum einen den Begriff Ressource und beschreibe zum anderen die Qualität des Austauschs zwischen BewohnerInnen und Stadtteil. Ressource und Qualität des Austauschs sind eine Übersetzung der theoriegeleiteten Interpretation der Äußerungen von BewohnerInnen zu ihrem Wohngebiet in handlungsorientierte, d.h. planungsbezogene Begriffe.

mißte, kurz, sie thematisieren das Austauschverhältnis zwischen sich und der Umwelt des Stadtteils.

BewohnerInnen ←→ Umwelt

In der Diskussion werden Aspekte und Dimensionen dieses Austauschs verhandelt.

Ich möchte diese Vorstellung des sozial-räumlichen Austauschs an zwei Beispielen verdeutlichen: In der Erhaltungssatzung nach Bundesbaugesetz, einem bodenrechtlichen Instrument, wird die gegenseitige Angewiesenheit von Bevölkerung und Wohngebiet zur Grundlage kommunaler Eingriffe in die freie Verfügung über das Wohneigentum gemacht. Diese Vorstellung der gegenseitigen Angewiesenheit entspricht der Vorstellung eines Austauschs zwischen Bevölkerung und Wohnquartier. Wenn wir davon reden, daß eine Straße "lebendig" ist, "Augen hat" (Jane Jacobs) oder "tot" ist, so sind diese Bilder von der gleichen Vorstellung eines Austauschs zwischen den Menschen, die hier leben und die Straße nutzen und der Straße geprägt.

Ich versuche, die Thematisierung des Austauschverhältnisses in Begriffen zu fassen, die sowohl theoriegeleitet als auch handlungsorientiert sind.

5. Zur Theorie des Austauschkonzepts

Obwohl ich eigentlich ausführlich auf den theoretischen Hintergrund des Begriffs Austauschverhältnis eingehen müßte, kann ich hier nur kurz andeuten, in welchem theoretischen Zusammenhang ich mich bewege. Ich lege zwei theoretische Ansätze zugrunde: das transaktionale Konzept von Altman/Rogoff und eine dialektische Vorstellung sozialen Handelns.

Das transaktionale Konzept ist ein Ansatz aus der neueren Umweltpsychologie (Altman/Rogoff 1987). Schlüsselbegriff des transaktionalen Konzepts ist das "Ereignis". Dieser Begriff weist darauf hin, daß es nicht darum geht, einzelne Wirkungsbeziehungen zwischen Elementen A, B oder C zu untersuchen (Interaktionen): "There are no separate actors in an event; instead, there are acting

6.1. Stadtteil als Ressource

Ressourcen sind Hilfsmittel, Hilfsquellen, Reserven. Begreife ich einen Stadtraum als Ressource für die darin Lebenden, dann sind mir diejenigen Merkmale wichtig, aufgrund derer er den BewohnerInnen zum Hilfsmittel für die Gestaltung ihres Alltags, ihres Lebens wird. Da sind wichtig: die Wohnung, Sicherheit und Gefahren im Stadtteil, Versorgung mit Lebensmitteln, soziale Kommunikation, Verbindung des Stadtteils zu anderen Teilen der Stadt, Erholungsmöglichkeiten u.s.w.. Solche Merkmale werden in der Umweltforschung, als Faktoren der Umweltqualität erfaßt. Sie finden sich auch in Bedürfniskonzepten (z.B. Mallmann (in Gillwald 1983), der Bedürfnisse bis hin zur räumlichen Ebene der Wohnumwelt konkretisiert).

Ich unterscheide folgende Dimensionen, wenn ich den Stadtteil als Ressource betrachte:

- Stadtteil als existentielle Ressource
- Stadtteil als gesellschaftliche und soziale Ressource
- Stadtteil als Ort der Naturerfahrung
- Stadtteil als Denkraum und Handlungsraum

Diese Unterscheidung in vier Dimensionen ergibt sich aus der Empirie der Gruppendiskussionen. Sie ist jedoch auch theoretisch an Dimensionen der Person (physisch-psychisch, sozial, kognitiv, emotional, Handeln) orientiert

Worauf es mir ankommt bei dem Begriff Ressource, ist, den Stadtteil in seiner sozial-räumlichen Beschaffenheit als wesentlich für die dort Lebenden zu definieren, wesentlich in existentieller Hinsicht, z.B. durch Vorhandensein adäquaten Wohnraums, in sozialer Hinsicht, z.B. durch die Qualität der sozialen Interaktionsmöglichkeiten, als gesellschaftlicher Ort, z.B. durch die Möglichkeit der Teilhabe an Gesellschaft, als Ort der Naturerfahrung und schließlich als Denk- und Handlungsraum (Das Stichwort Aneignung soll hier vorerst genügen, um den Bezug anzudeuten). Ich werde nachher an einem Beispiel ausführen, wie sich diese Kategorien füllen. Wichtig ist, daß nicht ich sie

fülle, sondern daß dies die BewohnerInnen tun, z.B. in Gruppendiskussion über Erfahrungen mit dem Stadtteil, in dem sie leben.

6.2. Qualität des Austauschs zwischen BewohnerInnen und Stadtteil

Für die begriffliche Fassung der Qualität des Austauschs zwischen BewohnerInnen und Stadtteil lege ich das Kriterium zugrunde, wie sich die Individuen im Austauschverhältnis mit dem Stadtteil erfahren: Erfahren sie sich als Subjekte oder als Objekte in diesem Verhältnis? Ist es ihnen möglich zu handeln, z.B. sich zu entscheiden, ob sie sich auf der Straße aufhalten oder drinnen, bei offenem oder geschlossenem Fenster, können sie diesen oder jenen Weg nehmen u.ä. Oder erfahren sie sich als Reagierende auf ihre Umwelt? z.B. indem sie der Lärm zwingt, sich bei geschlossenem Fenster in der Wohnung aufzuhalten; in der Küche zu arbeiten, weil die Räume zur Straße hin zu laut sind oder weil der abendliche Rundgang stereotyp um denselben Häuserblock herum geht u.ä..

Unter dem Kriterium der Selbstwahrnehmung bewegt sich die Qualität des Austauschs zwischen BewohnerInnen und ihrem Stadtteil auf dem Kontinuum mit den Polen Subjekt und Objekt.

Diesen Polen sind jeweils Begriffe zugeordnet, die das Tun der Personen (handeln, verhalten), kognitive Zustände (Kontrolle, Überlegungen zur Lösung von Umweltkonflikten, Ohnmacht, Resignation), die emotionale Verfassung der Individuen in diesem Austausch (Freude, Ärger) sowie die Ästhetik des Stadtteils beleuchten.

Selbstwahrnehmung im Austausch zwischen Individuen und Umwelt

Subjekt	Objekt
handeln	verhalten
Kontrolle	Ohnmacht
Initiative	Apathie
aktiv	passiv
Freude	Ärger
schön	häßlich

"Die K.straße ist natürlich im allgemeinen furchtbar. Je nachdem, wo man wohnt." (28)

"Morgens aufwachen und das riecht von außen rein, das ist fürchterlich!" (16)

"Dieser eine Knall! Alle Viertelstunde ein Knall, die sechs Meter über dieses Ding. Da sitzen Sie alle Stunde senkrecht im Bett!" (100)

Reflexion über die Zukunft:

"Und da hab'ich Angst, daß einfach dieses normale Leben nicht mehr so möglich ist." (303)

In den Äußerungen werden Aspekte genannt, die den Stadtteil zur existentiellen Ressource machen (Einzelhandelsgeschäfte, ruhige Straßen, Nähe zu Wald und Wiesen); Aspekte, die dies verhindern (Lärm, Abgase); Aspekte, die dies bedrohen (zukünftige Stadtentwicklung).

Zur Qualität des Austauschs zwischen BewohnerInnen und Stadtteil: Die TeilnehmerInnen erfahren sich als Subjekte (Wahlmöglichkeiten, z.B. beim Einkaufen (165) oder beim Gehen (ruhige Straßen, Wald oder Wiesen und Felder). Sie erfahren sich als Objekte, die auf Einflüsse aus der Umwelt reagieren (Aufwachen als Reaktion auf schlechte Gerüche; aufgeschreckt werden durch vorbeirasende Autos).

Zur Emotionalität des Austauschs: Der Alltag wird "einfach". Man "genießt" das, findet es "wundervoll"(24). Andere Aspekte werden als "furchtbar"(28), fürchterlich"(16) benannt. Die Übertreibung "da sitzen Sie alle Stunde senkrecht im Bett"(100), drückt eine extreme Störung des Wohlbefindens aus.

Damit möchte ich den kurzen Einblick in die Arbeit mit dem Konzept des Austauschs und seiner Umsetzung in die Begriffe Ressource und Qualität des Austauschs abschließen. Interessant wäre noch darauf einzugehen, wie ich geäußerte Konflikte behandle. Dazu will ich nur kurz andeuten: Ich gehe davon aus, daß zum einen das Subjekt selbst widersprüchliche Ziele, Gefühle, Verhaltensformen hat. Solche inneren Konflikte haben

7. Die Analyse von Gruppendiskussionen mithilfe der Begriffe 'Ressource' und 'Qualität des Austauschs' - ein Beispiel zur Illustration

Hier möchte ich wirklich nur illustrieren, was eine Anwendung des begrifflichen Instrumentariums bringen kann. Ich mache dies am Beispiel des Stadtteils als existentielle Ressource und bin auch hier nur exemplarisch.

Wird der Stadtteil als existentielle Ressource betrachtet, dann sind solche Aspekte der Umwelt wichtig, die einen Bezug zu den existentiellen Voraussetzungen, Bedingungen und Möglichkeiten der hier lebenden Menschen haben: Gibt es Arbeitsplätze, passende Wohnungen in der Nähe des Arbeitsplatzes; Wie störend ist der Lärm? Ist die Luft belastet? oder der Boden? Wie ist die Ausstattung mit Läden, Märkten? Ist der Stadtteil Lebensraum in dem Sinne, daß sich die hier Lebenden ohne Lebensgefahr, angstfrei bewegen können? Bietet der Stadtteil die Möglichkeit, sich zu erholen?

Dies ist eine beispielhafte Aufzählung von Aspekten, die den Stadtteil zur existentiellen Ressource machen. In Übereinstimmung mit dem Ansatz der Arbeit geht es nicht darum, diese Aspekte vollständig zu erfassen. Wichtig ist die kategoriale Fassung. Die Ausfüllung geschieht in der Debatte.

Beispiele aus einer Gruppendiskussion:

"Ich kann mir vorstellen, daß es viele Viertel in K. gibt, wo man diese Einzelhandelsgeschäfte nicht hat" (165)

Ich laufe einfach (in den Wald oder über die Wiesen und Felder, Ann.d.Verf.) und genieße das. Ich find es wundervoll! (24)

"Da muß ich Ihnen zustimmen, In W. gibt es schöne Straßen, ruhige Straßen" (26)

z.T. einen Bezug zum Kontext Stadtteilumwelt, der aufzeigbar ist und zumindest verbal behandelbar wird. Zum andern bringt das Leben in einem Stadtteil zwangsläufig Konflikte mit sich. Entscheidend ist daher weniger, ob sie auftreten, sondern wie die Menschen damit umgehen, also, ob sie durch auftretenden Konflikte zu Überlegungen der Konfliktlösung und -bewältigung angeregt werden oder ob sie durch Konflikte in einen Zustand der Apathie und Ohnmacht versetzt werden. Der Umgang mit Konflikten ist ein Aspekt der Qualität des Austauschs.

Ich werde nun zur Frage übergehen, welchen Nutzen eine an den Anforderungen von Frauen orientierte Planung aus der Methode der Gruppendiskussion ziehen kann.

B. Die Eignung der Gruppendiskussion für eine an den Anforderungen von Frauen orientierte Planung

B.1. Gruppendiskussion als Methode der qualitativen Sozialforschung

Die Gruppendiskussion ist ein Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Sie wird zur Erforschung von Einzelmeinungen und Gruppenmeinungen angewandt (vgl. Mangold 1973). In Gruppendiskussionen werden Daten unter der Bedingung sozialer Kontrolle (Gruppenkontrolle) erhoben.

Die Gruppendiskussion hat besonders in den USA weite Verbreitung gefunden. In der Bundesrepublik Deutschland wurden Gruppendiskussionen in den 50er Jahren vom Frankfurter Institut für Sozialforschung (Pollock 1955) angewandt. 1960 erschien eine erste deutschsprachige Veröffentlichung zur Gruppendiskussion unter methodischen Gesichtspunkten (Mangold 1960). In den 60er Jahren gibt es kaum eine Untersuchung, die sich der Methode der Gruppendiskussion bedient (Ausnahme: Strzelewicz u.a. 1966). Aus den 70er Jahren liegt eine theoretisch-empirische Untersuchung vor (Nießen 1976). Aus den letzten Jahren ist mir ein größeres Projekt aus der Umweltforschung bekannt, das mit Gruppendiskussionen arbeitet (Schluchter u.a. 1986). Meine eigene Untersuchung (Mussel 1986) fällt in dieses Gebiet, wenngleich ich sie inzwischen akzentuierter als stadtsoziologische Untersuchung bezeichnen würde. Neuerdings liegt eine Studie über Jugendliche und

Milieu vor, die mit Gruppendiskussionen arbeitet (Bohnsack 1989). Eine Untersuchung über die Gesundheit von Bäuerinnen arbeitet derzeit mit der Methode der Gruppendiskussion (Elger/Lasch/Wonneberger). Im Vergleich zu den qualitativen Verfahren, die auf der individuellen Datenerhebung beruhen (narratives Interview, Intensivinterview) ist die Gruppendiskussion ein eher selten angewandtes Verfahren.

Ihre Anwendung steht heute im Rahmen der Umorientierung in der Sozialforschung weg von quantitativen Verfahren hin zu qualitativen Methoden. Damit verbindet sich die Absicht der besseren Erklärungskraft qualitativer Verfahren gegenüber den durch ihre methodologischen Standards und Perspektive auf die Realität gefesselten quantitativen Empirie. Neben der Hoffnung auf eine bessere Entsprechung zwischen Methoden und sozialer Wirklichkeit will die qualitative Sozialforschung das Verhältnis zwischen ForscherInnen und ForschungsteilnehmerInnen ändern. Die Personen, deren Denkweisen, Ansichten und Verhaltensweisen erforcht werden, sollen gleichwertige PartnerInnen im Forschungsprozeß werden (Berger 1974, Heinze 1987).

Daß Gruppendiskussionen ein geeignetes Verfahren sein können, um Gruppenmeinungen zu ermitteln, kann als nachgewiesen gelten (Mangold 1960 und 1973, Nießen 1976, Volberg 1977).

8.2. Zur Relevanz der Diskussionsergebnisse

Unter dem Gesichtspunkt der Relevanz von Gruppendiskussionen zur Erforschung von Gruppenmeinungen ist die Zusammensetzung der Diskussionsgruppen und die verhandelte Thematik bedeutsam. Es wird gefordert, daß die Diskussionsgruppen Realgruppen darstellen (Mangold 1973, S. 264, Nießen 1976, S. 104). Realgruppen werden bei Nießen dadurch definiert, daß sie vom Gegenstand der Diskussion als identische Gruppe betroffen sind. Solche Gruppen haben einen gemeinsamen Interaktionshintergrund in bezug auf den Gegenstand der Diskussion. Sie bringen deshalb eine Meinung in bezug auf diesen Gegenstand mit, die sich im Laufe der Diskussion verändern kann oder die Bestand haben kann. Ich gehe davon, daß eine Gruppe von BewohnerInnen eines bestimmten stadträumlichen Kontextes in bezug auf eine Diskussion über die Erfahrungen mit diesem Stadtraum als

zur Thematik mehrheitlich geteilt wird oder ob sie von einer Minderheit vertreten wird, ob es sich um ein brisantes Problem oder ein weniger bedeutsames handelt, u.ä. ergibt die Analyse.

Die Gruppendiskussion im Stadtteil läßt aufgrund der Strukturähnlichkeit zwischen Elementen des Forschungsprozesses und dem Realkontext eine Übertragung der Diskussionsergebnisse in Planungshandeln zu (Bezugsgruppen der Planung sind die Teilnehmenden der Diskussion; die Thematik ist die gleiche).

Die Kommunikationsform einer gering strukturierten Diskussionsrunde um einen Tisch herum kommt der alltagsähnlichen Kommunikation näher als andere Kommunikationsformen der Forschung (Einzelinterviews). Dies macht die Gruppendiskussion für alle Gruppen geeignet, die durch eine formalisierte Sprechweise, formelle und hierarchische Kommunikationsstrukturen von der Einflußnahme in die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse ausgeschlossen werden.

Die Kommunikationsstruktur mit nicht-direktiver Gesprächsführung verringert die Hierarchie. Die TeilnehmerInnen werden als gleichwertige Partnerinnen und Partner im Forschungsprozeß begriffen. Dieses Kriterium macht die Gruppendiskussion dort anwendbar, wo es um eine Veränderung solcher Hierarchien geht.

Die Inhalte der Kommunikation sind Gegenstände und Prozesse, die der unmittelbaren Erfahrung zugänglich sind. Dieses Faktum verschafft denjenigen einen Vorrang in der Diskussion, die auf diese Erfahrung zurückgreifen können (Erfahrungswissen bedeutet Kompetenz).

Und nun zur Bedeutung der Gruppendiskussion für die Beteiligung von Frauen an der Planung:
Gruppendiskussionen mit Frauen über die Behinderung ihres Alltags und Lebens durch Elemente des Stadtteils und über schätzenswerte, durch Veränderungsprozesse bedrohte Qualitäten des Stadtteils würden aufgrund des Gesagten folgendes ermöglichen:

Sie beleuchten eine für Frauen bedeutsame Thematik (Stadtteil als Ressource).

Realgruppe angesehen werden kann.

8.4. Zur Repräsentativität der Diskussionsergebnisse

Die Ergebnisse von Gruppendiskussionen in einem Stadtteil können nicht auf andere Stadtteile übertragen werden. Insofern ist die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse von Gruppendiskussionen eingeschränkt. Gruppendiskussionen lassen Aussagen zur Situation im untersuchten Stadtraum zu. Die Aussagekraft hängt ab von der strukturellen Ähnlichkeit zwischen der Forschungssituation und der sozialen Wirklichkeit. Die Repräsentativität der Diskussionsergebnisse läßt sich also nicht nach mathematisch-statistischen Kriterien entscheiden, sondern nach inhaltlichen Kriterien, d.h. es bedarf einer Theorie über das Zustandekommen der Ergebnisse (Interpretation).

8.5. Interviewereinfluß

Der Interviewereinfluß (ebenso wie andere sog. Kontextvariablen) ist ein Problem, das in jeder Forschung auftritt. In unserer Forschung haben wir versucht, den Interviewereinfluß durch die nicht-direktive und gering strukturierte Diskussionsform gering zu halten. Mögliche Effekte, die ebenso wie in durch die nachfolgende Interpretation der Diskussion in einer Verzerrung der Meinungen der BewohnerInnen bestehen können, haben wir versucht, dadurch zu kontrollieren, daß wir die Interpretation der Ergebnisse den TeilnehmerInnen am Forschungsprozeß zur Beurteilung auf Richtigkeit zurückgegeben haben (Evaluation durch die TeilnehmerInnen an der Gruppendiskussion).

8.6. Eignung der Methode für frauenspezifische Planung

Zuerst einige Bemerkungen zur Eignung der Methode im Planungszusammenhang allgemein.

Die erhobenen Meinungen in Gruppendiskussionen sind solche, die in der verbalen Auseinandersetzung und Reflexion Bestand haben (Gruppensituation), d.h. sie sind nicht als willkürliche Meinungen anzusehen, sondern sie gewinnen ihr Glaubwürdigkeit dadurch, daß sie im Interaktionsprozeß Gruppendiskussion Bestand haben. Bestand haben heißt nicht, daß solche Meinungen mehrheitlich vertreten werden, sondern nur, daß solche Meinungen stabil sind. Ob eine Feststellung

Sie erheben hierzu nicht Einzelmeinungen, sondern Meinungen, die in der Auseinandersetzung und Reflexion Bestand haben.

Wichtig erscheint mir hierbei, daß Frauen als Betroffene ihre Meinungen nicht nur abgeben, sondern daß sie als Subjekte den Meinungsbildungsprozeß gestalten und sich in diesem Prozeß entwickeln.

Die frauerelevante Thematik wird - wenn dem oben ausgeführten Design gefolgt wird - auf dem Stand der (hier: feministischen) Wissenschaft in Konfrontation mit den Erfahrungen der Frauen im Stadtteil geführt. Dies erhöht die Kompetenz der Frauen und betrachtet zugleich die Erfahrungen der Frauen als Kompetenz.

Die Kommunikationsform der gering strukturierten Diskussion als Annäherung an Alltagskommunikation ist besonders für Frauen wichtig, die in formellen Versammlungen - wohl auch wenn diese Bürgerinnen-Versammlungen darstellen - durch die hier übliche formalisierte Sprachform diskriminiert werden.

Die Kommunikationsform der nicht-direktiven Gesprächsführung erscheint mir deshalb bedeutsam für Frauen, weil sie eine Veränderung der Entwindung durch Autoritätsbeziehungen anstrebt (Unerwartete Ergebnisse im Forschungsprozeß sind möglich).

Möglicherweise hat die Gruppendiskussion eine Strukturähnlichkeit zum Kommunikationsverhalten von Frauen (Austausch von Meinungen vs. individuelles Fällen von Entscheidungen, Abgeben von Statements).

Eine Anwendung von Gruppendiskussionen trifft jedoch ebenso wie andere Methoden auf die vielfältigen Auswirkungen gesellschaftlicher Benachteiligung von Frauen und kann sie nicht per se aufheben. Ich nenne hier beispielhaft: eingeschränkte Teilnahmemöglichkeit, -bereitschaft, Zutrauen, sich zu äußern. Forschungskonzeption und -prozeß muß dies berücksichtigen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, die Methode begünstigt Gruppen im Planungsprozeß, die i.d.R. nicht zu Wort kommen. Eine an den

Anforderungen von Frauen orientierte Planung kann sich aus den genannten Gründen der Gruppendiskussion als geeigneter Methode bedienen.

Anmerkungen

1) Das Forschungsprojekt "Umweltwahrnehmung in städtischen Quartieren" wurde von mir in Zusammenarbeit mit Wolf Schluchter durchgeführt. Weiter beteiligt waren Monika Böhm, Tena Gabgue, Dieter Hennicken, Karin Krökel. Finanziert wurde das Projekt mit Forschungsmitteln der Gesamthochschule Kassel (dokumentiert in verschiedenen Vorträgen und Aufsätzen sowie einem Forschungsbericht (1. Teil) unveröff. 1986). Das Projekt baute auf theoretischen und methodischen Grundlagen des Forschungsprojekts "Soziale und psychische Auswirkungen von Umweltbelastungen und -maßnahmen auf die Bevölkerung" auf, das unter Leitung von W. Schluchter als Forschungsprojekt des Umweltbundesamtes 1985 abgeschlossen wurde.

2) Die Kontrolluntersuchung wurde von mir in Zusammenarbeit mit W. Schluchter durchgeführt und mithilfe einer Sachbeihilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert (vgl. Schluchter, W., Mussel, Ch., Umweltwahrnehmung, unveröff. Abschlußbericht an die DFG, Kassel 1987).

Literatur

Altman, I., Rogoff, B., World Views in Psychology: Trait, Interactional, Organismic, and Transactional Perspectives, in: Stokols, D., Altman, I. (Eds.), Handbook of Environmental Psychology, New York, Chichester, Brisbane, Toronto, Singapore, 1987

Berger, H., Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit, Frankfurt 1974

Bohnsack, R., Generation, Milieu und Gesellschaft, Ergebnisse aus Gruppendiskussionen mit Jugendlichen, Opladen 1989

Gillwald, K., Umweltqualität als sozialer Faktor. Zur Sozialpsychologie der natürlichen Umwelt, Frankfurt, New York 1983

Heinze, Thomas, Qualitative Sozialforschung, Erfahrungen, Probleme und Perspektiven, Opladen 1987

Hennicken, D., Mussel, Ch., Schluchter, Umweltwahrnehmung - Erfassung und Bewertung von Umweltbelastungen durch Betroffene mit Hilfe von Video, in: Hennicken, D., Lüken-Iaberner, F., Umweltplanung mit Bild und Ton, Kassel 1986

Israel, J., Der Begriff Entfremdung. Zur Verdinglichung des Menschen in der bürokratischen Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1985

Israel, J., Seminarunterlagen, Kassel 1989

Lasch, V., Wonneberger, E., Manuskript für die Tagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie, Bad Zwischenahn Okt. 1989

Mangold, W., Gegenstand und Methode des Gruppendiskussionsverfahrens, Frankfurt 1960

Mangold, W., Gruppendiskussionen, in: König, R., Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 2, 3. Auflage, Stuttgart 1973

Mussel, Ch., Gruppendiskussion als Partizipationsmethode, unveröff. Vortragsmanuskript, Kassel 1987

Mussel, Ch., Umweltwahrnehmung in städtischen Quartieren, in: Münchener Forum, Berichte und Protokolle des Münchener Forums, Heft Nr. 85, Planung mit Bürgern für Bürger, München/Kassel 1987

Mussel, Ch., Der Gebrauchswert des Wohnquartiers oder: Wie lassen sich Bewohnerbedürfnisse in Planung übersetzen, unveröff. Vortragsmanuskript, Kassel 1988

Nießen, M., Das Gruppendiskussionsverfahren als Evaluationsmethode, Trier 1976

Pollock, F. (Hrsg.) Gruppenexperiment - ein Studienbericht, Frankfurt 1955

Schluchter, W., Soziale und psychische Auswirkungen von Umweltbelastungen und -maßnahmen auf die Bevölkerung. Vorläufiger Schlußbericht, Heidelberg 1985

Strzelewicz, W., Raapke, H.D., Schulenberg, W., Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein. Eine mehrstufige soziologische Untersuchung in Westdeutschland, Stuttgart 1966

Volberg, U., Kritik und Perspektiven des Gruppendiskussionsverfahrens in der Forschungspraxis, in: Leithäuser, Th., u.a., Entwurf zu einer Empirie des Alltagsbewußtseins, Frankfurt 1977

Marianne Rodenstein

Feministische Stadt- und Regionalforschung - ein Überblick über Stand, aktuelle Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten

I. Warum feministische Stadt- und Regionalforschung?

Die feministische sozialwissenschaftliche Forschung in der Bundesrepublik hat in den letzten zehn Jahren eine Fülle von Ergebnissen gebracht. Dies war nicht zuletzt möglich, weil sie unter dem Aspekt der ganzheitlichen Erfassung des weiblichen Lebenszusammenhangs auch Ergebnisse der feministischen Geschichtsforschung, Philosophie, Psychoanalyse, Literaturwissenschaften aufgenommen hat. Dieser Boom konzentriert sich jedoch auf eine begrenzte Anzahl von Themen. Nicht dazu gehört bisher die Beziehung der Frauen zu ihrer sozial-räumlichen Umwelt.

Außerhalb dieser Mainstream-Diskussion gibt es nun seit längerem Arbeiten von Feministinnen, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Diese Arbeiten scheinen in einem doppelten Sinn isoliert zu sein. Zum einen stehen sie kaum in Zusammenhang mit der sozialwissenschaftlichen feministischen Forschung und zum anderen sind sie auch noch untereinander isoliert. Sie kommen aus unterschiedlichen, sich jedoch ergänzenden, die räumliche Umwelt betreffenden Wissenschafts- und Praxisbereichen: aus Stadt- und Regionalsoziologie und Geographie als analyseorientierten und aus Architektur und Planung als anwendungsorientierten Wissensbereichen.

Ich möchte hier nun aus meiner Sicht als Soziologin den Versuch machen, Grundlinien und Entwicklungsperspektiven einer erst in Ansätzen vorhandenen Forschungsrichtung zu skizzieren, die ich als feministische Stadt- und Regionalforschung bezeichne und dabei den Aspekt der baulichen oder planerischen Umsetzung der Forschung mitdenke. Ausgangspunkt

sind die bisher sehr heterogenen Arbeiten, die sich mit der Lage der Frauen in ihren sozial-räumlichen Bezugssystemen befassen.

Eine Aufeinanderzu- und Weiterentwicklung dieser Arbeiten in der Auseinandersetzung mit feministischen sozialwissenschaftlichen Ansätzen und nicht zuletzt ein gemeinsames Etikett auf diesem Gebiet feministischer Forschung scheint mir heute dringend notwendig, da sie meines Erachtens an einem Punkt steht, an dem sie in zweierlei Hinsicht neuen Anforderungen aus der gesellschaftlichen Praxis ausgesetzt ist: zum einen wegen der sich zur Zeit deutlich verändernden städtischen Strukturen und Problemlagen, zum anderen wegen der auf die feministische Forschung und Planung neu zukommenden Anforderungen von Frauen, die in politisch bedeutsamen Institutionen Unterstützung von feministischer Seite erwarten.

1. Zur Zeit erleben wir eine relativ schnelle Veränderung städtischer Lebensverhältnisse, die insgesamt mit dem Wandel gesellschaftlicher Verhältnisse zu tun hat: mit erheblichen Umstrukturierungen im ökonomischen Bereich, aber auch mit Veränderungen im Wert- und Normensystem der Gesellschaft. Da alle diese Veränderungen sich im Raum vollziehen, sind heute die Städte als räumliche Gebilde verdichteter ökonomischer, politischer und sozialer Beziehungen Kristallisationspunkte dieses gesellschaftlichen Wandels, d.h. daß hier der räumliche und soziale Niederschlag dieser Veränderungen sich am deutlichsten manifestiert.

Diese neue historische Situation hat für die herkömmliche Stadt- und Regionalsoziologie positive Folgen hinsichtlich ihrer inneren Entwicklung wie ihrer Chancen zur Außendarstellung ihrer Ergebnisse gehabt. So wird jetzt wieder ein lange verschütteter Zugang der Stadtforschung zur Theorie kapitalistischer Gesellschaft über die Debatte um die Regulationstheorie eröffnet¹⁾ - eine Dimension der Analyse städtischer Prozesse, die gerade der "kritischen Stadtforschung"²⁾

längere Zeit gefehlt hat. Darüber hinaus sind die Veränderungen in den Städten inzwischen Gegenstand des öffentlichen Interesses, und die Stadtforscher stießen mit ihren Untersuchungsergebnissen auf großes Interesse, sofern sie sich zu den die Medien interessierenden Phänomenen der Zunahme der Singles, der Yuppies, der Bedeutung der Kultur, dem postmodernen Städtebau und dem Schlagwort "Urbanität" äußerten. Daß Stadtsoziologen hier der Verführung erlegen sind und genau wie die Stadtpolitiker sozialbrisanter Themen wie die Ausländer- und Wohnungspolitik nicht erkannt bzw. nicht thematisiert haben, ist die andere Seite der Medaille.

So erfreulich die öffentliche Aufmerksamkeit für die herkömmliche Stadtsoziologie sein mag, so wenig kann dies Feministinnen freuen. Denn weder werden in der für die Stadtsoziologie fruchtbaren gesellschaftstheoretischen Ansatz die patriarchalen Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft mitreflektiert, so daß von daher auch keine theoretische Reflexion der Interessen von Frauen im städtischen Raum zu erwarten ist. Noch sind die neuen Untersuchungsthemen der Stadtsoziologie in einer Weise aufbereitet, daß man darin überhaupt relevante, das Leben von Frauen betreffende Themen entdecken könnte. Was folgt z.B. aus der Veränderung der Raumstruktur durch flexible Akkumulation für die Lebensverhältnisse und Emanzipationschancen von Frauen? Was heißt das für Arbeitsplätze von Frauen? Was bedeutet es für die Wohnsituation von Frauen? Für welche Gruppen von Frauen verbessern/verschlechtern sich die Chancen auf selbständige, nicht dem Zwang der familiären oder finanziellen Verhältnisse geschuldete Arbeitsplatz- und Wohnungswahl? Diese Fragen ließen sich beliebig vermehren.

Weil aber alle diese Fragen trotz des Aufschwungs der herkömmlichen Stadtsoziologie nicht beantwortet werden, ist es gerade in der Zeit, in der die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in besonderem Maße auf städtische Phänomene gerichtet ist, notwendig, ein feministisches Gegengewicht gegen die

nerhalb wichtiger gesellschaftlicher Institutionen (Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Betrieben, Universitäten) verfolgt, und feministische Wissenschaft entwickelt sich innerhalb und außerhalb der Universitäten mit mehr oder weniger enger Anbindung an aktuelle frauenpolitische Fragen und eher geringer Orientierung an Projekten der autonomen Frauenbewegung.

Wenn nicht alle Zeichen täuschen, so ergibt sich nun im Bereich der Stadt- und Regionalforschung eine neue Annäherungsmöglichkeit zwischen feministischer Politik und feministischer Forschung auf diesem Gebiet, einfach weil es auf der kommunalen Ebene zunehmend auch Frauen gelungen ist, politischen Einfluß zu gewinnen.

Für die feministische Theorie und Praxis zu Stadt und Region stehen als neue Herausforderung die Anfragen feministischer Kommunalpolitikerinnen nach ihrem Beitrag zur "frauenfreundlichen" Gestaltung unserer Städte ins Haus. Der Bedarf an diesbezüglicher wissenschaftlicher Forschung und planerischer Beratung wächst.

Für eine feministische Wissenschaft zu Stadt- und Region muß diese Entwicklung meines Erachtens Anlaß sein zu überlegen, ob, wie und gegebenenfalls mit welchen Untersuchungsfragen und -methoden sie sich diesen Anforderungen stellt, so daß sie tatsächlich einen Beitrag zur Veränderung und nicht nur zur Modernisierung der patriarchalen Strukturen in unserer Gesellschaft leisten kann. Die Skeptikerinnen werden möglicherweise abraten, sich überhaupt auf die Strukturen des patriarchalen politischen Systems einzulassen. Schließlich - so könnten sie argwöhnen - gerät damit die in gesellschaftstheoretischer Hinsicht noch wenig entwickelte feministische Stadt- und Regionalforschung in die Gefahr aller Auftragsforschung, die ihre Fragestellung von der Politik bezieht, zur Stabilisierung des Bestehenden beizutragen. Ein solches Argument wäre meines Erachtens dann stichhaltig, wenn die feministische Forschung zu Stadt und Region in dieser Situation nicht zu einer Neu-Reflexion ihres Verhältnis-

etablierte Stadt- und Regionalforschung zu bilden und die Forschung über Frauen in Stadt und Region systematisch zusammenzufassen und programmatisch zu entwickeln, um die Interpretation des derzeitigen Wandels der Stadt- und Gesellschaftsstrukturen nicht derjenigen Forschung zu überlassen, die bisher in ihren Begriffen, Theorien und Sichtweisen die patriarchal strukturierte Gesellschaft neu reproduzieren konnte.

2. Darüber hinaus gibt es meines Erachtens noch einen weiteren Grund für eine Konsolidierung der bisher eher vereinzelt feministischen Forschung zur Stadt. Er bezieht sich auf die Entwicklungsdynamik der Frauenbewegung. Seit Anfang der 70er Jahre hat sich die Frauenbewegung trotz zahlreicher Rückschläge doch in verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft verankern können. Dies gilt für die autonomen Frauenprojekte, deren Existenz zwar nach wie vor immer bedroht, deren alternatives kulturelles und soziales Angebot aus unseren Städten aber kaum mehr wegzudenken ist (Frauzentren, Frauenhäuser, Frauengesundheitszentren, Frauenkulturhäuser, Frauenbuchläden etc.). Dies gilt für das Auftreten feministischer Politikerinnen vor allem auf der kommunalen Ebene. Und es gilt für die sich immer stärker ausdifferenzierende feministische Wissenschaft. Die These ist nun, daß heute mindestens im städtischen Bereich die feministische Wissenschaft und die feministische Politik auf einem neuen Niveau wieder aufeinandertreffen, weswegen hier das Verhältnis von feministischer Theorie und Praxis zum System patriarchaler Politik neu reflektiert werden müßte.

Standen Mitte der 70er Jahre vielfach noch Vorstellungen von der sehr engen Verzahnung von feministischer Wissenschaft und feministischer Politik im Vordergrund³⁾, was die lang anhaltende Debatte um die Methoden in der Frauenforschung bezeugt⁴⁾, so ist heute klar, daß sich beides institutionell weitgehend unabhängig voneinander entwickelt und ausdifferenziert hat. Feministische Politik wird autonom, aber auch in-

ses zu feministischer Politik und zum patriarchalen politischen System, sei es auf lokaler oder überlokaler Ebene, kommt und daraus Schlüsse hinsichtlich ihrer Ansätze und ihrer Methodologie zieht. Die Gründe für diese Überzeugung werde ich im folgenden Überblick über den Entwicklungsstand der feministischen Stadt- und Regionalforschung erläutern. Die Richtung des Überblicks zielt auf die Beantwortung der Frage: Können die bisherigen feministischen Ansätze im Bereich von Stadtforschung und -planung eine feministische Politik innerhalb des etablierten politischen Systems befördern?

II. Zur Struktur bisheriger feministischer Forschung zu Stadt und Region

Die Forschungsrichtung, die man meines Erachtens mit dem Etikett "feministische Forschungen zu Stadt und Region" versehen kann, stelle ich zunächst hinsichtlich ihrer Differenz zur herkömmlichen Stadt- und Regionalforschung vor, dann zeichne ich die Logik der feministischen sozialwissenschaftlichen Forschung nach und stelle in diesen Rahmen die Ansätze zu Analyse und Planung des Raumbezugs von Frauen.

1. Feministische Forschung zu Stadt- und Region versus Stadt und Regionalsoziologie

Lange Zeit wurde um den Gegenstand der Stadt- und Regionalsoziologie gestritten. Und auch heute finden wir grob gesprochen zwei unterschiedliche Ansätze bzw. Antworten zu dieser Frage.

Die einen stehen in der Tradition derjenigen, die die Stadt als ein soziales Phänomen eigener Art behandelten und immer wieder versuchten, das soziologisch Besondere der Stadt zu definieren⁵⁾. Die Diskussion darüber, was denn Urbanität heute heißen könne, zeigt eine aktuelle Variante dieser alten Frage der Stadtsoziologie. Die anderen rechnen sich der sog. kritischen Soziologie der Stadt zu. Sie sehen die

Stadt als eine besondere Konkretion gesellschaftlicher Phänomene, weswegen städtische Strukturen und Probleme nicht im Kontext einer speziellen Soziologie, sondern im Kontext einer Gesellschaftstheorie zu untersuchen seien, in der die Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft reflektiert werden.

In beiden Fällen sind es jedoch die städtischen Strukturen und Prozesse, die Gegenstand des Forschungsinteresses sind. Demgegenüber - so ist meine Vorstellung - geht es der feministischen Wissenschaft auf diesem Gebiet nicht in erster Linie um die räumlichen Strukturen, die Stadt oder die Region, sondern um Lebensweisen von Frauen in ihrer Beziehung zu den sozialen Räumen, für die die Begriffe Wohnung, Stadt, Land, öffentlicher und privater Raum usw. stehen. Zentral sind die Fragen, wie die Lebensweisen von Frauen durch diese sozialen Räume strukturiert werden und wie es für Frauen selbst möglich ist, diese Räume zu erobern und neu zu strukturieren, so daß sie Räume gemeinsamer Erfahrung werden.

In der Frauenliteratur ist nicht umsonst gerade die Ortlosigkeit der Frauen immer wieder als Metapher für ihre Stellung in der patriarchalen Gesellschaft gewählt worden (bei Virginia Woolf⁶⁾ und Christa Wolf⁷⁾ z.B.). Die Frage der feministischen Wissenschaft ist es, wie Frauen ihren eigenen gesellschaftlichen Ort suchen und finden können. Die spezifische Aufgabe der feministischen Stadt- und Regionalforschung innerhalb dieser Suche nach dem gesellschaftlichen Ort ist die Analyse der Beziehung der Frauen zur sozialräumlichen Umwelt als ein alle Lebensbereiche berührendes Verhältnis. Diese Analyse muß in ihrem Kern auf sozialwissenschaftliche Erkenntnisse zurückgreifen, da die räumliche Umwelt ihre Bedeutung erst durch die sozialen Verhältnisse erhält, in denen die Geschlechter stehen.

Diese sozialen Verhältnisse sind für die Geschlechter jedoch in einem fundamentalen Sinn ungleich. Diese Ungleichheit thematisiert die feministische Sozialwissenschaft, indem sie unsere Gesellschaft nicht nur als kapitalistische, sondern

pen der neuen Frauenbewegung Anfang der 70er Jahre. Hier entwickelte sich unter anderem das Bewußtsein für die Diskrepanz zwischen der Lebensrealität und den Wünschen der Frauen einerseits und den Frauen betreffende Aussagen der Sozialwissenschaft andererseits. Die Konsequenzen in der anschließenden Diskussion der Feministinnen über die Sozialwissenschaften lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- a) Infragestellung der traditionellen Herangehensweise der Sozialwissenschaft an empirische Phänomene und Versuche der Entwicklung einer Methodologie, die der Tatsache Rechnung tragen soll, daß die feministische Sozialwissenschaft sich als Teil der Frauenbewegung versteht;
- b) Kritik an den inhaltlichen Aussagen der herkömmlichen Sozialwissenschaft über Frauen.
Diese Kritik fand auf zwei Ebenen statt, die in der Forschung häufig miteinander verbunden waren, die aber hier zu heuristischen Zwecken getrennt werden sollen. Einmal fand eine eher indirekte Kritik der Lückenhaftigkeit bisheriger Sozialforschung (ihrer Blindheit gegenüber den Lebensverhältnissen von Frauen) dadurch statt, daß die feministische Forschung sich mit der aktuellen Situation der Frauen in den verschiedensten Lebensbereichen empirisch befaßte. Ich möchte diese Art der Forschung "Situationsanalysen"¹⁰⁾ nennen. Sie erbringen den Nachweis, daß Frauen in dieser Gesellschaft in spezifischer Weise unterdrückt, besonders belastet und in ihrer Entwicklung behindert werden. Zum anderen wird die herkömmliche Sozialwissenschaft direkt im Rahmen theoretischer feministischer Analysen kritisiert, die sich mit den etablierten sozialwissenschaftlichen Aussagesystemen, ihrer Begriffs- und Hypothesenbildung unter Auslassung der Reflexion der Lebensrealität von Frauen befassen. In der feministischen Wissenschaft hat sich für diese Form der Demontierung der wissenschaftlichen Ansätze, die die patriarchale Struktur der Realität ausblenden, der Begriff der Dekonstruktionsanalysen (Derrida) eingebürgert¹¹⁾.

vor allem auch als patriarchale begreift. Damit ist zunächst gemeint, daß es gesellschaftliche Mechanismen gibt, die auf den verschiedenen, miteinander verflochtenen Ebenen - der Persönlichkeitsentwicklung - der geschlechtlichen Arbeitsteilung und - der Macht- und Entscheidungsstrukturen immer wieder strukturelle Abhängigkeiten und Einschränkungen der Frauen reproduzieren.

Eine patriarchale Gesellschaft ist eine, in der das männliche Geschlecht die Chance der Ausübung von Macht über Frauen hat. Die Ausübung dieses Machtverhältnisses funktioniert jedoch nicht, wenn die Machtunterworfenen in diesem Verhältnis nicht auch Interessen verfolgen und Bedürfnisse befriedigen können⁸⁾. Die Zweiseitigkeit dieses Verhältnisses verweist auf die Beteiligung der Frauen an der Aufrechterhaltung patriarchaler Strukturen und die Schwierigkeiten ihrer Auflösung⁹⁾.

2. Zur Logik feministischer Sozialwissenschaft

Mit der Bestimmung der Gesellschaft als patriarchal sind aus feministischer Perspektive - die auf Aufhebung dieser fundamentalen Ungleichheit zielt - gewisse Bedingungen für alle feministische Forschung gesetzt, die sie erfüllen muß, um zu Ergebnissen zu kommen. Diese Bedingungen unterscheidet sie deutlich von der herkömmlichen Wissenschaft.

Über diese Bedingungen werden die entscheidenden Kontroversen in der feministischen Sozialwissenschaft geführt und an ihnen entwickelt sie sich weiter. Sie bestimmen daher auch die logische Struktur feministischer Forschung, die ich kurz darstellen möchte, um vor diesem Hintergrund den Stand der feministischen Stadt- und Regionalforschung zu charakterisieren.

Die feministische Forschung in der Bundesrepublik hat ihren Ursprung in den - im weitesten Sinne - Selbsterfahrungsgrup-

- c) Bemühungen um die Fundierung des eigenen "Gegenstandes" der feministischen Sozialwissenschaft, um Rekonstruktion dessen, was Frausein gesellschaftlich bedeuten kann in einer Gesellschaft, die ihre Entfaltung noch prinzipiell verhindert (Rekonstruktionsanalysen)¹²⁾.

3. Zum Stand der feministischen Stadt- und Regionalforschung

Zur Charakterisierung feministischer Arbeiten zu Stadt und Region nehme ich die oben genannten Kategorien feministischer Wissenschaftsanalyse zu Hilfe. Sie scheinen mir geeignet zu sein, den Unterschied in der Entwicklungsrichtung feministischer Sozialwissenschaft und Stadt- und Regionalforschung deutlich zu machen. Letztere haben heute noch das Gewicht auf den Situationsanalysen, erstere im Bereich der Rekonstruktionsanalysen. Auch wenn sich diese Diskrepanz aus der unterschiedlichen Ausrichtung der Wissensgebiete in analyse- und anwendungsorientierte ergibt, so ist doch die Frage, ob ein ausreichendes feedback innerhalb der feministischen Forschung stattfindet. Daß in dieser Hinsicht Zweifel bestehen, wird der folgende Überblick belegen. Er ist so ausgerichtet, daß einerseits die Defizite und Unklarheiten, die das Verhältnis der feministischen Stadt- und Regionalforschung zum politischen System betreffen, herausgearbeitet, andererseits aber auch solche Ansätze dargestellt werden, die aus diesen Unklarheiten herausführen und die Stadt- und Regionalforschung in der Konfrontation mit dem etablierten politischen System auf ein neues Niveau kritischer feministischer Wissenschaft heben können.

a) Methodologie

Eine Auseinandersetzung mit der Methodologie feministischer Forschung speziell auf dem Gebiet der Stadt- und Regionalforschung hat meines Wissens bisher nicht stattgefunden. Wie jedoch zu erwarten, haben sich feministische Planerinnen explizit den Frauen als Planungsbetroffenen zugewandt.

So wurden z.B. endlich auch einmal Frauen als die in Sanierungsprozessen besonders Leidtragende befragt, statt der üblichen "Haushalte"¹³⁾. Außerdem wurden häufig mit betroffenen Frauen Lösungsmöglichkeiten für die frauenfreundlichere Gestaltung ihrer Wohnumwelt erarbeitet¹⁴⁾. Jedoch wurde bisher das Verhältnis von feministischen Planungsentwürfen zur etablierten Planungspraxis in Städten und Gemeinden nicht problematisiert. So wurde nicht die Frage gestellt, ob feministische Planungsentwürfe überhaupt in den etablierten Planungsprozeß einfließen sollen. Vielmehr wird davon ausgegangen, daß es ein Erfolg ist, wenn solche Planungsideen in den Planungsprozeß einfließen. Der Weg, der zur Zeit zur Durchsetzung feministischer Planungsideen gewählt wird, ist der, die kommunalen Frauenbeauftragten und Gleichstellungsstellen als neue Machtfaktoren auf der politischen Bühne für Planungsfragen zu interessieren¹⁵⁾. Dies zeigt, daß den feministischen Entwürfen von den Planerinnen selbst letztlich kein anderer Stellenwert beigemessen wird als anderen "normalen" Planvorhaben, die sich im kommunalen Interessengeflecht durchsetzen müssen.

b) Situationsanalysen

Von Architektinnen, Planerinnen, Geographinnen und Stadtsoziologinnen wurden vor allem in der Anfangszeit¹⁶⁾ der Bewegung meist kleine, lokal begrenzte, empirisch wenig fundierte Analysen erstellt, die dem Nachweis der Benachteiligung und Behinderung der Lebensmöglichkeiten der Frauen im städtischen und ländlichen Raum galten und als politische Anklage gedacht waren, die auf Veränderung dieser Verhältnisse zielte. Solche Analysen betrafen

- den Alltag von Frauen (mit Kindern), wobei besonders
- die Wohnsituation der Frauen,
- die Wohnumwelt und die Versorgungsinfrastruktur,
- die Verkehrsinfrastruktur und
- die geschlechtssegregierende funktionale Stadtplanung auf ihre Belastungen für Frauen und die Bedrohung durch männliche Gewalt hin beschrieben wurden.

hövers Arbeit²⁰⁾ über die Freiraumnutzung von Frauen zeigt, daß gerade im sportlichen Bereich den spezifischen Interessen von Frauen weniger Rechnung getragen wird. In einer von der Stadt Wiesbaden in Auftrag gegebenen Studie wird die Problematik der Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum in ihren verschiedenen Facetten abgehandelt²¹⁾. Kerstin Dörhöfer und Ulla Terlinden untersuchten im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit die Möglichkeiten zur Verbesserung der Wohnsituation von mißhandelten Frauen und ihren Kindern nach dem Verlassen des Frauenhauses²²⁾. In diesen Studien rückt der eigentlichen Problemlage entsprechend die Stadtgestaltung etwas aus dem Mittelpunkt der Argumentation, in der sie in den Anfängen der feministischen Diskussion über Stadtplanung stand.

Gegen solche Situationsanalysen, die wichtige Informationen liefern können, ist jedoch - gleichgültig ob sie als Auftragsforschung oder nicht durchgeführt wurden - einzuwenden, daß sie implizit unterstellen, das Aufzeigen der Benachteiligungen von Frauen könne Auswirkungen im politischen Raum haben, wenn dort nur ein Interesse an der Aufhebung der Benachteiligung der Frauen vorhanden wäre. Diese Annahme liegt natürlich besonders nahe, wo Frauen in einflußreichen Positionen diese Studien in Auftrag gegeben haben. Doch die Kurzschlüssigkeit dieser Analysen liegt auf der Hand. Man zeigt die strukturellen Benachteiligungen der Frauen auf, hofft aber gleichzeitig, daß sie im politischen Raum durch Einsicht behoben werden.

Zu einer solchen impliziten Unterstellung des Effektes der Aufklärung durch Benachteiligungs-, Belastungs- und Behinderungsanalysen mit möglichen Handlungsfolgen im politischen System kann es nur kommen, weil in diesen Analysen die Situation der Frauen nur partiell betrachtet und insbesondere die patriarchale Struktur des politischen Systems ausgeblendet wird. Es fehlt hier immer die gleichzeitige Refle-

Das feministische Verständnis, das hinter diesen Arbeiten stand, war unterschiedlich radikal. Es kreiste eher pragmatisch als theoretisierend um Fragen der Erleichterung der Hausarbeit, der Eröffnung von Wahlmöglichkeiten für unterschiedliche Lebensentwürfe von Frauen, der Schaffung von Frauenräumen zur Förderung der Kommunikationschancen unter Frauen und der Verhinderung von Gewalt gegen Frauen. Die so ausgesonderten Benachteiligungen verschiedenster Gruppen von Frauen wurde auf die Dominanz der Männer in allen Entscheidungsbereichen über städtische Strukturen zurückgeführt: in Architektur, Planung und Kommunalpolitik. Konsequenterweise wurden deshalb auch Überlegungen zu einer planungsbezogenen Interessenvertretung von Frauen angestellt¹⁷⁾. Während diese Arbeiten eher den Beginn des feministischen Engagements darstellten, kann man in den letzten Jahren eine - auch wissenschaftliche - Vertiefung dieser Benachteiligungs- und Behinderungsanalysen feststellen. Dies hat natürlich mit dem Anwachsen feministischen Wissens, aber auch mit institutionellen Bedingungen wie der wachsenden Anerkennung der Frauenproblematik in der etablierten Forschung und bei den entsprechenden Forschungsgeldgebern zu tun.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf einige größere Studien aus neuerer Zeit hinweisen, die sich mit der Nutzung städtischer Strukturen durch Frauen und ihrer Einschränkung und Behinderung durch diese beschäftigen. Der Frage der Chancen von Frauen mit Kindern, einen befriedigenden Erwerbsarbeitsplatz wohnungsnah zu finden, geht eine Studie von Spiel u.a.¹⁸⁾ nach, deren Ergebnis es ist, daß diese wohnungsnahen Arbeitsplätze die wenig qualifizierten und auch weniger befriedigenden Arbeitsplätze für Frauen sind. Die tägliche Mobilität der Frauen ist, wie wir aus der Studie von Angelika Buschkühl¹⁹⁾ wissen, wesentlich eingeschränkter als die der Männer (geringerer PKW-Anteil, geringerer Führerscheinbesitz etc.); sie haben einen relativ hohen Anteil am öffentlichen Personennahverkehr und gehen auch relativ häufiger zu Fuß. Maria Spitt-

xion des distanzierten Verhältnisses der Frauen zur Macht im politischen Raum, seiner Ursachen und der Möglichkeiten, die Ohnmacht zu überwinden; kurz: alles das, was in einer Theorie patriarchaler Vergesellschaftung, bei der die Rolle des Staates und des politischen Systems reflektiert werden müßte, und der daraus abgeleiteten Methodologie für die feministische Forschung zu entwickeln wäre. Insofern bleiben die Situationsanalysen an der Oberfläche und können die Benachteiligung der Frauen, aber vor allem auch die Aufhebung dieser Benachteiligung nicht realistisch in der ganzen Tiefe der Problematik einschätzen. Sie reproduzieren mit diesen Analysen die Segmentation gesellschaftlicher Strukturen, gegen die feministische Forschung einmal eingetreten war.

Auf Grund dieser Leerstelle der Situationsanalysen verlieren sich im politischen Raum die feministischen Ziele. Diese Forschung kann nur Handlungsoptionen für das politische System abliefern und gesteht letztlich die eigene Ohnmacht ein.

Daß hier nicht ein spezifisches, nur der feministischen Stadt- und Regionalforschung eigenes Problem vorliegt, dürfte klar sein. Da alle gegenwartsbezogene feministische Forschung von ihrem Anspruch her auf Veränderung der Verhältnisse orientiert ist, gilt dies Problem allgemein: da ein überzeugender Bezugsrahmen für die Analyse patriarchaler und kapitalistischer Vergesellschaftung sowie eine daraus abzuleitende Methodologie noch kaum entwickelt ist, geben feministische Situationsanalysen - wie andere Auftragsforschung auch - die Umsetzung ihrer Ergebnisse an die patriarchale Politik ab. Dies gilt auch für die feministische Forschung, die direkt aus einem Problem einer aktiven Frauengruppe heraus entstanden ist. Hier kommt - wenn die Lösung des Problems politischer Unterstützung bedarf - neben dem Aufklärungseffekt der Untersuchung nur noch ein zusätzlicher politischer Druck auf die etablierten Ent-

scheidungsstrukturen zu²³⁾. Welchen Weg es aus diesem Dilemma für die feministische Stadt- und Regionalforschung geben könnte, wird im Teil III erörtert.

c) Dekonstruktionsanalysen

Die feministische Forschung auf sozialwissenschaftlichem, aber auch auf vielen anderen Gebieten hat sich vor allem in ihren Anfängen mit den herrschenden Wissenschaftsansätzen beschäftigt und feststellen müssen, daß es nirgends - auch nicht in der sog. kritischen, auf die Emanzipation des Menschen gerichteten Soziologie der Frankfurter Schule - Anknüpfungspunkte gibt, an denen feministische Sozialwissenschaft umstandslos ansetzen könnte. Denn in alle bisherige Theorie geht die Situation der Frauen gar nicht oder in Form von sozialen und psychischen Zuschreibungen ein, die wir heute als ideologische zurückweisen müssen. Dekonstruktionsanalysen beschäftigen sich mit eben diesem Nachweis. Der allgemeinste Ansatzpunkt für die Dekonstruktion einer Theorie ist das Faktum, daß sie sich als geschlechtsneutral aus gibt. Es wird dann meistens gezeigt, daß dies keineswegs so ist, daß vielmehr in ihrer Begrifflichkeit und in ihren Aussagen die Welt der Männer verallgemeinert wird.

Für die feministische Sozialwissenschaft war die Beschäftigung mit dem Arbeitsbegriff in Theorie und Empirie der Gesellschaftswissenschaften zentral. War einmal erkannt, daß sich Arbeit hier nur auf Erwerbsarbeit bezog und die Bedeutung der Hausarbeit als einer sozialwissenschaftlichen Kategorie negiert wurde (Marx, Weber und viele andere), so konnten die damit operierenden theoretischen Ansätze und empirischen Untersuchungen ihren Objektivitäts- und Allgemeinerheitsanspruch nicht mehr aufrechterhalten und müssen sich Einseitigkeit vorwerfen lassen.

Ähnliches läßt sich über die Begriffe Öffentlichkeit und Privatheit sagen, deren Definition in wie immer reduzierter Form Allgemeinerheitsanspruch in der soziologischen und

politischen Theorie erhebt, aber doch bestenfalls die Realität aus männlicher Sicht widerspiegelt und zugleich die Lebenssituation von Frauen ausblendet bzw. mit einem falschen, ihr inadäquaten Maßstab mißt.

Ein weiteres wichtiges Element der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung, das es jedenfalls aus Sicht eines Teils der Feministinnen zu dekonstruieren galt und gilt, sind die häufig implizit gebrauchten Stereotype von "weiblich" und "männlich", mit denen sich bestimmte soziale und psychische Kompetenzen verbinden, weil den Geschlechtern unterschiedliche "Charaktere" zugeschrieben wurden²⁴⁾. Sie tauchen in Theorien zur Sozialisation, in der Erziehungssoziologie, aber z.B. auch in der Medizinsoziologie auf²⁵⁾, um nur einige Bereiche zu benennen.

Überall da, wo Feministinnen Dekonstruktionsanalysen ansetzen, sind sie auch fündig geworden und haben innerhalb ihrer jeweiligen Wissenschaftsgebiete als Reflex der patriarchalen Strukturen der Gesellschaft das patriarchale Denken und die patriarchale Rekonstruktion der Realität aufgefunden. So auch in der Stadt- und Regionalsoziologie, in der an keiner Stelle auf ihre geschlechtsspezifisch eingeschränkte Gültigkeit ihrer Aussagen hingewiesen wird. Daher wird in verschiedenen Arbeiten von Feministinnen - häufig in Zusammenhang mit Situationsanalysen - auf die patriarchale Struktur dieses Arbeitsfeldes hingewiesen. Besonders hat in diesem Zusammenhang die Castells'sche Definition der Stadt²⁶⁾ als einer Einheit kollektiven Konsums zur Kritik eingeladen²⁷⁾.

Bisher häufigster Stein des Anstoßes und Ansatzpunkt für die Dekonstruktion der Ergebnisse der raumbezogenen Wissenschaften war der Ausschluß der Hausarbeit als der Arbeit von Frauen aus der theoretischen wie planerischen Reflexion. Die systematische Dekonstruktion der theoretischen Ansätze und empirischen Ergebnisse der Stadt- und Regionalpolitik entwickelte bisher Ulla Terlinden in ihrer Arbeit über "Gebrauchswirtschaft und Raumstruktur"²⁸⁾.

d) Rekonstruktionsanalysen

Je mehr und deutlicher es sich nun zeigte, daß in den etablierten Wissenschaften die Lebensrealität der Frauen ausgeblendet wird, desto weniger besteht bei Feministinnen das Bedürfnis nach weiteren Dekonstruktionsanalysen und umso stärker wird das Bewußtsein, daß die feministische Theorie praktisch von vorne beginnen und sich mit der Rekonstruktion dessen, was Frauen gemacht haben, wie sie gelebt und gelitten haben, beschäftigen muß.

Es lassen sich verschiedene Stoßrichtungen der Rekonstruktionen im sozialwissenschaftlichen Bereich unterscheiden. Die eine sucht das den Frauen Eigene und Gemeinsame, sie von den Männern Unterscheidende, zu rekonstruieren. Eine andere Richtung beschäftigt sich mit der Rekonstruktion der Geschichte der Frauen unter den Bedingungen patriarchaler Herrschaft.

Diese verschiedenen Formen von Rekonstruktionsanalysen werden mit unterschiedlich radikalem Anspruch und mit unterschiedlicher theoretischer Güte vorgenommen.

Als nicht nur nicht befriedigende Lösungen, sondern auch als neue Ideologieproduktion sind Versuche anzusehen, die die Rekonstruktion auf sog. weiblichen Besonderheiten aufbauen wollen. Solche weiblichen Besonderheiten, die sich auf biologische (die Gebärfähigkeit) und/oder spezifische emotionale Qualitäten erstrecken (Empathie, Mütterlichkeit), sind Reduktionen gesellschaftlicher Tatbestände, die wissenschaftlich nicht haltbar sind. Anders ist dies jedoch mit solchen Versuchen wie denen von Dinnerstein und Chodorow, die sich um den Nachweis sozialer Mechanismen für die dauerhafte Ausbildung bestimmter psychischer Dispositionen wie z.B. des "mothering" bemühen,²⁸⁾ die in der Regel eher bei Frauen als bei Männern zu finden sind.

Diese Arbeiten waren grundlegend für die Verbreitung der Annahme von der "Differenz" der Geschlechter.

Auch im Hinblick auf die Beziehungen der Frauen zum Raum gibt es das gleiche Problem. Hier gibt es ebenfalls um-

standslose Rekonstruktionen, die die sozialen Vermittlungsschritte in der Beziehung der Frauen zum Raum nicht beachten. Ein Beispiel dafür ist Eriksons These, daß der Raumsinn der Geschlechter in direktem Zusammenhang zu den genitalen Modi stehe. Die räumlichen Modalitäten des Spielverhaltens von Kindern, das er beobachtete, schienen bei den Jungen die Dimension hoch/tief, bei den Mädchen die Dimension offen/geschlossen zu haben und damit die Morphologie der Sexualorgane widerzuspiegeln³⁰⁾.

Diese These ist vielfach und zurecht wegen ihrer biologistischen Analogie kritisiert worden. Daher kann sie ebensowenig zur Rekonstruktion der Beziehungen der Frauen zum Raum herangezogen werden wie die These von Pignatelli³¹⁾, die besagt, daß Frauen und Männer aufgrund unterschiedlicher Raumerfahrungen auch unterschiedliche Logiken im räumlichen Handeln entwickeln. Auch wenn dabei keine Reduktion auf biologische Tatbestände vorgenommen wird, so scheint der hier konstruierte Zusammenhang von Raumerfahrung und Ausbildung von raumbezogenen Denkmustern deterministisch zu sein und zahlreiche Vermittlungsschritte außer Acht zu lassen³²⁾.

Ein anderer ebenfalls nicht befriedigender Ansatz für Rekonstruktionsanalysen ist der, der sich mit dem "Nachweis" von Frauenmacht über Männer, sei es in grauer Vorzeit, sei es bei heute noch überlebenden "Naturvölkern" beschäftigt. Solche Analysen haben ihren Wert darin, daß sie möglicherweise das Wissen über Frauen in der Frühgeschichte, in der Archäologie oder Ethnologie erweitern. Anknüpfungspunkte solcher Matriarchatsanalysen für die heutige Situation der Frauen gibt es jedoch nicht. Allerdings tragen sie zur Etablierung eines Mythos bei, über dessen soziale Bedeutung man geteilter Meinung sein kann. In diesem Zusammenhang müssen die Analysen von Cilly Rentmeister³³⁾ und anderen Frauen erwähnt werden, die sich mit dem Nachweis einer "weiblichen" Architektur in matriarchalen Gesellschaften beschäftigt haben. Die gelegentlich umstandslose Inbesitznahme der Formensprache solcher früherer Architektur matriarchaler Gesellschaften durch heutige feministische Architek-

tinnen (Kreis, Eiform, Spirale) kann kaum als adäquate Antwort auf eine mehrtausendjährige von Männern dominierte Architekturtheorie und -geschichte gelten³⁴⁾.

Rekonstruktionsanalysen, die demgegenüber aus sozialwissenschaftlicher Sicht nicht angreifbar sind, müssen das Gesellschaftliche des Frau-seins von Anfang an mitreflektieren, d.h. die Tatsache, daß Frauen sich seit Jahrhunderten nur innerhalb sich verändernder patriarchaler Strukturen haben entwickeln können, sie deshalb in ihrer psychischen, physischen und sozialen Existenz Teil der patriarchalen Gesellschaft sind, deren Machtstrukturen zu einem Teil mittragen und von ihnen profitieren. Zahlreiche Untersuchungen der historisch orientierten Frauenforschung, die die vergangene und vergessene Geschichte der Frauen aufgepürt haben, belegen dies. Im Bereich feministischer Forschung zu sozialen Räumen ist bisher vor allem Ulla Terlindes systematische historische Rekonstruktion des Raumbezuges der Arbeit von Frauen hervorzuheben. Sie analysiert den Wandel der Gebrauchswirtschaft vom Mittelalter bis heute und zeigt, wie sich darüber ein jeweils spezifischer Raumbezug von Frauen herstellt, wie aber auch der Wandel der Gebrauchswirtschaft die Stadtentwicklung strukturiert hat - ein bisher in der Geschichte und Theorie zur Stadtentwicklung gänzlich unbeachteter Aspekt.

Die Vorteile eines solchen historisch-soziologischen Bezugsrahmens für die feministische Analyse nicht nur zu Stadt und Region sind offensichtlich, insbesondere, wenn sie Material zum Formenwandel patriarchaler Strukturen bieten und z.B. den Wandel von der personalen zur Markt- und Staatsabhängigkeit der Frauen thematisieren. Damit könnte gerade für die Situationsanalysen der Bogen zur gesellschaftlichen Entwicklung sowie zur spezifischen Rolle des Staates und des politischen Systems im Prozeß patriarchaler Vergesellschaftung geschlagen werden. Denn dieser derzeit fehlende Bezug ist es, der feministische Analysen, die ohne ihn auszukommen meinen, zu kurzschlüssigen und banalen Ergebnissen für die praktische Politik führten.

Kenntnis heraus zu nahe zu treten."³⁷⁾

Wie nun gelebte Lösungen feministische Theorie und Politik vorantreiben können, zeigen die Autorinnen des Buches "Wie weibliche Freiheit entsteht"³⁸⁾. In der Analyse ihrer Gruppenprozesse kommt die Gruppe um den Mailänder Frauenbuchladen und die Zeitschrift "sottosopra" zu der Erkenntnis, daß die Beziehungen zwischen Frauen in den Mittelpunkt ihrer politischen Praxis zu rücken seien. Da die Andersartigkeit der Frauen in der patriarchalen Gesellschaft keinen Ausdruck finden könne, gelte es, diese Andersartigkeit erst gesellschaftlich zu entwickeln. Frauen verfügen nicht über Symbole, denen gesellschaftlicher Wert zuerkannt wird. Wollen sie in der Gesellschaft bestehen, müssen sie ihr Geschlecht verleugnen. Deshalb rücken die Mailänderinnen die Beziehungen zwischen Frauen in den Mittelpunkt der politischen Praxis. Ihre Vorstellung ist, daß Frauen nur dann eigene Maßstäbe entwickeln und ihnen zu gesellschaftlichem Wert verhelfen können, wenn Frauen einander in ihrer Unterschiedlichkeit - in der Verschiedenheit ihrer Fähigkeiten und sozialer Stellungen - anerkennen. Dabei geht es den Mailänderinnen nicht um die Ausbildung autonomer sozialer Räume innerhalb des Patriarchats, sondern um Einmischung der für sie bedeutsamen politischen Strukturen und Prozesse. Bestechend ist dieser Ansatz vor allem, weil es in dieser Praxis autonomer Frauen gerade um die Anerkennung der Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe geht und nicht wie zuletzt in der deutschen Diskussion um eine dogmatische Verengung bzw. Polarisierung (Mütter, Erwerbstätige). Die Anerkennung der Vielfalt der Lebensentwürfe von Frauen ist die Basis für die Kommunikation von Frauen untereinander, in der sich weibliche Kultur in der Auseinandersetzung mit praktischer Politik entwickeln kann. Dieses "Rekonstruktionsprojekt" der Mailänderinnen, wie ich es nennen möchte, macht glaubhaft, daß es innerhalb der patriarchalen Gesellschaft heute möglich ist, die Andersartigkeit der Frauen als Widerspruch zu ihrer gesellschaftlich verordneten Weiblich-

Frägen allerdings, ob und wie neue Formen kapitalistischer Entwicklung heute zur Restrukturierung patriarchaler Strukturen, deren Veränderung oder gar Auflösung beitragen, werden zur Zeit noch kaum bearbeitet.

Die historisch-soziologischen Rekonstruktionen haben ihre Grenzen dort, wo es um subjektive Ansatzpunkte für die Auflösung der patriarchalen Strukturen geht. Sie führen uns zu unserem Dilemma. Die Frage, die wir mit den Rekonstruktionsanalysen letztlich gern beantwortet hätten, von der wir aber wissen, daß es auf sie keine wissenschaftlich befriedigende Antwort gibt, lautet: was und wie sind Frauen "eigentlich", wenn sie nicht in einer patriarchalen Gesellschaft leben?

Einige feministische Sozialwissenschaftlerinnen, die um die Unsinnigkeit dieser Frage als wissenschaftliche wissen und von der immer schon bestehenden gesellschaftlich geprägten Existenz von Frauen ausgehen, versuchen in vorhandenen gesellschaftstheoretischen Ansätzen (Marx, kritische Theorie) den Punkt auszuloten, wo die Dekonstruktion in Rekonstruktion übergehen könnte. "Eine Subjekttheorie, die dem weiblichen Geschlecht gerecht würde, steht noch aus", schreibt Regina Becker-Schmidt im Hinblick auf die kritische Theorie³⁵⁾. Ob sich hieraus eine "feministische Gesellschaftstheorie" entwickeln kann, von der immer häufiger gesprochen wird, bleibt abzuwarten³⁶⁾.

Meine Vermutung ist allerdings, daß abstrakte theoretische Konstruktionen blutleer bleiben, wenn sie sich nicht auf die Analyse feministischer Praxis stützen, sondern an dieser vorbeigehen. In dieser Sichtweise fühlte ich mich bestätigt, als ich auf der letzten Textseite des von Ursula Beer herausgegebenen Buches "Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik" den nach langwierigen Erörterungen einsichtsvollen Hinweis von Axel Knapp las: "... vielleicht muß feministisches Denken erst noch näher heran an gelebte Lösungen. Von dort aus reichert feministische Theorie sich an und gewinnt eine Stärke, die radikal ist, weil sie vermag, den Verhältnissen aus näherer

keit zu entwickeln und darüber patriarchale Strukturen, die diese Weiblichkeit zuschreiben, zu verändern.

III. Entwicklungsmöglichkeiten feministischer Stadt- und Regionalforschung

1. Konsequenzen für Theorie und Methodologie

Die Weiterentwicklung feministischer Stadt- und Regionalforschung scheint mir nach dem Überblick über den Stand dieser Forschung in drei miteinander verbundenen Richtungen notwendig zu sein, wenn sie sich den Anforderungen aus dem etablierten politischen System stellen will und sich gleichzeitig der feministischen Praxis verpflichtet fühlt.

a. Die analyseorientierte sozialwissenschaftliche Richtung der feministischen Stadt- und Regionalforschung kann nicht darauf warten, daß ihr von der feministischen Sozialwissenschaft in absehbarer Zeit ein für ihr Problemfeld adäquater theoretischer Bezugsrahmen zur Verfügung gestellt wird. Sie muß sich vielmehr selbst mit Fragen des Zusammenhangs von Prozessen kapitalistischer und patriarchaler Vergesellschaftung im städtischen und ländlichen Raum auseinandersetzen. Wie stehen z.B. die Veränderung der Haushaltstypen im städtischen Raum mit Veränderungen in der Erwerbsstruktur, mit lokaler ökonomischer Entwicklung und deren Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt und mit der Auflösung von Familienstrukturen in Zusammenhang³⁹⁾? In solchen und ähnlichen Untersuchungen könnte meines Erachtens die Verquickung von kapitalistischer und patriarchaler Vergesellschaftung beobachtet und so auf induktivem Wege ein begrenzter Beitrag zum Abbau der theoretischen Leerstellen der feministischen Sozialwissenschaft geleistet werden.

b. Die feministische Forschung zu Stadt- und Region müßte sich gerade aufgrund der neuen politischen Herausforderung des Anwendungsbezugs ihrer Ergebnisse stärker mit den Struk-

Kenntnis heraus zu nahe zu treten."³⁷⁾

Wie nun gelebte Lösungen feministische Theorie und Politik vorantreiben können, zeigen die Autorinnen des Buches "Wie weibliche Freiheit entsteht"³⁸⁾. In der Analyse ihrer Gruppenprozesse kommt die Gruppe um den Mailänder Frauenbuchladen und die Zeitschrift "sottosopra" zu der Erkenntnis, daß die Beziehungen zwischen Frauen in den Mittelpunkt ihrer politischen Praxis zu rücken seien. Da die Andersartigkeit der Frauen in der patriarchalen Gesellschaft keinen Ausdruck finden könne, gelte es, diese Andersartigkeit erst gesellschaftlich zu entwickeln. Frauen verfügen nicht über Symbole, denen gesellschaftlicher Wert zuerkannt wird. Wollen sie in der Gesellschaft bestehen, müssen sie ihr Geschlecht verleugnen. Deshalb rücken die Mailänderinnen die Beziehungen zwischen Frauen in den Mittelpunkt der politischen Praxis. Ihre Vorstellung ist, daß Frauen nur dann eigene Maßstäbe entwickeln und ihnen zu gesellschaftlichem Wert verhelfen können, wenn Frauen einander in ihrer Unterschiedlichkeit - in der Verschiedenheit ihrer Fähigkeiten und sozialer Stellungen - anerkennen. Dabei geht es den Mailänderinnen nicht um die Ausbildung autonomer sozialer Räume innerhalb des Patriarchats, sondern um Einmischung der für sie bedeutsamen politischen Strukturen und Prozesse. Bestechend ist dieser Ansatz vor allem, weil es in dieser Praxis autonomer Frauen gerade um die Anerkennung der Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe geht und nicht wie zuletzt in der deutschen Diskussion um eine dogmatische Verengung bzw. Polarisierung (Mütter, Erwerbstätige). Die Anerkennung der Vielfalt der Lebensentwürfe von Frauen ist die Basis für die Kommunikation von Frauen untereinander, in der sich weibliche Kultur in der Auseinandersetzung mit praktischer Politik entwickeln kann. Dieses "Rekonstruktionsprojekt" der Mailänderinnen, wie ich es nennen möchte, macht glaubhaft, daß es innerhalb der patriarchalen Gesellschaft heute möglich ist, die Andersartigkeit der Frauen als Widerspruch zu ihrer gesellschaftlich verordneten Weiblich-

keit zu entwickeln und darüber patriarchale Strukturen, die diese Weiblichkeit zuschreiben, zu verändern.

III. Entwicklungsmöglichkeiten feministischer Stadt- und Regionalforschung

1. Konsequenzen für Theorie und Methodologie

Die Weiterentwicklung feministischer Stadt- und Regionalforschung scheint mir nach dem Überblick über den Stand dieser Forschung in drei miteinander verbundenen Richtungen notwendig zu sein, wenn sie sich den Anforderungen aus dem etablierten politischen System stellen will und sich gleichzeitig der feministischen Praxis verpflichtet fühlt.

a. Die analyseorientierte sozialwissenschaftliche Richtung der feministischen Stadt- und Regionalforschung kann nicht darauf warten, daß ihr von der feministischen Sozialwissenschaft in absehbarer Zeit ein für ihr Problemfeld adäquater theoretischer Bezugsrahmen zur Verfügung gestellt wird. Sie muß sich vielmehr selbst mit Fragen des Zusammenhangs von Prozessen kapitalistischer und patriarchaler Vergesellschaftung im städtischen und ländlichen Raum auseinandersetzen. Wie stehen z.B. die Veränderung der Haushaltstypen im städtischen Raum mit Veränderungen in der Erwerbsstruktur, mit lokaler ökonomischer Entwicklung und deren Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt und mit der Auflösung von Familienstrukturen in Zusammenhang³⁹⁾? In solchen und ähnlichen Untersuchungen könnte meines Erachtens die Verquickung von kapitalistischer und patriarchaler Vergesellschaftung beobachtet und so auf induktivem Wege ein begrenzter Beitrag zum Abbau der theoretischen Leerstellen der feministischen Sozialwissenschaft geleistet werden.

b. Die feministische Forschung zu Stadt- und Region müßte sich gerade aufgrund der neuen politischen Herausforderung des Anwendungsbezugs ihrer Ergebnisse stärker mit den Struk-

kann. Dabei fußen meine Überlegungen auf älteren von Ulla Terlinden⁴¹⁾ und Renate Fritz-Händeler⁴²⁾. Es handelt sich dabei um ein Modell für die Verbesserung der sozial ungleichen Beteiligungschancen von Frauen an den demokratischen Prozessen in den Kommunen, die ihre sozial-räumliche Umwelt betreffen. Dieses Modell stellt für beide Seiten, die feministische Politik in der Kommune und die feministische Forschung im kommunalen Rahmen, eine Herausforderung dar. Für die feministische Politik gelte es, dieses Modell in der Kommunalpolitik durchzusetzen. Für die feministische Forschung liegt die Herausforderung darin, dieses Modell in die Methodologie der Untersuchung miteinzubeziehen. Analysen über die Situation von Frauen in Stadt und Land müßten deshalb im Anschluß an eine Ist-Analyse die Möglichkeiten der Veränderung der Situation durch die Frauen selbst beschreiben, also auch den Weg der politischen Veränderung der Verhältnisse aufzeigen. Sie könnten sich damit an der Entstehung dieses Modells beteiligen.

Ausgehend von der Tatsache, daß Frauen auf den verschiedenen Ebenen an Stadtplanungsentscheidungen aus strukturellen Gründen (berufliche Diskriminierung, soziale Rolle als Mutter und Hausfrau, besondere zeitliche Belastung durch Beruf und Hausarbeit) nicht in dem Maße beteiligt sind wie Männer, müssen zum Ausgleich für diese Benachteiligung in der politischen Interessenvertretung besondere Gremien geschaffen werden, in denen diese Interessenvertretung möglich ist.

Es wird deshalb vorgeschlagen, auf den verschiedenen Ebenen der Stadtplanungsgestaltung,

- der konzeptionellen Ebene,
- des Abwägungsprozesses in Planungsverfahren und
- der Bürgerbeteiligung

spezifische Mitwirkungsmöglichkeiten der Frauen durch Stadtratsbeschlüsse zu etablieren:

- einen Frauenplanungsrat (konzeptionelle Ebene),
- die Einbeziehung von Frauenverbänden (vereinen) als Träger öffentlicher Belange (Abwägungsprozeß),

- die Einrichtung von Bürgerinnenversammlungen (Beteiligungungsverfahren).

Dies ließe sich im Einzelnen folgendermaßen begründen:

Die in der städtischen Verwaltung mit Planungsaufgaben (einschließlich Verkehrs- und Umweltplanung) Beschäftigten sind heute noch in ganz überwiegendem Maße ebenso wie die Experten im Städtebaubeirat Männer.

Die Unangemessenheit vieler stadtplanerischer und infrastruktureller Entscheidungen ist inzwischen aus Frauensicht vielfältig kritisiert worden. Sie kommt dadurch zustande, daß Männer die Lebenswelten und Alltagsprobleme der Frauen (Kindererziehung und -betreuung, Besorgung des Haushalts, die Vereinbarung von Haus- und Berufsarbeit, die Bedrohung durch männliche Gewalt) nicht teilen, sie zu wenig kennen und kein unmittelbares Interesse an ihrer Veränderung haben können.

Solange es keine paritätische Besetzung auf allen Hierarchieebenen in der Stadtplanung gibt, muß man bereits im Stadium der Planungskonzeption von einem Defizit an Aufmerksamkeit und Interesse für die Belange der Frauen in der städtischen Umwelt ausgehen. Dieses Defizit setzt sich in den politischen Entscheidungsgremien fort.

Deshalb sollte dem Stadtplanungsausschuß ein Frauenplanungsrat beigeordnet werden, in den Expertinnen für eine frauengerechte Stadtplanung von den Parteien berufen und für ihre Tätigkeit entschädigt werden. Der Frauenplanungsrat wird über alle Vorgänge im Stadtplanungsausschuß informiert und berät sie. Der Frauenplanungsrat hat das Recht, an allen Sitzungen des Stadtplanungsausschusses teilzunehmen.

Der Frauenplanungsrat muß vom Stadtplanungsausschuß gehört werden, wenn der Frauenplanungsrat dies verlangt. Der Frauenplanungsrat hat das Recht, in diesem Gremium selbst Themen auf die Tagesordnung zu bringen. Die Arbeitsweise des Frauenplanungsrates legt dieser selbst fest.

Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sollen "Behörden und Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind und von der Planung berührt werden können, möglichst frühzeitig beteiligt werden" (BauGB § 4). Sie müssen innerhalb einer gegebenen Frist Stellung zu den Vorhaben beziehen. Wer Träger öffentlicher Belange ist, wird durch die Innenminister der Bundesländer bestimmt. Es ist aber auch Praxis in den Gemeinden, bei bestimmten (oder allen) Bauvorhaben einzelne ortswichtige Gruppen und Vereinigungen als Träger öffentlicher Belange zu behandeln und zu Stellungnahmen aufzufordern.

Um auch den Frauen Gelegenheit zur Vertretung ihrer Interessen zu geben, so daß diese Interessen wenigstens im nachfolgenden Abwägungsprozeß der politischen Gremien einbezogen werden können, sollten verschiedene Frauenvereinigungen als Träger öffentlicher Belange anerkannt und routinemäßig wie andere Träger auch zu Stellungnahmen aufgefordert werden.

Solche Träger öffentlicher Belange könnten z.B. sein: Der deutsche Hausfrauenbund, der Deutsche Evangelische Frauenbund, die Vereinigung autonomer Frauen oder ihr jeweiliger lokaler Zusammenschluß. Die Stellungnahmen müßten zwar von Planungsexpertinnen bearbeitet werden. Sie sollten aber eng mit Gruppen betroffener Frauen (Situationsanalysen) zusammenarbeiten.

In allen Stadtteilen sollten Versammlungen abgehalten werden, zu denen nur die Bürgerinnen eingeladen werden, um deren spezifische Probleme kennenzulernen und diese rechtzeitig in die weitere Stadt(teil)entwicklungsplanung einzubeziehen. Hier werden andere Probleme zur Sprache kommen als in offenen Versammlungen, in denen meist Männer die Diskussionen dominieren und von daher auch die Themenbereiche.

Anmerkungen

1. Vgl. Esser, Josef/ Hirsch, Joachim: Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie; Ipsen, Detlev: Raumbilder; Läßle, Dieter: Zur Diskussion über "Lange Wellen", "Raumzyklen" und gesellschaftliche Restrukturierung; Rodenstein, Marianne: Durchstaatlichung der Städte? Alle in: Prigge Walter (Hrg) (1987): Die Materialität des Städtischen. Basel, Boston
2. Häußermann, Hartmut/ Siebel, Walter (1978): Thesen zur Soziologie der Stadt. In: Leviathan Sonderband
3. Hier ist vor allem zu nennen: Mies, Maria (1978): Methodische Postulate zur Frauenforschung - dargestellt am Beispiel der Gewalt gegen Frauen. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 1, München
4. Hierzu vor allem: Frauenforschung oder feministische Forschung? In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 11 1983; Becker-Schmidt, Regina (1985): Probleme einer feministischen Theorie und Empirie in den Sozialwissenschaften. In: Feministische Studien, Heft 2; Beer, Ursula (1987): Objektivität und Parteilichkeit - ein Widerspruch in feministischer Forschung? In: dies. (Hrg): Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik. Bielefeld
5. So etwa bei Louis Wirth, der Chicago-Schule, aber auch bei Hans Paul Bahrdt u.a.
6. Woolf, Virginia (1928): A Room of One's Own; dt. (1981): Ein Zimmer für sich allein. Frankfurt am Main
7. Wolf, Christa (1981): Kein Ort. Nirgends. Darmstadt, Neuwied
8. Dieses Verständnis von Macht findet sich bei Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität Wissen und Wahrheit. Berlin. Er schreibt: "...anstatt sich zu fragen, wie der Souverän an der Spitze erscheint, sollte man herauszufinden versuchen, wie sich allmählich, schrittweise, tatsächlich, materiell, ausgehend von der Vielfältigkeit der Körper, Kräfte, Energien, Materien, Wünsche, Gedanken usw. die

Subjekte konstituiert haben. Man muß die materielle Instanz der Unterwerfung in ihrer subjektkonstituierenden Funktion erfassen." S. 81

9. Dieser Sachverhalt wird etwas grob als "Mittäterschaft" bezeichnet. So Thürmer-Rohr, Christina in (1983): Der Chor der Opfer ist verstummt. Eine Kritik an Ansprüchen der Frauenforschung. In: Frauenforschung oder feministische Forschung. Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 11
10. Vgl. Rodenstein, Marianne (1980): Fraueninteressen in Gesundheitspolitik und -forschung. In: Soziale Welt Heft 2 S. 177
11. Dieser Begriff wurde übernommen von Harding, Sandra/ Hintikka, Merrill B. (1983): Introduction. In: dies. (Hrg). Discovering Reality. Feminist Perspectives on Epistemology, Metaphysics, Methodology, and Philosophy of Science. Dordrecht, Boston, London
12. siehe Anmerkung 11
13. Kämper, Anja Maria (1984): Die unsichtbare Seite der Sanierung. Im Auftrag der Internationalen Bauausstellung Berlin
14. Vgl. dazu die Artikel von Christine Venghaus und Christa Klimek (1989) in: Heft 44 der Zeitschrift "Raum Planung", Dortmund
15. Reich, Doris (1989): Kommunale Frauenbeauftragte. In: ebd.; Grote, Marita (1989): Durchsetzungschancen institutionalisierter Frauenpolitik in der Kommune. In: Frei- Räume, Streitschrift der Feministischen Organisation von Planerinnen und Architektinnen Heft 3 Dortmund
16. Wichtig waren hier vor allem Bauwelt 31/32 (1979), Arch + 60 (1981) und die Beiträge 4 zur feministischen Theorie und Praxis (1980)
17. Vgl. Terlinden, Ulla (1980): Baulich-räumliche Herrschaft. In: Beiträge 4 zur feministischen Theorie und Praxis
18. Speil, Wolfgang, Kuhnt, Martina, Geißler, Clemens u.a. (1987): Wohnung und Arbeitsplatz. Analysen zur wohnungs-

nahen Erwerbstätigkeit von Müttern. Hannover. Studie des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforchung an der Universität Hannover

19. Buschkühl, Angelika (1982): Die tägliche Mobilität von Frauen. Diplomarbeit, Geographisches Institut der Universität Gießen
20. Spithöver, Maria (1988): Frauen und Freiraum. Zur Beanspruchung öffentlichen städtischen Freiraumes durch Frauen, Habilitationsschrift an der Universität Oldenburg
21. Müller, Gudrun (1987): Die Situation der Bedrohung von Frauen im öffentlichen Raum - eine ausgewählte Studie für die Stadt Wiesbaden. Frankfurt am Main. Studie im Auftrag der Frauenbeauftragten in Wiesbaden
22. Terlinden, Ulla/ Dörhöfer, Kerstin u.a. (1987): Verbesserung der Wohnsituation von Frauen und ihren Kindern nach dem Verlassen des Frauenhauses. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Stuttgart u.a.
23. Allerdings ist gerade die Entwicklung der autonomen Projekte in ihrem Verhältnis zu kommunalen politischen Prozessen noch wenig erforscht. Einen Anfang dazu zeigen Haarmann, Claudia/ Heggenberger, Monika (1989): Viel erreicht und wenig verändert. Zur Öffentlichkeitsarbeit des ersten autonomen Frauenhauses Berlin. In: Feministische Studien Heft 1
24. Hausen, Karin (1978): Die Polarisierung der "Geschlechtscharaktere" - Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Rosenbaum Heidi (Hrg). Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur. Frankfurt am Main
25. Vgl. Rodenstein, Marianne (1980): Fraueninteressen in Gesundheitspolitik und -forschung. In: Soziale Welt Heft 2, S. 179-185. Zu den historischen Aspekten dies. (1984): Somatische Kultur und Gebärpolitik. In: Riedmüller, Barbara/ Kickbusch, Ilona (Hrg). Die armen Frauen. Frankfurt am Main
26. Castells, Manuel (1977): Die kapitalistische Stadt. Hamburg

27. So zuletzt Bondi, Liz/ Peake, Linda (1988): Gender and the City: Urban Politics Revisited. In: Little, Jo/ Peake, Linda/ Richardson, Pat (Hg): Women in Cities. Gender & the Urban Environment. Basingstoke, London
28. Terlinden, Ulla (1988): Gebrauchswirtschaft und Raumstruktur. Der Wandel der Hauswirtschaft von der mittelalterlichen "Ökonomie des ganzen Hauses" bis zur Hausarbeit in der Industriegesellschaft und seine Auswirkungen auf Siedlungsentwicklung und Hausbau. Dissertation an der TU Berlin 29.
29. Dinnerstein, Dorothy (1979): Das Arrangement der Geschlechter. Stuttgart; Chodorow, Nancy (1985): Das Erbe der Mütter. Psychoanalyse und Soziologie der Geschlechter. München
30. Erikson, Erik H. (1979): Genitale Modi und räumliche Modalitäten. In: Bauwelt 31/32
31. Pignatelli, Paola Coppola (1979): Weg zu einer anderen räumlichen Logik. In: ebd.
32. Vgl. dazu auch den Kritischen Überblick von Bohle, Rosemarie (1984): Uner - fahrene Orte. Frauen-, Männer- oder beherrschte Räume? In: Jüngst, Peter (Hrsg.): Innere und äußere Landschaften. Zur Symbolbelegung und emotionalen Besetzung von räumlichen Umwelten. Urbs et Regio 34, Kassel
33. Rentmeister, Cillie (1979): Die Quadratur des Kreises. Die Machtergreifung der Männer über die Bauformen. In: Bauwelt 31/32
34. Dörhöfer, Kerstin (1986): Frauenhaus und Herrnsitz. Ergebnisse aus Architektur und Städtebau. In: Hausen, Karin/ Nowotny Helga (Hrg): Wie männlich ist die Wissenschaft? Frankfurt am Main
35. Becker-Schmidt, Regina (1985): Probleme einer feministischen Theorie und Empirie in den Sozialwissenschaften. In: Feministische Studien Heft 2, S. 98
36. Vgl. hierzu einen Versuch auf Basis eines "positiven Eklektizismus" bei Geiger, Gabriele (1986): Frauen Körper Bauten. München S. 151
37. Grudrun - Axeli Knapp (1987): Arbeitsteilung und Sozialisation: Konstellationen von Arbeitsvermögen und Arbeitskraft im Lebenszusammenhang von Frauen. In: Beer, Ursula (Hrg): Klasse Geschlecht. Bielefeld S.269
38. Libreria delle donne di Milano (1988): Wie weibliche Freiheit entsteht. Eine neue politische Praxis. Berlin
39. Ein Forschungsprojekt, das diese Zusammenhänge behandeln soll, wird z.Z. im Arbeitsgebiet Stadt- und Regionalforschung des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt vorbereitet.
40. Der Begriff der "intermediären Struktur" für die zwischen autonomer Bewegung und gesellschaftlichen Institutionen stehenden Gruppen wie z.B. der "Frauenrat" an den Universitäten kam in einem Gespräch mit Sylvia Kontos auf.
41. Vgl. Anmerkung 17
42. Fritz-Haendeler, Renate (1985): Frauen als Trägerinnen öffentlicher Belange. Aachen. Im Auftrag der Hessischen Zentralstelle für Frauenfragen, Staatskanzlei Wiesbaden

1
33
1

Ingrid Spiegel

Frauenleben auf dem Land - empirische Anhaltspunkte aus Untersuchungen zu Lebensweisen und Gesundheit von Frauen im ländlichen Raum

Ziel dieses Referates ist es, unter der Annahme ungleichzeitiger Entwicklung ländlicher Lebensräume und -bedingungen die Lebenssituation von Frauen, die gesamtgesellschaftlich eine benachteiligte ist, daraufhin zu untersuchen, ob die Strukturen des Landes zur Verschärfung dieser Lage führen und damit die Ungleichzeitigkeit und soziale Ungleichheit für Frauen verdoppeln oder sogar potenzieren.

Die Frage nach der Gültigkeit und damit dem Andauern spezifisch dörflicher oder weiter gefaßt spezifisch ländlicher Lebensweisen auch unter den Bedingungen von Verstädterung, von fortschreitender Vergesellschaftung und Universalisierung stellt sich nach wie vor. Auch wenn sie - wie allzeit in der soziologischen (Theorie)geschichte - überlagert wird von der Diskussion städtischer Problemkonstellationen (1).

Die nachfolgenden Ausführungen fügen die Ergebnisse empirischer Erhebungen, die im Rahmen einer gemeindeorientierten Präventionsstudie gewonnen wurden (5), eigener Vorarbeiten (6) und teilnehmender Beobachtung zusammen.

Grundsätzlich vorausgeschickt sei den Ergebnisdarstellungen eine Äußerung zur Position der Forscherin im ländlich - dörflichen Sozialwesen: die Schwierigkeit der Erfassung gesellschaftlicher Wirklichkeit ist für die Erkenntnis dörflicher Sozialsysteme weiter verschärft. Sowie die Erkenntnisfähigkeit bezüglich gesellschaftlicher Teilkulturen generell von Zugangsbarrieren geprägt ist, gilt dies auch für das Verhältnis Soziologie - Dorf. Brüggemann/ Riehle (7) haben diese Forschungssituation ausführlich dargelegt und die Konsequenzen eines "anderen Forschungsansatzes" begründet. Diese Konsequenz der "Landannäherung" wurde für die empirischen Untersuchungen, die hier herangezogen werden, kaum umgesetzt (8) und wird nur über die Untersuchungsteile "Vorgeschichte" und "Teilnehmende Beobachtung" eingebracht.

1
33
1

Die Lebenslage von Frauen, die Stufe ihrer Emanzipation, läßt sich unter den nach wie vor geltenden Bedingungen patriarchalischer Vergesellschaftung unter anderem an den Zuständigkeitsbereichen ablesen, die für sie erschlossen sind: Traditionelle Zuständigkeitsbegrenzungen, Zugang und Beteiligung an Organisationsformen und -systemen von Herrschaft und Macht, Beteiligung an Entscheidungsprozessen, Chancen selbstbestimmter Lebensentwürfe. Als Indikationsbereiche für die Lage der Frauen auf dem Land sollen sechs Untersuchungsbereiche herausgegriffen und dargestellt werden:

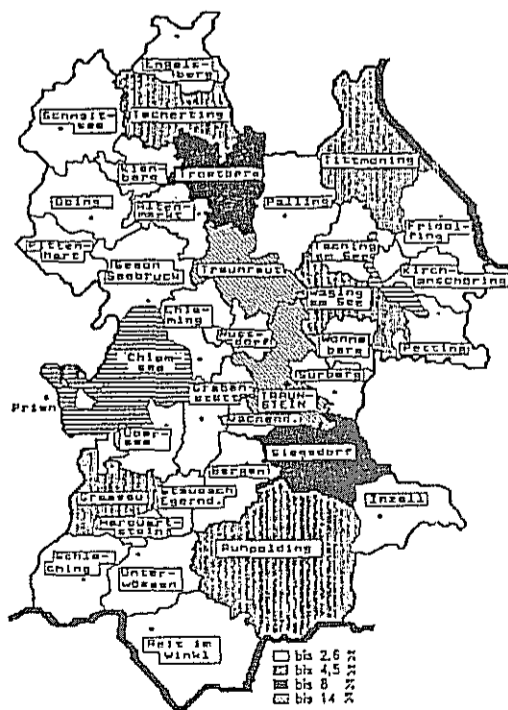
1. Der Lebensraum als lebenslanger Raum ?
2. Beruf - Küche, Kinder, Haus und Hof - Ehrenamtlichkeit
3. Frauen und politische Macht
4. Frauen und ihre äußere Organisation
5. Gesundheit - Zufriedenheit - soziale Netze
6. Initiativen zur Veränderung - weiblich?

Diese Untersuchung ist jedoch nicht - auch wenn das Hinterfragen von Teilhabebereichen dies vielleicht nahelegen mag - auf dem konzeptionellen Hintergrund eines Defizit-Ansatzes zu lesen, der als Beurteilungsmaßstab und Richtschnur gesellschaftlichen Handelns die männliche (Dorf)kultur nimmt und die Beteiligung von Frauen an der öffentlichen Gestaltung der Lebenswelt über Akkulturationsprozesse an männliche Kultur, Werte und Maßstäbe fordert (9). Ein Anspruch auf "Gleichheit in der Differenz" (10), nämlich ein Einfordern der Chancen zur Verwirklichung eigener Lebensentwürfe und zur selbstbestimmten Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen ist aber auch aus einem Konzept abzuleiten, das von der Annahme zweier geschlechts-sozialer Kulturen ausgeht. Eine Annahme, die auf dem Land in vielen Eindrücken und Situationen manifest wird und in der Bezeichnung "Zwei-Welten-Theorem" (11) treffend gefaßt ist. Die Diskussion um eine Politik gleicher Teilhabe als eine Voraussetzung der Anerkennung von Unterschiedlichkeit (12) hat unter ländlichen Vorzeichen, die gerade ein absolutes Bewußtsein von Unterschiedlichkeit kennzeichnen, andere zeitliche Dimensionen. Die These vom "cultural lag" (13) des Landes drängt sich bei der Untersuchung frauenspezifischer Bedingungen wieder auf. "Jahrhundertealte Sozialstrukturen kennzeichneten das Dorf als Lebenszusammenhang, besser als Lebenstotalität: starre Hierarchisierung der sozialen Schichten, Privilegien für Kirche und Aristokratie, starke soziale Kontrolle innerhalb und zwischen den Schichten, Herrschafts- und Schicksalsgläubigkeit, Familie als Besitz-, Arbeits- und Versorgungseinheit, Eigenversorgung, geringe Marktorientierung, Abgeschlossenheit (räumlich und intellektuell), wenig Individualität und Privatheit (statt dessen vererbte zugeschriebene Identität und Rollen). Das alte Dorf war ein relativ starrer und rigider Orientierungs- und Sanktionsrahmen, dessen normative Kraft neben der Kontrollfunktion auch Schutz und Integration nach außen bedeutete." (14)

Bedeutet ländlich-dörfliche Sozialstrukturen stärkere Behinderungen für die Entwicklung von Frauen? Hat der soziale Wandel auf dem Land für Frauen andere Entwicklungsgesetzmäßigkeiten? Gilt die Bezeichnung von der "inneren Kolonie im eigenen Land" (15) für Frauen in doppelter Weise?

eher dörflichen denn städtischen Charakter hat), die Mehrheit lebt auf den Dörfern.

Übersicht 1: Verteilung der Bevölkerung auf die Gemeinden im Landkreis Traunstein (Stand 31.12.85)



Quelle: Bayer. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung,
Bayer. Staatsministerium des Innern und Bayer.
Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (18)

Mehr als die Hälfte aller Frauen im Landkreis lebt seit mehr als zwanzig Jahren am selben Ort. 21 % geben in einer Befragung (19) an, schon seit Geburt am Ort zu wohnen. Von den 38 %, die ein- bis zweimal bisher den Wohnort gewechselt haben, ist leider nicht bekannt, ob diese Veränderung innerhalb des Landkreises oder der Region stattgefunden hat (20).

1. Der Lebensraum als lebenslanger Raum ?

In der "Totalität dörflicher Nachbarschaft" spielt die Kontinuität der Lebensbezüge, der sozialen und räumlichen, eine gewichtige Rolle. Veränderung und Mobilität haben hier eine andere Größenordnung. Die Ausprägung dieser Faktoren hängt vor allem von zwei Bedingungen ab: einmal vom Anteil der bäuerlichen dörflichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung und zum zweiten von der regionalen Zuordnung des Raumes. Die Wirtschaftskraft der Region und/oder eine allgemein anerkannte Attraktivität als Urlaubsgebiet und bevorzugter Lebensraum werten ländliche Regionen in der BRD unterschiedlich. Während die einen veröden, im Differenzierungsprozeß von Verstädterung und Provinzialisierung (16) ausgegrenzt werden zu Subventionsgebieten - mit hoher Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsabwanderung, Überalterung der Bevölkerung, hohen Pendlerzahlen -, entwickeln die anderen neue Wirtschaftszweige und sind prosperierende Zuzugsgebiete. Unter der Fragestellung nach Kontinuität und Beharrung von Lebensweisen und Lebensverhältnissen erhält sowohl die wirtschaftliche Veränderung, die Ablösung von bäuerlichen und handwerklichen Produktionsweisen durch industrielle und dienstleistende, als auch generell der Zuzug anderer oder überhaupt neuer Bevölkerungsschichten Bedeutung für das Leben auf dem Land.

Der hier untersuchte Landkreis Traunstein gehört zu den prosperierenden Regionen. Wanderungsbilanz und Bevölkerungsentwicklung sind positiv. Es kommen ältere Bevölkerungsgruppen, die hier ihren Ruhestand verleben wollen; es kommen Angehörige qualifizierter Berufsgruppen, für die die Standortbedingungen günstig sind: medizinische und juristische Berufsgruppen, Selbständige aller Art. Die These von der Beharrlichkeit bäuerlicher Produktions- und daraus entstandener Lebensweisen und ihrer Prägungskraft (17) für das Land scheint sich jedoch auch hier trotz Neubürgertum und Produktionsumorientierung zu bestätigen. Von den 145 000 Einwohnern lebt nur ein Drittel in den vier Kleinstädten (von denen die eine mit unter 5000 Einwohnern

Männer haben im Übrigen eine noch größere Seßhaftigkeit: 32% haben nie den Wohnort gewechselt. Diese Vergleichszahlen (21% gegenüber 32%) weisen auf ein mit der Konstanz des Raumbezugs eng verknüpftes Moment hin, die Tradition männlicher Erbfolge, die auch ohne Besitz von Hof und Land noch wirksam ist: Die Frau zieht mit der Eheschließung an den Wohnort des Mannes - und die Frau folgt dem Mann, wenn ein Ortswechsel aufgrund einer Arbeitsplatzveränderung notwendig sein sollte. Zufrieden scheinen die Frauen mit ihrem Wohnumfeld dennoch zu sein, auch wenn dies vielleicht kein Akt aktiver und eigenständiger Entscheidung war. Nahezu alle Frauen äußern, sich an ihrem Wohnort wohl zu fühlen, die Mehrzahl (61%) fühlt sich sogar sehr wohl. Die Landfrauen unterscheiden sich darin jedoch nicht grundsätzlich von den Stadtfrauen. Auch Frauen in städtischen Gebieten wie z.B. dem Berliner Bezirk Spandau bringen eine hohe Zufriedenheit mit ihrem Wohnumfeld zum Ausdruck. Dort meinen ebenfalls 61% der Befragten, sich sehr wohl zu fühlen. In Stuttgart sagen dies nur 46% der Frauen von sich. Die Identifikation mit dem Lebensraum oder genauer der Raumbezug der eigenen Identitätsbildung ist im ländlichen Lebenszusammenhang - mehr noch als im städtischen Lebensraum - ein wesentliches Sozialisations-element (21), entstanden aus der Bindung an Haus und Hof, das sowohl Formen und Funktionen sozialer Kontrolle als auch Heimatliebe und Konservatismus in Anteilen erklärt. Die Lebensentwürfe umfassen, allerdings schichtspezifisch durchbrochen, einen engen Radius. Lebenslanger Raum ist das Land längst nicht für alle seine Kinder. Das war es auch nie und insbesondere nicht mehr seit Beginn der Arbeitskräftewanderung in die Städte seit der frühen Industrialisierungsphase. Heute ist der Aufbruch der Arbeitskräfte in die Stadt Ausdruck eines lebensbiographischen Qualifikationsprozesses, eine Arbeitsmobilität derjenigen, denen der ländliche Raum nicht die angestrebten Ausbildungs- und Berufschancen bietet.

2. Beruf - Küche, Kinder, Haus und Hof - Ehrenamtlichkeit

Die Zahlen zur Erwerbstätigkeit von Frauen im Landkreis bilden die Rolle der Frauen in Produktion und Reproduktion und ihr

Selbstverständnis nur ungenügend und verzerrt ab. Der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung liegt im Landkreis bei 46 % und damit um gut 3 % niedriger als im Verdichtungsraum München und um 2 % niedriger als im oberbayerischen Durchschnitt. 40,2 % der Erwerbstätigen im Landkreis sind Frauen (zum Vergleich in Bayern: 39,4 %). Die Mehrzahl der Frauen ist im Bereich Dienstleistungen/Sonstige tätig, einem Wirtschaftsbereich, in dem der Frauenanteil an den Beschäftigten mit 53,1 % am höchsten ist, der aber auch mit 15,6 % aller Arbeitsplätze in diesem Bereich (und 16,2 % aller Frauenarbeitsplätze) auf die Kreisstadt Traunstein konzentriert ist (22). Nach den Ergebnissen einer Repräsentativerhebung für den Landkreis aus dem Jahr 1984 (19) war von den Frauen im Alter zwischen 25 und 69 Jahren knapp die Hälfte zum Zeitpunkt der Befragung berufstätig, davon wiederum knapp die Hälfte in Teilzeitarbeitsverhältnissen. 38 % gaben an, nicht berufstätig zu sein und 13 % waren in Rente oder Ausbildung.

Die Bedeutung der Landwirtschaft unter den Produktionsbereichen hat in den letzten Jahren im Prozeß der Strukturveränderungen, denen die Landwirtschaft unterworfen war, auch im Landkreis erheblich abgenommen. Der Anteil der Erwerbstätigen in diesem originär dörflichen Produktionssektor betrug 1987 noch 9,3 % gegenüber 19,4 % im Jahr 1970. Die Zahl der Bauernhöfe hat sich in den letzten fünf Jahren um 4,3 % auf jetzt 4500 Höfe verringert (23).

Nahezu ein Zehntel aller erwerbstätigen Frauen hat den Status einer "mithelfenden Familienangehörigen" (8,8 % gegenüber 3,9 % im Bundesgebiet). Darüber hinaus hat es den Anschein, als würden auch viele Frauen in anderer "Stellung im Beruf" sich in ihrem Bewußtsein in dieser Rolle einstufen. Eine Aussage, die die Tätigkeit im Wissenschaftsbetrieb als "ganz schöne Nebenbeschäftigung" einstuft, mag hier stellvertretend für viele ähnlich angetroffene Äußerungen und Einschätzungen stehen. Die Aufgabe der Frau liegt in der Familie.

Erwerbsarbeit ist Nebensache. Diese Grundeinstellungen haben hohe Beständigkeit über alle realen Veränderungen der Lebenssituation hinweg. "Die Aufgaben der Bäuerin sind die einer Unternehmerin, ihre soziale Stellung ist die einer Magd", so faßte die Fraktionssprecherin der Grünen im

Bayerischen Landtag, Ruth Paulig, das Ergebnis eines Landtagshearings zur Situation der Bäuerinnen zusammen (24). Für die Festschreibung dieser Verhältnisse wird ideologisch einiges getan. So ist das Resümee einer CSU-Fachtagung des Kreisverbandes Traunstein zum Thema "Familie, Frau und Beruf", "daß der Wert der Arbeit als Hausfrau und Mutter nicht hoch genug eingeschätzt werden könne" (25) - das alte Frauenbild, der mühsame Versuch festzuhalten, was den übernommenen Werten und Erfahrungen entspricht. Und Frauen tragen es mit. Hausarbeit als persönliche Reproduktionsaufgabe für jeden, Mann und Frau, erscheint als befremdliche Vorstellung. Mithilfe im Haushalt ist die maximale Formel, auf die eine andere Verteilungsvorstellung häuslicher Arbeit gebracht wird. Das Anspruchsniveau bestimmt die Zufriedenheit und Akzeptanz in einer Situation, die nach wie vor durch familiäre und ländliche Sozialisation so erschlossen wird. Es verwundert nicht, daß auf eine Untersuchungsfrage, die lautete "Wie häufig kommt es vor, daß sie sich wünschen, die Aufteilung häuslicher Pflichten würde besser klappen?", von 36,3 % der Frauen mit "nie" geantwortet wurde. 25,8 % wünschen sich dies immerhin selten und 25,7 % manchmal. Häufige Unzufriedenheit ist dagegen ein seltenes Ereignis (7,7 %). Beachtlich ist in diesem Zusammenhang die Aussage von 51,4 % der Männer, daß auch sie den Wunsch nach besserer Aufteilung häuslicher Pflichten verspüren.

Untersuchungen über ländliche Lebensverhältnisse betonen übereinstimmend die Bedeutung der Arbeit im dörflichen Sozialsystem (26). Arbeit bestimmt Alltag und Wertesystem. Arbeit umfaßt neben der Erwerbsarbeit und der Hausarbeit auch die Arbeit am Haus (ähnlich dem Bauern und der Bäuerin auf dem Hof), die Arbeit für Verwandte und Bekannte, für den Verein oder auch das Dorf. Über Arbeit, Arbeitsleistung und Besitz ergeben sich dörfliche Hierarchien. Ebenso festgeschrieben scheint im einzelnen Lebensentwurf die unhinterfragte Orientierung auf Heirat und Familiengründung. Doch beide Orientierungen sind nicht mehr durchgängig. Arbeitslosigkeit und Scheidung gibt es auch auf dem Land, und die Ausgrenzungs- und Verdrängungsmechanismen funktionieren nur bei Einzelfällen oder bis zu einer gewissen Größenordnung. Und so wie der

Lebenszusammenhang der Landbewohner durch Strukturwandel der Landwirtschaft und Verstädterungsprozesse zersplittert wurde, so wurde in der Folge die alltägliche Lebensführung ebenso wie die Identitätsfindung und -stabilisierung erschwert. Typisch für das heutige Dorfleben sind ja gerade nicht mehr nur die Totalität des Zusammenhangs, sondern die ständigen Grenzüberschreitungen (Schul- und Berufspendler, Medien, Einkaufen, Reisen). Die geschlechtsspezifischen Rollenkonzepte und Rollenzuschreibungen werden von den allgemeinen Veränderungsprozessen auch tangiert, aber zunächst wohl noch auf der Ebene individueller Problemsituationen. Meine These ist, daß Rollenkonflikte und Brüche im weiblichen Lebensentwurf als individuelle und alltägliche Problem- und Krisensituation wahrgenommen werden. Das nach wie vor über das traditionelle weibliche Rollenverständnis entwickelte Selbstwertgefühl sorgt dafür, daß Konfliktursachen nicht in patriarchalisch bestimmten Strukturen der Lebenssituation, sondern in den individuellen Fehlern der Beteiligten gesehen werden. Rollenkonflikte sind daher für Frauen, da sie nicht als solche erlebt werden, kaum Ansatzpunkt für Kritik und Veränderungsbereitschaft der eigenen geschlechtsspezifischen Rollenentwürfe.

Im Zusammenhang von Beruf und Haus- und Familienarbeit muß auch die ehrenamtliche Arbeit noch erwähnt werden, die, ob in Verein oder Wohlfahrtsorganisation, in der Bewältigung sozialer Aufgaben probater Lösungsweg ist. Obwohl Frauen nach wie vor als ehrenamtliche Reservearmee eingestuft werden, ist ihre Motivation zu aufopfernden sozialen Diensten offenbar zurückgegangen. Wohlfahrtsverbände klagen über Nachwuchsmangel. Sind Frauen nicht mehr bereit, die ehrenamtlichen sozialen Dienste zu leisten, zu denen die ehrenamtlichen männlichen Funktionäre sie einteilen? Oder ist der materielle Zwang zur Erwerbsarbeit für die Familie einerseits oder der Wunsch nach selbstbestimmter Freizeitgestaltung andererseits stärker?

3. Frauen und politische Macht

Gegenwart und Zukunft des Lebensraums werden, soweit deren Gestaltung über politische Entscheidungsgremien läuft, von Männern bestimmt. Dies ist keine Besonderheit in der politischen Szenerie, weder national noch im Bundesland Bayern (im Bayerischen Landtag sind 12,7 % der Abgeordneten Frauen, im Bundestag sind es 1985 10,2 %) (27). Die kommunale Politik in dem hier beobachteten Landkreis Traunstein wird nicht nur fast ausschließlich von Männern gemacht, sondern darüber hinaus auch noch von überwiegend konservativ parteipolitisch organisierten. Kommunalpolitik in kleinen Gemeinden ist nach wie vor eine alltagsbeeinflussende Komponente. Entscheidungen über Straßenbau und Verkehrssicherheit, über Gewerbeansiedlungen und Fremdenverkehrsentwicklung, über Siedlungstätigkeit und Umweltschutz werden in ihrer alltagspraktischen Umsetzung vor Ort entschieden, auch wenn die Weichen der Entscheidungsverläufe auf anderen Ebenen der Macht gestellt werden. Die weibliche Sicht der Dinge, abgeleitet aus den weiblichen Lebenssituationen, kommt in diesen Entscheidungsprozessen nicht vor. Der Frauenanteil in den Gemeindeparlamenten ist gering. In einer der 35 Gemeinden im Landkreis ist eine Frau dritte Bürgermeisterin, die seit Jahren auch in der ehrenamtlichen Sozialen Arbeit engagiert ist. Während im bayerischen Landesdurchschnitt Frauen in den Gemeinde- und Kreisparlamenten mit 10,6 % vertreten sind, sind es im Landkreis Traunstein nur 6,2 % in den Gemeinderäten und 6,6 % im Kreistag. In 13 von 35 Kommunen ist keine Frau unter den Gemeinderäten, in zwölf Gemeinden ist es eine Einzige und in sieben Gemeinden sind es zwei Rätinnen. Nur in zwei Gemeinden, in der Kreisstadt und in einer Gemeinde mit 3800 Einwohnern, wurden drei Frauen gewählt. Die einwohnerstärkste Stadt im Landkreis, eine industriell geprägte Nachkriegsgründung, hat als einzige Kommune vier Volksvertreterinnen im Stadtrat. (28)

In einer in fünf Gemeinden - drei Kleinstädten und zwei Dörfern - durchgeführten Analyse der Einflußstrukturen tauchen in den jeweiligen Einflußnetzen unter insgesamt 92 Personen 5 Frauen (das entspricht einem 5%- Anteil) auf, verteilt nur auf die drei Städte. Die beiden Dörfer werden als rein männliche

Machtspähren abgebildet. Diesselbe Tendenz in abgeschwächter Form zeigt ein Ergebnis aus einer Repräsentativbefragung im Landkreis (19). Von den befragten Frauen und Männern geben 26 % der Männer, aber nur 8,9 % der Frauen an, in einer Organisation oder Gruppe besondere Aufgaben inne zu haben. Nehmen Frauen ihre Aufgaben nicht als "besondere" wahr, oder sind Vorstandsposten und ähnliche Führungsfunktionen männlich besetzt? Letztere Vermutung liegt nahe, denn immerhin sind unter den Organisationen und Gruppen auch eine Reihe von Frauenorganisationen, so daß der Frauenanteil an Führungsrollen schon durch diese Gruppierungen erklärt ist.

4. Frauen und ihre äußere Organisation

Die Organisation in Vereinen, Verbänden und Gremien ist als äußere gesellschaftliche Struktur zu sehen. Nehmen Frauen über ihre Rolle in Familie und Erwerbsarbeit hinaus teil oder Einfluß an der Konstitution und Entwicklung ihres Gemeinwesens? Organisation steht hier für Überwindung der Vereinzelung, für die soziale Form des Lebens in Produktion und Reproduktion, für Teilhabe und differenzierte Interessenverwirklichung.

In der traditionellen Landforschung (29) werden als wesentliche Elemente der gesellschaftlichen Organisation auf Gemeindeebene neben der Familie genannt:

- o formale Gruppierungen wie Vereine, Interessenverbände und politische Parteien
- o informelle Gruppen
- o und soziale Netzwerke.

Vereine werden dabei als wichtige intermediäre Gruppierungen in der ländliche Sozialorganisation eingestuft, die wesentliche Aufgaben der Kommunikation und Kooperation übernehmen (30). Besonders in den Traditionsvereinen wie Schützenverein, Trachtenverein, Krieger- und Soldatenkameradschaft und Musikverein entsteht durch die kumulative Partizipation von Mitgliedern aus der alteingesessenen und besitzenden Schicht im Dorf eine Hausmacht der herrschenden Sippen, genauer natürlich ihrer männlichen Erbfolger. Wenn man die Bedeutung der "Rituale der

unterschiedlichem Ansehen je nach Zielrichtung und Teilnehmergruppen. In der Rangordnung der Männer sieht die Präferenz anders aus: Hier wird am häufigsten der Sportverein (von 34,8 % der Befragten angegeben) vor dem Hobby-Club (32,1 %) und dem Berufsverband bzw. der Berufsorganisation (21,5 %) angegeben. Die kirchliche Vereinigung wird von den Männern erst an vierter Stelle genannt, allerdings mit der fast gleichen Häufigkeit (20,7 %) wie von Frauen. Insgesamt zeichnen die Männer ein höheres Aktivitätsprofil von sich, indem sie eine häufigere Teilnahme an mehr und unterschiedlicheren Veranstaltungen nennen (57 % mehr Nennungen der Männer). Bestätigt wird in der Befragung neben der These vom Schwerpunkt des Frauenengagements auf kirchliche und sozial-caritative Gruppen (8,4 %) auch ihre Distanz zur Arbeit in politischen Parteien (von 3,3 % der Frauen und 15,1 % der Männer als Aktionsrahmen angegeben) und zu berufsbezogenen Organisationen. Die Teilnahme an Gewerkschaftsveranstaltungen rangiert bei den Frauen an zehnter Stelle ihres Interesses, gleichgewichtet mit der Teilnahme an nicht-krankheitsbezogenen Selbsthilfegruppen. Berücksichtigt man hierbei, wie neu der Selbsthilfegedanke auf dem Land noch ist und daß es 1984 noch sehr wenig Gruppen im Landkreis gab (33), dann ist diese Gewichtung - auch unter Berücksichtigung der besonderen Situation von Frauen und Gewerkschaftsarbeit - ein Hinweis auf den Stellenwert und das Verständnis von Erwerbsarbeit und Arbeitsbewußtsein der Frauen.

Die Vertretung ihrer Erzieherinnen- und Mutteraufgaben in Kindergarten und Schule wird von den Frauen zunehmend stärker wahrgenommen. Immer mehr Frauen sind bereit, in solchen Gremien mitzuwirken (deren Einfluß, besonders im dörflichen Verständnis von Mitbestimmung und Demokratie, sei hier dahingestellt). Die Tätigkeit im Elternbeirat liegt mit 9,0 % der Nennungen an fünfter Stelle noch vor den sozialen Aufgaben. Die Wahrnehmung solcher Ämter oder genauer der fortschreitende Mut zur Übernahme ist schichtspezifisch differenziert. Nach wie vor gilt für diese Gremien die dominante Regel: Der Vorsitz dem (vielleicht einzigen) Mann. Über die kumulative Partizipation wichtiger Schlüsselpersonen in den dörflichen Gremien und entsprechend die Kumulierung von

vereinsförmigen Geselligkeit" (31) und der Vereine als Organisationsform generell für das Dorfleben, für politische Gestaltung, für Macht und Einfluß (32) nimmt, dann stellt sich die Frage zum einen nach der Rolle der Frauen in diesen Vereinen und zum anderen nach ihrer spezifischen Organisation. Wie steht es mit den Chancen ihres Gestaltungsbeitrags, wenn sie aus den mächtigen Gruppen ausgeschlossen und auf marginale Gruppierungen verwiesen sind?

Nach den Antworten von Frauen auf eine Frage nach der Häufigkeit ihrer Teilnahme an den Aktivitäten und Veranstaltungen von Gruppen und Vereinen ergibt sich folgende Rangliste:

Übersicht 2: Teilnahme von Frauen an Veranstaltungen und Aktivitäten der Organisationen nach Häufigkeit der Nennung

1. Kirchliche Vereinigung	20,6 %
2. Sportverein	17,0 %
3. Hobby-Club (Kegeln, Musik)	16,0 %
4. Elternbeirat	9,0 %
5. Soziale oder caritative Vereinigung	8,4 %
6. Sonstiger Verein oder Vereinigung	8,3 %
7. Berufsverband, Berufsorganisation	5,1 %
8. Bürgerinitiative	5,0 %
9. Politische Partei	3,3 %
10. Gewerkschaft	2,4 %
Selbsthilfegruppe (nicht krankheitsbezogen)	2,4 %

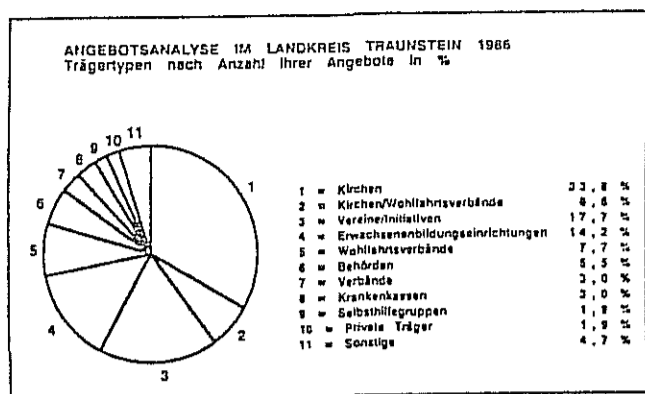
Quelle: DHP - Gesundheitssurvey 1984

Die Rangliste zeigt, daß für die Mehrzahl der Frauen auf dem Land an erster Stelle ihrer Möglichkeiten gesellschaftlich-geselliger Teilhabe immer noch die Teilnahme am kirchlichen Leben steht und sie diese am häufigsten wahrnehmen. An zweiter und dritter Stelle werden erst der Sportverein oder ein anderer Geselligkeitsverein aufgeführt, ersterer mit hoher dörflicher Reputanz, die Geselligkeitsvereine in sehr

Führungsrollen wird Frauen der Einstieg außerordentlich erschwert. Immer wieder fehlt ihnen die Erfahrung und Bekanntheit des Vorstands aus Bergwacht, Partei, Sport- und Trachtenverein oder auch aus dem Beruf. Immer wieder fällt es den Männern leichter, für dörflich standardisierte Ansprachen und Ämter geeigneter zu erscheinen. Zugang verschafft hier bestenfalls noch der Status einer entsprechenden Ehefrau. Ansonsten fallen Frauen durch das Raster der Ausleseverfahren nach dörflichen Werteskalen leicht hindurch (34). Wie die schon erwähnte Verteilung in politischen Gremien sichtbar macht, ist Teilnahme für Frauen unter den gegenwärtigen Partizipationsgesetzmäßigkeiten nur in krasser Außenseiterinnenrolle möglich. In der Rolle der einzigen Frau unter zwölf bis sechzehn Männern, wie dies etwa in einem Drittel der Gemeindeparlamente der Fall ist, ist der Anpassungsdruck hoch und die Möglichkeit der positiven Vermittlung und Umsetzung eigener weiblicher Weltbilder gering. In weniger ausgeprägter Form gilt dies nicht nur für politische Parteien und Gremien, sondern auch für alle weiteren Organisationen. Nimmt man in Organisationen die zahlenmäßige Marginalität, die Außenseiterinnenrolle und das durch die traditionelle Rollenfestschreibung geprägte geschlechtsspezifische Selbstverständnis zusammen, so sind die Teilnahme und das Engagement der Frauen in den starren Strukturen dörflicher Organisation oft nur die Perpetuierung der sie diskriminierenden und belastenden Verhältnisse. Bisher wurden die Organisationen nur unter dem Einfluß- und Teilhabeaspekt und ihrer Position im dörflichen Sozialsystem betrachtet, nicht so sehr unter dem Gesichtspunkt des persönlichen Werts für die Mitglieder. Was bringt Frauen ihre Aktivität im Verein, in der Kirche, in Frauenorganisationen? In Geselligkeits- und Traditionsvereinen ebenso wie in Sportverein und Kirche ist die Frauenaktivität häufig auf eigene Gruppierungen konzentriert. Eine 1986 im Landkreis durchgeführte Angebotsanalyse des Präventionsbereichs, in der unter anderem die Bereiche Erwachsenenbildung, Freizeit und Gesundheit auf ihre organisationelle und inhaltliche Struktur untersucht wurden (35), bestätigt diese geschlechtsspezifische Angebotsdifferenzierung, und sie bestätigt vor allem die

Dominanz der Kirchen und kirchlichen Vereinigungen als Trägerorganisationen gesellschaftlicher Aktivität.

Übersicht 3:



Quelle: Angebotsanalyse 1986 (35)

Als Spezifität kirchlicher Angebotsstrategie im Erwachsenenbildungsbereich fällt auf, daß Angebote, die gegenwärtig und offensichtlich hauptsächlich von Frauen wahrgenommen werden, als Familien- oder Elternveranstaltungen offeriert werden (zum Beispiel Eltern-Kind-Gruppen, die vormittags oder nachmittags stattfinden). In jedem Ort - in einer Gemeinde oft mehrere je nach Zahl der alten Ortschaften, die zu einer Verwaltungsgemeinde zusammengefaßt wurden - gibt es eine Katholische Frauengemeinschaft oder eine Ortsgruppe des Katholischen Deutschen Frauenbundes. Die Ortsbäuerinnen veranstalten Landfrauenversammlungen mit Vortragsthemen wie "Auf gesunden Füßen geht sich's leichter", "Mit dem Apfel gesund durch den Tag", zu denen Vertreterinnen des Amtes für Landwirtschaft und Tierzucht - für die Frauenversammlungen fast immer Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle für Ernährung und Hauswirtschaft aus diesem Amt - referieren und die Raiffeisenbank Kaffee und Kuchen spendiert. Im isolierten Arbeitsleben der Bäuerinnen sind diese Treffen neben Kirchengang und Einkaufen oft die einzigen Möglichkeiten sozialen Kontakts und abgesehen von Verwandtschaftsfesten wie Taufe, Hochzeit und Beerdigung vor allem die einzigen geselligen

Zusammenkünfte. Neu liest sich in der Liste der Veranstaltungen für Bäuerinnen ein Yoga-Kurs, angeboten von den Landfrauen einer Gemeinde. Ob ihn Bäuerinnen besuchen oder Zugezogene, ist ungewiß.

Generell läßt sich feststellen, daß Kinder, Küche und Kirche, die traditionellen Zuschreibungsbereiche, noch immer der Angelpunkt der gesellschaftlichen außerhäuslichen Organisation von Frauen sind. Seien es Mutter-Kind-Gruppen oder auch "Mütter und Kinder gegen Atomkraft", seien es Hausfrauenbund, Katholische Frauengemeinschaft, die Einrichtung einer Verbraucherberatungsstelle durch den Katholischen Deutschen Frauenbund oder die Gründung eines Mütterzentrums: Kinder und Familienarbeit, die Haupterfahrungsbereiche, sind Ansatzpunkte der Organisierung. Die Kirche hält ihren traditionellen Platz als Ort und Träger der sozialen Verbindung. Die kirchliche Dominanz im sozial-kommunikativen Bereich zeigt sich im übrigen nicht nur als Stadt-Land-Unterschied, sondern in regionaler Betrachtung auch als Nord-Süd-Gefälle innerhalb der BRD. Der Anteil der Frauen, für die die Teilnahme am kirchlichen Leben ein wichtiges Moment sozialer Aktivität ist, ist nach den Ergebnissen des DHP-Gesundheitssurveys in den städtischen Untersuchungsgebieten geringer als im ländlichen Untersuchungsraum Traunstein. Zugleich ist der Stellenwert der Kirche für die Frauen in Bremen und Berlin niedriger als für die Frauen in Karlsruhe und Stuttgart.

Soweit zu den traditionellen und "üblichen" Formen der Organisation von Frauen auf dem Dorf und auf dem Land. Den Aufbrüchen einiger weniger Frauen und ihrem Einfluß soll in einem gesonderten Punkt nachgegangen werden. Die Strukturveränderungen des Dorfes, zunächst im Produktionsbereich, aber immer weiter in den Reproduktionsbereich vordringend (36), stellen neue kompensatorische Anforderungen an dörfliche Sozialformen. Neu Zugezogene suchen Kontakte und Netze. Eingesessene spüren die Zersplitterung ihres Alltags und Lebenszusammenhangs und suchen, das Vertraute und Bindende festzuhalten. Verwandtschaftsbeziehungen tragen nicht mehr für alle Landbewohner - in Notsituationen wie im Alltag. Vereinen und Vereinigungen kommt eine neue Aufgabe der Zusammenführung und Integration zu. Netzwerke müssen neu geflochten werden.

5. Gesundheit - Zufriedenheit - Soziale Netze

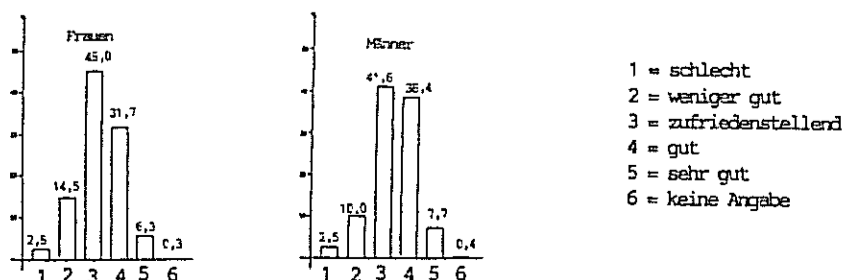
Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Die Weltgesundheitsorganisation hat das Verständnis von Gesundheit in einen umfassenden Zusammenhang zur Lebenssituation der Menschen gestellt und definiert Gesundheit als körperliches, seelisches und auch soziales Wohlbefinden. In einem Programm "Gesundheit 2000" (37) wurden von dieser Organisation Einzelziele formuliert, die darauf abzielen, die Lebensverhältnisse gesundheitsgerechter zu verändern. Gesundheitsförderung als sozialpolitisches Konzept ist ein Schritt in der Umsetzung der Ziele (38).

Eigenverantwortlichkeit für die Gesundheit, soziale Bedingtheit gesundheitlicher Risiken, Prävention und eine ganzheitliche Sicht der Gesundheit als physisches, psychisches und soziales Geschehen sind wesentliche Momente dieser Konzeption.

In diesem Abschnitt zur gesundheitlichen Lage der Frauen soll ihre Zufriedenheit mit Leben und Gesundheit, sollen ihre sozialen Netze und epidemiologische Risikofaktorenbefunde diskutiert werden. Auch dies ist in einem Ansatz der Gesundheitsförderung bereits eine Explikation einzelner Faktoren, denn auch die bereits ausgeführten Themenbereiche Lebensraum, Arbeit und Familie, politische Macht und Organisation sind als Einflußbereiche unterschiedlicher Stärke für Gesundheit einzustufen.

Welche Einschätzung ihres Gesundheitszustandes haben die Frauen?

Übersicht 4: Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes



Quelle: DHP - Gesundheitssurvey 1984

Was bedeutet schon eine Antwort "zufriedenstellend" auf die Frage nach der Gesundheit - alles und nichts. Als uneingeschränkt positive Einschätzung ist zufriedenstellend sicher nicht zu werten. Denn wenn man sich gut fühlt, dann gebraucht man auch die Bezeichnung "gut" oder sogar "sehr gut". Wenn also 45 % der Frauen ihren Gesundheitszustand nur mit "zufriedenstellend" und zusätzlich noch 14,5 % mit "weniger gut" beschreiben, dann ist dies eigentlich ein alarmierendes Ergebnis. Männer zeichnen hier von sich ein positiveres Gesundheitsbild (46,1 % positive Nennungen gegenüber 37,8 % bei den Frauen). Mehr Krankheiten der Frauen - 85,3 % geben eine bis sechs und mehr Krankheiten zum Zeitpunkt der Untersuchung an gegenüber 74,3 % der Männer -, häufigerer Arztbesuch und eine etwas höhere Medikamenteneinnahme erhärten dieses Untersuchungsergebnis.

Im Stadt-Land-Vergleich zwischen Bremen und dem Landkreis Traunstein fällt die Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes bei den Frauen in Bremen noch negativer aus. Dort beschreiben nur 34 % der Frauen ihren Gesundheitszustand mit gut oder sehr gut und eine Negativeinschätzung (schlecht / weniger gut) geben 22 % der Frauen. Mehrere epidemiologische Untersuchungen weisen für Frauen eine höhere Morbidität als für Männer nach (39). Die höhere Lebenserwartung der Frauen läßt nach diesen Ergebnissen keinen Rückschluß auf ein gesünderes oder gesünder erlebtes Leben (40) zu, obwohl Studien zum präventiven Verhalten Frauen gesundheitsbewußtere Einstellungen und Verhaltensweisen bescheinigen.

Soziale Unterstützung (41) ist in der Diskussion um Lebensweisen und Gesundheit neu thematisiert worden. Soziale Netzwerke kommen einer Infrastruktur zum Schutz vor Gesundheitsgefährdung gleich. Auch Vereine haben in diesem sozialen Bezugssystem ihre Funktion. Darauf wurde bereits hingewiesen. Im folgenden sollen nun die Netzwerke betrachtet werden, die sich quer über Organisationen, Vereine und Verwandtschaft als individuelle Netze von Beziehungen entwickelt haben.

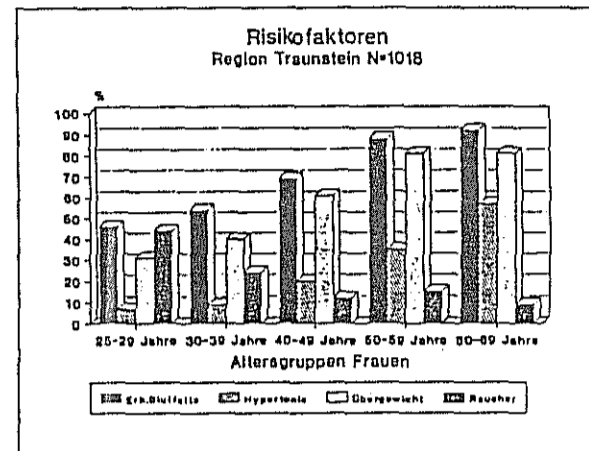
Der Radius männlicher Beziehungsnetze ist größer als der der Frauen, es werden von ihnen mehr Bezugspersonen angegeben. Die Frauen zeigen sich aber mit großer Mehrheit zufrieden mit ihrem Freundes- und Bekanntenkreis. Nur 11 % der Befragten wünschen sich mehr enge Freunde oder Verwandte in ihrer Nähe. Besuche bei Freunden und Bekannten, das Besuchtwerden und gemeinsame Unternehmungen werden von den meisten Frauen als regelmäßiger Bestandteil ihres Alltags aufgeführt, wobei die gegenseitigen Besuche häufiger sind als etwa der gemeinsame Gaststätten- oder Kinobesuch oder sonstige gemeinsame Aktivitäten. Der Freundes- und Verwandtenkreis wird neben der Familie als Stütz- und Schutzfaktor in Notfällen gesehen. Allerdings bringen hier 5 % der Frauen - und das sind doppelt so viele wie bei den Männern - ihre Befürchtung zum Ausdruck, daß sie sich in Notfällen auf keine Person ihrer Familie, Verwandtschaft oder dem Bekanntenkreis verlassen könnten. Fast die Hälfte der Frauen ist jedoch der Ansicht, in solcher Lage mehr als drei verlässliche Menschen um sich zu haben. Freundschaftliche Beziehungen haben sich neben verwandtschaftlichen etabliert. Frauen definieren dabei aber Freundschaft entweder etwas anders oder sie haben tatsächlich weniger Freundinnen und Freunde. Obwohl auch die Frauen in der häufigsten Nennung wichtige Freundschaftsbeziehungen zu drei und mehr Menschen angeben, sind dies doch bei den Männern mehr (69 % zu 58 %), und Frauen nennen häufiger die Freundschaft zu einer Person oder auch zu zwei und drei Menschen (39 % der Nennungen gegenüber 24 % bei den Männern).

Die gegenwärtige Morbiditäts- und Mortalitätsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland ist in hohem Maße durch verhaltensbedingte Krankheiten geprägt. Für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die etwa die Hälfte aller Todesursachen ausmachen, wurden in epidemiologischen Untersuchungen Risikofaktoren als Ursachen festgestellt (42), die durch Lebensweisen und Gesundheitsverhalten bestimmt und damit auch beeinflussbar sind. Die soziale Bedingtheit des Erkrankungsrisikos und der Erkrankung hat in der kritischen Auseinandersetzung mit dem ursprünglich rein medizinisch-epidemiologischen Risikofaktorenmodell zur Diskussion des Zusammenhangs von Risikoverhalten und Lebensweisen (43) -

insbesondere unter dem Aspekt der Beeinflussbarkeit - geführt. Die Risikofaktoren Rauchen, erhöhter Blutdruck, erhöhter Cholesterinspiegel, Übergewicht, Bewegungsmangel und psychosozialer Stress erhalten in dieser Betrachtung die Funktion von Indikatoren für gesundheitsfördernde oder -behindernde Lebenslagen und Lebensweisen.

Wenn man zur Beurteilung der gesundheitlichen Lage der Frauen im Landkreis die vier Hauptrisikofaktoren für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Rauchen, Bluthochdruck, erhöhte Blutfette und Übergewicht, heranzieht, so ergibt sich ein Belastungsprofil (vergleiche Übersicht 5), das im folgenden kurz erläutert werden soll.

Übersicht 5:



Quelle: DHP - Gesundheitssurvey 1984

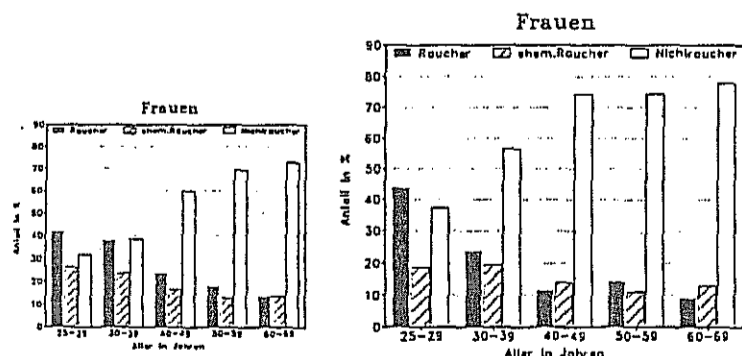
Rauchen

Der Einflußfaktor Rauchen für Krankheiten des Kreislaufsystems und auch andere häufige Zivilisationskrankheiten wurde in vielen epidemiologischen Studien belegt. Für Frauen wurde dabei stets ein erhöhtes Erkrankungsrisiko in der Verbindung mit der Einnahme von Kontrazeptiva nachgewiesen. Von den 1984 im Landkreis untersuchten Frauen im Alter zwischen 25 und 69 Jahren gaben 17,6 % an, Raucherinnen zu sein. 14,6 % hatten das Rauchen aufgegeben und 67 % hatten nie geraucht. Rauchen hat, wie die Aufschlüsselung nach

Altersgruppen (vergleiche Übersicht 6) zeigt, einen deutlichen lebensbiographischen Bezug und erweist sich in der altersbezogenen Polarisierung von Raucherinnen und Nichtraucherinnen als generationenspezifisches Verhalten. So sind in der jüngsten Altersgruppe, den 25- bis 29-jährigen, die meisten Raucherinnen anzutreffen (43,8 % der Altersgruppe), während von den älteren Frauen zwischen 60 und 69 Jahren fast 80 % Nichtraucherinnen sind. Diese altersspezifische Polarisierung wird auch für die BRD insgesamt abgebildet, allerdings in etwas abgeschwächterer Form.

Übersicht 6:

Raucher / ehemalige Raucher / Nichtraucher
Bundesrepublik Deutschland Landkreis Traunstein



Quelle: DHP - Gesundheitssurvey 1984

Landfrauen rauchen wesentlich seltener als Stadtfrauen. Dieses Ergebnis erbringt ein Vergleich der Regionen Traunstein, Berlin-Spandau, Bremen und Stuttgart. In Berlin ist der Raucherinnenanteil unter den Frauen nahezu doppelt so groß wie im Landkreis Traunstein, in Bremen und Stuttgart sind es - wie aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich - etwas weniger Frauen, die rauchen.

Tabelle 1:

Raucherinnen unter den Frauen* in den Regionen			
Traunstein	Berlin-Spandau	Bremen	Stuttgart
18,1 %	35,8 %	31,7 %	29,9 %

* 25- bis 69-jährige Frauen, altersstandardisierter Vergleich

Quelle: DHP - Gesundheitssurvey 1984

Rauchen als Verhaltensmuster weist mit diesen Zahlen auf eine Stadt-Land-Ungleichheit hin, die sich in der altersspezifischen Differenzierung auch als Ungleichzeitigkeit der Entwicklung interpretieren läßt. Die jüngeren Frauen auf dem Land ziehen in dieser Verhaltensweise deutlich nach. Wenn von den 30- bis 39-jährigen Städterinnen zwischen 40 und 48 % rauchen und von den Landfrauen derselben Altersgruppe 23 %, so schrumpft dieser Unterschied in der jüngsten Altersgruppe der 25- bis 29-jährigen schon zusammen auf einen Vergleich eines 43 %-Anteils unter den Landfrauen und eines 46 %-beziehungsweise 53 %-Anteils in Stuttgart und Bremen. Ein Extrembild zeichnen hierbei die jüngeren Berlinerinnen, von denen 60 % in der Altersgruppe rauchen.

Noch einmal zurück in den Landkreis und zu einem geschlechtsspezifischen Vergleich. Es rauchen nicht nur weniger Frauen als Männer, Frauen konsumieren auch weniger Zigaretten. Aufgeschlüsselt in einen Zigarettenkonsum in Zehner-Schritten, rauchen die Raucherinnen zum überwiegenden Teil entweder zwischen einer und zehn oder zwischen zehn und zwanzig Zigaretten pro Tag. Mehr als zwanzig Zigaretten pro Tag werden nur von 5 bis 10 % der Raucherinnen in den jeweiligen Altersgruppen - und von den älteren Frauen gar nicht - angegeben. Bei Männern sind die Rauchgewohnheiten gleichmäßiger auf alle Mengen verteilt, auch hier allerdings in der höchsten Altersgruppe mit deutlich geringerem Zigarettenkonsum.

Bluthochdruck, erhöhte Blutfette und Übergewicht
Bluthochdruck und erhöhte Blutfette sind in der Bevölkerung weit verbreitete Risikofaktoren für Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Die Grenzwerte zur Risikodefinition wurden aus epidemiologischen Studien abgeleitet. Beide Risikofaktoren haben neben ihren unbeeinflussbaren Ursachen wie Vererbung, Alter und Geschlecht auch beeinflussbare Ursachenbereiche wie Ernährung, sportliche Aktivität und Streß. Damit sind zwar Verhaltensbereiche angesprochen, die durchaus in einer Diskussion über spezifische Lebensweisen ihren Platz haben und deren geschlechtsspezifische und rollenspezifische Komponente betont werden soll; der Verursachungszusammenhang ist jedoch nur mittelbar und ein Eingehen auf diese Verhaltensbereiche wäre für die Fragestellung dieses Aufsatzes zu speziell (44). Festgehalten werden soll hier aber die manifeste Belastungs- und Risikosituation für Frauen, die in der Untersuchung festgestellt wurde. Für den Risikofaktor Gesamtcholesterin heißt das Ergebnis, daß rund 40 % der Frauen in allen untersuchten Altersgruppen eine Gefährdung im unteren Risikobereich aufweisen. Eine mittlere Belastung steigt in den Altersgruppen kontinuierlich von 5 bis 40 % an und einen stark erhöhten Cholesterinspiegel zeigen nur Frauen ab dem 40. Lebensjahr.

Eine mit zunehmendem Alter steigende Belastung ergeben auch die Messungen für den Risikofaktor Bluthochdruck. Die Untersuchungsergebnisse zum Risikofaktor Übergewicht - der mit Einschränkungen risikoreiches Verhalten im Ernährungsbereich und bezüglich körperlicher Aktivität zum Ausdruck bringt - zeigen für die Frauen im Landkreis ebenfalls eine höhere Belastung mit zunehmendem Alter. Sie ergeben zudem bei den Frauen in der jüngsten und der höchsten Altersgruppe höhere Werte als in der bundesweiten Stichprobe.

6. Initiativen zur Veränderung - weiblich ?

Sozialer Wandel findet statt auf dem Land, das ist durch viele empirische Befunde sowohl zu den Veränderungen im Produktionsbereich - vornehmlich den massiven Strukturveränderungen in der Landwirtschaft - wie auch im

Reproduktionsbereich zu belegen. Die Umstrukturierung des Landes verändert Alltag und Lebenssituation der Landbewohner. Bedeuten veränderte Lebens- und Alltagsstrukturen veränderte Bedingungen der sozialen Orientierung? Auf die Brüche in der eindeutigen Identitätsstiftung des Dorfes als Sozialisationsfeld wurde schon hingewiesen. Brüche im traditionellen Rollenverständnis von Frauen und Männern sind jedoch noch kaum auszumachen. Die Aufbrüche weniger Frauen sind eher als singuläre Einbrüche in der durchgängigen Stetigkeit der geschlechtsspezifischen Rollenkonzepte zu interpretieren. Initiativen wie ein Frauenzentrum, ein Mütterzentrum, die "Mütter und Kinder gegen Atomkraft" oder die Gründung von Selbsthilfegruppen (von den Selbsthilfegruppen geben 76 % Frauen als Kontaktperson an) gehen von Frauen aus. Ähnliche Initiativen von Männern, die den durchgängigen Konservatismus in Werten und im Handeln und darin eingeschlossen auch die geschlechtsspezifischen Rollenentwürfe durchbrechen, gibt es kaum. Daraus zu folgern, daß neue Entwicklungen von Frauen eingeleitet und getragen werden, wäre wohl verfrüht. Vor allem der Schluß auf die Veränderungen der traditionellen geschlechtsspezifischen Lebenskonzepte ist nicht möglich. Die funktionierenden Regeln sozialer Kontrolle auf dem Land, im Dorf und in der ländlichen Kleinstadt, stehen den emanzipatorischen Aufbrüchen entgegen. Diese verlangen den Frauen ein Selbstverständnis und eine Durchsetzungskraft ab, die sie sich im dörflichen Sozialisationsprozeß nicht erwerben können. So bleibt die Initiative zum gegenwärtigen Entwicklungszeitpunkt bei denen, die sich eigene Netze sozialer Bezüge in das Dorf mitgebracht haben, oder die den Schutz und die Enge des dörflichen Sozialsystems durch neue Bezugssysteme durchbrochen haben.

Schlußbemerkung

Für Frauen auf dem Land ist Marginalität in männlich geprägten gesellschaftlichen Teilkulturen und eine Differenzierung der Lebenswelt in eine männliche und eine weibliche alltägliche Erfahrung. Der Anspruch auf "Gleichheit in der Differenz" ist noch wenig spürbar, eine "Sehnsucht nach der Differenz in der Gleichheit" noch fern. Die These von den "zwei Welten"

bestätigt sich in "historischer" Ausprägung. Das "Zwei-Welten-Theorem" "... geht aus von der Annahme, daß die gesellschaftliche Definition der Geschlechter und ihr Verhältnis zueinander Produkt einer kulturellen Leistung ist und auf einer Segregation beruht, die auch die Selbst- und Fremdwahrnehmung von Männern und Frauen bestimmt. Demnach leben Männer und Frauen in verschiedenen strukturierten Zusammenhängen und nehmen die Welt unterschiedlich wahr. Solange Männer in ihrer öffentlichen und berufsbestimmten Welt, Frauen in ihrem privaten Familienrahmen verblieben, war die "hierarchische Differenz" unproblematisiert. Seit Frauen in die Männerwelt und Männer in die Frauenwelt eindringen, wird die strukturelle Distanz und Marginalität derjenigen, die Teilhabe an der anderen "Welt" fordern und fördern, Gegenstand von Auseinandersetzungen." (45)

Die empirischen Ergebnisse zeigen für die Mehrheit der Frauen ein Verbleiben in der "hierarchischen Differenz". Dies provoziert eine Verschärfung der Marginalitätssituation und der Durchsetzungsbedingungen für diejenigen, die Teilhabe an der anderen Welt fordern. Denn je akzeptierter und allgemeiner die patriarchalische Struktur der Lebensbedingungen ist, umso schwieriger ist ihre Überwindung für diejenigen, die sie angehen. Die empirischen Angaben, die hierzu in diesem Aufsatz zusammengefaßt sind, deuten auf eine Bestätigung der eingangs formulierten These hin, daß die Strukturen des Landes die Entwicklung von Emanzipationsbestrebungen erschweren und die Akzeptanz zweier geschlechtsspezifischer Kulturen nach wie vor sehr hoch ist. Die Auswirkungen dieser geschlechterpolarisierten Lebenssituation werden auch in ihrer Diskriminierung noch nicht soweit als benachteiligend und unterdrückend erlebt (vergleiche die Äußerungen zur Zufriedenheit mit der häuslichen Arbeitsteilung), daß sie die ständige Reproduktion patriarchalischer Strukturen - unter weiblicher Beteiligung - in Frage stellen würden. Die eigenen Bezugssysteme der Frauen (Vereine, Gruppen) sind von ihrer inhaltlichen und organisationellen Ausrichtung her nicht dergestalt, daß sie über die Reproduktion der gewohnten frauenspezifischen Seins- und Bewußtseinsformen hinausweisen würden und die Entwicklung anderer Perspektiven ermöglichen könnten (vergleiche die Dominanz kirchlicher Trägerschaft in der sozialen Aktivität). Die geäußerten Zufriedenheiten mit der Lebenssituation sind in diesem Sinne sowohl als ideologische Zufriedenheit mit einer unabänderlichen Situation, für die keine anderen Deutungsmuster und keine

Veränderungsansätze greifbar sind, zu sehen, als auch als Zufriedenheit mit einer Lebenssituation, die durch ihre unhinterfragten Strukturen und Determinanten Stabilität und Sicherheit verleiht. Die verschärfte Benachteiligung für Frauen auf dem Land und damit auch die verschärfte Behinderung einer Veränderung ihrer Situation erklärt sich zu einem Teil auch durch die besondere Situation des Landes in der Ausstattung mit "innovativem Potential", mit fortschrittlichen Teilkulturen wie organisationellen Netzen der Frauenbewegung, alternativen Netzwerken oder auch studentischen Gruppen. Solche Bezugssysteme, die für die Entwicklung und Durchsetzung neuer Strukturen unabdingbar sind, weil sie Stabilität, Absicherung und psychischen Schutz bieten, fehlen auf dem Land oder sind zu wenig ausgeprägt (vergleiche Kap.6). In welcher Gewichtung die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung ländlicher Räume die soziale Ungleichheit von Frauen beeinflusst, kann aus dem hier zitierten Material nicht eindeutig geschlossen werden. Die Entwicklung im Rauchverhalten ist einer der wenigen Indikatoren, die für sozialen Wandel auf dem Land unter dem Aspekt einer ungleichzeitigen Entwicklung sprechen. Vieles spricht für Strukturunterschiede, die durch kurzfristige Prozesse sozialen Wandels nicht angetastet werden.

- Ann.1
Im Bereich Stadt- und Regionalsoziologie ist das Land nur von geringem Interesse, eher noch die Regionalisierung. Im soziologischen Wissenschaftssystem ist das Land als Gegenstand von Forschung und Lehre deutlich unterrepräsentiert: Stadtsoziologie wird an Universitäten achtmal häufiger gelehrt als Land- und Agrar-Soziologie. In einer Rangliste der Blindstrich-Soziologien nach ihrer Häufigkeit im BRD-Hochschul-Angebot liegt die Land- und Agrarsoziologie an 41. Stelle (Wössner, Jakobus (1971): Soziologie. Wien, zitiert nach: Planck, Ulrich / Ziche, Joachim (1979): Land- und Agrarsoziologie. Stuttgart. S. 14)
- Ann.2
Friedrichs, Jürgen / Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (Hrsg.) (1986): Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik? Sozialwissenschaftliche Analysen. Opladen.
- Ann.3
Die These von der Ubiquität urbaner Lebensformen als Folge der Verstädterungs- und Urbanisierungsprozesses (Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1988): Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie. In: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.) (1988): Soziologische Stadtforschung. Sonderheft 29 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen.) steht dem nur teilweise entgegen, weil sie einen Entwicklungsprozess beschreibt, aber nicht die Differenzierungen in der aktuellen Gesellschaftsformation.
- Ann.4
Spiegel, Ingrid (1981/1): Wohnen auf dem Lande. In: Breckner, Ingrid / Schaubert, Antje / Schaals, Klaus H. (1981): Soziologie des Wohnens. München.
- Ann.5
Deutsche Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP). Ein Projekt im Rahmen des Regierungsprogramms "Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit", gefördert durch den Bundesminister für Forschung und Technologie und die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Förderzeitraum: 1982 - 1991.
- Ann.6
König, Margit / Lischek, Beate / Mager, Andrea / Spiegel, Ingrid / Thalhammer, Franz (1980): Wohnen - Wohnung - Wohnverhältnisse. Versuch einer theoretischen und wissenschaftspraktischen Bevächtigung. München. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Spiegel, Ingrid (1981/1) a.a.O. Lischek, Beate / Mager, Andrea / Spiegel, Ingrid / Thalhammer, Franz (1981): Die Auflösung des Dorfes. Zur Krise der ländlichen Lebensverhältnisse unter den Bedingungen von Verstädterung und Provinzialisierung. München. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Ann.7
Brüggenmann, Beate / Riehle, Balner (1986): Das Dorf. Über die Modernisierung einer Idylle. Frankfurt / New York.
- Ann.8
Spiegel, Ingrid / Hüllemann, Klaus-D. (1986): Intervention im ländlichen Raum. Einjahresbilanz des Konzepts "Gemeindezugang" in den dörflichen Gemeinden des Landkreises Traunstein. In: DHP - Forum 3/86. Bonn.
- Ann.9
Vergleiche hierzu Clemens, Bärbel / Metz-Göckel, Sigrid / Neusel, Ayla / Port, Barbara (1986): Töchter der Alva Mater. Frankfurt / New York. S. 73 ff.
- Ann.10
ebd. Die Thesen wurden im Zusammenhang der Diskussion von Frauen in der Studien- und Berufssituation an der Hochschule entwickelt. Da sie in ihrem Bezug auf geschlechtsspezifische Sozialisationsstrukturen und die Realisierung geschlechtsspezifischer Lebensentwürfe auf allgemeinere gesellschaftliche Grundstrukturen und Bedingungen für Frauen eingehen, halte ich sie über ihren ursprünglichen Bezugsrahmen "Wissenschaftlerinnen" hinaus für andere Fragestellungen der Frauenforschung übertragbar.
- Ann.11
ebd. S. 75 ff.
- Ann.12
Vgl. Ostner, Ilona / Schaidt-Waldherr, Hiltrud (1986): Gleichheit, Verschiedenheit. Zu einigen Diskussionen in der Sektion Frauenforschung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4/1986. Opladen.
- Ann.13
zuerst bei: Ogburn, W.F. (1922): Social change. Deutsche Ausgabe (1969): Kultur und Sozialer Wandel. Neuwied und Berlin.
- Ann.14
Brüggenmann/Riehle (1986): a.a.O. S. 37
- Ann.15
ebd. S. 56
- Ann.16
Funk, Albrecht (1977): Abschied von der Provinz? -Strukturwandel des ländlichen Raumes und staatliche Politik. Frankfurt.Zang, Gerd (1978): Provinzialisierung einer Region. Zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz. Frankfurt. Lischek/Mager/Spiegel/Thalhammer (1981) a.a.O.
- Ann.17
Vergleiche die Ausführungen zum dörflichen "Eigensinn" und zur Konstanz bäuerlicher Strukturen im veränderten Dorf bei Brüggenmann/Riehle.
- Ann.18
Bayer. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Gemeinde Daten, Ausgabe 1986. Bayer. Staatsministerium des Innern und Bayer. Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen: Kommunale Verwaltungsgrenzen, Regierungsbezirk Oberbayern, Stand 1.1.1980
- Ann.19
DHP-Gesundheitssurvey 1984. Im Rahmen der Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP) werden 5 regionale Gesundheitssurveys (mit repräsentativen Bevölkerungstichproben von je 1800 Personen in 4 Regionen und 3600 Personen in 1 Region) und ein nationaler Gesundheitssurvey (mit einer repräsentativen Bevölkerungstichprobe von 11000 Personen im Befragungssurvey und 5000 Personen im Untersuchungssurvey) durchgeführt. Erste Veröffentlichungen in: Hoffmeister, Hans / Hoeltz, Jürgen / Schön, Dieter / Schröder, Ernst / Güther, Bernd (1988): Nationaler Untersuchungssurvey und regionale Untersuchungssurveys der DHP. Band 1 und 2. DHP-Forum 1 und 2/1988, 3. Jahrgang. Bonn.
- Ann.20
Die aus derselben Untersuchung vorliegenden Vergleichszahlen für städtische Gebiete weisen für diese zum Teil geringere Mobilitätsraten auf. In Bremen geben z.B. 40,9% der Frauen an, schon seit Geburt am selben Ort zu wohnen, in Stuttgart 20,1% und in Berlin-Spandau sogar 54,7%. Die Zahlen sind jedoch nicht unmittelbar vergleichbar, da im ländlichen Landkreis Traunstein der "Ort" eine sehr viel kleinere räumliche Einheit darstellt und die Mobilität im engeren Umfeld hier als Ortswechsel durchschlägt.
- Ann.21
Brüggenmann / Riehle a.a.O.
- Ann.22
Zahlen zur Erwerbsstruktur in Kap. 2 aus: Bayer. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Statistische Berichte. A/Volkszählung 87-6. Volkszählung 1987, Teil 1: Volks- und Berufszählung. Erwerbstätige am Ort der Hauptwohnung in Bayern nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf. Kreisdaten. Stand 25. Mai 1987. Gemeinde Daten, Ausgabe 1988
- Ann.23
Über das Handwerk als weiteren traditionell dörflichen Produktionsbereich liegen keine Zahlen vor.
- Ann.24
Süddeutsche Zeitung vom 28.6.1988
- Ann.25
Traunsteiner Wochenblatt vom 2.4.1988
- Ann.26
Vgl. Brüggenmann/Riehle (1986), a.a.O. Inhetveen, Heide / Blasche, Margret (1983): Frauen in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Opladen.
- Ann.27
Bayer. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (1986): Frauen in der amtlichen Statistik Bayerns. Frauen-Daten. München. Der Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1986): Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Ann.28
Nach Angaben der Landkreisverwaltung Traunstein
- Ann.29
Planck/Ziche (1979) a.a.O.
- Ann.30
ebd. S. 107 f.
- Ann.31
Brüggenmann/Riehle (1986): a.a.O. S. 71
- Ann.32
Kandidaten für Ämter sind nur akzeptabel, wenn sie schon eine Reihe von Vereinsämtern bekleiden, die sachliche Kompetenz ist weniger wichtig. Bekanntheitsgrad und aufopferndes soziales Engagement, wie es sich durch die Übernahme von Vereinsfunktionen ausdrückt, sind gefragt - allerdings bei Männern.
- Ann.33
Durch die Einrichtung einer Selbsthilfegruppen-Beratungsstelle im Rahmen des DHP-Projektes wurde der Selbsthilfegruppen-Gedanke erst in den Landkreis gebracht. Zuvor gab es nur einige wenige Gruppen.
- Ann.34
Auf einem Frauenseminar, an dem Frauen "aus den öffentlichen Leben" im Landkreis teilnahmen, wurden aus der eigenen Erfahrung als Kriterien für die Kandidatenaufstellung genannt: Öffentliches Amt, angenehmer Beruf, öffentliches Ansehen, Persönlichkeit.
- Ann.35
Spiegel, Ingrid / Poth, Evelyn / Hüllemann, Klaus-D. (1987): Der präventive Markt im Landkreis Traunstein - Durchführung und erste Ergebnisse der to -Erhebung der Angebotsanalyse, in: DHP-Forum 1/87. Bonn.
- Ann.36
Vgl. hierzu "Entfremdung" im bäuerlich-dörflichen Alltag: Spiegel, Ingrid (1981/1) a.a.O.
- Ann.37
Weltgesundheitsorganisation, Regionalbüro für Europa (1985): Einzelziele für "Gesundheit 2000". Kopenhagen. Unveränderter Nachdruck mit Genehmigung des WHO-Regionalbüros durch die Deutsche Zentrale für Volksgesundheitspflege e.V.-Frankfurt.
- Ann.38
Für den Lebensraum Stadt wurde von der Weltgesundheitsorganisation ein Projekt zur Gesundheitsförderung unter dem Titel "Healthy Cities" eingeleitet. Rodenstein, Marianne (1988): "Healthy Cities". Eine Chance für gesundheitsorientierten Städtebau?, in: Bauwelt 12/1988, S. 482 ff.
- Ann.39
Zepp, Elisabeth / Ackermann-Liebrich, Ursula (1988): Geschlechtsunterschiede in Gesundheit und Gesundheitsverhalten, in: Sozial- und Präventivmedizin 33/1988, S. 186-192.
- Ann.40
Maschewsky-Schneider, Ulrike / Greiser, Eberhard / Helbert, Uwe (1988): Sind Frauen gesünder als Männer?. Zur gesundheitlichen Lage der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Sozial- und Präventivmedizin 33/1988, S. 173-180.
- Ann.41
Trojan, Alf (1986): Gesundheitsförderung durch soziale Netzwerke in der Gemeinde, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 2/1986, S. 29-33.Trojan Alf / Hildebrandt, Helmut / Falts, Michael / Deneke, Christiane (1985): Selbsthilfe, Netzwerkforschung und Gesundheitsförderung. Grundlagen gemeindebezogener Netzwerkförderung als Präventionsstrategie, in: Keupp, Heiner / Röhrle, Bernd (Hrsg.): Soziale Netzwerke. Frankfurt. Badura, Bernhard (1981): Soziale Unterstützung und chronische Krankheit. Frankfurt.
- Ann.42
Zur Entwicklung des Risikofaktoren-Konzepts vergleiche: Abholz, H.-H. / Borgers, D. / Karhaus, J. (Hrsg.) (1982): Risikofaktormedizin. Konzept und Kontroverse. Berlin/New York. Badura, Bernhard (1983): Sozialepidemiologie in Theorie und Praxis, in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: Europäische Monographien zur Forschung in Gesundheitsförderung S. Köln. Gerhardt, Uta / Friedrich, Hannes (1985): Risikofaktoren, primäre Prävention und das Problem des richtigen Lebens. Zur Funktion der Soziologie in der Medizin, in: Deppe, Hans Ulrich / Gerhardt, Uta / Novak, Peter: Medizinische Soziologie. Jahrbuch 4. Frankfurt/New York.
- Ann.43
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (1983): Europäische Monographien zur Forschung in Gesundheitsförderung S. Bericht über ein Seminar Lebensweisen und Lebensbedingungen in ihren Auswirkungen auf die Gesundheit. Köln.
- Ann.44
Ervähnt werden sollen an dieser Stelle die "neuen" Krankheitstypen ED-/Brechsucht und Magersucht, die in noch ungeklärter Form Ernährungsverhalten und weiblichen Lebenszusammenhang in Verbindung bringen
- Ann.45
Clemens / Metz-Göckel / Neusel / Port (1986) a.a.O. S.75

Seit Jahren beschäftigt sich die sozialwissenschaftliche und historische Frauenforschung mit Inhalt und Wandel der Hausarbeit. Dabei wurde der wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellenwert der Hausarbeit deutlich. Auch Ansätze in der Familiensoziologie (Rosenbaum 1978u.1982) betonen die wirtschaftliche Seite der familialen Sozialform.

Die Stadt- und Regionalsoziologie hingegen konzentriert sich bei ihrer Analyse räumlicher Strukturen und Entwicklung auf die Erwerbswirtschaft, auf die Arbeit für den Tausch. Untersuchungen zu Wohnen, Wohnungsbau, Wohnungsversorgung und Wohnumfeld sehen entweder Wohnen als Faktor der Wohnungswirtschaft, also als Teil der Wirtschaft für den Markt, oder sie sehen Wohnen als Kompensation zu dieser, als Erholung, Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft -mehr oder weniger staatlich gelenkt. So sehr der Wandel von Tauscharbeit, Erwerbswirtschaft, der Wandel von Produktionsmitteln und -verhältnissen in verschiedenen Epochen differenziert betrachtet wird, so bleibt eines gleich: Wohnen als "Nestbau" und somit Erholen, als Privatsache und Rückzug von eben jenem Bereich.

Diese Sichtweise führt unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen geschlechtlicher Arbeitsteilung auch zu methodischen Konsequenzen, denn die Untersuchungskriterien des "Wohnens" verbinden sich mit der Rolle des Mannes. Wenn in empirischen Erhebungen das Geschlecht bzw. die geschlechtliche Arbeitsteilung als Merkmal der Befragungsauswahl keine Rolle spielen bzw. in der Auswertung nicht berücksichtigt werden, ergeben sich Zweifel an der Validität der Ergebnisse.

Doch es existieren keine theoretischen und empirischen Arbeiten zur Raumnutzung der Hausarbeit, zur Wohnung als Arbeitsplatz, zur Infrastruktur der Hausarbeit.

Dies ist, kurz umrissen, der Ausgangspunkt meiner Untersuchung. Mein Anliegen war es, die Relevanz der Hausarbeit, d.h. derjenigen Arbeit, die nicht über den Markt geht für die Siedlungsentwicklung und den Hausbau zu untersuchen.

Meine Wahl der historischen Vorgehensweise resultierte zum einen aus der Begrenztheit der finanziellen Mittel, denn meine Hypothesen mit einer empirischen Primärerhebung zu überprüfen, wäre teuer und mit einem hohen organisatorischen Aufwand verbunden gewesen, und zum anderen war zu vermuten, daß die raumprägende Relevanz der Gebrauchsarbeit in ihrer Eigenständigkeit in der Industriegesellschaft nur noch schwierig zu erkennen gewesen wäre, da sie als Konsum und Regeneration, also als abhängige, sekundäre Tätigkeit erscheint.

Deshalb die Auseinandersetzung mit der "Ökonomie des ganzen Hauses", der primären Wirtschaftsform der vorindustriellen Gesellschaft und den sie konstituierenden Kategorien: der Arbeit für den Gebrauch und der Arbeit für den Tausch, wie ich die zwei Seiten der "Ökonomie des ganzen Hauses" genannt habe. Die Fragestellung der Untersuchung, ob und wie die gebrauchswirtschaftliche Arbeit die Besiedlung geprägt hat, wird von mir in drei Dimensionen verfolgt: Die ökonomische Dimension zeigt den Wandel der Arbeit für den Gebrauch in der vorindustriellen Gesellschaft hin zur Hausarbeit mit veränderten Arbeitsinhalten- und entsprechenden ideologischen Überbau- in der Industriegesellschaft.

In der sozialen Dimension wird betrachtet, welche Menschen an diese Arbeitsfunktionen gebunden waren. Dabei bildet die geschlechtliche Arbeitsteilung die wesentliche Kategorie. Diese Wahl ist nicht nur logische Konsequenz der ökonomischen Kategorien, sie setzt auch Prämissen für weitere Fragestellungen und diese sind mir wichtig, denn nur selten ist der Blick sozialwissenschaftlicher Forschung, die sich mit dem Raum befasst, darauf gerichtet worden.

Die Wirkungen der ökonomischen und sozialen auf die dritte, die räumliche Dimension bildet die wesentliche und am ausführlichsten behandelte Untersuchungsebene. Hierbei habe ich in Siedlungsstrukturen und Hausstrukturen unterschieden.

Ausgangspunkt der ökonomischen Untersuchungsebene war -wie gesagt- die "Ökonomie des ganzen Hauses", die in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Epochen in verschiedenen Erscheinungsformen auftrat. Anhand der Tauscharbeit und der Gebrauchsarbeit,

ihrer jeweiligen Qualität und Quantität, ihres Verhältnisses zueinander und ihrer Wertung in der Hausökonomie entwickelte ich eine Typologie der "Ökonomie des ganzen Hauses.", die ich kurz darstellen möchte: Der 1. Typ der Hausökonomie produzierte vorwiegend und fast ausschließlich für den eigenen Bedarf, er ist der alten agrarischen Feudalgesellschaft zuzuordnen und trat in zwei Varianten auf, der der ritterlich-feudalen, herrschaftlichen Hausökonomie und der bäuerlich abhängigen Hausökonomie.

Der 2. Typ bestand nicht in erster Linie aus der Gebrauchswirtschaft, sondern gleichwertig aus der Tauschwirtschaft. Dies war das Neue der zweiten historischen Epoche, derjenigen der ständischen und städtischen Gesellschaft. Auch bei diesem Typ gab es Varianten. Zum einen waren die Hausökonomie des städtischen Adels und der Patrizier weitaus umfangreicher und arbeitsteiliger organisiert als handwerkliche und kleinhandwerkerische Hausökonomie, zum anderen unterschieden sie sich durch die Inhalte der Arbeit für den Tausch. Man kann von drei Varianten sprechen.

Nur kurzfristig und auf dem Verlagssystem basierend entwickelte sich im 18.19. Jahrhundert ein 3. Typ, denn die "hausindustrielle" Form der Tauscharbeit blieb in der alten "Ökonomieform verhaftet., obwohl Zulieferung und Absatz herausgelöst und zentral organisiert waren.

Diese Typologie mag zu ergänzen sein, da ich in ihr nicht die so bedeutsamen sozialen Unterschiede berücksichtigte. Doch dies würde wieder den Blick auf die Tauschwirtschaft lenken und ihn für die andere, die Gebrauchswirtschaft verstellen.

Diese Typologie eröffnet nun die Möglichkeit, die beiden Arbeitsformen in ihren räumlichen Auswirkungen zu analysieren. Konkrete historische Untersuchungen aus den Bereichen der historischen Stadt- und Hausforschung, sowie der historischen Familienforschung lassen sich anhand dieser Typologie interpretieren.

Als Kriterien geschlechtlicher Arbeitsteilung schälten sich aufgrund der historischen Familienforschung, beim 1. Typ der "Ökonomie des ganzen Hauses", dem der agrarisch-feudalen Gesellschaftsordnung "hausnah" und "hausfern" und beim städtischen Typ die "Arbeit für den Tausch" und die "Arbeit für den Gebrauch" heraus. Nach der Auflösung der alten "Ökonomie des ganzen Hauses" bestimmen die städtischen Kriterien des 2. Typs weiterhin die geschlechtliche Arbeitsteilung. Mit Hilfe dieser ökonomischen und sozialen Kriterien ist es möglich, die geschlechtlich unterschiedliche Raumnutzung- vermittelt über die Kategorie der Arbeit- zu ermitteln.

So weit in aller Kürze zu Fragestellung, zur Methode und zum theoretischen Ansatz, der gewissermaßen bereits ein wissenschaftlicher Ertrag ist. Doch er war als Vorarbeit nötig um meiner eigentlichen Fragestellung, nämlich der Relevanz der Gebrauchswirtschaft für räumliche Entwicklung nachzugehen. In der Folge nun eine Zusammenfassung der inhaltlichen Ausführungen und Ergebnisse.

Die ländlichen Siedlungsstrukturen der vorindustriellen Gesellschaft waren wesentlich von der Gebrauchsarbeit bestimmt. Zwar mögen Standortwahl und räumliche Organisation auch nach militärischen, politischen und handelsökonomischen Gesichtspunkten gewählt worden sein, in der Untersuchung wurde jedoch deutlich, daß sowohl Siedlungskerne wie auch räumliche Standorte von den Bedingungen der Gebrauchswirtschaft abhingen. Es war die Gebrauchsarbeit, die durch ihre Nutzungen die Besiedlungsformen prägte. Dies galt sowohl für die ritterlich-feudale, wie auch für die bäuerliche Hausökonomie, denn ohne Subsistenzproduktion konnten die feudalen Fronhöfe weder herrschen noch diese Herrschaft verteidigen. Auch die vorindustriellen dörflichen Strukturen waren nahezu Resultate räumlicher Nutzung gebrauchswirtschaftlicher Arbeit.

Der in den mittelalterlichen Städten dominante 2. Typ der "Ökonomie des ganzen Hauses" beherbergte sowohl die Gebrauchswirtschaft, wie auch die Tauschwirtschaft, d.h. beide Ökonomieformen waren raumrelevant und suchten ihre besten Standorte. So waren neben den immer

benannten Handelskontoren und Werkstätten auch die für die Gebrauchsarbeit der Hausökonomien notwendigen Gemüsegärten und Ställe für das Hausvieh prägende städtische Gestaltungsfaktoren. Grundstücksgrößen und -lagen orientierten sich an beiden Arbeitszwecken. Gerade das gängige Bild der mittelalterlichen Stadt, das von Kirchen, prächtigen Patrizierhäusern und Handwerkerstätten gefüllt ist, bedarf der Revision. Das Stadt-Land-Verhältnis erscheint ebenfalls in einem neuen Licht. Die gängige Betrachtungsweise konzentriert sich auf die Erwerbswirtschaft und interpretiert die Abhängigkeit der Stadt vom Land bzw. den Gegensatz von Stadt und Land von daher. Der Begriff der territorialen Arbeitsteilung meint allein die Teilung der Tauscharbeit: die Stadt als Ort der gewerblichen Arbeit, das Land als Ort der landwirtschaftlichen Arbeit. Die Abhängigkeit der Stadt vom Land ist so nicht richtig, denn diese Abhängigkeit wird mit der Angewiesenheit der Stadt auf die ländliche Lebensmittelproduktion begründet. Dabei wird übersehen, daß die Lebensmittel zum überwiegenden Teil von den städtischen Hausökonomien selbst hergestellt wurden - eben im gebrauchswirtschaftlichen Teil der Hausökonomie. Das Stadt-Land-Verhältnis sollte vielmehr vor dem Hintergrund der beiden ersten Typen der "Ökonomie des ganzen Hauses" interpretiert werden. Erst die Gebrauchswirtschaft-dominant in 1. Typ- bildete die Basis für die Herausbildung der Tauschwirtschaft und erst das Zusammenspiel beider schuf die Grundlage für die Vorrangstellung der städtischen Hausökonomie gegenüber der ländlichen und damit der Stadt gegenüber dem Land. Neben den Siedlungsformen zeigen auch die Hausformen die räumlich und baulich gestaltende Kraft der Gebrauchsarbeit. Beim bäuerlichen Typ der Hausökonomie zeigte sich, daß der Herd sozialer und baulicher Mittelpunkt des Bauernhauses war. Die bäuerlichen Hausstrukturen ergaben sich fast ausschließlich aus der Arbeit, und zwar aus der für den eigenen Bedarf, die Regeneration spielte eine untergeordnete Rolle. Meist gab es eine große multifunktional genutzte Fläche und daneben kleine Koben, die speziell einer Funktion dienten. (Viehkoben, Schlafkoben) Je ärmer die bäuerliche Hausökonomie war, desto weniger gab es

Eine Sonderstellung nimmt in diesem Zusammenhang die aristokratische Hausökonomie ein. Der Fürst und die Fürstin verfügten über Räumlichkeiten in getrennten Flügeln ihres Palastes. Gleichen oder ähnlichen Pflichten beider Geschlechter standen geschlechtsspezifisch getrennte Räumlichkeiten gegenüber.

Die Auflösung der "Ökonomie des ganzen Hauses" leitete den Prozeß zur Industriegesellschaft ein mit erheblichen Veränderungen im wirtschaftlichen, sozialen und räumlichen Bereich. Die Arbeit für den Tausch verlagerte sich aus dem "Haus" heraus und organisierte sich eigenständig in gewerblichen Betrieben und Verwaltungen. Damit löste sich die Arbeit für den Tausch nicht allein ökonomisch und räumlich von der Arbeit für den Gebrauch, sondern auch die Mitglieder der alten Hausökonomie wurden getrennt. Aufgrund dieser Trennung entwickelten sich neue soziale Werte und Verhaltensweisen, neue Räumlichkeiten und Raumnutzungen.

Es entstanden getrennte Betriebsformen: Hier die Konzentration und Zentralisation, dort die Gebrauchsarbeit in ihrer alten, aus der Hausökonomie stammenden, dezentralen Wirtschaftsform. Während die zentralisierte Tauscharbeit an ökonomischer und gesellschaftlicher Bedeutung gewann - denn sie war diejenige Arbeitsform, die die Industriegesellschaft trug - verlor die Gebrauchsarbeit im Bewußtsein der Gesellschaft an Wichtigkeit. Dieser Trennungsprozeß bedeutete eine neue Disparität der Arbeit: Auf der einen Seite gab es die entlohnte, außerhäusliche, zentralisierte Erwerbsarbeit und auf der anderen Seite die nicht entlohnte, dezentral organisierte Hausarbeit. Die so entstandenen getrennten Arbeitsbereiche verschärften die Teilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern, denn Tauscharbeit war und blieb vorrangig Männerarbeit, Gebrauchsarbeit vorrangig Arbeit der Frauen.

Neben Manufakturen und Fabriken gab es nun Hauswirtschaften, die wie die ersten einen völlig neuen wirtschaftlichen Betrieb darstellen, denn in ihnen wird ausschließlich Gebrauchsarbeit verrichtet. Vor der Auflösung der alten Hausökonomie konzentrierten sich die Arbeits- und Lebensbereiche auf das Haus, also auf

baulich- räumliche Differenzierungen und Einrichtungsgegenstände nur für einen Zweck.

Die städtischen Hausökonomien mit ihrem Anteil von Handwerk und Handel teilten und bebauten ihr Grundstück für beide Wirtschaftsbereiche. Da diese jedoch ineinander übergingen spiegelte sich diese Vernetzung in einer gemischten räumlichen Nutzung wider. Die Diele war der Hauptort: als Herdraum der zentrale Ort für die Arbeit für den Gebrauch, als Werkstatt der zentrale Ort für die Tauscharbeit. Jedoch fand im Laufe der Zeit eine erste räumliche Konzentration zwischen der Tauscharbeit und der Gebrauchsarbeit statt. Der Herd verlagerte sich an die Rückfront des Hauses, hin zu Hof, Garten und Stallungen, die Werkstatt rückte zur Straßenfront.

Am ausgeprägtesten war diese sozial-räumliche Konzentration in den Hausökonomien des Patriziats. Ökonomischer Reichtum schaffte die Möglichkeit der räumlichen Ausbreitung.

Dieser Konzentration- und Trennungsprozeß beider Wirtschaftsbereiche einer Hausökonomie vollzog sich ebenfalls in den höfischen Stadtpalästen des 17. Jahrhunderts. In ihnen spielte die Repräsentation der Macht eine ebenso wichtige Rolle wie die Arbeit für den eigenen Bedarf. Man kann sagen, daß in diesem Typ der Hausökonomie die Gebrauchsarbeit selbst zum Repräsentationsobjekt wurde. Baulich läßt sich das an der Lage der Zimmer ablesen. Küche, Vorratsräume u.a. lagen an der Straßenfront, Empfangsräume im hinteren Teil des Palastes.

Betrachtet man nun die unterschiedlichen Nutzungsstrukturen in den zwei Typen der "Ökonomie des ganzen Hauses, in Hinblick auf die Kriterien geschlechtlicher Arbeitsteilung, so ist folgendes zu konstatieren: Die ländlichen Siedlungskerne, wie auch der zentrale Ort eines Bauernhauses - der Herd - waren, weil "hausnah" vorwiegend von Frauen genutzte und geprägte Orte. In den städtischen Hausökonomien ist zunächst wegen der engen ökonomischen Verzahnung der Gebrauchsarbeit mit der Tauscharbeit eine räumliche Durchmischung geschlechtsspezifischer Nutzungen vorhanden. Dies galt sowohl für den städtischen Außenraum wie für das Innere eines Hauses. Erst später und mit zunehmendem Reichtum erfolgte die mit der ökonomischen und räumlichen Trennung der beiden Arbeitszwecke verbundene geschlechtsspezifische Trennung.

einen sozialen Raum. Arbeit und Leben von Mann und Frau waren nicht allein ökonomisch, sondern auch sozial eng miteinander verbunden. Diese alltägliche Nähe galt nicht allein für Ehepaare, sondern für alle Mitglieder - Mägde, Knechte, Gesellen - einer alten Hausökonomie, wobei die ehelichen und familiären Bindungen eine untergeordnete Rolle gegenüber den wirtschaftlichen spielten. Diese Bindungen traten nach der Auflösung der alten Hausökonomie in den Vordergrund des häuslichen Lebens. Sie jedoch als eine Annäherung zwischen den Geschlechtern zu deklarieren, wäre zu äußerlich gesehen und würde sich auf ein Familienleitbild stützen, das der realen Situation nicht entsprach, denn Realität war, daß der Mann nun endgültig aus dem Kreis des Hauses heraustrat, und sich damit nicht allein die Tätigkeitsbereiche, sondern auch ihre Lebenswelten voneinander schieden.

Das Leitbild der Familie zeichnete sich durch seinen Gegensatz zur Gesellschaft aus. Auf der einen Seite die "rauhe" Berufs- und Geschäftswelt und auf der anderen Seite die Geborgenheit in der Familie.

Aber dieses Modell benötigte auch spezifische Rollenbilder die jedoch nicht sozial begründet wurden, sondern Mann und Frau sozusagen auf den Leib geschrieben wurden. Wesentlichen Moment dieser zu Geschlechtscharakteren propagierten Eigenschaften und Verhaltensweisen war die Polarität zwischen Mann und Frau. (Er ist der Aktive, sie die Passive etc.) In dem hier behandelten Zusammenhang, der baulich- räumlichen Konsequenzen der Auflösung der alten Hausökonomie, sind diejenigen Merkmale mit Raumbezug interessant. So die Bestimmung des Mannes für außen, die der Frau für innen, des Mannes für Weite, der Frau für Nähe, die des Mannes für Öffentlichkeit, die der Frau für Privatheit.

Mit dieser polaren Wesensbestimmung zwischen den Geschlechtern erreichte - so ist mein Resümee - die geschlechtliche Arbeitsteilung ihren ideologischen Höhepunkt. Die wirtschaftliche Trennung der Gebrauchsarbeit und der Tauscharbeit bekam einen sozial-kulturellen Überbau, der auch noch biologisch begründet wurde und der durchaus räumliche Relevanz besaß.

Damit trat eine qualitativ neue Stufe der geschlechtlichen Arbeitsteilung in Kraft. Wie sich der Trennungsprozeß der beiden Wirtschaftsformen räumlich auswirkte zeigen die Stadtstrukturen der Industrialisierung. Doch diese können nicht- wie immer geschehen- allein aus der Entwicklung der Tauschwirtschaft erklärt werden, vielmehr bilden beide Stränge der alten Hausökonomie raumstrukturelle Faktoren. Für die dezentrale Form der Gebrauchswirtschaft wurden Räumlichkeiten benötigt, zwar nach sozialer Schicht in unterschiedlicher Größe und Ausstattung, doch immer als eigenständige Wohneinheit. Welche Bedeutung diese dezentrale Form der Gebrauchswirtschaft für städtische Strukturen hatte wird an der Berliner Städterweiterung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutlich. Trotz spekulativer Dichte der Bebauung beanspruchte die Gebrauchsarbeit große Flächen im Stadtraum. Hinzu kommen, die mit der Trennung von Gebrauchswirtschaft und Erwerbswirtschaft verursachten Verkehrssysteme. Zunächst die Straßen als solche in ihren Dimensionen, denn ihre Begeh- und Befahrbarkeit sind nicht allein für den Transport von Gütern zwischen den Erwerbsbranchen, zwischen Produzent und Konsument, sondern ganz wesentlich für die Wege zum Erwerbsarbeitsplatz geplant und gebaut. Gleiches gilt für die technischen Verkehrsmittel. Mietwohnungsbau, Wohnungsmarkt und die vielfältigen damit zusammenhängenden gewerblichen Branchen konnten sich nur vor diesem Hintergrund entwickeln. Berücksichtigt man diese Tatsachen, so ist sicherlich nicht zu leugnen, daß die Gebrauchswirtschaft neben der Erwerbswirtschaft stadträumliche Strukturen und Entwicklungen bestimmte. Starke Nachfrage nach Wohnraum, die Verkehrsprobleme in den Städten, die Entmischung und Monofunktionalität haben ihre Basis in der Auflösung der "Ökonomie des ganzen Hauses", und der unterschiedlichen Entwicklung ihrer beiden Wirtschaftsteile. Der Übergang von den vorindustriellen Formen der Arbeit zu denjenigen in der Industriegesellschaft verlief für die

Gebrauchsarbeit fast unbemerkt, denn sie blieb ja in ihrer alten häuslichen Form erhalten. Genaues Hinschauen zeigt jedoch, daß auch im Inhalt der Gebrauchsarbeit sich einiges gewandelt hat und seine räumliche Entsprechung fand. Technisierung und Dienstleistungsgewerbe reduzierten den stofflich-materiellen Teil. Nahrungsherstellung verlor an Gewicht gegenüber der Zubereitung, ebenso traten erweiterte Reinigungsaufgaben hinzu. Hinzu kamen auch Leistungen, die verkürzt als Sozialisationsarbeit bezeichnen möchte. In Korrespondenz zur fortschreitenden Entfremdung von den Arbeitsinhalten der Erwerbswirtschaft wurden die immateriellen psychischen Leistungen immer wichtiger. Dieser wirtschaftliche Wandel fand seine Entsprechung in der Rolle der Frau, deren unausweichliches "Schicksal" das Haus d.h. die Wohnung wurde. In Zusammenhang mit dem Leitbild der Familie wurde die sog. Bestimmung der Frau für die Hausarbeit propagiert, sie wurde zur Hausfrau und diese gesellschaftliche Zuschreibung beinhaltet räumliche Komponenten. Das Haus, besser gesagt die Wohnung, wird als räumlicher Lebensbereich der Frauen gesehen und dies in Absetzung und im Gegensatz zum sog. Wesen des Mannes und der für ihn existierenden Welt außerhalb der Hauses. Sowohl in der wissenschaftlichen wie auch in der volkswissenschaftlichen Literatur war die Frau zur Hausfrau geboren, daß sie jedoch erst dazu gemacht werden mußte ist eine Tatsache, die meist übersehen wird. Die Verallgemeinerung der ursprünglich nur auf die bürgerliche Schicht beschränkten Leitbilder fand schnell statt. Das Wohnen wurde zu einem sozial-räumlichen Gebilde, dessen Inhalt nicht recht klar ist. Wohnen ist eben nicht allein Regeneration, Reproduktion, Freizeit und Familie, sondern Wohnen hat seine materielle Grundlage in der Hauswirtschaft. Das Auffälligste im Grundriß nach der Herausverlagerung der Tauscharbeit war der innere räumliche Differenzierungsprozeß. Die Nutzungen konzentrierten sich an bestimmten Orten innerhalb der Wohnung, in abgeschlossenen Zimmern, die von einem Flur ausgingen. IN einem abgestuften System, welches einerseits

der wachsenden Schwelle zwischen öffentlichen und privaten Räumen entsprach und andererseits die Hierarchie der Nutzungen räumlich ausdrückte, entwickelten sich die neuen Räumlichkeiten der Hauswirtschaft. Insgesamt ergab sich ein zusammenhängendes Gemälde der Wohnung als Heim, privates Refugium mit repräsentativer Funktion, in dem die Hausfrau waltete und ihren Lebensinhalt fand. Diese Interpretation der Wohnung verleugnet die wesentliche Seite des Wohnens, nämlich die Hauswirtschaft. Die Verwischung dieser Arbeit läßt eine bis heute gängige Ideologie des Wohnens fortbestehen. Obwohl die Gebrauchsarbeit im gesellschaftlichen Bewußtsein und auch räumlich in den Hintergrund trat blieb sie eine räumlich gestaltende Kraft, sowohl für die Siedlungsentwicklung, wie auch für den Hausbau.

Protokoll zum Referat von Bettina Lehmann und Rita Weirich-Lurk
"Frauenspezifische Planung in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe. Ein kritischer Bericht aus einer kurzen Praxis" und der anschließenden Diskussion.

Das Referat beschreibt die Arbeit der beiden in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe in Frankfurt/Bockenheim und versteht sich als solidarische Kritik zur bisherigen Projektarbeit. Vor Beginn der Beschreibung der Projektarbeit erläuterten die Referentinnen kurz die Entstehungsgeschichte.

Ausgangspunkt war die Planung des ökokulturellen Gewerbehofes in Bockenheim an der Kasseler Straße. Die zukünftigen Nutzerinnen des Gewerbehofes sahen ihre Interessen in der Planung nicht berücksichtigt und knüpften deshalb Kontakte zu Fachfrauen, die eine frauengerechte Planung zu diesem Projekt erarbeiten sollten. Eines der Hauptprobleme stellt die unwirtliche Lage des Geländes in der Nähe des Westbahnhofs dar. Diese isolierte Randlage sollte von den Expertinnen thematisiert werden.

Die Initialzündung kam von einer Frauengruppe der Alternativbetriebe, die Kontakte haben sich dann auf unterschiedlichen Wegen, in der Regel durch Privatkontakte entwickelt.

Die so entstandene "Arbeitsgruppe Planung für Frauen" erarbeitete eine Gesamtkonzeption aus der Sicht von Frauen für dieses Gelände und das sich anschließende Teilgebiet von Bockenheim. Die Forderung der Gruppe war die Berücksichtigung von Fraueninteressen bei der Aufstellung des Bebauungsplans seitens der Stadt (genauer: vom Amt für kommunale Gesamtentwicklung). Diese Forderung konnte jedoch zunächst nicht durchgesetzt werden. Es wurde lediglich eine Pilotstudie unverbindlichen Charakters ausgeschrieben. Ein Teil der Arbeitsgruppe nahm an der Ausschreibung, die allerdings eine Festlegung auf die Bebauungsplanebene bestimmte, teil. Die anderen waren durch die Art der Ausschreibung praktisch ausgeschlossen.

Den Hauptteil des Referates machte die Erläuterung der Notwendigkeit frauengerechter Planung und die Analyse des abgelaufenen Prozesses unter der Berücksichtigung des Einflusses der lokalspezifischen Kräfteverhältnisse aus. Die Zusammenarbeit im Projektvorhaben kann demzufolge als sozialer Lernprozeß beschrieben werden; zu klären sind hierbei:

- die Bedürfnisse der zukünftigen Nutzerinnen und deren Bezug zu allgemeinen Fraueninteressen
- die Bedürfnisse der Frauen, die im Quartier leben und
- die Beteiligungsmotive der verschiedenen Projektmitarbeiterinnen.

Von Vorteil, aber auch ein Problem war die interdisziplinäre Zusammenarbeit; es galt vorab und auch während der Kooperation die unterschiedlichen Terminologien zu klären. Positiv ist zu bewerten, daß die Gemeinsamkeiten bei den qualitativen Arbeiten zu einer breiten Diskussion führten.

Da die Planung für Frauen nicht nur raumbezogen sondern auch explizit personenbezogen ist, kollidiert diese Art von Planung mit der herkömmlichen, technokratisch reduzierten Herangehensweise des Bebauungsplans.

Im Resümee wurden folgende Punkte als problematisch angeführt:

- die informellen Verfahrenswege der beteiligten Institutionen waren der Gruppe teilweise unbekannt, dies hat sich als großes Hindernis erwiesen. Das Projekt hat sich beim Gang durch die Institutionen - hier das Amt für kommunale Gesamtentwicklung - verselbständigt und den eigentlichen Bezugspunkt verloren.
- Daraus entsteht die Forderung, daß die Kooperation mit den verschiedenen Ebenen (Presse, Politik, Wissenschaft) verbessert werden muß.
- Die frauenspezifischen Ansätze sind in ihrer Verschiedenheit weiter zu entwickeln und in entsprechende Strategien auszuarbeiten.
- Es sollte eine Mängelanalyse für frauenspezifische Planung auf B-Plan-Ebene erstellt werden, was in dieser Gruppe aufgrund der fehlenden materiellen Absicherung nicht geleistet werden konnte.

Die Diskussion während und im Anschluß der Referates konzentrierte sich auf folgende Themen: Einige Fragen galten der Chronologie des Projektablaufs und der Zusammensetzung der Projektgruppe. Die Nutzerinnen wollten ursprünglich eine Art Gutachten unter frauenspezifischen Aspekten, das u.a. die Frage der ungefährdeten Erreichbarkeit und städtebaulichen Gestaltungsmöglichkeiten thematisieren sollte. Die Expertinnen begannen dann die Fragestellung auf einen

größeren Betroffenenkreis zu erweitern und forderten eine breitere Partizipation von Frauen. Innerhalb der Expertinnengruppe gab es offensichtlich Schwierigkeiten, die unterschiedlichen Interessen und Standpunkte abzuklären.

Dieses Problem tauchte in einem weiteren Diskussionspunkt wieder auf. Im Referat thematisierten Rita und Bettina auch ihre eigene Rolle als Soziologinnen in dieser Gruppe. Eine Kritik an dem Referat war, daß die Bruchstellen innerhalb der Entwicklung der Kooperation nicht deutlich genug vermittelt wurden.

Die weitere Diskussion beschäftigte sich mit den notwendigen Voraussetzungen zur Arbeit in einer interdisziplinären Gruppe. Die verschiedenen Ebenen von Fraueninteressen müssen genauer herausgearbeitet werden.

Entscheidend ist in einem solchen Projekt die genaue Artikulation, Vermittlung der unterschiedlichen Interessenslagen und fachlich geprägten Perspektiven/Herangehensweisen. Die Kommunikation innerhalb einer Projektgruppe ist von entscheidender Bedeutung für die gemeinsame Arbeit. Für die Offenlegung der Interessen jeder Einzelnen sind Transparenz und Akzeptanz wichtige Voraussetzungen. Außerdem stand die Frage im Raum, wer findet sich im Produkt einer interdisziplinären Arbeitsgruppe wieder.

Viel diskutiert wurde auch der von den Referentinnen verwendete Begriff der "Patchworkexistenz" von Frauen. Dieser Begriff signalisiere eine Sichtweise von außen. Vielmehr seien die gesellschaftlichen (und damit auch die räumlichen) Strukturen als Patchwork zu sehen, die dem weiblichen Lebenszusammenhang nicht gerecht würden. Demgegenüber betonen die Referentinnen, daß die eigene Alltagspraxis von Frauen als sektoral und damit als zerrissen empfunden würde.

Ein weiteres Thema der Diskussion war: Wie ist mit den von der Verwaltung im Planungsverfahren festgesetzten Maßstäben umzugehen? Ein Problem, von dem die Projektgruppe stark betroffen war. Es stellt sich auch die Frage: Wieviel politische Diskussion ist nötig, um Änderungen innerhalb der Administration zu erreichen? Ein Unterpunkt dieser Diskussion war, ob die derzeitigen politischen Konstellationen in Frankfurt einen solchen Diskussionsprozeß mittragen könnten.

Protokoll des Referates von Hannelore Schneider

"Vorläufige Bilanz: 10 Monate rot-grüne Stadtregierung in Frankfurt"

und der anschließenden Diskussion.

Der Überblick gliederte sich entsprechend der 11 Ressorts der Stadtregierung. Die Ausgangsfragen lauteten: Wie macht sich der Einfluß der GRÜNEN in der Stadtregierung bemerkbar? und: Kann sich die Politik gegenüber der noch größtenteils CDU besetzten Verwaltung durchsetzen?

- Der Oberbürgermeister steht in der Stadtregierung für weitere wirtschaftliche Wachstumsorientierung und damit auch der weiteren Zentralisierung von Frankfurt im Rhein-Main-Gebiet. Ein wichtiges Moment seiner Politik ist für den OB die gute public relation Arbeit. Demgegenüber existieren innerhalb des Magistrats nichtöffentliche Abstimmungsgespräche. Das bedeutet zwangsläufig, daß die Standpunkte der GRÜNEN verblasen.

- Der Bürgermeister (CDU) wurde auf Wunsch der SPD von der alten Stadtregierung übernommen, ihm unterstehen die Stadtwerke. Hannelore Schneider vermutet, daß es wegen ihm bis jetzt noch nicht zu Maßnahmen zur Beschleunigung des ÖPNV gekommen ist.

- Der erste Stadtkämmerer wurde ebenfalls von der alten Stadtregierung übernommen. Erst nach seiner Pensionierung wurde ein SPD Stadtkämmerer ernannt. Für Hannelore Schneider stellt sich das Verhalten des Kämmers bei den Haushaltsentwürfen 1989 und 1990 so dar, daß er eher die alte Politik fortführt als die neu entwickelten Linien zu berücksichtigen. Als Beispiel führt sie die Personalpolitik im Wohnungsamt an, wo zwar einerseits per Koalitionsvereinbarung neue Stellen geschaffen wurden, aber andererseits auch wieder Stellen gestrichen und umgewidmet wurden.

- Im Planungsdezernat finden sich neben der Fortsetzung der alten Baupolitik einige neuere Ansätze, ein Beispiel sind die erweiterten Rechte der Ortsbeiräte.

Frauenpolitik ist bis jetzt im Bereich Planung nur programmatisch aufgetaucht, es soll eine Bedrohungsstudie in Auftrag gegeben werden.

Die Wohnraumplanung soll in modellhaften Bauprojekten verwirklicht werden.

Die Zuständigkeit der Förderung von Wohnungsneubau wurde vom Wohnungsamt ins Planungsamt verlegt, um damit die Schwierigkeiten durch die Verwaltung zu verringern.

Umwandlungsanträge in Eigentumswohnungen werden jetzt nach den Kriterien des Wohnungsneubaus beurteilt.

Der Bestandsschutz ist zwar in den Koalitionsvereinbarungen programmatisch festgehalten, wird aber von Seiten der Verwaltung und der SPD nicht besonders ernst genommen. Sie sehen die Lösung des Wohnungsmangels eher im Neubau.

- Das Dezernat Recht, Personal und Organisation konnte durch die rechtswidrigen Vorfälle im Ordnungsamt und in der Kämmererei einige Amtsleiterstellen neu besetzen und damit die Verwaltung beeinflussen.

- Die neue Sozialdezernentin ist zwar Sozialdemokratin aber nicht, wie bisher üblich, eine Vertreterin der Arbeiterwohlfahrt. Die Juristin kam aus Wiesbaden nach Frankfurt.

Trotz der Stagnation des Sozialhaushaltes soll die Situation in den Kindergärten verbessert werden und auch eine weitere Sozialstation ist geplant. Die geschlossenen Kinderheime werden aufgelöst.

- Die Sportdezernentin hat abgesehen von besonderen Mitteln für die geplante Großsporthalle (die von beiden Parteien gewollt wird) keine Etablierung bekommen.

- Im Gegensatz zu den vorherbesprochenen Etats ist der des Kulturdezernates deutlich angestiegen. Dies wird einerseits mit den Folgekosten für die Museumsbauten und andererseits mit dem neugeschaffenen Amt für multikulturelle Angelegenheiten begründet. Diese Zuordnung ist programmatisch. Mit der Schaffung dieses Amtes sollen die Probleme der Ausländer auf kultureller - und nicht auf sozialer - Ebene gelöst werden.

- Das Frauendezernat ist neu entstanden. Es ist das kleinste Dezernat und erhält aus dem Sozialetat 4,6 Millionen DM. Bis jetzt hat das Dezernat 7 von 21 geplanten Stellen besetzt.

- Das Gründezernat hat zwei Schwerpunkte, einerseits den von vielen Seiten kritisierten Rückbau des BUGA-Geländes andererseits das langwierigere Problem der Müllentsorgung. Bis jetzt ist noch kein neuer Standort für eine Deponie in Frankfurt oder im Umland gefunden.

- Die Politik des Schuldezernates wird im wesentlichen von der Landespolitik bestimmt, da die SPD nicht bereit war den Lehrermangel durch städtische Einstellungen zu beheben. Eine Gesamtschule für den Stadtteil Nordend wurde jedoch beschlossen.

Die anschließende Diskussion behandelte folgende Fragen :

1. Wird durch die neue Stadtregierung versucht, die starren Ressortgrenzen durch bessere Kommunikationsstrukturen aufzuheben ? Das hängt jeweils von den persönlichen Interessen der Beteiligten ab. Während der Koalitionsverhandlungen gab es z.B. die Idee die ursprünglich im Frauendezernat angesiedelten Stellen nach 3 Jahren in andere Ressorts überwechseln zu lassen.

2. Ist eine Besetzung mit 21 Stellen für das Frauenreferat eine realistische Perspektive ? Für die Einlösung der Koalitionsvereinbarungen muß jeweils gekämpft werden, d.h. auch für die Stellen im Frauendezernat. Mit einer Stellenausweitung soll auch eine inhaltliche Ausweitung erfolgen.

3. Wird in Frankfurt ähnlich wie in Berlin eine Zwischenstrategie angestrebt, d.h. Änderung des Verwaltungsapparats oder wird der Schwerpunkt auf möglichst viel Aktionismus gelegt ? Wichtig ist der Schwerpunkt der Zusammenarbeit von Dezernaten und Fraktionen. Trotzdem besteht in Krisensituationen ein "Küchenkabinett" aus drei männlichen Magistratsmitgliedern. Die Umstrukturierungen innerhalb der Verwaltungsdurchzusetzen ist eines der größten Probleme.

4. Wie schätzt die Referentin die momentane Regionaldebatte ein ? Die grüne Position müßte eigentlich sein (ist sie aber nicht) : Der Umlandverband hat nur eine Existenzberechtigung wenn er ein Umweltverband ist.

Zur Zeit ist der UVF für Arbeiten zuständig, die den einzelnen Gemeinden lästig sind. Die SPD setzt auf ein Wachstumsbündnis mit zentraler Rolle im UVF.

5. Wie ist das Referat theoretisch einzuordnen ? Es stellt sich die Frage, wie die beschriebenen Vorgänge zu werten sind. Wichtig wäre eine Analyse der Interessenskonstellationen nicht nur zwischen rot-grün sondern auch grün intern. Die Analyse müßte sowohl auf der parteipolitischen Ebene als auch auf einer sozialpsychologischen Ebene ablaufen.

6. Wie ist die Basisarbeit des Frauenreferates ? Die Kontakte zu autonomen Frauen wurden praktisch mit ins Amt übernommen. Das erste Frauenstadtdgespräch war ein großer Erfolg, da die Basis sehr interessiert ist.

7. Die letzte ausführlich diskutierte Frage richtete sich nach den Folgekosten der Großprojekte . Als Beispiel dafür, dass bei Planungen die Folgekosten nicht beachtet werden gelten die Museen am Mainufer. Ein großes Problem stellt jetzt die personelle Ausstattung dar. Durch ungenügende Mittel können diese ihren Bildungsauftrag nicht mehr wahrnehmen. Es stellt sich hier die Frage, ist das Objekt, der Bau ansich, entscheidender als sein Inhalt ? Als Beispiel wurde der Bau des Museums für Kunsthandwerk angeführt. Die Planung des Museumsufers beinhaltete sowohl reaktionäre als auch moderne Komponenten. Die Planung von Standort und Bau erfolgte vor der Nutzungsplanung.

Zur Diskussion "Gleichheit oder Differenz"

1. Thematischer Schwerpunkt der zweiten Diskussionsrunde am Samstagvormittag war die aktuelle feministische Debatte um "Gleichheit oder Differenz". Auf der Basis ausgewählter Texte* sollten die unterschiedlichen Ansätze in ihrem qualitativ-strategischen Gehalt problematisiert und gegeneinander ausgelotet werden.
2. Zunächst wurden die Texte in ihren wesentlichen Argumentationsstrukturen referiert. Rita Weirich-Lurk stellte in ihrer Skizze des Textes von Frigga Haug wesentlich auf Verknüpfungsmöglichkeiten zwischen Gleichheits- und Differenzansatz ab: Frigga Haug arbeite an einer feministischen Position, die auf eine sozialistische Perspektive nicht verzichten will. Zu einem Marxismus, der die Frauenfrage als wesentlich in sich aufnimmt, solle diese Position zwar Unabhängigkeit bewahren aber dennoch Bezüge ausbilden. Notwendig erschiene Haug eine Synthese zwischen Institutionalisierung und Autonomie, zwischen Gleichheit und Differenz. Deshalb versuche sie wieder anzuknüpfen an das einst Verbindende der Frauenbewegung und suche die Differenz in der Gleichheit. In der Präsentation des durch Adriana Carvarero vertretenen Differenzansatzes hob Ulrike Plaum das Konzept der Zweigeschlechtlichkeit sowie die Unterscheidung der Begriffe "Befreiung" - als ein das patriarchale Paradigma nicht aufhebender Zugang zu männlich definierter (und am männlichen Ideal orientierter) Freiheit - und "Freiheit" - als durch Frauen und in der Beziehung zwischen Frauen hergestellte weibliche symbolische Ordnung hervor. Zentral sei hier die These, daß keines der zwei Geschlechter als universal gelten und Vertretungsanspruch für das je andere beanspruchen könne; beide könnten sich nur auf sich selbst beziehen. Die Bedeutung weiblicher Subjektivität als freie und unabhängige Subjektivität sei den beispielsweise durch das Recht forcierten Angleichungsprozessen (und deren neutralisierender Wirkung auf die sexuelle Differenz) gegenüberzustellen. Bettina Lehmann referierte den interkulturellen Vergleich freies (USA-BRD) und die dabei konstatierte "notwendige" Spannung zwischen Gleichheits- und Autonomie-Bestrebungen unter Betonung der besonderen analytischen Dimension des Ansatzes. Jenseits ideologischer

Grundsatzfragen betrachte Ferec Möglichkeitshorizont und Grenzen feministischer Strategien nicht isoliert, sondern verorte sie im Kontext der historisch-spezifischen Gesellschaftsformation. In der Favorisierung eines dynamischen politischen Lernens seien Ansätze der Überwindung ideologischer Verfestigungen und inhärenter Widersprüche beider Strategien zu sehen.

Die Texte wurden als Ausdruck einer wiedererstarteten feministischen Debatte und breiteren politischen Praxis gedeutet. Diskussionsansätze seien hinsichtlich der Prämissen/vorgeschlagenen Strategien sowie hinsichtlich der Bedeutung für eine persönliche wie wissenschaftliche/politisch-praktische "Verortung" gegeben.

3. Die anschließende Diskussion bezog sich fast ausschließlich auf den Differenz-Ansatz - dies m.E. als Ausdruck eines hohen normativ-emotionalen Gehalt des Entwurfs. Bemängelt wurde vorrangig der defizitäre analytische Gehalt des Konzeptes; neben der Ausblendung der Geschichte patriarchaler Herrschaft und Aspekten von Gesellschaftsformation (bzw. deren politischer Verfaßtheit) bleibe die Substanz der Differenz, die Reichweite eines weiblichen Zusammenhangs und damit letztlich die Frage, wie sexuelle Differenz im privaten Bereich gelebt werden könne, ungeklärt. In Hinweisen auf biologistische Komponenten und eine "gefährliche" Instrumentalisierbarkeit des Ansatzes spitzte sich die Kritik auf eine grundlegende Infragestellung des Problemlösungspotentials zu. Einigkeit bestand hinsichtlich der Einschätzung, der Differenz-Ansatz sei eine "Strategie begrenzter Reichweite", die in spezifischen zeitlichen Phasen gegen die Isolation von Frauen - die an wichtigen Positionen "aufgesogen" würden - durchaus wirksam sei. Der "weibliche Zusammenhang" habe so bislang vorrangig als Rückendeckung fungiert - zu fragen sei nun nach dem Aufbau von Machtstrukturen bzw. nach den Problemen einer (im Differenz-Ansatz potentiell angelegten) Schaffung völlig autonomer Frauen- und Männergesellschaften. Eine positive Bewertung erhielt der Differenz-Ansatz vorrangig in Bezug auf Gleichheits-/Quotierungsforderungen, deren formalisiert-abstrakter Charakter der Heterogenität von Frauen, spezifisch weiblichen Formen der Verweigerung (und des Nicht-Wollens) sowie

der Potenz der Frauen, "sich selbst zu schaffen" ignoriere. Gleichzeitig aber wurde für eine Dissoziation der Frauen- von der Kinderfrage plädiert, letztere sei ein im Kern gesellschaftliches Problem (der Bereitstellung sozialer Infrastruktur). Perspektivisch sei auf eine Verknüpfung von Gleichheits- und Differenzansätzen hinzuwirken; i.d.S. habe Gleichstellungspolitik eine "Verbreiterung der Basis" und die Etablierung von Frauennetzwerken zu fördern.

Konsens bestand hinsichtlich der Einschätzung, daß die Ansätze aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht ausdiskutiert wurden und eine Fortführung der Diskussion bei einem der nächsten Treffen wünschenswert sei.

Bettina Lehmann

* Es handelt sich dabei um Manuskripte zu Vorträgen, die auf dem Internationalen Frauenkongreß im Oktober 1989 gehalten wurden (Die Texte sind nicht zitierfähig):

Carvarero, A., Die Perspektive der sexuellen Differenz
Haug, F., Tagträume einer marxistischen Feministin
Ferec, M.M., Gleichheit und Autonomie. Probleme feministischer Politik

58

Barbara Lettko
Rg

Protokoll zum Referat von Gisela Hänel-Ossorio am 2.2.1990

Thema: Räumlicher Niederschlag von Entwicklung in Abhängigkeit am Beispiel Mexikos

I Zum Referat

Inhalt des Referates ist es, Ursachen, Bedingungen und Auswirkungen von Verstädterungsprozessen in der 3. Welt am Beispiel von Mexiko aufzuzeigen, wobei das besondere Augenmerk gerichtet ist auf:

1. Ursachen der Urbanisierung
2. Verdrängungsprozesse in den 3. Welt-Städten
3. Organisationen von Frauen in städtischen Elendsvierteln.

Die Relevanz dieser Thematik ist begründet durch die Entwicklung der Verstädterung in der 3. Welt (großer Anteil von 4-Millionen-Städten, einwohnerstärkste Städte liegen in 3. Welt-Ländern) und durch den ständig wachsenden Anteil von Menschen, die in den Elendsvierteln dieser Städte leben müssen. Zudem wird in amtlichen Veröffentlichungen (G T Z, Wirtschafts- und Entwicklungsministerium) immer häufiger auf gesellschaftliche Entwicklungen in den 3. Welt-Ländern verwiesen (soziale Ungleichheiten, Verarmung, Schlüsselrolle der Frau in dem Entwicklungsprozeß), ohne daß eine wissenschaftliche Aufarbeitung dieser Thematik stattfindet.

1. Ursachen der Urbanisierung

Urbanisierung in der 3. Welt ist nicht als Übergangsstadium zu betrachten und weist keine Parallelen zur 1. Phase der Industrialisierung in Europa auf. Die Industrialisierung in der 3. Welt verläuft nicht unabhängig von den Ländern der 1. Welt, sie stellt keine Befreiung aus der Abhängigkeit von ihnen dar. Land-Stadt-Wanderungen stehen in Zusammenhang mit den staatlichen Investitionsanreizen für ausländisches Kapital. Diese bestehen in einer staatlichen Garantie für billige Nahrungsmittel, um die Lohnkosten niedrig zu halten, was zur Verarmung der Kleinbauern führt, die die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln sicherstellen (Großgrundbesitzer produzieren für den Export, bewirkt Verminderung des Zahlungsbilanzdefizits). Es besteht kein System sozialer Sicherung, Kinder-Reichtum stellt in diesen Ländern die Sicherung dar.

Die Ursachen für die Stadtflucht liegen nicht in der Attraktivität der Städte, sondern in den miserablen Bedingungen auf dem Lande. In den Städten besteht kaum eine Chance eine Lohnarbeit zu bekommen (hohe Arbeitslosigkeit) und die Wohnbedingungen sind unmenschlich. Was die

Stadt bietet, sind "bessere" Überlebenschancen durch Jobs wie Haushaltshilfe, Autoscheibenwäscher, Prostitution, Verwertung des Abfalls der Oberschicht, leben auf der Mülldeponie und Kriminalität.

2. Verdrängungsprozesse in 3. Welt-Städte

Verstädterung und Stadterweiterung sind begleitet von Verdrängungsprozessen und Prozessen sozialer Segregation, die Ursache und Folge weiterer sozialer Ungleichheiten sind. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer, die Kommunen sind überfordert. Der Anteil der Bewohner, der in Slums wohnt, steigt ständig.

Daß Stadterweiterung mit Verdrängungsprozessen und räumlicher Segregation einhergeht, wird in Mexico-City deutlich. Nach den gesetzlichen Auflagen wäre eine Stadterweiterung unter Regie der vorgesehenen Urbanisierungsgesellschaften sehr teuer, deshalb besteht das Interesse (sowohl bei armen Bewohnern wie bei Bauspekulanten) diese Gesetze zu umgehen. Illegale Landbesetzung führt jedoch im Zuge notwendiger Infrastrukturausstattungen, die teuer bezahlt werden müssen, zur weiteren Verarmung bzw. zur Verdrängung armer Bewohner. Andere profitieren von der Verdrängung, indem sie ihre Parzellen vergrößern können und bei einer späteren Baulandausweisung durch die Wertsteigerung des Grund und Bodens finanzielle Vorteile haben.

3. Organisationen von Frauen in den Elendsvierteln

Die Selbsthilfeprojekte entstehen zum überwiegenden Teil in Zusammenhang mit den Defiziten im Wohnungsbereich: hohe Mieten, die nicht bezahlt werden können; keine oder unzureichende Infrastruktur; Zusammenschlüsse, um sich gegen gewalttätige Übergriffe zu wehren. Die Projekte werden meist von Frauen getragen (60 % der Slumbewohner sind Frauen, in 1/3 der Familien bestreiten Frauen den Lebensunterhalt).

Zur Lebenssituation von Frauen in den Elendsvierteln:

- die Situation der Frauen in den Slums ist schlechter als in anderen Stadtvierteln (z. B. beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung von SlumbewohnerInnen 43 Jahre), sie ist aber besser als auf dem Land, wo patriarchale Strukturen viel stärker ausgeprägt sind (Frauen dürfen das Haus nicht verlassen)
- die existierenden Widersprüche zwischen den patriarchalen, wirklichkeitsfremden Idealen und den tatsächlichen Bedingungen führen zu gewalttätigen Konflikten (ein Kind verdient mit Betteln mehr als ein Facharbeiter)
- Konflikte in den Selbsthilfegruppen, in denen sich die Männer als Sprecher aufspielen, reichen bis in die Familien hinein
- Frauen initiieren und tragen Produktionsgenossenschaften, Männer

59

(Ehemänner) beanspruchen den Verdienst, was wiederum zu (familiären) Konflikten führt.
 (Industrialisierung in den Ländern der 3. Welt geht einher mit Unterdrückung der Frauen: die Mehrheit der billigen Arbeitskräfte sind Frauen (Mädchen), sie verdienen nur 50 bis 70 % dessen, was Männer bekommen, meist arbeiten sie 5 bis 15 Jahre bis zur Eheschließung, die Verfügung über den Lohn hat der Vater. (Dies ist die Situation in Asien))
 - Frauen sind permanent mit Gewaltproblemen in den Slums konfrontiert (Schlägertruppe)
 - es besteht eine große Diskrepanz in der 3. Welt zwischen den Frauen der Mittel- und Oberschicht und denen, die in den Slums leben. Auf den internationalen Konferenzen (Weltfrauenkonferenz) sind letztere nicht repräsentiert und ihre Interessen und Bedürfnisse bleiben meist unberücksichtigt (z. B. trägt das verabschiedete Bildungsprogramm nicht der Situation der Frauen in den Elendsvierteln Rechnung).

II Zur Diskussion

1. F: Bestehen nicht doch Parallelen zur ersten Phase der Industrialisierung und der Urbanisierung in der 3. Welt, denn auch hier kamen die Leute in die Städte, weil die Lebensbedingungen auf dem Land schlecht waren. In Bezug auf die sozialen Beziehungen und die familiären Strukturen sind in beiden Fällen Auflösungstendenzen festzustellen (Familienauflösung, andere Heiratsbedingungen, verändertes Geschlechterverhältnis).

A: Die Unterschiede bestehen darin, daß die Industrialisierung in der 3. Welt wegen des Einsatzes neuer Technologien nicht arbeitsintensiv ist, wie es früher in Europa war. Weiterhin sind die Ausprägungen sozialer Ungleichheiten wesentlich schärfer. Insbesondere durch das Handeln der Kommunen im Industrialisierungsprozeß (kostenlose Infrastruktur um Kapital anzuziehen, horrenden Preise für Infrastrukturmutzung in den Elendsvierteln) beschleunigen den Prozeß öffentlicher Armut und privaten Reichtums, führen zu sich verstärkenden Ungleichheiten.

2. F: Widerspruch zu den Arbeiten zu Benholdt-Thomsen, die auf den eigenständigen Status von Frauen in Mexiko durch Subsistenzwirtschaft verweist.

A: Die o. g. Untersuchung bezieht sich auf den Norden Mexicos, der andere strukturelle Bedingungen als der Süden und die Mitte des Landes aufweist, wo die Unterdrückung der Frauen stärker ist und die Armut der Bauern größer. Im Zusammenhang mit Stadt-Land-Wanderungen sind regionale Besonderheiten zu berücksichtigen.

3. F: Welche konkreten Frauenprojekte gibt es, was wird gemacht?
 A: Entstehung der Projekte hat meist einen konkreten Anlaß (z. B. kein Wasser in einem Viertel). Diese Gruppen verändern im Laufe der Zeit z. T. ihre Arbeitsinhalte:
 - aus einem Zusammenschluß für die Einrichtung einer Kigo entwickelt sich ein Projekt zur Spielzeugherstellung
 - ein ursprüngliches Bildungsprogramm wird zu einem Projekt zur Einrichtung einer Bibliothek für Bilderbücher
 Zu nennen sind aber auch Produktionsgenossenschaften, z. B. die Herstellung von Sojamehl.

Anknüpfungspunkte für diese Zusammenschlüsse ergeben sich häufig über die katholische Kirche, die in den Slums präsent ist und als einzige Institution über Räumlichkeiten verfügt, die sie den Bewohnern überläßt.

Die innere Dynamik der Selbsthilfeprojekte und die entstehende Arbeitsteilung ähnelt oftmals hiesigen Projekten, so die Versuche von Männern Kontroll- und Repräsentationsfunktionen zu übernehmen oder die Verfügungsgewalt über (finanzielle) Gewinne zu erlangen.

Bericht über die Sitzung der Sektion am 27./28. April 1990 in München

Die Sektionssitzung hatte zwei Themenschwerpunkte: "Soziologie des ländlichen Raums" und "Stadtpolitik". Jedem Schwerpunkt war ein ganzer Tag gewidmet.

1. Soziologie des ländlichen Raums und Diskussion mit der Vorbereitungsgruppe einer Sektion "Agrarsoziologie"

Im Themenschwerpunkt "Soziologie des ländlichen Raums", zu dem auch zwei Kollegen aus der DDR nach München gekommen waren, wurden konzeptuelle Beiträge (Bodenstedt und Ipsen) sowie Berichte aus laufender Forschung (Inhetveen, Lasch/Wonneberger) vorgetragen. Der Themenschwerpunkt war gemeinsam von Mitgliedern der Sektion "Stadt- und Regionalsoziologie" und von Mitgliedern der Vorbereitungsgruppe einer Sektion "Agrarsoziologie" geplant worden. Die gemeinsame Diskussion sollte auch dazu dienen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der wissenschaftlichen Arbeit der beiden Gruppen zu reflektieren.

Der Diskussionsverlauf kann den Protokollen entnommen werden, Kurzfassungen der Referate werden in der folgenden Ausgabe des Nachrichtenblatts abgedruckt. Hinsichtlich der Klärung der Grenzen zwischen der Sektion "Stadt- und Regionalsoziologie" und einer möglichen zukünftigen "Agrarsoziologie", die im übrigen nicht explizit thematisiert wurde, ist folgender "Ertrag" festzustellen: In den Referaten und Diskussionen zeigten sich große Gemeinsamkeiten in Fragestellung sowie Vorgehensweise, jedoch waren zu dieser gemeinsamen Diskussion nur solche Mitglieder der Vorbereitungsgruppe einer Sektion "Agrarsoziologie" erschienen, die schon in irgendeiner Weise Kooperationsbeziehungen zu Mitgliedern der Sektion "Stadt- und Regionalsoziologie" aufgenommen hatten. Das Diskussionsangebot über die Konzeption einer "Soziologie des ländlichen Raumes", das Andreas Bodenstedt mit seinem Beitrag gemacht hatte, führte nicht zu prinzipiellen Divergenzen. Die damit vorgeschlagene Thematisierung wirft lediglich die Frage nach einer pragmatischen Arbeitsteilung und Kooperation in oder zwischen verschiedenen Sektionen auf.

Der ländliche Raum und die ländliche Bevölkerung wird in den Arbeiten der Mitglieder der Sektion "Stadt- und Regionalsoziologie", wie sich in der Vorbereitungsphase zeigte, nur sporadisch zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung gemacht. Auch in vergangenen Jahren wurden Probleme des ländlichen Raums auf Sektionssitzungen hin und wieder diskutiert (vgl. die von Schmal/Voigt herausgegebene Sammlung "Krise ländlicher Lebenswelten", Campus 1986), auch einzelne Forschungsprojekte wurden durchgeführt (vgl. Jessen/Siebel u.a., Arbeit nach der Arbeit, Westdeutscher Verlag 1987), aber kontinuierliche Forschung dazu wird selten betrieben (wie z.B. im Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung der Universität Kassel, vgl. Ipsen (Hrsg.), Heirate nie den Berg hinaus, Werkbund Verlag o.J., oder das Forschungsprojekt, über das Lasch/Wonneberger berichteten). Für die Sektion Stadt- und Regionalsoziologie ergibt sich daraus die Konsequenz, daß zu den Gründungsaktivitäten im Bereich "Agrarsoziologie" keine weiteren Stellungnahmen abgegeben werden. Nach der positiven Erfahrung von München sollen jedoch auch in Zukunft gemeinsame Sitzungen veranstaltet werden, in denen Ergebnisse ausgetauscht und Forschungskonzepte diskutiert werden können.

2. Stadtpolitik

Am Vormittag referierten Peter Saunders (University of Sussex) und Dominique Lorrain (Fondations des Villes, Paris), die dank eines Zuschusses des Vorstandes der DGS eingeladen werden konnten, über die stadtpolitische Diskussion in ihren Ländern.

Saunders stellte seine Thesen zur "local state"-Debatte vor, Lorrain gab einen Überblick über die Veränderungen der lokalen Politik seit Beginn der Dezentralisierung in Frankreich sowie über deren theoretische Verarbeitung. Der Verlauf der Nachmittags-Diskussion über die Referate von Schmoll und Scholz ist dem Protokoll zu entnehmen.

Die Thematik "Stadtpolitik" soll in der weiteren Arbeit der Sektion als Schwerpunkt beibehalten werden und evtl. im Jahre 1991 wieder aufgenommen werden.

3. Beschlüsse zu den nächsten Sektionssitzungen

Beim Soziologentag vom 9. bis 12. Oktober in Frankfurt wird die Sektion zwei Nachmittagsitzungen organisieren.

Eine Sitzung soll mit Referenten aus osteuropäischen Staaten gestaltet werden, um die dortige Umbruchssituation zu thematisieren. Die Stadtforschung wird in diesen Ländern sowohl aufgrund der veränderten Bedingungen für die Stadtentwicklung selbst wie aufgrund der veränderten Bedingungen für die wissenschaftliche Arbeit für uns zukünftiger noch interessanter werden. Bedauerlicherweise war ja insbesondere die DDR für uns bisher weitgehend terra incognita.

Für den zweiten Termin hatte der Sektionsvorstand einen "call for papers" zum Thema "Frankfurt - Die Modernisierung einer modernen Stadt" ausgesandt. Das Echo darauf war allerdings so schwach, daß dieses Thema ad acta gelegt werden mußte. Stattdessen wurde die von K. Schmals vorbereitete ad-hoc-Sitzung über "IBA-Emscherpark", die unglücklicherweise außerdem zeitgleich mit der Sektionssitzung hätte stattfinden müssen, zum Thema der Sektionssitzung gemacht.

Die Frühjahrstagung im April 1991 soll in der DDR stattfinden als gemeinsame Sitzung mit der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Gesellschaft für Soziologie der DDR. An der Sektionssitzung nahmen zwei Kolleginnen aus der DDR teil, die zum Vorstand der Sektion "Stadt- und Regionalsoziologie" der Gesellschaft für Soziologie der DDR gehören.

Protokoll der Frühjahrstagung 1990 in München

von Klaus M. Schmals

SOZIOLOGIE DES LÄNDLICHEN RAUMES - MEHR ALS EINE VERGESSENE BINDESTRICHSOZIOLOGIE?

1.

Protokoll der Diskussion über Referate von Bodenstedt (Standortbestimmungen der ländlichen Soziologie) und Ipsen (Stadt und Land - Metamorphosen einer Beziehung). Rodenstein leitete die Diskussion.

2.

Die Diskussion der beiden Referate vollzog sich auf zumindest drei Ebenen: a) Kann es eine eigenständige Soziologie des ländlichen Raumes geben? (Fragen von Häußermann, Martwich, Hänel, Pieper und Breckner); b) Was ist unter den Begriffen Stadt und Land, städtische und ländliche Lebensweisen oder städtische und ländliche Verhaltensformen zu verstehen? Werden sie polar, dialektisch oder als autonome Begriffe verwendet? (Fragen von Häußermann, Martwich, Pieper und Rodenstein); und c) spezielle Fragen: Was ist unter einer gemeinsa-

men "Kultur von Stadt und Land" zu verstehen? (H. Häußermann); Beeinflussung von Machtstrukturen in Stadt und Land durch die jeweils historisch ausgeprägten Sozialstrukturen (Hänel); was für ein Land wünschen sich die Städte? Ist heute die fordistische Eroberung des Landes beendet? Was tritt an ihre Stelle? (Rodenstein); wie sieht es auf dem Land mit den "Neuen Mittelschichten" aus?; was bedeutet gesellschaftliche Modernisierung für das Land? (Breckner); sind die vier Ipsen'schen Phasen eher historisch oder auch formal/empirisch zu verstehen? (Inhetveen); ist mit dem Regionalisierungskonzept - wie es Ipsen vortrug - nicht eine erneute Idealisierung aus der Perspektive der Städter verbunden? (Spiegel); kann es stimmen, daß städtische Lebensverhältnisse eher durch Macht und ländliche Lebensverhältnisse eher durch kognitive Strukturen bestimmt sind? Was ist das offensichtlich Unterschiedliche in Stadt und Land (auf den Ebenen Raum, Zeit, Familie, Organisation, Infrastruktur oder Produktion)? (Pieper).

3.

Antworten von Ipsen: Viele Fragen können hier - auch aus Zeitgründen - nicht beantwortet werden. Jedoch: Ich hielt kein Referat über die Begriffe "Stadt und Land", sondern ich befaßte mich mit den sich wandelnden Beziehungen von Stadt und Land in ihrem historischen Entfaltungsprozeß (dies auf den historischen Stufen Struktur dualismus, Strukturbalance und Wirkungen durch den sich entwickelnden Fordismus, Peripherisierung des Landes durch die Dominanz des Fordismus und Regionalismus). Im Zentrum meiner Interessen stehen demnach historische Beziehungstypen von Stadt und Land. Die Vorstellungen, hier Machtstrukturen (Stadt), dort kognitive Strukturen (Land), kann ich nicht teilen (Ipsen untermauert seine Vorstellungen mit einigen Beispielen). Im generellen bedeutet Fordismus für Ipsen die "Entmachtung ländlicher Strukturen". Nach seinen Erkenntnissen existieren im historischen Beziehungsgeflecht von Stadt und Land keine "linearen Re- und Dekonstruktionen". Entsprechend seiner Erfahrungen entwickelt sich gegenwärtig ein "Neuer Raumtypus": der der Region. Der "besondere Raum" ist heute angesagt. Er konstituiert sich z.Zt. auf der regionalen Ebene. Dies bedeutet keinen erneuten "Kolonialisierungsschub durch die Städte", sondern "Eigenthematisierung". Nach Ipsen's Erfahrungen ist im regionalen Raum heute bereits eine Elite angesiedelt, die sich selbst berät.

Antworten von Bodenstedt: Auch für Bodenstedt sind viele der vorgetragenen Fragen gegenwärtig nicht beantwortbar. Insgesamt ging es ihm darum, seine Erkenntnisinteressen wissenschaftlich fundiert vorzutragen. Im Zentrum der Diskussion von Stadt und Land - die er als Einheit begreift - stehen die Begriffe a) Objektivität, Faktizität bzw. das jeweils "objektiv Gegebene"; b) Macht und kognitive Strukturen; und c) Dualität. Dabei gilt generell, daß sich zum ersten die "wahren Abenteuer" der Menschen in ihren Köpfen abspielen. Zum zweiten ist Macht bei den Landbewohnern und Städtern im historischen Wechselwirkungsprozeß immer unterschiedlich ausgeprägt gewesen (wofür Bodenstedt einige Beispiele vortrug); zum dritten denken Menschen immer entlang dualer Prinzipien und handeln dann letztlich nach vereinheitlichenden Modellen.

Sektion Stadt- und Regionalsoziologie
Protokoll der Nachmittagsitzung am 27.04.1990 in München

Prof. Krambach, Berlin befaßt sich in seinem Referat mit der Frage nach der Zukunft der Genossenschaftsbauern in der DDR und er setzt dies gleich mit der Frage nach der Perspektive der landwirtschaftlichen Genossenschaften als Produktionseinheiten überhaupt. Die zum jetzigen Zeitpunkt positive Haltung gegenüber einer Fortführung wird durch drei Faktoren begründet:

1. durch die Möglichkeiten, die dieser Form als Produktions- und auch als Sozialform innewohnen,
2. die Mehrheit der jetzigen Bauern befürwortet diese Produktionsform auch für die Zukunft
3. die neue Regierung wünscht eine Fortführung.

Die Genossenschaftsbauern machen derzeit 7% der ständig Beschäftigten aus. Die Produktion ist betrieblich getrennt in Pflanzen- und Tierproduktion.

Mit Blick auf die Zukunft wird für die Ausgangslage festgestellt, daß die Betriebe bisher ihre Potentiale nicht zur Entfaltung bringen konnten und die Effektivität der Produktion durch hohe Kosten für vergegenständlichte Arbeit, hohen Aufwand für den Erhalt der Produktionsmittel und hohen Arbeitskräfteeinsatz eingeschränkt war. Um hier eine Verbesserung zu erreichen, wird sowohl eine Veränderung der Ausgangslage (z.B. freier Zugang zu Produktionsmitteln) als auch eine "Änderung" der Genossenschaftsbauern als notwendig erachtet. Nach aktuellen Rentabilitätsberechnungen müßten 55% der Arbeitsplätze für Genossenschaftsbauern gestrichen werden. Wünschenswert wäre nach Krambach eine "grüne Grenze", die zumindest für eine Übergangszeit von 3-5 Jahren die Entwicklung unter neuen juristischen und ökonomischen Bedingungen ermöglicht.

Die Mehrzahl der Genossenschaftsbauern selbst wünscht die Fortführung der LPGs. In einer Befragung haben sich 2/3 für die Fortführung ausgesprochen - trotz vielfach geäußerter Unzufriedenheit über das Zustandekommen der Genossenschaften. Über die Gründe für dieses Festhalten liefert die Befragung keine empirischen Belege. Krambach vermutet folgende Motive:

1. die Möglichkeit größerer sozialer Sicherheit, auch als Illusion
2. die Hoffnung auf den Zugang zu modernen Produktionsmitteln. Die Nutzung der Vorteile sozialer Faktoren in der LPG (Freizeit) in Kombination mit der Beibehaltung der eigenen bäuerlichen Berufstradition
3. Reale Elemente des Gemeinschaftsbedürfnisses
4. das abschreckende Beispiel der BRD und der EG bzgl. familienbäuerlicher Betriebe
5. viele haben es verlernt, selbständige Unternehmer zu sein.

In der Diskussion wird neben dem Problem der Unproduktivität, der Wettbewerbsfähigkeit im EG-Markt und der Wertschätzung der bäuerlichen Arbeit (die in der DDR höher scheint) vor allem die Frage nach alternativen Entwürfen für die landwirtschaftliche Produktion angesprochen, die in dem Referat kaum vorgestellt wurden. Hier zeigt sich die Befragung als Grundlage der entwickelten Perspektive als problematisches Instrument, da die Befragten aus Erfahrungsmangel nur schwer Alternativen entwickeln

können und zudem die Dynamik der derzeitigen Veränderung in der DDR zeigt, daß hier auch starke und schnelle Meinungsänderungen denkbar sind. Neue, auch ökologische Ansätze werden jedenfalls nicht vorgestellt, es wird an der Industrialisierung der Landwirtschaft festgehalten. Familienbetriebe spielen in der Konzeption eine untergeordnete Rolle, wenngleich hier in den nächsten Jahren eine Zunahme erwartet wird.

Frau Prof. Müller (Leipzig) ergänzt die Ausführungen dahingehend, daß die derzeitigen planerischen Bemühungen und konzeptionellen Entwicklungen in der DDR vor allem als "Basteln an einer Überlebensstrategie" zu charakterisieren sind, in der durchaus auch alternative Vorgehensweisen diskutiert werden (z.B. das Umwidmen der landwirtschaftlichen Produktionsfläche in Landschaftsschutzgebiete). Im Moment scheint aber keine andere Lösung als die Beibehaltung der Großbetriebe akzeptabel. Mittel in eine Renaissance der bäuerlichen Strukturen zu investieren, würde einen weiteren Wettbewerbsverlust bedeuten. Ein "neuer Bauer" könnte vielleicht nach einer Übergangszeit von 4-5 Jahren entstehen. Auch Frau Müller beurteilt die Wettbewerbslage im europ. Vergleich als sehr schlecht, EG-Bedingungen werden als Aus für die landwirtschaftliche Produktion der DDR eingeschätzt.

Heide Inhetveen stellt ein DFG-Projekt vor, das am Institut für Soziologie der Universität Erlangen durchgeführt wird: Krise und Überleben: Wie erleben und bewältigen Menschen in der ländlichen Gesellschaft Betriebsstillegungen? Die Thematik wird unter einer handlungstheoretischen Perspektive (symbolisiert durch die Begriffe Überleben und bewältigen) und einer strukturtheoretischen (wie in den Begriffen Krise und ländliche Gesellschaft angezeigt) bearbeitet. Betriebsstillegungen werden als Ansatzpunkt zur Analyse der Feinstruktur der ländlichen Gesellschaft genommen. Netzwerk ist dabei der Schlüsselbegriff zur Analyse der sozialen Beziehungen. Die zentrale Fragestellung gilt der Verbindung zwischen traditionell konstituierten ländlichen Netzwerken und der Industrialisierung bzw. genauer deren Funktionalisierung für den industriellen Arbeitsbereich. Hieraus wird für die Projektfragestellung die These abgeleitet, daß in der Fabrik vorhandene Netze bei Stilllegung des Betriebes aufgelöst werden. Exploriert wird die Problematik an einem Betrieb in einem ländlich strukturierten Gebiet Mittelfrankens. Methodisch wird zweigleisig vorgegangen: einmal über eine Dokumentenanalyse betrieblichen Materials für die Zeitpunkte 1970, 1980 und 1989 und zum anderen über Interviews.

Als vorläufige Tendenz in den Ergebnissen stellt H. Inhetveen heraus, daß im Verlaufe des Rationalisierungsprozesses, in dem es zu einer hohen Zahl von Entlassungen kommt (Personalabbau von 1200 auf 300 Arbeitnehmer) sowohl Verwandtschaftsbeziehungen als auch Dorfbeziehungen zerstört werden.

In der Diskussion wird - dem Tagesthema folgend - besonders wieder die Frage nach dem spezifisch ländlichen herausgestellt. Sind Netzwerke in der benannten Form ein Spezifikum ländlicher Gesellschaft, machen sie gerade eine ländliche Gesellschaft aus oder ist nicht erst durch eine vergleichende Untersuchung mit städtischen Lebensbereichen die Typik festzustellen, weil z.B. auch in städtischen Quartieren lokalen Netzen eine wichtige soziale Funktion zugeschrieben wird?

Eine solche Vergleichsmöglichkeit sieht H. Inhetveen durch bereits vorliegende Untersuchungen gegeben. Für ihr Projekt wurde aus diesem Grund darauf verzichtet und das Gewicht stärker auf die

Frage der Auswirkungen ländlicher Netze in die Fabrik und umgekehrt gelegt.

Ein zweiter Diskussionsbereich gilt der zeitlichen Dimension der Untersuchung. Die ProjektbearbeiterInnen betonen, die Zeitschiene durch rückwirkende Interviews und den Materialanalysezeitpunkt 1970 zu erfassen. Inwieweit jedoch generelle Erosionsprozesse des traditionell ländlichen die Auflösungsvorgänge in den Netzwerken beeinflussen und damit die betriebsbedingten Einflußvariablen abschwächen, bleibt offen.

Im dritten Referat des Nachmittags stellen **Eva Wonneberger** und **Vera Lasch** aus ihrem Forschungsprojekt zur gesundheitlichen Lage von Bäuerinnen Ergebnisse aus Gruppengesprächen vor und gehen dabei insbesondere auf den Bereich psychische Belastungen und ihre Bewältigung bei Bäuerinnen ein.

Zur Erklärung der Belastungssituation der Bäuerinnen wird der Begriff "Minoritätenstreß" verwendet, mit dem H.Keupp die Belastungssituation kultureller Minderheiten beschreibt. Der fortschreitende Strukturwandel hat Bäuerinnen in den Dörfern auch zahlenmäßig zur Minderheit werden lassen, entscheidender für ihre gesundheitliche und psychische Lage ist jedoch die Differenz in Lebensweise, Arbeitsethik, Freizeit, die Bäuerinnen für sich im Vergleich mit anderen Frauen feststellen müssen. Die Minoritätensituation wird dabei aktuell durch die hinzukommende Identitätskrise des Bauernstandes zur Belastung. Die Frauen sind vielfältigen widersprüchlichen Anforderungen ausgesetzt: ihre Zuständigkeitsbereiche in Haus und Hof haben zugenommen, ihr gesellschaftliches Ansehen ist gesunken und ihre ökonomische Situation verschlechtert sich fortlaufend; der Anpassungsdruck an traditionelle bäuerliche Normen kollidiert mit neuen Normen und Anforderungen (Beispiel Kindererziehung).

In den Gruppendiskussionen wird deutlich, daß sich die Bäuerinnen, was ihre Belastungsbewältigung und ihre Gesundheitsgefährdung angeht, in einer äußerst widersprüchlichen Lage befinden. Krankheit ist etwas, das sich die Frauen aus ökonomischen und alltagspraktischen Gründen gar nicht leisten können, und sie versuchen deshalb durch vielfältige Bewältigungsstrategien ihre Belastung auszuhalten. Sie sehen ihre Lage dabei in deutlicher Abgrenzung sowohl gegenüber ihren Männern als auch gegenüber den anderen Frauen im Dorf, die keinen Hof bewirtschaften. Gesundheit ist für die Bäuerinnen kein Diskussionsthema, Gesundheit ist eine selbstverständliche und notwendige Ressource für ihr Leben, der erst bei ihrem Umschwenken in Krankheit Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Aus der Diskussion ist neben der Erörterung methodischer Probleme vor allem die Frage nach dem sozialpolitischen Ziel der Untersuchung hervorzuheben. Die Autorinnen betonen dazu, daß die Entwicklung eines Präventionsansatzes Bestandteil des Projektes ist.

Ingrid Spiegel verzichtete aus zeitlichen Gründen auf das vorgesehene Referat zur **gesundheitlichen Lage der Landbevölkerung** und faßte stattdessen kurz als vorläufiges Ergebnis von Stadt-Land-vergleichenden Untersuchungen zusammen: bzgl. der Risikofaktoren für Herz-Kreislauf-Erkrankungen zeigt ein Vergleich von sechs Studiengieten und einer nationalen Stichprobe das günstigste Ergebnis für die Bevölkerung des ländlichen Studiengietes (mit Ausnahme des Risikofaktors Übergewicht). Die Daten zur Belastungssituation und zur Selbsteinschätzung des

Gesundheitszustandes ergeben dagegen in der bisherigen Auswertungsstufe noch kein eindeutiges Bild einer gesünderen oder kränkeren Landbevölkerung. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind in vielen Indikatoren ausgeprägter als die räumlichen Differenzierungen.

Sektionsangelegenheiten

1. Weitere Zusammenarbeit zwischen der Sektion und der Agrarsoziologischen Arbeitsgemeinschaft
Ansprechpartner sind: **Hartmut Häußermann**
WE Stadt- und Sozialforschung, Universität Bremen (FB9)
Postfach 330 440
2800 Bremen 33
Tel. 0421/ 2182294 oder 2183067

und für die ASAG: **Heide Inhetveen**
Institut für Soziologie
Kochstr.4
8520 Erlangen

2. Die Sektionen der DGS sind aufgefordert, für ihren jeweiligen Fachbereich eine kommentierte Literaturliste zusammenzustellen, die etwa 20 Titel der wichtigsten Lehr-Bücher umfassen soll. Die Sektionsmitglieder werden daher gebeten, individuell gewichtete Listen an den Vorstand zu schicken, die dieser für eine gemeinsame Liste auswertet und vor der Weitergabe an die DGS zu einer weiteren Kommentierung an die Autoren zurückgibt.
3. Das Thema Soziologentag 1990 und Frühjahrssitzung 1991 wird am folgenden Tag erneut diskutiert und erst dort abschließend beschlossen.

Ingrid Spiegel, Klinisches Institut für Physiologie und Sportmedizin, Prien -
Forschungsprojekt Modell Bergen

Protokoll der Sektionssitzung Stadt- und Regionalsoziologie in München am 28.4.1990

Fritz Schmoll (Berlin) und Carola Scholz (Frankfurt) reflektierten in ihren Beiträgen die z.T. leidvollen Praxiserfahrungen aus rot-grünen Bündnissen. In seinem stärker theoretisch ausgerichteten Vortrag versuchte Schmoll zunächst, die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen linker lokaler Politik am Berliner Beispiel zu beantworten. Seine Erklärung der Schwierigkeiten, Grenzen und Perspektiven eines alternativen Politikprojektes gründet er auf die Konzeption des lokalen Staates, die einleitend von den bislang dominierenden instrumentalistischen und funktionalistischen Theorien abgegrenzt wird.

Während instrumentalistische Theorien die lokale Ebene als vom Zentralstaat determiniert begreifen und sie lediglich als verlängerten Arm bzw. konfliktneutralisierende Pufferzone für zentral formulierte Politik konzipieren (z.B. Evers/Offe), identifizieren funktionalistische Positionen innerhalb der Staatsorganisation konkurrierende oder gar widersprüchliche Interessen, die auf den verschiedenen Ebenen differierende Durchsetzungschancen sowie eine "funktionale Arbeitsteilung" zur Folge haben (Castells, Saunders, Fürst/Hesse). Beiden Ansätzen ist die Zuweisung bestimmter Funktionen zu bestimmten Ebenen gemeinsam, die nach Schmoll empirisch nicht haltbar ist. In Anknüpfung an Duncan/Goodwin wird der lokale Staat als in sich widersprüchliches Verhältnis gefaßt, das sich mit der Entwicklung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses in konflikthaften Prozessen verändert. Widersprüchliche Anforderungen wie Akkumulations- vs. Reproduktionssicherung, demokratische Beteiligung vs. Kontrolle haben im bürgerlichen Staat eine relative Autonomie politischer Prozesse ermöglicht - dies gelte auch für die bislang unzureichend analysierte lokale Ebene. Zwar konzediert Schmoll, daß die Kommunen als Teil des Steuerstaates, über kommunale Konkurrenz und verfassungsrechtliche Regelungen an Ökonomie und Zentralstaat rückgebunden sind, im Rahmen zentralstaatlicher Konditionen eröffneten sich jedoch innerhalb einzelner Politikfelder (Sozial-, Bildungs, Kultur- und Beschäftigungspolitik, Stadtplanung) durchaus Handlungs- und Gestaltungsspielräume.

Auf dieser Folie wird das Berliner rot-grüne Projekt als eine der möglichen Interessenskoalitionen im Zeichen eines gesellschaftlichen Umbauprozesses gewertet. Es reflektiere vor allem krisenbedingt auftretende Veränderungen des lokalen Staates, die auf die Tendenzen von Durchkapitalisierung (1), Deregulierung (2) und Flexibilisierung/Fragmentierung (3) zurückgeführt werden:

ad (1)

Die Durchkapitalisierung der Reproduktion der Arbeitskraft durch Anhebung des Konsumniveaus und den Ausbau von Infrastruktur/Sozialeinrichtungen ist Kennzeichen der sozialdemokratisch geprägten, "fordistischen Kommunalpolitik" in Westberlin - und gleichzeitig Ursache deren Scheiterns. Mit den zunehmenden Widersprüchen dieser Politik wie dem Auseinanderfallen von Zielgruppe (zentrale Schichten der Arbeiterklasse) und Nutznießern (Kapital, ExpertInnen in den geschaffenen Institutionen), der Zonierung des Stadtraumes und einer weitgehenden Standardisierung der Lebensweise mehrte sich aktiver und passiver Widerstand bis zur 'Unregierbarkeit':

ad (2)

Die Deregulierung zuvor staatlich organisierter Prozesse als kurzfristige Strategie der Krisenanpassung wird am Beispiel der Berliner Bau- und Wohnungspolitik erläutert: Neue Subventionsprogramme sowie ein liberalisiertes Miet- und Planungsrecht forcierten eine marktkonforme - gleichwohl immer noch interventionistisch geprägte - Umgestaltung von Stadterneuerungsprozessen i.S. zunehmender Kleinteiligkeit und verstärkter Reagibilität.

ad (3)

Die Erosion des Klassenzusammenhangs und der Bedeutungsverlust sozialstaatlicher Daseinsvorsorge werden seitens des lokalen Staates aufgegriffen und als zunehmende Flexibilisierungs-/Fragmentierungstendenzen verlängert. Kleinteilige, behutsame Stadterneuerungsverfahren und der Einsatz flexibler Beteiligungsinstrumente führen dabei nach Schmoll einerseits zu konkreten Verbesserungen im Stadtteil sowie zur Professionalisierung von Einzelpersonen, andererseits werde mit der Lokalisierung von Konflikten ein Grundkonsens zwischen den Beteiligten geschaffen, der eine -entschärfte- Problembearbeitung garantiere und ehemalige Oppositions-/Selbsthilfebewegungen instrumentalisieren.

Die seitens des CDU/FDP-Senats erfolgreich und stabilitätsfördernd praktizierte Doppelstrategie aus Instrumentalisierung (qua marktkonform ausgelegter Konkurrenz um "Staatsknete") und Repression (durch verstärkten Polizeieinsatz) habe zu einer tiefen Spaltung der Westberliner Oppositionsbewegung geführt.

Daß diese Doppelstrategie 1989 dennoch scheiterte und das rot-grüne Bündnis auf Senatsebene zustande kam, wird von Schmoll daher nicht mit der Durchsetzungsfähigkeit der politischen Alternative sondern wahlanalytisch mit dem Fehlen anderer Mehrheiten begründet. Das postfordistisch flexibilisierte CDU-Politikmodell habe klare Flexibilisierungsgewinner (z.T. auch aus der ehemals oppositionellen Projektszene) und -verlierer (vornehmlich in den zentralen Schichten der Arbeiterklasse), d.h. eine unwesentlich gestärkte, konsolidierte Linke und eine polarisierte Rechte hervorgebracht. Zwischen Konsumismus, Kulturalismus und Ökologie differenzieren sich neue Diskursformen, politische Optionen und Bündnisse aus.

Damit sind die Eckpfeiler der schwierigen politischen Praxis eines rot-grünen Bündnisses markiert: bislang fehlende Hegemoniefähigkeit, fehlende Möglichkeit der "Entflexibilisierung" und lokalstaatlichen Kompetenzrückgewinnung, Aufeinandertreffen von wachstumsorientierten und ökologisch-individualistischen Leitvorstellungen in einem durch Dezentralisierung intensivierten Diskurs.

Die sich im Verhältnis zu Bonn dessenungeachtet ergebenden Handlungsspielräume einer alternativen, ökologisch und sozial ausgerichteten Stadtpolitik sieht Schmoll somit auf lokaler Ebene verwirklicht, da bereits hier staatliche Politik ein Kompromiß widersprüchlicher Funktionen sei. Exemplarisch spiegele der gescheiterte Berliner KiTa-Streik weniger die Beziehungsstruktur lokal - zentral wider als vielmehr eine Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse: Als Frauen mußten die Erzieherinnen auf gewerkschaftliche Unterstützung verzichten, als Mitarbeiterinnen in städtischen Institutionen blieben ihnen Solidaritätsaktionen der auf Selbsthilfeprojekte fixierten AL versagt. Von lokalen Kräfteverhältnissen geprägt, nahm dieser Konflikt einen kompromißhaften Ausgang, ohne daß der lokale Staat selbst hätte verändert werden müssen.

Prägende Einflüsse auf die zukünftigen Entwicklungschancen eines linken Politikprojektes in Berlin gehen von den aktuellen Entwicklungen in der DDR aus: Wahlerfolge der Konservativen, eine absehbare Verstärkung des Investitionsdrucks sowie eine selektive Modernisierung im Osten lassen räumliche Segregations- und soziale Polarisierungsprozesse erwarten. Der Ausgleich dieser Differenzen gehöre zu den schwierigen Zukunftsaufgaben eines alternativen lokalpolitischen Modells.

Als Stadtverordnete der GRÜNEN im Bereich Stadtentwicklung/Wohnungsbau entfaltete Carola Scholz in ihrer Bestandaufnahme von Rot-Grün in Frankfurt vertiefte Einsichten in die Binnenstruktur eines alternativen lokalpolitischen Projekts. Neben erstaunlichen Parallelen zur Westberliner Situation - knapper Wahlsieg des Bündnisses durch eine polarisierte Rechte, Profilierungsprobleme und mangelnde Hegemoniefähigkeit nach langjähriger Metropolen-Politik neokonservativer Prägung bei gleichzeitig hohem Erwartungsdruck hinsichtlich einer veränderten politischen Praxis - führte Scholz die spezifischen Handlungsbedingungen von Rot-Grün und die daraus resultierenden Schwierigkeiten auf mehreren Ebenen aus und leistete damit eine empirische Anreicherung/Bestätigung der Berliner Ergebnisse.

Die nur vermeintliche Meinungshomogenität innerhalb der Fraktion sowie die fehlende Unterstützung durch Kreisverband und Partei gehören zu den retardierenden Faktoren, die sich aus den Binnenstrukturen der Alternativpartei ergeben. Diese werden in Verbindung mit den sich daraus ergebenden langwierigen Aushandlungsprozessen als Verschärfung der substanzielleren Probleme erfahren, die sich aus den Realitäten des rot-grünen Magistrats und den Koalitionsstrukturen allgemein ableiten. Konnten die Koalitionsverhandlungen noch mit hoher Kompromißbereitschaft geführt und in ihren Ergebnissen konsensual getragen werden, so ging bereits bei der Dezernatsverteilung wichtiges Terrain verloren: Das Umwelt-, Schul-, Frauen- und Gesundheitsdezernat gelten als "weich" und müssen personell wie inhaltlich erst neu strukturiert werden. Die durch Dezernatenegoismus und Profilierungsgehebe stabilisierten traditionellen Verwaltungshierarchien absorbieren dabei zusätzliches innovatives Potential. Jenes Beharrungsvermögen überkommener Strukturen wird durch die politische Alltagspraxis der 12 köpfigen grünen Römerfraktion - mit "Überforderung in Permanenz" klar charakterisiert - kaum aufzubrechen sein - eher wird hier die Begrenztheit von Ressortinteressen und deren gehaltvollere Diskussionen blockierende Wirkung reproduziert.

Den zentralen Problembereich der Außenprofilierung führt Scholz auf den im Rahmen voröffentlich geführter Aushandlungsprozesse entstandenen Kompromißcharakter der Koalitionsvereinbarungen zurück, der starke "Selbstbindungseffekte" zeitigt. Neben der fehlenden Unterstützung durch die Basis werden "kompensatorische Ersatzhandlungen" des Kreisverbandes in Form radikaler Beschlußfassungen und wiederbelebter radikalökologischer Konzepte umso schmerzlicher empfunden.

Demgegenüber befindet sich die Frankfurter SPD mit ihrer neudefinierten Zielgruppe der "politisch ungebundenen neuen Mittelschichten der Finanz- und Dienstleistungsmetropole" (Wentz) auf offensivem Modernisierungskurs und habe mit dem "modernen Stadtmanager" Hauff einen intellektuellen Technokraten ohne Führungs- und Integrationsfähigkeit aufgebaut.

Jene institutionellen, programmatischen und personellen Probleme werden von unterschiedlicher Seite aus zu massiver, den Handlungsdruck verstärkender Kritik verdichtet: Medienöffentlichkeit, Wirtschaftsverbände, linksalternative BIs für eine beschleunigte Umsetzung der politischen Ziele (Wohnungsbau, Verkehr, Wohnraumbestandsschutz) und konservative BIs gegen die Umsetzung zentraler Forderungen (autofreie Innenstadt, Rückbau BuGa, Campanile-Stop) zeichnen ein insgesamt negatives Image, das die Koalitionäre zu öffentlichkeitswirksamen und gelegentlich einsamen Profilierungsaktionen drängt (Scheitern der Schlichtungsinstanz "Koalitionsrunde" am Dissens hinsichtlich Hochhaus-Genehmigung und Straßenausbau, 12-Punkte-Programm Hauff als Melange aus Metropolenpolitik, Ökologie und SPD-Filz)

Diese dichte Beschreibung der Koalitionsstrukturen ergänzte Scholz durch Ausführungen zu den inhaltlichen Problembereichen Stadtplanung, Wohnungsbau und Verkehr. Vor allem im konfliktträchtigsten Bereich der Stadtplanung manifestieren sich in der "Praxis der zwei Welten" der Grundwiderspruch von Wachstumsorientierung vs. ökologisch-sozialer Politik. Ermöglicht werde dies durch die Kompromißformeln der Koalitionsvereinbarungen, die klientelgerecht beliebig dehn- und interpretierbar seien, die grundsätzliche Entwicklungslogik der Finanz- und Dienstleistungsmetropole aber nicht grundsätzlich infragestellen. Politische (Teil-)erfolge und Verluste könnten so nur in der je spezifischen Einzelplanung erreicht und nur in einer energiegeladenen Doppelstrategie organisiert werden, die mit der Schaffung wirtschaftspolitischer Fakten aber kaum Schritt halten kann. Aktuell kontrovers diskutierte Stadtplanungsthemen - "Altlastenbewältigung" hinsichtlich Hochhausplanungen des alten Magistrats, Kaiserleibebauung, Regionalentwicklung - lassen diese Ambivalenz aufbrechen. Fehlende Rahmenbedingungen wie z.B. baureife Flächen zur Einlösung der großzügigen Wohnungsbauversprechungen (4.000 WE/a) setzen die Koalition unter immensen Handlungsdruck. Den potentiellen Investoren eröffnen sich damit neue Verhandlungs- und Erpressungsspielräume bis hin zur Umgehung planungsdemokratischer Verfahren (Planung Gallus-Park nach § 34 BauGB ohne Bürgerbeteiligung). Die Realisierung der seitens der GRÜNEN ursprünglich gewünschten Mischnutzungs-Projekte (Wohnen, Gewerbe, Büro) leistet damit einer neuerlichen Modernisierung und günstigen Kapitalverwertungsbedingungen ohne Legitimationszwang Vorschub. Die GRÜNEN können dies kaum verhindern, ohne als potentielle Wohnungsbauverhinderer zu erscheinen. Strukturelle Wohnungsmarktprobleme bleiben entthematziert und lassen bisherige Maßnahmen wie die Anwendung rechtlicher Instrumentarien, Personal- und Mittelaufstockung als Strategien begrenzter Reichweite erscheinen. Auch im Verkehrsbereich ist eine weitgehende Abkehr von weitreichenden Vorhaben zu verzeichnen; das Projekt der autofreien Innenstadt wird derzeit totgeschwiegen bzw. durch weitere Hochhausplanungen konterkariert. Die Einrichtung dezentraler Tempo 30-Zonen in der Verantwortung der Ortsbeiräte, Umweltticket und park & ride Konzeption haben nicht zu der erhofften Verhaltensänderungen oder entsprechender Öffentlichkeitswirkung geführt - wohl aber zur Belastung dezentraler Gremien durch die Mühen der Austragungsprozesse und Zeitverlust.

Die Diskussion konzentrierte sich auf den Beitrag Schmolls, der in mehreren Beiträgen insbesondere hinsichtlich seines theoretisch-analytischen Instrumentariums hinterfragt wurde. T. Krämer-Badoni problematisierte grundsätzlich, welche Fragen zu stellen seien, um an das Präformierende der Kommunalpolitik heranzukommen. Daß es im Kern beliebig bleibe, wer Kommunalpolitik faktisch betreibe, führte er auf eine durch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung erzeugte, spezifische politische Kultur zurück. Kritisch beurteilte er das unterschiedliche Differenzierungsniveau des Beitrags, dessen bunte Vielfalt den konkret-analytischen Zugriff erschwere; das Herantragen eines vorgefertigten theoretischen Konzeptes an konkrete gesellschaftliche Strukturen sei ideologisch.

Mit ähnlichem Tenor plädierte D. Keim für die Methode der "dichten Beschreibung" i.S. einer detaillierten Rekonstruktion anstelle der Anwendung vorgefertigter theoretischer Raster.

K. Schmals und D. Läßle plädierten für eine Erweiterung des Modells um die Berücksichtigung der bislang fehlenden internationalen Ebene/weiterer Organisationen (z.B. die Verbände der freien Wohlfahrtspflege) sowie um die Verknüpfung von tagespolitischer und Strukturanalyse. Die Probleme des lokalen Staates seien auf das Zerbrechen lokaler Strukturen zurückzuführen; der lokale Staat müsse jetzt alles regulieren und sei dadurch völlig überlastet, zumal fragmentierte Interessen keine Politik der Konsolidierung zuließen (D. Läßle).

Zweifel wurden auch an der unterstellten Symbolhaftigkeit von Großprojekten IBA, Olympia, Frankfurter Hochhausplanung) laut. Vielmehr seien diese als Investitionsprojekte (H. Häußermann), hinsichtlich ihrer realen Effekte (C. Scholz) sowie als Mechanismus der Legitimationsbeschaffung (G. Hänel-Ossorio) zu deuten.

H. Häußermann kritisierte zusätzlich die Interpretation des Berliner Erzieherinnen-Streiks. Schmoll habe eine normative Annahme, die die Existenz einer sozialen Basis für soziale Infrastruktureinrichtungen unterstelle. Kollektive Konsumtionseinrichtungen und der Kampf um sie aber seien in reichen Gesellschaften uninteressant; vielmehr ermögliche Reichtum eine flexibilisierte/individualisierte Erfüllung von Bedürfnissen.

In seiner Replik betonte Schmoll, der Berliner Kita-Streik sei ein Beispiel dafür, daß auch auf lokaler Ebene Notwendigkeit bestehe, Kompromisse zwischen konfligierenden Interessensgruppen zu finden. Die Beispiele seines Beitrags genügten nicht den Anforderungen an strenge Analyse, dies sei allerdings auch nicht seine Absicht. Er habe versucht, bestimmte Entwicklungsprozesse der Stadt Berlin anhand eines spezifischen Fragemusters zu erhellen.

Bettina Lehmann, TH Darmstadt

Terminänderung für die Sektionsitzung

Aufgrund eines Wunsches von Herrn Häußermann (Sprecher der Stadt- und Regionalsoziologen) soll die Sektionsveranstaltung mit der Veranstaltung "Aktuelle Probleme der Stadtentwicklung und -politik in Osteuropa: Polen, CSFR, Ungarn, DDR" vertauscht werden.

Die Sektionsveranstaltung wird also vom 10.10. (15.30-18.30 Uhr) verlegt auf den 11. Oktober 1990 von 13.30-18.30 Uhr.

Vorgesehenes Programm:

IBA-Emscher-Park: Modernisierung eines altindustrialisierten Lebensraumes.

1. Prof. Dr. Klaus M. Schmals: Kurze Einführung - Die Modernisierung altindustrialisierter Lebensräume;
2. Prof. Dr. Walter Siebel: IBA-Emscher-Park - Ein Konzept wird vorgestellt;
3. Prof. Dr. Walter Siebel: Neue Urbanität für altindustrialisierte Regionen?;
4. Prof. Dr. Marlo Riege: Neue Wohnformen auch für einkommensschwache Bewohner des Emscherraumes?;
5. Dr. Gabriele Sturm: Widerstandsformen von Frauen im Modernisierungsprozeß des Emscherraumes;
6. Prof. Dr. Klaus M. Schmals: Modernisierungspolitik für ein starkes Stück Deutschland?

Klaus M. Schmals

Peter Reinhart Gleichmann

"Polska lokalna" - "Wie können die zurückgebliebenen Gegenden Polens aktiviert werden?"

Bericht vom 6. Deutsch-polnisch-tschechoslowakischen Symposium zur Stadt- und Regionalsoziologie im Juli 1989.*

1. Sind fachwissenschaftliche Konferenzen von Soziologen (und ähnlichen Wissenschaftlern) wirklich ein "academic marketplace" von Menschen und Ideen? Und gilt das entsprechend auch für internationale Zusammenkünfte? Oder befinden sich Professoren, die ihre eigene "small world" regelmäßig zu Konferenzen verlesen, doch bloß, wie es David Lodge in seiner Satire 1984 darstellt, auf einer fortwährenden "Schnitzeljagd" zu den angenehmsten Tagungsorten dieser Erde? In Polen jedenfalls ist auch das alles anders. Deshalb endet mein Tagungs-, Reise- und Stimmungsbericht mit einigen allgemeineren Fragen.

Das "Deutsch-polnisch-tschechoslowakische Symposium über Stadt- und Regionalsoziologie", das sechste diesmal, ist in gewohnt freundschaftlicher Atmosphäre einem Zentralproblem der gegenwärtigen polnischen Gesellschaftsverfassung gewidmet, der sozialen Aktivierung von "polska lokalna", den vernachlässigten peripheren Regionen. "Die Ideologie des realen Sozialismus betonte solche Begriffe wie das Proletariat, die Partei, den Internationalismus, den Zentralismus und ähnliches. Die Parole des Kommunistischen Manifestes 'Proletarier aller Länder vereinigt Euch!' wurde viele Jahre lang von der internationalen Arbeiterbewegung mit höchster Achtung verwendet. Jetzt kann man die Parole nur noch auf den Titelseiten von Tageszeitungen in den Ländern des realen Sozialismus finden, aber sie ist nicht mehr bedeutsam oder sachdienlich.... Die sozialistische Ideologie wurde gewöhnlich als universal und non-lokal verstanden; denn sie begünstigte große und abstrakte Einheiten, die wie die Arbeiterklasse oder die Partei keinen spezifisch abgebbaren Ort ihr eigen nennen. - Im Gegensatz zur Partei ist die Römisch-katholische Kirche bei all ihrer Universalität dadurch gekennzeichnet, daß sie kraftvolle Wurzeln am Ort hat; und der Kirchenbezirk, den wir als Gemeinschaft von Gläubigen mit einem Tempel als symbolischem Ausdruck dieser Einheit betrachten, ist eine lokale Institution stellt Bohdan Jałowicki eingangs fest, Raum- und Sozialforscher in Warschau; das ist von den vielen ähnlich bekennenden Aussagen, die uns vorgetragen werden, sicher die parteiisch-unerbittlichste. Wie wirklichkeitsgerecht ist sie? Dokumentieren solche Bekenntnisse von Wissenschaftlern nicht auch, wie sehr die Machtzentren einer Gesellschaft auch ihre Empfindens- und Affektstandards prägen? Und wie sehr sie diese selbst dann auch mitbestimmen, wenn viele Menschen in der distanziertesten Opposition zu ihnen stehen? Das "lokale Polen", seine besondere Zurückgebliebenheit, ist diesmal das Thema der Tagung; sie findet in einem symbolisch weit entlegenen Dorf statt, Sieniawa, einem wiederaufgebauten Sommerpalast der Czartoryskis. Heute gehört dieser einem riesigen Staatsgut, einem auf Weiterverarbeitung spezialisierten agrarindustriellen Kombinat, "Iglopol", das Wochen zuvor in einen "privatisierten Parteibetrieb" (K. Bachmann) auf Aktien umgewandelt worden ist. Das "lokale Polen" ist zugleich der kämpferische Name eines zunächst auf fünf Jahre veranschlagten interdisziplinären Großforschungsprogramms der Polnischen Akademie der Wissenschaften. "Erst kürzlich," fährt B. Jałowicki dann fort, "mißbilligte ein wissenschaftlicher Spitzenfunktionär mit Entschiedenheit den Titel, den die mit unserem Forschungsprojekt über regionale und lokale Probleme befaßten Autoren vorgeschlagen haben: 'Das ört-

* Der Verfasser dankt einigen Reiseteilnehmern, besonders Rudolph Bauer, sowie dem Germanisten Heinz Brüggemann für die kritische Lektüre; und er verdankt Nina Gleichmann bzw. Dirk Hoeges Hinweise zur englischen bzw. französischen Literatur.

liche Polen.' Dieser Offizielle behauptete, bereits der Titel selbst enthalte eine Bedrohung für die Hauptstütze dieses Staates: den demokratischen Zentralismus.

2. Diesmal wird das Symposium, das im Wechsel in der Bundesrepublik und in Polen stattfindet, von dem Forschungsprojekt der Akademie getragen und wie stets von der W. Reimers-Stiftung, Bad Homburg, unterstützt. Von den fünfundzwanzig Referenten kommen zehn aus Westdeutschland, drei aus der CSSR und einer aus Österreich. Die Lage des "Dorfes" bereits, 120 km östlich von Krakau und 30 km westlich der russischen Grenze, veranschaulicht die periphere Lage und die relative Vernachlässigung, die die polnischen Forscher uns zeigen wollen. Für die Akademie eröffnet der Geograph K. Dziewonski das Symposium. Es folgen Erinnerungen an einige langfristige Wandlungen der bäuerlichen Siedlungen in Westeuropa und daran, wie sich dort die Auffassungen der Intelligenz über das bäuerliche Leben geändert haben. Bernd Hamm, Trier, tätiger Anreger auch der vorausgegangenen Tagungen, bringt das auf die Formel, man müsse lernen, "global zu denken und lokal zu handeln". Peter R. Gleichmann skizziert "Langfristige Wandlungen bäuerlicher Siedlungen in westeuropäischen Ländern, Kontinuitäten und Brüche ihres realen Bedeutungsverlustes sowie der darüber entstehenden intellektuellen Diskurse". Kasimierz Sowa, Rzeszów, der das Symposium umsichtig vorbereitet hat, kritisiert den "kollektivistischen Zentralismus als soziale Ordnung, die grundlegend identisch ist mit einem Typus militärischer Organisation". Wie sehr eine weniger gleichgeschaltete "künftige Autonomie der örtlichen Behörden abhängen wird von Veränderungen im Staatsapparat oberhalb der Gemeindeebene als auch von Wandlungen in den örtlichen Gemeinden selbst", skizziert Wiesław Gumuła in seinem Papier über das Verhältnis von "Lokal- und Zentralbehörden" am Vergleich zweier kleinerer Gemeinden in der Wojewodschaft Rzeszów. Jiří Musil, Prag, beobachtet in den tschechischen "peripheren Gebieten auch Symptome sozialer Isolierung, des Verfalls vereinsmäßiger und kultureller Aktivitäten, Symptome von Resignation und von verringertem Anspruchsniveau". Wie intensiv die staatlichen Industrieunternehmen auch die Wohngemeinden ihrer Arbeiter kulturell veröden lassen, trägt sein Landsmann M. Illner, Prag, in einer glänzenden Analyse regionaler Verkehrssysteme vor. Und für einen slowakischen Verwaltungsbezirk hat Ľ. Faltán, Bratislava, ähnliches festgestellt.

Die meisten polnischen Referenten suchen ihre harsche Distanznahme zum "Zentralstaat" zu verbinden mit einem emphatischen Engagement für die "örtlichen Gemeinschaften". Vielfach möchten sie das eine durch das andere ersetzen. Bei der Untersuchung des Kleinstädtchens Poddebice, westlich von Łódź, stellt sich Andrzej Mayer ernst die Frage, wer könnte denn die Stadt repräsentieren, die mit dem Ort verwurzelt sind oder gar Fremde? Bis die Selbstverwaltung wirklich geboren werde, sei es noch ein lange währender Prozeß. "Nicht nur muß das zentrale, das hierarchische Regierungssystem verschwinden, sondern weit mehr, bestimmte tief in die Strukturen des gegenwärtigen Systems verwurzelte und zugleich auch mit dem lokalen Milieu verbundene Leute müssen weg. Mit anderen Worten: in der Wirklichkeit von Poddebice kann eine tatsächliche Selbstverwaltung erst geschaffen werden, wenn eine neue herrschende Elite erschienen ist, die nicht von den Spuren der Vergangenheit gezeichnet ist," fordert Andrzej Mayer. - Es folgen noch stärker affektiv geladene Plädoyers für das "an einen Ort gebundene Heimatgefühl" (Zbigniew Pucek). Für den Konflikt zwischen lokaler und universaler Orientierung bieten besonders die modernen polnischen Kleinstadtromane gute Zeugnisse, wie Waldemar Siemiński anschaulich darstellt. Andere Soziologen skizzieren die "relativ zunehmende Rolle von Bewußtseinsfaktoren in der örtlichen Gemeinschaft" und das "subjektive Gefühl der Zusammengehörigkeit", so etwa K. Frysztacki, Krakau, oder sie betonen die Vielzahl "kultureller Bindungen an die Großstadt", wie Krzysztof Herbst aus Warschau. Bindungen, ein polnisches Lieblingsthema? Ein scheinbar ganz anderes Problem spricht Marek S. Szczepanski an, wenn er

über die minimale Identifikation der Einwohner von Tychy, einer industriell produzierten Neu-Wohnstadt südlich von Kattowitz, berichtet. Diese Neubewohner entwickelten keinerlei Bindung an die ungeliebten Wohnanlagen. Leidenschaftlich kritisiert der Sozialforscher die Architekten. Doch darüber kommt es schnell zu einer Auseinandersetzung. Wenn wir auf die strukturellen Ähnlichkeiten des ganzen politischen Finanzierungs- und Produktionssystems dieser "Städte" blickten, seien die Unterschiede zwischen West- und Osteuropa heute nur geringfügig, sucht man sich zu verständigen. Im sogenannten "Großsiedlungsbericht" der Bundesregierung finden sich dafür genug Belege (Dt. Bundestag).

Angesichts von Perspektiven mit Alles-oder-Nichts-Tendenzen, die letztlich eher zum depressiv gestimmten Beharren führen könnten, verdienen diejenigen Forscher Aufmerksamkeit, deren Blicke weniger streitbar rückwärts gerichtet sind und sich stärker auf die wissenschaftlichen Erfordernisse einer möglichen Zukunft konzentrieren. In einer repräsentativen Auswahl von zweihundertfünfzig Gemeinden hat der Warschauer Sozialgeograph Andrzej Kowalczyk jeweils zwei leitende Personen über "Strategien der Gemeindeverwaltungen" und ihre Reformorientierung interviewt. Verbesserungen der Wasserversorgung, der ganzen "ökologischen Situation" sowie des gemeindlichen Finanzspielraumes werden als vorrangig betrachtet. Noch zwei Beiträge werden uns vorgelegt; damit wird die Komplexität der Probleme erhöht. Sehr systematisch kritisiert der Raumwirtschaftler Grzegorz Gorzelak, Warschau, die "sozialen Pathologien" und die "Versteinerung" in der "regionalen und lokalen Entwicklung einer sozialistischen Wirtschaft vor den Reformen"; wenn etwa "weithin nicht-ökonomische Kriterien Geltung erlangen, weil die Bürokratie Großinvestitionen Vorrang einräumt, die dann als geeignet zum Befriedigen ganz persönlicher Ambitionen einzelner Entscheidungsträger angesehen werden." Und schließlich konstatiert W. Gumuła in seiner genannten Studie zweier Gemeinden deren tiefes Mißtrauen gegenüber den "Koalitionsparteien". Dagegen, sagt er, "erfreut sich die polnische Armee und die Kirche des größten Vertrauens der Lokalbehörden in Angelegenheiten, in denen es um die Interessen der ganzen Gesellschaft geht; während die Einrichtungen der Massenmedien und der politischen Opposition das geringste Vertrauen genießen."

3.

Weit distanzierter scheinen sich die deutschen Teilnehmer zu geben. Anhand reicher statistischer Daten analysiert R. Mackensen, Berlin, "die Chancen der Kleinstädte" in der "nachindustriellen Gesellschaft". Und die Programme zur "Städtebauförderung" der "Dorferneuerung" unterzieht W. Strubelt, der die Reise der Deutschen organisiert hat, einer behutsamen Kritik. Einen erfrischenden Bericht über die entsprechende Dorferneuerung in Österreich gibt János Kárász, Wien. Die dörfliche Modernisierung in Hessen seit den fünfziger Jahren vergleicht D. Ipsen, Kassel, mit der seiner Ansicht nach weit gelungeneren in Bayern der achtziger Jahre. Gegenwartsprobleme der "Flüchtlingsstadt" Waldkraiburg beschreibt R. Stierand, Dortmund. Die Verhältnisse zwischen älteren Dorfbewohnern und "Neusiedlern" untersucht K. Reinecke, Hannover. Die Bedeutung einer örtlichen sozialen Einheit beschreibt W. Siebel, Oldenburg. Eine vergleichende Geschichte örtlicher Wohlfahrtsvereine wird von R. Bauer, Bremen, dargestellt. Und J. Dangschat, Hamburg, analysiert den relativen Bedeutungsverlust von "Nachbarschaft" für das gegenwärtige menschliche Handeln. Könnten manche der deutschen Teilnehmer den Polen, die ihre affektiven Valenzen gerne bekunden, manchmal wie förmlich-distanzierte Regierungsberichterstatter vorkommen?

4.

Das Inaugenscheinnehmen der Orte des Geschehens ist manchmal hilfreicher als es akademische Darstellungen sein können. Die Konferenz besichtigt die Gegend im äußersten Südosten, die selbst von "Kunstführern" als "Armenhaus Polens" bezeichnet wird. Die Dörfer haben bisweilen noch die älteren Holzhäuser, doch

stets neue Kirchen. Selbst in den kleinsten Flecken sind Kirhhäuser erneuert; überall werden die Kruzifixe an Wegekreuungen frisch geschmückt. In neueren Wohnvierteln an den Stadträndern entstehen mächtige Kirchanlagen mit ausladenden architektonischen Gesten. Kleiner Fabriken liegen oft weit entfernt von den Dörfern. In einem ländlichen Industrieort passieren wir eine umzäunte Ansammlung älterer Holzbauten, "Skansen" genannt. Die Wojewodschaft Zamość und Przemysł an der sowjetischen Grenze zählen heute zu den Gebieten mit der geringsten Einwohnerdichte. Das kleine Städtchen Zamość ist im 16. Jahrhundert auf einem Idealstadtgrundriß im Stil des italienischen Manierismus errichtet worden. Bis ins 20. Jahrhundert hinein wird es von den Majoratsherren der Zamoyski beherrscht. Die Stadt hat heute 60 000 Einwohner. Die Altstadt droht zu verfallen. Unweit der in leuchtenden Farben restaurierten Fassaden des wenig belebt-riesigen Marktplatzes mit Rathaus und Turm steht das Geburtshaus Rosa Luxemburgs. Auf der anderen Seite offeriert in einem stillen Winkel ein lebhafter "freier Markt" sein karges Angebot. Eine ältere Bäuerin bietet einen Tassenkopf voll grüner Erbsen an. Eine Frau hat zwei Sträuße mit Gartenblumen vor sich. Eine andere bietet fünf Möhren feil.

Am Rande der Altstadt monumentale Reste der Festung aus dem 18. Jahrhundert. Wortlos reicht ein älterer polnischer Kollege jedem von uns ein Exemplar des neuesten "Stadtführers" (A. Kedziora); Im 18. Jahrhundert erlebte Z. einen Niedergang, während der Aufteilung Polens wurde es zur Gefängnis-Festung herabgewürdigt. Erst während der Zwischenkriegszeit erlebte die Stadt bessere Zeiten. Die Hitler-Okkupation unterbrach die Auferstehung der Stadt... Von hier... begeben wir uns zu der südlich von der Stadtmauer gelegenen Rotunde, einem Verteidigungsbauwerk und zugleich Stätte der Qualen in der Okkupationszeit. Die Region Zamość war für deutsche Umsiedler bestimmt und erlebte tragische Umsiedlungen, Befriedungen und rücksichtslosen Terror." Maidanek ist eine ganze, Belzec eine halbe Autostunde entfernt. Auf dem Rückweg hängen die polnischen Kollegen in höchster Anspannung am Radio des Busses. Wir schreiben Mittwoch, den 19. Juli 1989, die Direktwahl des neuen Staatspräsidenten durch beide Kammern; abends Fortsetzung am Fernseher, gespenstische Szenen während der namentlichen Abstimmung. Schließlich tritt W. Jaruselski zu seiner knappen Ansprache vor.

Am nächsten Tag fahren wir in die heutige Grenzstadt Przemysł; sie hat auch 60 000 Einwohner. "Das ist jene ferne graue Garnisonsstadt, die Joseph Roth im 'Radetzkymarsch' schildert", meinen die Deutschen. Von einem Berg aus blicken wir auf den von den Österreichern 1873 ausgebauten engeren Befestigungsring herab und sehen in zehn Kilometer Abstand auf den weiteren Gürtel ehemaliger Festungen. Lapidar verzeichnet die Karte der Wojewodschaft Schlachten seit 1387 und besonders im 20. Jahrhundert: "Im September 1939 fanden in P. blutige Verteidigungskämpfe gegen den nazistischen Angreifer statt. Während der Okkupation herrschte in der Stadt grausamer Terror, in Massenexekutionen wurden viele Einwohner von P. erschossen." Die innere Stadt schwunglos, an manchen Ecken wie tot; wenige Menschen am Marktplatz, doch die Hauptstraße mit Menschen angefüllt. Vor vielen ganz leer scheinenden Läden warten gedrückt graue Schlangen stummer Menschen. Kathedrale und Bischofssitz unscheinbar grau in grau. Am Stadtrand in der Ebene viel neuere Industrie. Zurück machen wir einen Abstecher in die Berge nach Krasiczyn, ein mächtiges 1618 fertiggestelltes Wasserschloß aus der Spätrenaissance, eigentlich eine Festungsanlage auf quadratischem Grundriß; an den Ecken hohe Rundtürme, die von ausladenden Zwiebeltürmen gekrönt sind. Ein imposantes Bossenmauerwerk im Rusticastil wird auf den weißen Putz der fast fensterlosen Außenfronten wieder aufgemalt. Die verfallene Anlage wird restauriert; zurück durch den Landschaftspark. Abends sehen wir das im 17. Jahrhundert von den Lubomirskis errichtete Schloß Zancut. Seine überreiche Inneneinrichtung von den Grafen Potocke aus dem 18. und 19. Jahrhundert veranschaulicht den adligen Lebensstil. Dieser Ort sei "ein Zeugnis früherer sozialer Ungleichheit", verkündet eine monumentale neue Steintafel am Parkeingang. Die polnischen Freunde genießen sich. Was weiß man von Adel und Bürgertum? Ihre baulichen Hinterlassenschaften immerhin fungieren als signifikante Symbole nationaler Gemeinsamkeiten; sie sind stumm. Am folgenden Tag besuchen wir die jetzt mit hun-

dertausend Einwohnern industriell aufstrebende Stadt Rzeszów. In der Pädagogischen Hochschule führt uns der Rektor durch neuere Bauten; am Campus-Eingang eine große Kirche. In der Hauptstraßen drängen sich die Menschen in festlicher Stimmung. Es ist der Vorabend des Nationalfeiertages. In den zwei Buchläden suchen wir nach interessanten Schriften. Am späten Nachmittag noch ein Ausflug in die verfallenen wirkende Dreißigtausend-Einwohner-Stadt Jarosław. Wir besichtigen ein Bürgerhaus aus dem 17. Jahrhundert. Wenige Menschen sind in den Straßen trotz des warmen Sommertages. Mitten auf dem weiträumigen Markt erhebt sich ein stolzes schloßartiges "Rathaus" in Formen der Spätrenaissance. Gegenüber in einer menschenleeren Parkanlage brennen zwei offene "ewige Feuer" zu beiden Seiten eines Nationaldenkmals mit sowjetischen Soldaten. Zwischen einstürzenden Häusern und verwilderten Gärten besichtigen wir eine einst befestigt gewesene, jetzt verfallende Benediktinerabtei von riesigen Ausmaßen. Am Eingang empfängt uns eine große, weiß gestrichene Tafel aus Holz; sie zeigt eine Landkarte der Region mit den Orten der deutschen Untaten aus der Besatzungszeit. Die polnischen Freunde gehen stumm weiter. Dann kommen wir zu einer weiteren außen schlichten Klosterkirche mit imposanten Dimensionen. Innen ist sie pompös erneuert. Im hohen Vorraum tritt der Besucher einem mehrfach über lebensgroß angelegten, farbphotographisch exakten Wandmosaik des Papstes, K. Wojtila, gegenüber.

5.

Ist das ländlich-kommunale, das "lokale Polen" der eigenen Gesellschaft zum sozialen Problem geworden? Gibt es akute soziale Notstände, denen sich Sozialwissenschaftler zuzuwenden haben? Ja! Über zweihundert Wissenschaftler aus den meisten akademisch-wissenschaftlichen Einrichtungen Polens haben deshalb mit entsprechenden Forschungsprojekten begonnen. Sie sind in einer Art Programmschrift "Local Studies in Poland" des raumwirtschaftlichen Instituts der Warschauer Universität zusammenfassend dargestellt und von P. Dutkiewicz und G. Gorzelak herausgegeben worden.

Wie wirklichkeitsgerecht sind die Hoffnungen, jenen kleinsten administrativ-sozialen Einheiten "Autonomie" zu verleihen, sie zu "revitalisieren"? Kurzfristig gesehen scheinen viele Optionen offen zu sein. Die polnische Gesellschaft und ihre bisherigen Machtzentren durchlaufen im Sommer 1989 eine deutliche anomische Phase. Manche eigentümliche Äußerung, die wir hier wiedergeben (und die der Konferenzbericht von K. Sowa einmal ausführlicher mitteilt), mag aus dieser Situation heraus entstanden sein. Die Staatspartei hat ihre Legitimation verloren und offenbart Auflösungs Symptome. Ihr Monopolanspruch ist zerfallen. Aber wohin tendiert das Gesamt der alten Kader und der neuen Parteien? Kennt beispielsweise das europäische 20. Jahrhundert den Zerfall oder auch nur den plötzlichen Wandel der Zentralverwaltung eines Staates? Diese zentrale politische Bürokratie (centralna polityczna biurokracja) hat J. Kuron aggressiv analysiert; während sie der einst stalinistische Philosoph Adam Schaff samt ihren "Militäraktionen" noch 1984 heftig verteidigt. Ein multipolares, gegebenenfalls wirklich neues Spannungsgefüge zwischen älteren und möglichen neueren Machtzentren vermag sich nur konfliktreich langsam herauszubilden. In solch einer Situation vermögen eigentümlichste Handlungserwartungen, selbst von Wissenschaftlern, ganz normal präsent erscheinen. Meist stammen sie aus der ganzen "conscience commune" einer Staatsgesellschaft, ihrem bewußt erinnerten Vorrat an gemeinsamen Erfahrungen, manchmal auch aus mythischen Vorstellungen. Kann das ein Fundus für zukunftsweisende Handlungskonzepte sein? Der Fremde trifft jedenfalls auf ein eigenes dominantes Muster von Persönlichkeitszügen, eine Mischung aus empfindsam national gedämpfter Stimmungslage, aus emotional lebenspraktischer Verflochtenheit mit der Religionsgemeinschaft und aus zugleich anarchischer Bindung an den eigenen Staat. So findet in keiner der besuchten Gemeinden eine Begegnung mit den lokalen Autoritäten statt, um deren möglichen Wandel es eigentlich gehen soll. Auch der Name

"Solidarność" wird in den Konferenzbeiträgen der Polen nicht ein einziges Mal erwähnt. Diese Art distanzierter Haltung und Mentalität der Vorsicht hat sich in lange durchlebter Fremdherrschaft entwickelt. Seit Generationen ist sie von genauer beobachtenden Fremden treffend beschrieben worden; der dänische Literaturhistoriker G.M.C. Brandes etwa erfährt 1888 affektive Verhaltensmuster, die H.M. Enzensberger 1987 noch ähnlich antrifft. Im 19. Jahrhundert sind besonders Adel und Bauernschaft Orte einer langen konspirativen Kultur (S. Kieniewicz, S. 109-112). Die meisten gesellschaftlichen Einrichtungen, nicht allein die Kirche, viele Teile des Bildungswesens, manche Partei und vor allem die ganze "staatliche Organisation" selbst bauen auf eine zeitweilige Untergrundtradition auf. Oftmals hat diese das leibliche Überleben vieler einzelner Menschen gesichert. Im Widerstand etwa gegen die Deutschen hat sie die eigentliche "Selbstbehauptung einer Nation" (C. Kleßmann) erst ermöglicht. Auf diesen polnischen Erfahrungen beruht auch die scharfsinnigste allgemeine und treffendste strukturelle Deutung der Untergrundbewegung. Wenigstens drei typische Sozialverhältnisse sind in ihr ineinander verschränkt: "Das Geheimnis als soziales Verhältnis", die "symbiotische Bindungsform" und eine Haltung fortwährender "Oppositionalität", formuliert Elias Siberski 1967. Sie machen ihre innere Struktur aus. Er demonstriert das am Gegensatz: "Untergrund und offene Gesellschaft". Er analysiert den "Umschlag der Oppositionalität in der Machtergreifung" und das anschließende "zentralistische System der Machtausübung". Vor allem aber erschüttert er die Geltungsgrundlagen jeder nominalistisch vorgehenden Soziologie; und darin findet sich auch ein Schlüssel für einen verständnisvolleren Zugang zu den Problemen der gegenwärtigen polnischen Soziologen. Ihr Untersuchungsfeld wird ziemlich gut umschrieben, wenn wir den "Systemwandel in Polen" als "Doppelgesellschaft" (H. Wagner) zu analysieren beginnen.

6.

Wie abhängig sind die kleineren Gemeinden Polens? Und von wem sind sie abhängig? Die Programmwürfe zu den "Local studies in Poland" widmen sich wirtschaftlich-administrativen Aspekten. Doch in unerwarteter Gestalt erhalten wir auf unserem Symposium darauf eine Antwort. Sie findet sich in den Analysen der neueren Stadtromane. Darin wird das Verhältnis von Zentrum und Peripherie, I. Wallerstein würde mit Blick auf das Entstehen der Weltwirtschaft sagen, die Lage der "inneren Peripherie", dargestellt. Charakteristischerweise geschieht das in mehrschichtiger Brechung. W. Siemiński formuliert: "Die Literatur des sogenannten sozialistischen Realismus unterschied rigoros zwischen der zentralen und der peripheren Eroberung, berichtete aber höchst unbefriedigend über Plätze der dazwischenliegenden Größenordnungen. Es waren allein die großindustriellen Zentren mit einer großen Zahl von Arbeitern, die in günstigerem Licht gezeigt wurden. Der Schriftsteller sprach im Namen des Zentrums in der Gestalt eines 'Missionars' oder 'eines Kolonisators', eines Meisters der einzig wahren Lehre, geschaffen von der herrschenden politischen Partei. Den Schriftsteller einen 'Kolonisator' zu nennen, dürfte angemessener sein, weil 'Glaube' deutlich ein zweiter Aspekt seines Werkes war. Die 'Seelenmassage', die die Schriftsteller dieser Periode praktizierten, wurde als die Hauptaufgabe betrachtet. Die Transformation des Dorfes Mogiła in das Zentrum der Eisenhüttenindustrie Nova Huta, wie sie von zahlreichen Schriftstellern des sozialistischen Realismus gepriesen worden war, war nicht das Produkt von glaubensbeseelten kolossalen Anstrengungen philanthropischer Helden sondern von dem Zwang, den Zentralen Plan zu erfüllen. Die Schriftsteller waren dabei mit beidem beschäftigt, mit dem Vorantreiben des Plans und mit dem Planerfüllen. Ein Teil der Einwohner aus den 'zurückgebliebenen' Orten, die die Transformation als teil der Planerfüllung durchzumachen hatten, konnte hoffen, dem Prozeß der 'Konversion' heil zu entinnen; das waren sowohl arme Bauern und Leute mit bescheidensten Mitteln als auch die Mittelschichten aus den Kleinstädten. Andere Gesellschaftskategorien waren schlicht dem Tode geweiht in diesem politischen Kampf, der auch von Schriftstellern geführt worden war. Das alles bringt

einen zu dem Schluß, daß jene Zeiten weit eher eine Expansion (des Zentrums) und einen kompromißlosen Angriff auf die peripheren Gebieten erlebten als das Pro-selytenmachen, das für das Tun von Missionaren so charakteristisch ist."

Was wird hier mitgeteilt? Für Fremde ist es eine wichtige Stelle, nicht nur wegen des depressiv-religiös gefärbten Tones. Da ist zuerst der Gestus der mehrfachen literarischen Brechung. Wer spricht eigentlich? Der Autor des Zitates, W. Siemiński, ein jüngerer literaturgeschichtlich interessierter Sozialforscher, trägt selbst auf dem Symposium vor. Dieses lange Zitat jedoch wird nicht von ihm, sondern von B. Jałowiecki, einem der tatkräftigsten Förderer des ganzen Forschungsprogramms, mitgeteilt. Der Zitattext selbst aber ist ein kritischer Bericht über parteitreue Romane. Und erst deren Autoren sehen die örtlichen "Helden" als Industrielle "Kolonisatoren" und "Missionare" in unmittelbarsten Diensten der Partei- und Staatszentrale. Und unser Textautor W. Siemiński erkennt dazu in den parteitreuen literarischen Propagandisten ebenfalls "Kolonisatoren" der Industrialisierung und "Missionare" für den Staatsglauben. Er sieht sich selbst dagegen als Anwalt der "Kolonisierten" in den peripheren Gebieten. Und von diesem Standpunkt aus untersucht er die seelischen Wandlungen der Menschen, die zwei Prozesse zugleich durchmachen, eine bestimmte Phase einer zentral gelenkten Industrialisierung und einen Zentralisierungsschub in der Herausbildung ihres eigenen Staates. Er analysiert die schmerzlichen Zivilisationsnöte der Macht-schwächsten. Dazu stehen ihm allein Begriffe, die aus dem religiösen Sprachgebrauch entlehnt worden sind, zu Gebote. Eine Herrschaftsanalyse in der Sprache der Machthaber, wie sie etwa der Oppositionelle J. Kuron vorlegt, ist ihm unmöglich; erst recht eine distanzierte Machtanalyse, wie sie zutreffend westliche Beobachter bieten, etwa: "Polens Dorf in der Auflösungsperspektive der Partei" (H. Laeuen). Sein Dilemma ist weit komplexer. Die eigenen Landsleute sind ja "Kolonisatoren" - die gewaltsame Industrialisierung das Ergebnis des von einem fremden Staat oktroyierten Herrschaftssystems. Um welchen Preis könnte der relativ Machtlose das direkter sagen? Die literarische Technik der mehrfachen Brechung wird notwendig seine Methode, über die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu sprechen. Für den bedingungsloser Herrschaft Unterworfenen, für den Unterdrückten wird sie zum letzten kommunikativen Mittel die eigene Abhängigkeit von "kolonialen Herren" zu veröffentlichen - vor dem Verstummen.

7.

Warum begreifen die polnischen Sozialforscher die "Ortsgebundenheit" als derart konstitutiv? Ja, manchem bedeutet sie schlechthin ein Elementarverhältnis des Menschen. In seinem Beitrag "über lokale Identität" formuliert Bohdan Jałowiecki - und er beruft sich dabei auf verschiedene Gemeindetotalbeschreibungen seiner Schüler: "Trotz der vierzig Jahre langen Anwesenheit des Zentralismus, der zentralisierten Herrschaft, ist das lokale Polen immer noch da; denn es ist immer ein unveräußerlicher Wert der europäischen Zivilisation gewesen -, und zwar beides, ein Ergebnis und ein Umstand, der für die Kontinuität des Lebens der Nation in ihrem Land entscheidend ist. Ein Mensch, der keine Bindung an ein Land oder an einen Ort zeigt oder kein Gefühl von Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gegend, ist ein Nomade ohne Vaterland. Das Zugehörigkeitsgefühl ist entscheidend für eine örtliche Entwicklung, ohne die eine Entwicklung des Gesellschaftsganzen einfach unmöglich ist." Ein Psychiatrie der Unterdrückten wäre heute vor allem eine soziale Psychiatrie gemeinschaftlicher Depressionen. Können die massenweisen Trennungserlebnisse, die Entwurzelungsängste und Verlustdepressionen in dieser Gesellschaft durch ein Zurück-zum-festen-Ort kompensiert werden? Kann das eine Wiederholung solcher Appelle bewirken? "Die Hauptkriterien zum Bestimmen der Präsenz und der Heftigkeit dieses Gefühls der Zugehörigkeit und der Identifikation umfassen das folgende", fährt B. Jałowiecki fort, "hohe Wertschätzung eines bestimmten Ortes, wobei man verschiedene Umstände berücksichtigt, wie man darin lebt; der ganze Unwille, an einen anderen Ort umzuziehen; das Gefühl, anders als benachbarte soziale Gruppen zu sein, die meistens gering geschätzt werden; und eine positive Wahrnehmung der Mitglieder der eigenen Ge-

meinschaft." Eine Art trauriger Niedergeschlagenheit ist hier die Reaktion auf die vom zentralen industriellen (und teilweise auch agrarischen) Arbeitsherren "Staat" mißachtete "Heimatbindung"; für viele einzelne scheint sie ganz verloren zu sein. Könnte man nicht doch irgendwie versuchen, das Verlorene seinem Ich wieder einzuverleiben? Eine der ersten psychiatrischen Diagnosen der Kolonisierten hat Frantz Fanon gestellt. Selbst ein Fremder, ist ihm deren verzweifertes Festhalten am eigenen "Land" aufgefallen. Und er hat auch ihr wahnhaftes, doch zum Schutz des eigenen Selbst erforderliches Ausblenden des "Herrn" aus der eigenen Wirklichkeitswahrnehmung beobachtet: "Für das kolonisierte Volk ist der wichtigste, weil konkreteste Wert zuerst das Land: das Land, das das Brot und natürlich die Würde sichern muß. ... Moralist sein heißt für den Kolonisierten etwas Handfestes: es heißt, den Dünkel des Kolonialherren zum Schweigen bringen, seine offene Gewalt brechen, mit einem Wort: ihn rundweg von der Bildfläche vertreiben." Für den von Entwurzelungsängsten Bedrohten bedeutet sein affektives und leiblich reales Festhalten an einem Ort, er versucht, gegenüber fremden Appropriationsversuchen für sich eine Art Unterpfeiler zu verteidigen, das ihm ein Mindestmaß von Selbstachtung garantieren soll. "Die kolonisierte Gesellschaft ist eine kranke Gesellschaft," konstatiert Albert Memmi (S. 95) 1966, "deren innere Dynamik erfolglos nach neuen Strukturen strebt." Und er analysiert deren Mythen und Träume. - In dem polnischen Fundus gemeinsamer Erinnerungen, in der "Geschichte der polnischen Literatur" (C. Miłosz, 1981; J. Krzyanowski) drückt sich dieses Erleben aus in Romanen wie den "Heimatlosen" von Stefan Zeromski; und in den "Bauern" von W.S. Reymont werden die gesellschaftliche Statik und die Wiederkehr menschlicher Leidenschaften in dem kleinen Dorf Lipce zusammen mit der tiefdampfen Bindung an die Landschaft episch geschildert. Max Weber hatte die differenzierten extremen Abhängigkeiten in der "Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland" bereits 1892 analysiert. Und die von Aufständen gegen Rußland, Preußen und Österreich geprägte "Emanzipation der polnischen Bauernschaft" (S. Kieniewicz) beginnt vergleichsweise außerordentlich spät; sie reicht eigentlich bis in das 20. Jahrhundert hinein. Schriftsteller wie S. Zeromski "feiern" noch 1918 bis 1924 - also während der Gründung der polnischen Republik und ihres sofort begonnenen Krieges gegen die Sowjetunion, "die Schönheiten der heimatlichen Landschaft und ihre Geschichte" (H. Olschowski, S. 368 in: Zeromski 1983), ehe sie sich einer Kritik des Adels zuwenden, wie es Zeromski 1924 in seinem Roman "Vorfrühling" beginnt. Aber das literarische Beispiel für das Raumerleben der "Entwurzelten" schlechthin und für deren pathologisch werdende Bindung an symbolisch überhöhte "Räume", "Landschaften" (W. Henning) bildet die zuerst 1897 erschienene Romantrilogie von Maurice Barrès über die "nationale Energie". Viele der polnischen Zeitgenossen von Barrès leben wie Generationen polnischer Adliger und prominenterer Schriftsteller vor ihnen auch in Paris. Und so kann die brillianteste zeitgenössische Kritik der "Entwurzelten", die Ernst Robert Curtius 1921 veröffentlicht, vermutlich auch als analytisches Instrument zum besseren Verständnis der gegenwärtigen nationalen Leidenschaften der Polen dienen. Er kritisiert den intellektuellen "Ichkultus" und die Findigkeit, mit der die seelischen "Verletztheiten" im "Fieber" des Nationalismus wieder geheilt werden sollen.

8.

In der jüngeren westdeutschen Stadtsoziologie der fünfziger Jahre, sie nennt sich da "Soziologie der Gemeinde" (Kölnische Zeitschrift, Sh.8; 1956) finden wir einen ganz ähnlichen Glauben an die existentielle "Ortsgebundenheit". Anlässlich einer ersten "gemeindesoziologischen" Tagung werden die frühen nordamerikanischen Studien etwa von Robert S. und Helen M. Lynd "mit religiöser Inbrunst" gelesen, wie der junge Berichterstatter C. von Ferber bemerkt. Auch die weitere Situation trägt einige ähnliche Züge. Man erhofft sich ein Erstarren der "grass-root democracy" in den Gemeinden, verdrängt erfolgreich die Misere des abgewirtschafteten Staates und seiner Regierung und vermeidet zugleich jeden Versuch, die derzeitigen "Gemeinden" im Verband der tatsächlichen Macht- und Herrschaftsverhält-

nisse des neuen gegenwärtigen Staates zu betrachten. Die Anzahl der Entwurzelten, der "Flüchtlinge", geht in die Millionen. In der Landwirtschaft sind noch beinahe so viele Menschen tätig, zu jener Zeit über 25 %, wie im heutigen Polen. Inmitten einer gewaltigen sozialen Umbruchphase ist der von der Staatspartei, der NSDAP, erzeugte Gemeinschaftswahn zwar durchschaut, die Sehnsucht nach engeren Bindungen aber mancherorts eher verstärkt worden. Hier propagieren die "Soziologen der Gemeinde" den Wert nachbarlich lokaler Gemeinschaften.

9.

Wissenschaftliche Konferenzen seien ein "Weg, Arbeit in Spiel zu verwandeln, in dem man Professionalismus mit Tourismus kombiniert," meint der spöttische David Lodge, "und das alles auf jemandes anderen Kosten. "...Write a paper and see the world!" - Nein, hier in Polen hätte der nur wenig übertreibende Kritiker der "kleinen Universitätswelt" nicht recht gehabt. Mag manches, was die Westdeutschen vortragen, den Polen zu beliebig-postmodern vorgekommen sein? Mit welchem Ernst und welchen Hoffnungen stürzen sich die polnischen Kollegen in die Erforschung ihrer gegenwärtigen Gesellschaft!? Kennen wir den früheren Beitrag der Polen zur Soziologie? L. Gumplowicz, F. Znaniecki oder B. Malinowski und viele viele andere -, befassen sie sich nicht ihr Leben lang mit Kulturkonflikt, kulturellen Anpassungen und Wandlungen? Ach ja, die stammten aus dem früheren Polen mit den zahlreichen großen ethnischen Minderheiten (S. Horak), erfahren wir. Die Geschichte der polnischen Soziologie kenne zwei Hauptströmungen, eine europäisch-westliche und eine nationale. K. Sowa "möchte zuerst an diejenigen erinnern, die sich mit den sozialen und politischen Problemen befaßten, die für das polnische Dilemma während der letzten zweihundert Jahre wichtig geworden sind." Und einige typische frühere Konferenzerfahrungen sind zu revidieren. Der Däne Georg Brandes muß seine Vorträge, die er in Warschau halten möchte, zuvor schriftlich auf Französisch dem Zensor einreichen, schildert er im Jahre 1888. Die Zensur untersteht der russischen Kontrolle. Dann merkt er, wie seine polnischen Gastgeber diese souverän mißachten. Knapp neunzig Jahre später habe ich ähnliches erlebt. Wenige Jahre danach im Jahre 1983, läßt der ein wenig hochnäsige Engländer Malcolm Bradbury seinen Romanhelden, der zu wissenschaftlichen Konferenzen in drei staatssozialistische Länder Osteuropas reist, in seinen "Rates of Exchange" fragen, ob dort die weltweite Gelehrtenrepublik überhaupt bestehe; denn wechselseitige Überwachung mache jedes offene und persönliche Gespräch zu einer Posse. Nein, in Polen scheinen diese Zeiten wirklich vorbei zu sein. Spüren wir vielleicht hier oder dort noch Nachwirkungen? Wenn jedoch die überkommenen gewohnten Selbstzweifel der polnischen Intelligenz (K. Chałasiński) heute in den gedämpften Enthusiasmus freier Diskussionen umschlagen -, wenn polnische Intellektuelle mutig ihr Land zur "Überwindung des nationalen Größenwahns und der Fremdenfeindlichkeit" aufrufen (Jan Józef Lipski) und sich "den Weg nach Westeuropa" nicht verbauen wollen -, so lautet ein Topos und ein Wunschbild der polnischen Intelligenz seit Generationen (O. Halecki) -, warum eröffnen wir ihnen nicht alle unsere Möglichkeiten dazu?

Literatur:

Balint, B., "Kader", Art. in: Wörterbuch der Soziologie, G. Endruweit/G. Trommsdorff, Hrsg., Stuttgart 1989, S. 320f.

Bachmann, K.: Polens Ökonomen streiten über Privatisierungspläne, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung v. 9. Sept. 1989, S.5

Barrès, M.: Les Déracinés, Le Roman de l'Energie nationale, Paris 1897.

Bradbury, M.: Rates of Exchange, London, 1983.

Brandes, G.M.: (dänisch 1888), dt.: ders., Polen, Leipzig 1898.

Brock, P.: Polish Nationalism, in: P.F. Sugar/I. V. Lederer, Hrsg., Nationalism in Eastern Europe, Seattle-London 1969; S.310-372; Far Eastern and Russian Institute Publications on Russia and Eastern Europe, 1.

Chałasiński, J.: Preszłość i przyszłość inteligencji polskiej, Warszawa 1958; dt.: Vergangenheit und Zukunft der polnischen Intelligenz, Marburg/L. 1965; Wissenschaftl. Übersetzungen, 41; J.G. Herder-Institut.

Curtius, E.R.: Maurice Barrès und die geistigen Grundlagen des französischen Nationalismus, (1921) Reprint Hildesheim 1962.

Deutscher Bundestag, Neubauesiedlungen der 60er und 70er Jahre, Probleme und Lösungswege, Städtebaul. Bericht durch die Bundesregierung; Drucks. 11/2568 v. 23.6.1988; Bonn.

Dutkiewicz, P./Gorzela, G., Hrsg.: Local Studies in Poland, Warszawa 1987; University of Warsaw, Institute of Space Economy, vol. 3.

Döblin, A.: Reise in Polen (1925/6) Olten 1968; Dtv-Ausg., München 1987; Nr. 2428.

Enzensberger, H.M., Polnische Zufälle, in: ders.: Ach, Europa, Frankfurt 1987, S.315-380.

Fanon, F.: Les damnés de la terre, Paris 1961; dt., ders.: Die Verdammten dieser Erde, Reinbek 1969.

Geiss, I./W. Jacobmeyer, Hrsg.: Deutsche Politik in Polen 1939-1945, Aus dem Diensttagebuch von Hans Frank, Generalgouverneur, Opladen 1980.

Gieysztor, A., et alii: History of Poland, Warszawa 1968.

Halecki, O., La Pologne de 963 à 1914 (1933); Engl. transl. A History of Poland, London 9th ed. 1976.- Dt. (nach d. engl. Ausgabe) ders.: Geschichte Polens, Frankfurt a.M. 1963.

Halecki, O.: The Limits and Divisions of European History. London 1950.- Dt., ders.: Europa, Grenzen und Gliederung seiner Geschichte, Darmstadt 1957.

Halecki, O., Hrsg.: Poland, New York 1957.

Hamm, B., Hrsg.: Urban and Regional Sociology in Poland and West Germany, Proceedings of the First Polish-German Symposium on Urban and Reg. Soc., Bad Homburg, Oct. 17th to 20th, 1982; Bonn 1984; Bundesforschungsanstalt f. Landeskunde u. Raumordnung; Seminare, H. 14.

Hamm, B./B. Jałowiecki, Hrsg.: Urbanism and Human Values, Proceedings of the Second Polish-German Symposium on Urban and Regional Sociology, Kazimierz nad Wisla, Sept. 11th to 15th, 1983; Bonn 1984; Bundesforschungsanstalt f. Landeskunde u. Raumordnung; Seminare, H. 15.

Hausmann, K.G.: Zum polnischen Nationsbegriff, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1978.2, 66-77.

Hellmann, M.: Daten der polnische Geschichte, München 1985, dtv 3268.

Henning, W.: Die Theorie der Landschaft bei Maurice Barrès, Diss. Phil. Tübingen 1970.

Hoensch, J.K.: Geschichte Polens, Stuttgart 1983; UTB 1251.

Horak, St.: Poland and Her Minorities, 1919-39, New York 1961.

Kedziora, A.: Spacerkiem po Zamościu, Kraków 1989.

Kieniewicz, St.: The Emancipation of the Polish Peasantry, Chicago 1969.

Kleßmann, Chr.: Die Selbstbehauptung einer Nation, NS-Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939-1945, Düsseldorf 1971; Studien z. modernen Geschichte, 5.

- Kölner Zeitschrift Soziologie u. Sps., Sh., 8: Die Gemeinde; Köln-Opladen 1956.
- Kostrowicki, J./R. Szczesny: Polish Agriculture, Characteristics, Types and Regions, Budapest 1972; Geography of World Agriculture, 1; Hungarian Academy of Sciences.
- Krzyzanowski, J.: A History of Polish Literature, Warszawa 1978.
- Krzyzanowski, J.R.: Władysław Stanisław Reymont, New York 1972; TWAS, 248.
- Kuran, J./K. Modzelewski, Dokumenty, "List otwarty do partii", Paris 1966; Biblioteka "Kultury", 82. - Dt., dies.: Monopolsozialismus, Hamburg 1969.
- Kurczewska, J.: Nation in Polish Sociology, in: Polish Sociological Bulletin, No. 172, 1975, S.59-67.
- Laeuen, H.: Die polnische Tragödie, Stuttgart 1955; nach der 3. erweiterten Auflage 1958.
- Laeuen, H., Polens Dorf in der Auflösungsperspektive der Partei, in: Osteuropa, 27.1977, S. 105-124.
- Laeuen, H.: Nationalitätenprobleme im heutigen Polen, in: G. Brinner/B.Meissner, Hrsg.: Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion u. Osteuropa, Köln 1982, 189-204.
- Lipski, J.J.: Zwei Vaterländer - zwei Patriotismen, Bemerkungen zum nationalen Größenwahn und zur Xenophobie der Polen, mit einer Einführung von G. Rhode; (1981) dt. in: Kontinent 22, Juli 1982, S.3-48.
- Lodge, D.: Small World, An Academic Romance, London 1984. - Dt., ders.: Schnitzeljagd, ein satirischer Roman, München 1985.
- Lodge, D., Small World, An Introduction, in: ders., Write On, Occasional Essays 1965-1985, London 1986, S.70-75.
- Luxemburg, R. Die industrielle Entwicklung Polens; staatswiss. Diss. Univ. Zürich; Leipzig 1898; vgl. auch, dies.; Gesammelte Werke, Bd. 1, Berlin 1974, s.113-216.
- Maciąg, W.: Literatura Polski Ludowej 194-1964 (1973); dt. ders.: Die polnische Gegenwartsliteratur 1939-1976, München 1979.
- Markert, W., Hrsg.: Osteuropa-Handbuch Polen, Köln-Graz 1959.
- Marszałek, J.: Majdanek, Konzentrationslager Lublin, Warszawa 1984.
- Michnik, A.: Die Kirche und die polnische Linke, München 1980.
- Memmi, A.: Portrait du Colonisé précédé du Portrait du Colonisateur (1966); dt., ders.: Der Kolonisator und der Kolonisierte, Zwei Portraits, Ausg. Frankfurt a.M. 1980.
- Miłosz, C.: Zniwolony umysł (1953); dt.,ders.: Verführtes Denken, Ausg. Frankfurt 1974; st 278.
- Miłosz, C.: The History of Polish Literature, New York, London, Toronto 1969; dt., ders.: Geschichte der polnischen Literatur, Köln 1981.
- Reymont, W.S.: Chłopi (1904-1909); dt., ders.: Die Bauern, Jena 1913, 1. Ausg.
- Rhode, G.: Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein in Osteuropa, in Saeculum, 28.1977, S.3-21.
- Rhode, G.: Polen von der Wiederherstellung der Unabhängigkeit bis zur Ära der Volksrepublik, in: Th. Schieder, Hrsg.; Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 7/2; Stuttgart 1979; S.978-1061.
- Ronge, W.: Der Wandel der Klassenstruktur und die Umgestaltung der Intelligenz in Polen, Diss. Philos. Fak., Univ. Münster (im Ms. gedr.).

- Sappok, Chr.: Die Bedeutung des Raumes für die Struktur des Erzählwerkes, aufgezeigt an Beispielen aus der polnischen Erzählliteratur, München 1970; Slavistische Beiträge, 47.
- Schaff, A.: Polen heute, Wien-München-Zürich 1984.
- Scheidegger, U.: Industrialisierung und sozialer Wandel in Polen, Bern 1977.
- Siberski, E.: Untergrund und offene Gesellschaft, Zur strukturellen Deutung des sozialen Phänomens, Stuttgart 1967; Göttinger Abh. z. Soz., 11.
- Siemiński, w.: Kobieta z prowincji, Warszawa 1987.
- Sowa, H., Hrsg.: Szkice z historii sociologii polskiej, Warszawa 1983; Instytut Wydawniczy Pax; (Essays on the History of Polish Sociology, Summary, S.398-405).
- Sowa, K.: O jednym z możliwych sposobów interpretacji dziejów sociologii polskiej, in: Studia Socjologiczne, 1983, H.4, s.147-160 (On a way of interpretation of the Polish sociology).
- Sowa, K., Hrsg.: Local Poland, Proceedings of the 6th German-Polish-czechoslovak Symposium on Urban and Regional Sociology at Sieniawa, 1989 (im Druck 1990).
- Tepicht, J.: Marxisme et agriculture, le paysan polonais, Paris 1973.
- Szczepański, J.: Polish Society, New York 1979.
- Topolski, J.: Die polnischen Teilungen und ihre Einwirkung auf die Mentalität der Deutschen und Polen, in: Begegnung mit Polen, Evangelische Kirchen und die Herausforderung durch Geschichte und Politik, J. Moltmann/M. Stöhr, Hrsg., München 1974, S. 15-29.
- Turski, R., Hrsg.: Les Transformations de la Campagne Polonaise, Wrocław-Warszawa-Kraków 1970; Inst. d. Philosophie et de Sociologie de l'Academie Polonaise des Sciences: Le Groupe de Sociologie Rurale.
- Wagner, R.: Die Doppelgesellschaft: Systemwandel in Polen, Berlin 1981; Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 8.
- Weber, M.: Die Landarbeiter im ostelbischen Deutschland (1892), M. Riesebrodt, Hrsg., MWG 1/3, 1.Halbbd.; 2. Halbbd.; Tübingen 1984.
- Weiß, W.: Der anglo-amerikanische Universitätsroman, eine historische Skizze, Darmstadt 1988; Eträge d.Forschg., 260.
- Zeromski, S.: Bezdomni (1899); dt., ders.: Die Heimatlosen, Berlin 1954.
- Zeromski, S.: Popioły, Warszawa 1902/03; dt., ders.: In Schutt und Asche; Ausg. Zürich 198.
- Zeromski, S.: Przedwiośnie (1924); dt., ders.: Vorfrühling, Leipzig 1975; Ausg. Frankfurt a.M. 1983.

II. Berichte / Informationen / Hinweise

Bericht zur konstituierenden Sitzung der Sektion "Stadt- und Regionalsoziologie" der Gesellschaft für Soziologie der DDR

von Bernd Hunger, Berlin

Am 11.06.1990 konstituierte sich die Sektion "Stadt- und Regionalsoziologie" der Gesellschaft für Soziologie der DDR. Beginnend mit einer Bestandsaufnahme stadtsoziologischer Forschungsvorhaben wurden inhaltliche Schwerpunkte der zukünftigen Sektionsarbeit diskutiert.

Arbeitsthemen der in der Sektion mitwirkenden Kollegen - aktueller Diskussionsstand

a) Forschungsgruppen

- o Institut für Soziologie, Humboldt-Universität zu Berlin, Wissenschaftsschwerpunkt Stadtsoziologie:
 - "Quo vadis Berlin?" o Bornholmer Straße - sozialräumliches Porträt einer Straße beidseits der Mauer
 - o Wohnen '91 im Wohngebiet Marzahn im Vergleich zu einer Westberliner Großsiedlung
 - o Neue Bewegungen in der Stadt: Bürgerinitiativen, rechte Bewegungen
- o Karl-Marx-Universität Leipzig, Institut für Soziologie:
 - Territoriale Lebensbedingungen in einem ökologischen Notstandsgebiet, das Beispiel Borna
 - Bürgerinitiativen im Prozeß innerstädtischer Rekonstruktion
- o Wilhelm-Pieck-Universität Rostock:
 - Problemgruppen in der Stadt
- o Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar:
 - Kommunale Stadtentwicklungsplanung unter Einbeziehung soziologischer Methoden
 - o Soziologische Studien zur Stadtentwicklung Jena und Weimars
 - o Regionalvergleich sozial-kultureller Entwicklung von Hessen und Thüringen
 - o Wandel der Lebenswelt einer kleinen Mittelstadt
- o Bauhaus Dessau:
 - Demokratisierung der Stadtplanung/Bewohnerbeteiligung
 - Laufende Stadtbeobachtung: der Fall Dessau
- o Institut für Städtebau und Architektur Berlin:
 - Stadtsoziologische Begleitforschung zur Stadterneuerung: die Veränderung von Wohnmilieus
 - Soziologische Probleme und sozial-kulturelle Potentiale der Entwicklung von Städten in der DDR - soziologische Vergleichsstudie
- o Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien:
 - Migration und ihre regionalen Folgen

b) Soziologen in der Planungspraxis

- o Büro für Städtebau Schwerin:
 - Soziale Probleme der Stadt- und Dorferneuerung in Mecklenburg unter besonderer Berücksichtigung der Migration
- o Büro für Städtebau Rostock:
 - Tourismus und Stadtreproduktion im Küstenbereich
 - Qualifizierung städtischer/regionaler Sozialstatistik
- o Büro des Bezirksarchitekten Erfurt, Sitz Weimar:
 - Sozialorientierte Neugestaltung der Stadtplanung
 - Bewertung von Angeboten zur Innenstadterneuerung aus stadtsoziologischer und -ökonomischer Sicht

Inhaltliche Schwerpunkte der Sektionsarbeit

Die Liste der Arbeitsthemen verweist auf Forschungsdefizite, die von den Teilnehmern als Themen der Sektionsarbeit benannt wurden. Hierzu zählen (Reihenfolge ohne Wichtung):

- Strukturwandel des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und kommunale Beschäftigungspolitik
- Endogene sozial-kulturelle Potentiale wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung: Entwicklungsperspektiven von DDR-Städten und -Regionen
- Politische Kultur der Stadtplanung, Organisation der kommunalen Selbstverwaltung, Bürgerinitiativen und andere städtische Bewegungen
- Kommunale Sozialpolitik zwischen Sozialverträglichkeit und Kostendeckung
- Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft: sozialstaatliche Regulative
- Stadterneuerung und Städtebauförderung, Stadt- und Wohnmilieu, Stadtteilkulturen
- Instrumente der Regional- und Stadtplanung aus soziologischer Sicht (Rechtsfragen, Finanzierungsfragen, Planungsmethoden)
- Stadtentwicklungspolitik für verschiedene Bewohnergruppen
- Wirtschaftsförderung durch Stadtentwicklungspolitik

Der grundlegende Umbau der kommunalen Verwaltungen wird gehemmt durch ein Defizit an Personal, dessen Fachkompetenz den Ansprüchen kommunaler Selbstverwaltung entspricht. Das betrifft nicht zuletzt den stadtsoziologischen Kenntnisstand. Insofern werden die Neukonzipierung regional- und stadtsoziologischer Lehre ebenso wie die forcierte Weiterbildung auf sozialem Gebiet ein zentraler Gegenstand der Sektionsarbeit sein.

Entwurf des Status

Diskutiert wurde die Frage, wie sich die Sektion als interdisziplinäres Gremium für Fachleute aus der Stadt- und Regionalplanung und anderen Wissenschaftsdisziplinen offenhält. Eine über den Kreis der Fachsoziologen hinausgehende Breite der Sektionstätigkeit wird garantiert durch die Mitwirkung von Nicht-Soziologen als assoziierte Mitglieder bzw. Gäste. Insofern ist die Mitwirkung in der Sektion deutlich breiter angelegt als die Mitgliedschaft in der Gesellschaft für Soziologie der DDR, die im engeren Sinne einen Berufsverband darstellt.

Vorstandswahl

Als Vorsitzender des Vorstandes wurde Prof. Dr. Fred Staufenbiel (Weimar) gewählt; als Stellvertreter Prof. Dr. Peter Voigt (Rostock) und als Geschäftsführer Dr. Wolfgang Schumann (Berlin). Weitere Mitglieder des Vorstandes sind: Dr. Sigrun Kabisch (Leipzig), Dr. Christine Weiske (Weimar), Dr. Ines Schmidt (Berlin), Dipl.-Soz. Andreas Schubert (Rostock) und Dr. Bernd Hunger (Berlin).

Nächste Aktivitäten

Im Mittelpunkt steht die Gestaltung der Zusammenarbeit mit der bundesdeutschen Sektion Stadt- und Regionalsoziologie. Dazu bieten sich drei Veranstaltungen an:

- Deutscher Soziologentag in Frankfurt (9.-12.10.1990). Einige Mitglieder der Sektion bemühen sich um ihre Teilnahme, wobei vor allem das Thema "Aktuelle Probleme der Stadtentwicklung und -politik in Osteuropa" besonders relevant sein dürfte.
- Kolloquium der Stadtsoziologen der Rostocker Universität am 29./30.11.1990 zum Thema "Verhältnis von Staat und Kommune" mit hoffentlich zahlreicher Teilnahme auch bundesdeutscher Kollegen.
- Gemeinsame Tagung beider Sektionen im ersten Halbjahr 1991 in Dessau zum Thema "Umgestaltung altindustrialisierter Regionen".

Die Teilnahme einiger unserer Sektionsmitglieder an der Frühjahrstagung der bundesdeutschen Sektion in München war ein hoffnungsvoller Start in die gemeinsame Arbeit.

Gründungsversammlung der Sektion "Regional- und Stadtsoziologie" im Verband der Soziologischen Gesellschaft der DDR am 06.03.1990

Teilnehmer

- | | |
|--------------------------|---|
| Dr. Eisenberg, Waldemar | Institut für Soziologie und Sozialpolitik der AdW
Albin-Körbis-Ring 24, Strausberg 1260
Tel.: 422 788 |
| Pietsch, Petra | Büro für Städtebau Schwerin
Pappelgrund 6, Schwerin 2759
privat: Stillfriedstr. 4, Schwerin 2758
Tel.: 83 685 |
| Dr. Schmidt, Ines | Institut für sozialwissenschaftliche Forschung
privat: Eberswalder Str. 27, Berlin 1058
Tel.: 44 844 435 |
| Simon, Christel | Institut für sozialwissenschaftliche Forschung
Tel.: 20 35 64 96
privat: Tobis-Seiler-Str. 16, Bernau 1280
Tel.: 45 977 |
| Dr. Helbing, Hans | Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Coudraystraße 13, Weimar 5300 |
| Dr. Schulze, Dieter | Bauakademie der DDR, Institut für Wohnungs- und
Gesellschaftsbau |
| Heinze, Manfred | Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und
Architektur
privat: Karl-Liebknecht-Str. 11, Berlin 1020
Tel.: 21 139 42 |
| Gaube, Andrea | Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und
Architektur
privat: Rudower Str. 8, Berlin 1170 |
| Jacobs, Petra | Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und
Architektur
privat: Schweriner Ring 7, Berlin 1095 |
| Prof. Dr. Marcuse, Peter | z.Z. Max-Beer-Str. 54, Berlin 1054
Tel.: 28 17 154 |
| Dr. Schumann, Wolfgang | Humboldt-Universität zu Berlin
privat: Heinrich-Heine-Str. 4
Tel.: 275 25 23 |
| Hartmann, Michael | TU Dresden, Sektion Gesellschaftswissenschaften
Gehestraße 27, Dresden 8023 |
| Pfrogner, Steffen | Büro beim Stadtarchitekten Potsdam
Tel.: 22 534
privat: Schilfhof 20/86, Potsdam 1505 |

Frenzel, Valentina Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur
privat: Hans-Beimler-Str. 31, Berlin 1020
Tel.: 21 244 17

Dr. Runge, Irene Humboldt-Universität zu Berlin / Geschichte
privat: Kanzowstr. 3, Berlin 1071
Tel.: 44 859 28

Dr. Priller, Regine Bauakademie der DDR, WD - Tel.: 37 83 33 09
privat: Biesenbrower Str. 125, Berlin 1090

Prof. Dr. Voigt, Peter Wilhelm-Pieck-Universität
privat: Fritz-Reuter-Str. 81, Rostock 2500

Dr. Senf, Peter Kunsthochschule Berlin
privat: Altenhofer Str. 40/2.07, Berlin 1092
Tel.: 37 543 42

Dr. Bolck, Regina VEB Projektierung im KAM
Jungstraße 3, Berlin 1035
privat: Marie-Curie-Allee 64, Berlin 1136

Rhilinger, Hajo Thüringer Büro für Stadt- und Dorfplanung
Graben 4, Weimar 5300
privat: Paul-Schneider-Str. 43

Dr. Schmidt, Holger BdBA Erfurt
Graben 4, Weimar 5300
privat: Wilhelm-Pieck-Str. 4

Dr. Gießler, Christa Bauakademie der DDR, Institut für Ökonomie

Krause, Irena Büro des Chefarchitekten Leipzig
Tschaikowskistr. 14

Löser, Heike Bauakademie der DDR, Institut für Ökonomie
privat: Elsterstraße 40, Leipzig 7010

Sewing, Werner TU Berlin, Institut für Soziologie
privat: Winterfeldtstr. 50, 1000 Berlin 30

Pfefferkorn, Friedrich Institut für Geographie und Geoökologie der
AdW Leipzig
privat: Weißdornstr. 3, Leipzig 7062

Dr. Keßler, Ulrich Institut für Soziologie der Humboldt-Universität
zu Berlin
Hans-Loch-Str. 349, Berlin 1136
Tel.: 52 528 65
privat: Tel.: 37 678 68

Dr. Kabisch, Sigrun Karl-Marx-Universität, WB Soziologie
Karl-Marx-Platz 9, Leipzig 7010

Prof. Dr. Kuhn, Rolf Bauhaus Dessau
Thälmannallee 38, Dessau 4500
Tel.: 53 08
privat: Schloßstr. 2, Dessau 4500
Tel.: 43 89

Blosfeld, Guido HfB Cottbus
privat: Götzstr. 4, Halle 4050
Tel.: 325 45

Baumert, Karin privat: Krausnickstr. 2, Berlin 1040

Hannemann, Christine HUB / IfS
privat: Hallandstr. 34, Berlin 1100
Tel.: 47 277 28

Sioda, Thomas HUB / IfS
privat: Gubener Str. 13b, Berlin 1034
Tel.: 58 908 38

Buhtz, Marina HUB / IfS
privat: Jan-Petersen-Str. 26, Berlin 1142
Tel.: 54 294 20

Rogge, Burkhard Büro für Territorialplanung Dresden
Gutzkow-Str. 10, Dresden 8010
privat: Rabenauer Str. 8, Dresden 8028

Könnecke, Judith Rat der Stadt Dresden
W.-Külz-Ring 19, Dresden 8012
privat: Schäferstr. 45, Dresden 8010

Universitäten Bremen und Oldenburg

Neues Schwerpunktprogramm in der Promotionsförderung
des Evangelischen Studienwerks Villigst

Das Evangelische Studienwerk hat einen Promotionsprojektbereich "Sozialer und räumlicher Wandel" beschlossen, in dem Promotionsvorhaben vorrangig gefördert werden, die in den beschriebenen Themenbereich passen (siehe nachfolgenden Text). Über die Aufnahme in den Projektbereich entscheiden die mit der Betreuung beauftragten (am Ende genannten) Hochschullehrer der Universitäten Bremen und Oldenburg.

Das Studienwerk wird ab 1990 zwischen 8 und 12 Stipendien pro Jahr bewilligen. Die Förderungsdauer beträgt 2 Jahre (mit Verlängerungsmöglichkeit), die Höhe des Stipendiums beläuft sich auf monatlich 1.200,- DM (zusätzlich bis zu 2.000,- DM Sachmitteln auf besonderen Antrag). Außerdem können Reise- und Tagungskosten bewilligt werden. Stichtage für die Einreichung von Anträgen sind der 15.6. und 15.12. jeden Jahres.

Bewerber müssen ein Hochschulstudium mindestens mit der Note "gut" abgeschlossen haben. Den Bewerbungen sollte ein Exposé (10 bis 30 Seiten), ein Lebenslauf, ein Arbeitsplan sowie zwei Gutachten von Hochschullehrern beiliegen. Sie werden an das Studienwerk Villigst (in Schwerte) gerichtet und dann den Hochschullehrern zur Beurteilung der Frage, ob sie in das Schwerpunktprogramm passen, zugeleitet. Über die Förderung entscheidet abschließend das Studienwerk Villigst.

Organisation:

Die in den Schwerpunkt aufgenommenen Stipendiaten werden neben der üblichen Betreuung durch die betreuenden Hochschullehrer dreimal pro Jahr zu einem eintägigen Kolloquium mit den am Schwerpunkt beteiligten Wissenschaftlern der Universitäten Oldenburg und Bremen in Oldenburg oder Bremen zusammentreffen. Diese Kolloquien werden zusammen mit einem Gastvortrag im Rahmen des "Bremen-Oldenburger Kolloquiums zur Raum- und Sozialforschung", das von der wissenschaftlichen Einrichtung Stadt- und Sozialforschung der Universität Bremen und dem Forschungsschwerpunkt Raum- und Sozialforschung der Universität Oldenburg seit zwei Jahren gemeinsam organisiert wird, stattfinden.

Zusätzlich werden die Stipendiaten und beteiligten Wissenschaftler der beiden Hochschulen einmal jährlich zu einer zweitägigen Klausurtagung (in den Räumen des Studienwerks Villigst oder in anderen Tagungsstätten) zusammentreffen. Reise- und Aufenthaltskosten werden vom Studienwerk übernommen.

Jeder der Stipendiaten soll während der Förderung mindestens zweimal im Rahmen dieser Kolloquien über seine Arbeit berichten.

Ausschreibung des Projektes
"SOZIALER UND RÄUMLICHER WANDEL"

Promotionsprojektbereich

des Evangelischen Studienwerks in Zusammenarbeit mit den
aufgeführten Forschungseinrichtungen der Universitäten Oldenburg und Bremen

I PROBLEMSTELLUNG/FORSCHUNGSFELD

Paradigmen-Wechsel

Die Wechselwirkungen zwischen sozialem Wandel und räumlichen Entwicklungen, zwischen Sozialstruktur und Raumstruktur in der Bundesrepublik Deutschland fügten sich bislang in ein relativ stabiles Kategoriensystem:
Disparität zwischen Stadt und Land: Städtische Agglomerationen fungierten als Zentren der gesellschaftlichen Dynamik, ländliche Regionen als Zulieferer von Nahrungsmitteln, Arbeitskräften und einfachen Industrieprodukten.

Polyzentrisches Städtensystem: Die lange Zeit dezentrale politische Struktur des Deutschen Reichs und die separate Organisation des politischen Zentrums nach dem Zweiten Weltkrieg in Bonn, abgespalten von den Zentren des industriellen und des Finanzkapitals, haben in der Bundesrepublik ein vergleichsweise gering hierarchisiertes System von Großstädten bestehen lassen.

Stadt- und Regionalentwicklung als Wachstumsprozeß: Wachstum der Bevölkerung, der Arbeitsplätze, des Steueraufkommens und in deren Folge der gebauten Gebäude, Infrastrukturen und genutzten Flächen war das bestimmende Merkmal der Stadtentwicklung.
Segregierte Sozial- und Raumstruktur: Auf der einen Seite entwickelte sich die räumliche Trennung der Nutzungen Wohnen, Arbeiten, Erholung und Verkehr. Mit dieser funktionalen Segregation wurde die zeitliche Struktur des Normal-Arbeitstages ins Räumliche übersetzt. Auf der anderen Seite setzt sich die soziale Segregation der (Wohn-)Gebiete verschiedener Schichten durch.

Seit einiger Zeit vollziehen sich in der Bundesrepublik - ähnlich wie in anderen hochentwickelten westlichen Industriegesellschaften - tiefgreifende Umstrukturierungen. Diese beginnen, die alten Interpretationsschemata zu sprengen. Dabei treffen in enger Wechselwirkung folgende Faktoren zusammen:

ökonomischer Strukturwandel: Prozesse der De-, Re- und Neoindustrialisierung, Tertiärisierung der Produktion, fortschreitende Konzentration;

technologische Neuerungen: Neue Informations- und Kommunikationstechnologien;

Veränderungen im Qualifikations- und Arbeitsprozeß: Flexibilisierung, Deregulierung, Polarisierung;

demographische Veränderungen: Rückgang der deutschen Bevölkerung und Wandel der Altersstruktur, Zuwanderung z.T. auch aus außereuropäischen Ländern;

soziale Veränderungen: Neue soziale Frage, neue soziale Gruppierungen auch nach Merkmalen wie Geschlecht, Lebensphase, kultureller Orientierung;

politische Entwicklungen: Einheitlicher EG-Binnenmarkt, Vereinigung von BRD und DDR, demokratische Revolution in Osteuropa, Umbau der ost- und mitteleuropäischen Wirtschaften.

Soziale und räumliche Folgen

Hierarchisierung des Stadtsystems

Die klassische Disparität von Stadt und Land wird überlagert durch Disparitäten auf der Ebene verstädterter Regionen zwischen schrumpfenden und weiterhin prosperierenden Agglomerationen sowie durch unterschiedliche Entwicklungschancen peripherer Regionen, die in der Vergangenheit eher einheitlich als rückständige Räume angesehen worden sind. Das Städtensystem wird stärker hierarchisiert.

Die ökonomischen und demographischen Probleme kumulieren in bestimmten altindustrialisierten Regionen, wo in Zukunft dramatische Prozesse der Erosion zu befürchten sind: die Emscher-Zone, die schwerindustriellen Regionen der DDR und Ost-Europas, alte Hafenstädte wie Genua und Bremen, der Nordwesten Frankreichs wie Lille, Mittelengland, Liverpool ... Somit tritt neben die geläufige Existenz strukturschwacher ländlicher Räume eine zweite Gruppe von Regionen mit spezifischer Konstellation defizitärer sozioökonomischer Entwicklungen auch auf der Ebene der städtischen Agglomerationen (Süd-Nord und West-Ost-Gefälle).

Das bislang einheitliche Muster städtischer Entwicklung spaltet sich in zwei von gegensätzlichen Entwicklungen dominierte Typen: Wachstum und Stagnation/Schrumpfung. In den von Schrumpfen geprägten Stadtentwicklungsprozessen werden Elemente der Sozialplanung stärker zum Tragen kommen neben der klassischen ingenieurtechnischen Raumplanung.

Innere Spaltung der Städte

Die Trennung der Funktionen und die traditionellen Formen sozialer Segregation werden überlagert durch eine funktionale, soziale und räumliche Spaltung zwischen international wettbewerbsfähigen Sektoren (mit hochqualifizierten Kadern), oberzentralen Funktionen (und den im Kernarbeitsmarkt beschäftigten Arbeitskräften) sowie schließlich den marginalisierten Gruppen.

Zukunft der ländlichen Regionen

Durch die skizzierten sozialen und ökonomischen Veränderungen differenzieren sich auch in ländlichen Regionen die Entwicklungschancen und Lebensmöglichkeiten. Regionen mit kleinteiliger und flexibler gewerblicher Tradition, guter Umweltqualität, hohem Freizeitwert und noch wirksamer Integrationskraft der soziokulturellen Traditionen begünstigen den Ausbau vorhandener und die Ansiedlung neuer hochwertiger Produktionen und Dienstleistungsfunktionen. Einigen Regionen mit entsprechender Umweltqualität und attraktivem landschaftlichem Ambiente sind im Hinblick auf die wachsende Bedeutung von Fremdenverkehr und Freizeitindustrie ebenfalls günstige Zukunftsaussichten zu prognostizieren. Besonders bedroht sind hingegen die ländlichen Räume mit immer noch hoher Bedeutung der Landwirtschaft. Waren sie bisher noch als Ansiedlungsräume für standardisierte Massenproduktionen durchaus funktional, so werden wegen der europäischen Integration in Zukunft diese Produktionsstätten vor allem in Süd- und Osteuropa zu finden sein.

Auf der anderen Seite haben sich aber gerade in ländlichen Räumen - im Sinne einer Ungleichzeitigkeit von soziokulturellen und ökonomischen Strukturelementen - noch Lebensformen und Wirtschaftsweisen erhalten, die zu größeren Anteilen nicht von Markt und Staat bestimmt sind. Die spezifischen sozial-kommunikativen und wohlfahrtssteigernden Qualitäten dieser Strukturen eröffnen durch die bisherige Politik kaum wahrgenommene Möglichkeiten.

Wandel der städtischen Lebensweise

Die sozialen, ökonomischen und technologischen Veränderungen haben weitreichende Folgen für die Lebensweise und für die gebaute Umwelt. Ökonomische Umstrukturierung und soziale Ausdifferenzierungen verändern die Stadt als Kultur- und Lebensraum. Auch infolge neuartiger Ungleichheiten wandeln sich die Lebensstile mit von Stadt zu Stadt variierenden sozialräumlichen Folgen. Die spezifischen Anforderungen höherwertiger Dienstleistungsbetriebe und gut verdienender Sozialgruppen an das soziale und bauliche "Ambiente" führen vor allem in prosperierenden Städten zur Verdrängung von Bevölkerungsgruppen und zur Verschärfung der Segregation (gentrification). In schrumpfenden Städten geraten mit dem Verfall der ökonomischen Basis die eng mit den alten Industrien verflochtenen Lebensformen und Sozialkulturen in die Krise.

Die wieder höhere Wertschätzung der inneren Stadt als Einkaufs-, Erlebnis- und Lebensraum drückt sich auch in der Architektur aus. Die Bauformen innerstädtischer Passagen, die privatwirtschaftlich den öffentlichen Raum organisieren, berufen sich durch Zitate auf antike, mittelalterliche und frühindustrielle Vorbilder; Hochhäuser erleben als Symbole ökonomischer Macht eine Renaissance; Das Konzept der "collage city" scheint den sozialen Ausdifferenzierungen städtebaulich Ausdruck und Legitimation zu geben.

Symbolwanderung von Raumstrukturen

Neben den Veränderungen der Raumstrukturen im Zuge des sozialen Wandels scheint die Kategorie Raum selber einen anderen Stellenwert zu erhalten. Raum ist konstitutiv für subjektive Verortungen, für Orientierungen und Identifikationen. Raum ist auch konstitutiv für generelle Verhaltensmuster. Schließlich ist Raum wesentlich für bestimmte Formen der Kommunikation (face-to-face). Neuerdings werden aber an die informationstechnologischen Entwicklungen weitgehende Thesen über das Verschwinden des Raumes als Orientierungs- und Verortungskontext geknüpft. Die zunehmende Geschwindigkeit der Informationsübermittlung sowie die in wissensbasierten Systemen gebündelten Dispositionen über Raum und Zeit lassen die räumliche Bestimmung von Lebenssituationen als zunehmend nachrangig erscheinen. Raum könnte aus den durch die neuen Informations- und Kommunikationsmedien hergestellten Netzen verschwinden.

Gegenüber diesen Tendenzen einer Enträumlichung lassen sich aber auch solche neuer Verräumlichung feststellen: die Entwertung (nördliches Ruhrgebiet) und Inwertsetzung (süddeutsche Regionen) von Regionen im Zuge des ökonomischen Strukturwandels, die weltweite Organisation von Produktlinien und zugleich die Bildung von örtlichen Produktionsclustern, die Versuche der Stadtpolitik, durch Aufwertung der Stadtzentren städtische Identitäten sichtbar zu machen, die Aufwertung ortsgebundener informeller sozialer Netze im Zuge einer neuen kommunalen Sozialpolitik, die Mobilisierung informeller Arbeitsformen.

Folgen des sozialen und räumlichen Wandels für sozialwissenschaftliche Forschung

Allerdings: Diese Beispiele für mögliche Umstrukturierungen im Zuge des sozialen und räumlichen Wandels stellen keineswegs gesicherte Prognosen dar. Gerade die radikalen und unvorhergesehenen Veränderungen in Osteuropa haben die Vorläufigkeit aller Zukunftsbilder erneut unter Beweis gestellt. Aber diese Beispiele können illustrieren, daß eine theoretische und empirische Neuorientierung der Forschungen zu sozialen und räumlichen Wandlungsprozessen notwendig ist.

Allenthalben ist feststellbar, daß die professional definierten Kategorien wie Arbeit, Raum, Territorialität, die Interpretationsschemata von Rationalisierung und Dequalifikation usw. nicht mehr ohne weiteres den Veränderungen entsprechen.

In der einfachen Formulierung, daß es keinen Arbeiterkulturräum Ruhrgebiet mehr geben wird, liegt die Problematik offen: daß nämlich ein durch drei oder vier Generationen hintereinander geprägter Raum, der - wie z.B. das Ruhrgebiet - zugleich großstädtische und ländliche Siedlungselemente enthält, seine Strukturen grundlegend verändern wird. Bislang liegen aber keine prognosefähigen Aussagen darüber vor, wie sich territoriale und funktionale Integration, wie sich kulturelle, ästhetische und ökonomische Optionen herausbilden und durchsetzen könnten. Dabei stehen die Sozialwissenschaften vor der zusätzlichen Aufgabe, alle sozialräumlichen Prozesse gerade auch als wissenschaftsverursacht zu begreifen, also den Wissenschaftsanteil präzise zu analysieren und wiederum in Forschungsperspektiven einzubinden.

II KONSEQUENZEN FÜR DIE PLANUNGSPOLITIK

Notwendigerweise führen die sich abzeichnenden sozialen und räumlichen Umstrukturierungen auch zu veränderten politischen Strategien. Dabei sind sowohl der Anschluß an die High-Tech-Entwicklung als auch die Mobilisierung des "endogenen Potentials", die Bemühungen um Qualifizierung der Arbeitskräfte wie um die Schaffung zweiter Arbeitsmärkte, zu diskutieren. Das Verhältnis von Markt und Plan, von zentraler und dezentraler Sozial- und Wirtschaftspolitik muß unter dem Gesichtspunkt lokaler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituationen neu durchdacht werden.

Die umfangreichen Interventionen des Staates wie die Förderung der informellen Arbeit außerhalb von Markt und Staat sollen dazu dienen, die sozialen und politischen Folgen der Umstrukturierung zu dämpfen. Auch gewinnen soziokulturelle und landschaftliche Merkmale von Städten und Regionen als sog. "weiche Standortfaktoren" an Bedeutung in der Strukturpolitik.

Die sich gegenwärtig herausbildenden neuen Formen politisch-administrativen Handelns, wie z.B. public-private-partnership, privatrechtliche oder intermediäre Organisationsformen, projektbezogene Ansätze etc., sind dabei in ihren mittel- und langfristigen Wirkungen kaum reflektiert. Exemplarisch für die Kombination verschiedener neuer Formen der Planungs- und Förderpolitik sind die gegenwärtigen Bemühungen um die Revitalisierung des Ruhrgebiets, wobei die Internationale Bauausstellung Emscher-Park als gegenwärtig komplexester Versuch zur Bewältigung der ökologischen, sozialen und ökonomischen Konsequenzen der Umstrukturierung in Westeuropa gelten kann.

Im Kontext dieser planungspolitischen Veränderungen gewinnen "qualitative" Aspekte der Stadt- und Regionalentwicklung wie z.B. das Image einer Region (räumliche Gestaltungsformen), lokale und regionale Identitäten, "Entwicklungsmentalitäten" (als "Strukturwandel in den Köpfen"), aber auch die sozialkommunikative Qualität des Alltagslebens in Stadtteilen und Dörfern immer höhere Bedeutung. In regional-ökonomischer Terminologie handelt es sich dabei um "weiche Standortfaktoren". Es kann darin aber auch eine wachsende Bedeutung der Lebensbereiche gesehen werden, die jenseits der rein materiellen Wohlstandssicherung Relevanz für das "gute Leben" gewinnen.

Die Prozesse der ökonomischen, sozialen und territorialen Umstrukturierung wie die Vielfalt der politischen Steuerungsversuche eröffnen ein weites Feld langfristig wissenschaftlich fruchtbarer wie zugleich politisch aktueller Themen. Die Förderung von Dissertationen im Rahmen dieses Promotionsschwerpunkts soll ermöglichen, die angesprochenen Themenfelder qualifiziert und im interdisziplinären Diskussionszusammenhang zu erforschen.

III BETEILIGTE WISSENSCHAFTLER

Universität Oldenburg

Prof. Dr. Klaus Brake

Siedlungs- und Nutzungsstrukturen

Arbeitsschwerpunkte:

sozialökonomische/räumliche Entwicklungsprozesse; Tertiärisierung/neue Technologien und Siedlungsentwicklung; Planungsgeschichte.

Prof. Dr. Alexander Krafft

Sozialwissenschaft mit Schwerpunkt Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung

Arbeitsschwerpunkte:

regionale Arbeitsmarktforschung, Bildungsplanung, Techniksoziologie.

Prof. Dr. Rainer Krüger

Sozialgeographie/Regionalforschung

Arbeitsschwerpunkte:

Soziokulturelle Lebensformen und alltagsweltliche Handlungs- und Bewußtseinsmuster im Verhältnis zu den strukturellen, insbesondere ökonomischen Rahmenbedingungen.

Prof. Dr. Walter Siebel

Soziologie mit Schwerpunkt Stadt- und Regionalforschung

Arbeitsschwerpunkte:

Erneuerung alter Industrieregionen; Wandel des Wohnverhaltens; Stadtkultur; ökonomischer Wandel und Siedlungsstruktur.

Universität Bremen

Prof. Dr. Gerhard Bahrenberg

Sozial- und Wirtschaftsgeographie

Arbeitsschwerpunkte:

Modelle und Methoden der Regionalwissenschaft, Regionalforschung, Sozialgeographie, Humanökologie.

Prof. Dr. Hartmut Häußermann

Soziologie mit Schwerpunkt empirische Stadt- und Regionalforschung.

Arbeitsschwerpunkte:

Dienstleistungsgesellschaft, Arbeitsmarkt- und Stadtentwicklung; Wohnsoziologie und Wohnungspolitik.

Prof. Dr. Thomas Krämer-Badoni

Soziologie mit Schwerpunkt Theorie der Stadt- und Regionalentwicklung.

Arbeitsschwerpunkte:

Theorie der Stadt; Vergleichende Stadtforschung; Alltagskultur.

Auch 1989 wurden von der BfLR in ihrer jährlichen bundesweiten Befragung von einschlägigen Forschungsinstitutionen sowie vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW (ILS) in seiner jährlichen Befragung der Forschungseinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen Projektmeldungen erhoben. Eine Zusammenfassung liegt inzwischen vor.

Nachgewiesen werden in dem vorliegenden Profil nur die Neuzugänge aus der Erhebung 1989. Nicht enthalten sind somit laufende oder abgeschlossene Projekte aus früheren Erhebungen.

Einen umfassenden Überblick über sämtliche laufenden und abgeschlossenen Projekte seit 1978 vermittelt die "Forschungsdokumentation Raumordnung, Städtebau, Wohnungswesen (hrsg. von der BfLR und dem Informationszentrum Raum und Bau IRB; erscheint jährlich) und die Datenbank FORS (Forschungsprojektatendbank Raumordnung, Städtebau, Wohnungswesen) des IRB. Auskünfte aus der Datenbank vermittelt das IRB.

Im folgenden wird das Register dieser Erhebung 1989 abgedruckt. Die Projekte sind dabei in ihrer fachliche Gliederung nachgewiesen. Dies gibt einen ersten Überblick über thematische und methodische Schwerpunkte, der im Bereich von Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen derzeit laufenden Forschungsprojekte in der Bundesrepublik Deutschland.

R E G I S T E R

1 Raumforschung, Stadtforschung
 Notation der Fachgliederung
 Fachgliederung
 Lid. Projekt-Nr.

11	Historische Raum- und Stadtforschung	1,2,3,4,5,6,7,8,9,54,425
12	Aufgaben und Theorie	
13	Allgemeine Methodenforschung (Prognosemethode, Modelle)	10,62
14	Grundlagenforschung	
141	Theorien zur Raum- und Siedlungsentwicklung und -struktur	11,12,13,14,15,16,17,18,19,20,21,22,23,41,42,153,293,453,458,531
1411	Regionalanalyse und -prognose	24,25,26,27,28,29,30,31,32,33,34,35,36,37,176,177,178,179,182,186,190,213,218,395,402
1412	Stadtheorie	38
142	Raumwirtschafts- und Raumentwicklungstheorie	
1421	Wirtschaftsräumliche Theorie, Standorttheorie	14,39,40,41,42,43,82,178,179,184,467
1422	Theorie des regionalen Wirtschaftswachstums	8,44,321
1423	Städtische Wachstums- und Entwicklungstheorien	
1424	Städtische Raumnutzungs- und Raumverhaltensstheorien	38,45,46
143	Verkehrstheorie, Verkehrs-	47,48,49,294,324,377,378

44 Sozialforschung (Soziologie, Psychologie u.a.)
 15,16,46,50,51,52,53,54,55,56,57,58,59,60,80,128,146,148,149,151,220,242,346,391,393,457,459,481

25 Neue Technologien und räumliche Ordnung
 80,81,82,83,84,180,186,188,374,
 26 Ausbildungs- und Berufsprüfung der Raumplaner
 85

5 Hilfsmittel
 Information, Literatur- und Datendokumentation, EDV
 61,62,63,64,65,66,67,68,69,70,104,332,325,360,336,373,376,442,443,447,497,501
 Kartographie, Karten, Luftbilder, Vermessung
 63,64,65,87,104,373,376
 Statistik, Regionalstatistik
 373

31 Natürliche Grundlagen und naturräumliche Gliederungen
 86,87
 311 Geologie und Lagerstätten
 181
 312 Relief und Boden
 88,89,90,91,92,93,94,95,96,243,375,376,377,378,379,418,494
 313 Gewässer, Wasserhaushalt
 91,97,98,99,100,112,261,452
 314 Vegetation
 101,102,103,104,105
 315 Regional- und Stadtklima
 63,64,75,91,92,93,94,98,99,106,107,108,109,110,111,112,113,114,115,116,117,118,119,120,121,122,123,129,158,244,245,246,247,248,249,250,251,252,254,257,258,295,323,324,325,330,359,360,377,413,414,415,416,417,444,445,446,447,451,488,489,493,495,503,504,537

Grundlagen der räumlichen Planung (Raumordnung, Städtebau)
 Aufgaben und Theorie der Planung
 17,71,72,73,74,75,76,77,78,379,484,487,489
 Kosten- und Nutzen-Fragen in der Planung
 523
 Erfolgskontrolle
 203,497,502,524
 Geschichte und Entwicklung
 9,79
 Zukünftige Entwicklungen, Szenarien
 329

321 Landschaftsanalyse und -bewertung
 101,102,103,104,105
 322 Landschaftschutz und -pflege, Landschaftsplanung
 66,124,125,126,127,128,129,130,131
 3221 Grünordnung
 93,113,114,132,133,134,135,361,362,377,392,419,491,496

24 Zielssysteme der räumlichen und städtebaulichen Ordnung
 241 Gesellschaftliche Grundlagen und Ziele
 242 Ordnungs- und wirtschaftspolitische Grundlagen und Ziele
 243 Politisch-administrative Grundlagen
 2431 Politisch-administrative Grundlagen der Raumordnung
 2432 Politisch-administrative Grundlagen des Städtebaus

33 Komplexe Analysen von Einzelsräumen
 136,137,138
 331 Einzelsräume (Region u.a.)
 139,140,141,142,143,144,477
 332 Einzelne städtische Siedlungsgebiete
 34 Wirtschafts- und sozialräumliche Gliederung
 35 Bevölkerung

1	Bevölkerungsaufbau	55,145,146,225	378	Tertiärer Sektor	222,226,227,228,229,307,381,469,470,479,480,492,514
2	Bevölkerungsentwicklung	147,148,149,219,326,363,393	379	Land- und Forstwirtschaft	65,117,118,230,231,232,233,234,235,236,237,238,239,240,241,242,243,244,245,246,247,248,249,250,251,252,253,254,255,256,257,258,259,260,261,262,464,525
3	Bevölkerungsprognose				
4	Bevölkerungswanderung	150,151,152			
41	Kleinräumige Bevölkerungswanderung	153	3791	Flurbereinigung	115,116,263,524
	Sozialstruktur		380	Wasserwirtschaft	264,364,429
1	Regionale und stadträumliche Sozialverhältnisse	55,58,393,402,460,502,522	381	Energiewirtschaft	68,254,265,266,267,268,269,270,271,272,273,274,275,365,366,367,368,369,370
2	Regionale und stadträumliche Evaluation (Indikatorenbildung u.a.)	16	39	Verkehrswesen	
	Wirtschaft, Wirtschaftspolitik	154,155,156,157,158	391	Nahverkehr (Stadt- und Regionalverkehr)	276,277,278,279,280,281,282,283,284,285,286,287,288,289,290,291,292,293,294,295,296,297,298,299,300,301,302,303,304,305,306,307,308,327,328,352,410,420
1	Regionalwirtschaft, regionales Wirtschaftswachstum	30,31,32,33,83,159,160,161,162,163,164,165,166,167,168,169,170,171,172,173,174,175,176,177,178,179,180,181,182,183,184,185,186,187,188,189,190,200,201,220,263,396,403,408,432,456,461,454,524	392	Fernverkehr, großräumige Ordnung des Verkehrs	18,19,81,94,119,120,309,310,311,312,313,314,315,316,317,318,319,320,321,322,323,324,325,326,327,328,329,330,331,332,333
2	Kommunale Wirtschaft, kommunales Wirtschaftswachstum	182,191,192,193,194,195,196,221,229			
3	Regionale Wirtschaftspolitik	182,183,184,197,198,199,200,201,202,203,204,205,206,390,462,463	40	Wohnungswesen, Wohnungspolitik	334,335,336
4	Kommunale Wirtschaftspolitik und -förderung	43,202,207,208,209,210,211,212,213,386	401	Wohnverhältnisse und Wohnungsmarkt	56,57,58,337,338,339,340,341,342,343,344,345,346,347,348,349,350,351,371,383,394,540
5	Sozialprodukt, Einkommen	33	402	Wohnumfeld	352,421,508,509,510,511
6	Arbeitsmarkt	10,33,34,35,36,185,186,203,214,215,216,217,218,219,220,221,222,223,224,272,408,409	403	Wohnungsbau, Wohnungsbau-politik	95,264,273,347,348,353,354,355,356,357,358,359,360,361,362,363,364,365,366,367,368,369,370,371,372,482,512,541
61	Ausländische Arbeitskräfte	152,225	41	Fläche, Bodenwirtschaft	
7	Industrie und Gewerbe	211,307,374,380,448,449,471,472,505,506,507,513,514,515	411	Flächennutzung	19,94,96,211,255,256,257,258,373,374,375,376,377,378,379,

- 100 -

		380,381,418,472,515			
2	Bodenmarkt, Bodenordnung	96,259,349,350,382,383			
1	Öffentliche Verwaltung, Versorgung, Infrastruktur	384	51	Allgemeines (Funktionsräume, Vorranggebiete u.a.)	66,452
21	Verwaltung, Organisation und Gebietsreform	212,385,386,	52	Regionalprobleme, regionale Disparitäten	37,44,190,453,454,455,457
22	Öffentliches Finanz- und Steuersystem (Bund, Länder, Gemeinden)	387,388,389,390	521	Planungsräume und Raumkategorien	
23	Gemeinschaftsaufgaben	203,223,390,395	5211	Planungsregionen	
24	Sonderprogramme		5212	Verdichtungsräume	59,189,226,262,404,456,457,475
25	Versorgung, Infrastruktur	44,391,392,393,394,395,396,397,398,399	5213	Ländliche Räume	54,60,205,263,264,297,298,299,300,301,302,331,332,399,458,459,460,461,462,463,464,465,466,476,526
26	Gesundheitswesen	396,400,401,402,403,404	5214	Problemräume und Fördergebiete einschließlich Zonenrandgebiet	190
27	Öffentliche Sicherheit	454,455	522	Standortfragen, im besonderen Industriestandorte	84,191,431,467
28	Bildung, Ausbildung, Unterricht	187,213,405,406,407,408,409,410,411	53	Verstädterung und Stadt-Umland-Beziehung, Stadt-region	153,303,381,468
29	Freizeit, Erholung, Sport	121,397,398,412,413,414,415,416,417,418	54	Zentrale Orte	469,470,479,480
291	Naherholung und innerstädtische Erholung	419,420,421,426	541	Pendler	
292	Fremdenverkehr	130,196,422,423,424,425,426,455,466	55	Siedlungsprobleme, Stadtstruktur	304,471,472,513,514,515,516
3	Technische Entsorgung und Stadthygiene	364,427,428,429,430,431	551	Konzepte zur regionalen und großräumigen Raum- und Siedlungsstruktur (Entwicklungszentren, -achsen u.a.)	21,22
31	Kommunikation, Nachrichtenwesen	82,83,188,329,432	552	Stadträumliche Ordnungskonzepte	22
4	Umweltplanung, Umweltschutz	20,67,68,71,100,122,158,204,224,252,260,261,274,275,296,330,378,430,433,434,435,436,437,438,439,440,441,442,443,444,445,446,447,448,449,450,451,456,467,484,488,489,494,496,507,537	553	Stadtgestalterische Konzepte	473,476
			56	Gemeindetypisierung, Siedlungsformen	

- 101 -

17	Planungs- und Strukturprobleme verschiedener Siedlungseinheiten	
171	Ländliche Gemeinden	23,123,474,475,476
172	Kleinstädte	477
173	Mittelstädte	143,305
174	Großstädte	
175	Zentren (City und Nebenzentren)	144,227,228,229,468,478,479,480,492
176	Innerstädtische Wohngebiete	105,308,516
177	Stadttrand und suburbane Siedlung	468,481,482,483,512
<hr/>		
5 Raumordnung und Städtebau		
<hr/>		
50	Partizipation in den räumlichen Planungsebenen	511,517
61	Raumordnung und Raumordnungspolitik auf Bundesebene	
611	Pläne, Programme, Berichte	
612	Probleme der Bundesraumordnung und -raumordnungspolitik	
62	Raumordnung auf Landesebene, Landesplanung	72,79,484
621	Pläne, Programme, Berichte	
622	Landesplanerische Probleme	
63	Planung in Regionen, Regionalplanung	62,73,74,75,76,78,379,465,486,487,488,489
631	Pläne, Programme, Berichte	
632	Regionalplanerische Probleme	
64	Sonstige Raumplanungsebenen (Regierungsbezirk, Kreis)	

65	Planung in kommunalen oder sonstigen Sonderverbände, Großverbände (Umlandverbände, Großraumverbände u.a.)	
66	Planung in den Gemeinden	
661	Allgemeines, Grundlagen	69,70,76,78,450,490
6611	Kommunale Entwicklungsplanung	491,492,493
662	Städtebauliche Instrumente	77
6621	Flächennutzungs- und Bebauungsplanung	449,494,495,496
6622	Städtebauliche Sanierung und Entwicklung, Sozialplanung	497
6623	Stadtumbau und Modernisierung	306,307,308,352,372,377,411,483,497,498,499,500,501,502,503,504,505,506,507,508,509,510,511,512,513,514,515,516,517,518,519,538
6624	Stadtgestaltung	473,518
663	Dorfplanung und -erneuerung	263,475,476,520,521,522,523,524,525,526
67	Raumordnung und Raumplanung außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	527,528,529
671	Grenzüberschreitende Raumordnung und Raumordnung in den Staaten der EG, Europäische Raumordnungspolitik	158,206,333,451,461,530,531
<hr/>		
7 Recht und Organisation der räumlichen Planung		
<hr/>		
71	Allgemeine und spezielle Rechtsprobleme der räumlichen Planung	78,131,532,533,534
72	Recht und Organisation auf Bundesebene	
73	Recht und Organisation auf Landesebene (einschließ-	

74	Recht und Organisation der Regionalplanung	533
75	Recht und Organisation der Planungs-sonderverbände	
76	Recht und Organisation der örtlichen und städtebaulichen Planung (BBAuG, StBAuFG)	519,533,535,536,537,538
77	Wohnungs- und Wohnungsbau-recht)	351,539,540,541
78	Sonstiges örtlich wirksames Fachplanungsrecht	71,534
79	Recht und Organisation außerhalb der Bundesrepublik	519

Wer nähere Einzelheiten über Themenstellung und Bearbeiter der einzelnen Projekte anhand des thematisch aufgegliederten Registers haben möchte, wende sich an das Referat J 1 "Literatur- und Forschungsinformation" der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Am Michaelshof 8, 5300 Bonn 2.

III. Forschungsprojekte

Universität Bremen

In der WE Stadt- und Sozialforschung abgeschlossene Diplomarbeiten:
Hans Jürgen Buhl, Strukturwandel des Nahverkehrs im ländlichen Raum, 1989

Abgeschlossen wurde das Lehrforschungsprojekt:
Das Gesellschaftsprojekt des Nationalsozialismus - Stadt und Raum. Der Forschungsteil umfaßt eine Rekonstruktion der NS-Siedlung Grolland in Bremen aus unveröffentlichten Akten des Staatsarchivs Bremen sowie eine Anzahl von Interviews mit Erstsiedlern des Jahres 1939. Der Projektabschlußbericht liegt gedruckt in geringer Auflage vor und kann von wirklich Interessierten bei der WE angefordert werden.
Projektleitung: Thomas Krämer-Badoni

Andreas Friemer, Beschäftigung über das Sozialamt, Die Praxis der "Hilfe zur Arbeit" nach § 18 ff. des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) in Bremen, Diplomarbeit 1989

Ingrid Beer, Architektur für den Alltag vom sozialen und frauenfreundlichen Anspruch im Siedlungsbau der 20er Jahre, Dissertation, Juli 1988

In der WE Stadt- und Sozialforschung beendete Dissertationen:

Christoph Hennig, Die Entfesselung der Seele. Romantischer Individualismus in den deutschen Alternativkulturen, Dr. phil., abgeschlossen 1988, publiziert 1989, Frankfurt/New York: Campus

Georg Wedemeyer, Kneipe und politische Kultur, Dr. phil., abgeschlossen 1989, publiziert 1990, Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft

Universität Dortmund

K.M. Schmals, Wohnforum München (hierbei handelt es sich um ein Projekt der EG (vgl. Kurzbeschreibung))

I. Breckner/K.M. Schmals, Regionalanalyse München, Expertise zum Forschungsprojekt "Jugend und Arbeit" des Deutschen Jugendinstituts in München

W. Börstinghaus, Private Kulturförderung und Stadtentwicklung in Dortmund. Kooperation mit der Stadt Dortmund

W. Börstinghaus, Stadterneuerung und Informelle Arbeit in Herne Horsthausen, Feldherrnsiedlung. Kooperation mit der LEG NW, Dortmund

WOHNFORUM MÜNCHEN

der Münchener Wohlfahrtsverbände
Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Innere Mission und Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Federführung: Prof. Dr. Klaus Schmals/ Lutz Vüllers-Krohn
c/o AWO Kreis München
Gravelottestraße 6-8
8 München 80
Tel.: 089-48090820
(in Vorbereitung)

KURZFASSUNG

Das **WOHNFORUM MÜNCHEN** verfolgt das Ziel, den von Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Armut auf der kommunalen Ebene betroffenen Menschen bei der Lösung entsprechender Probleme zu helfen. Durch Betreuung, Beratung, Prävention oder Qualifizierung sollen diese Personengruppen wieder in die Lage versetzt werden, ihre Probleme auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt selbständig und selbstbewußt zu lösen. Im Rahmen der zu entwickelnden und durchzuführenden **WOHNEXPERIMENTE** soll erstens mietpreisgünstiger Wohnraum geschaffen werden. Zweitens sollen qualifizierende Beschäftigungsformen unterstützt werden. Drittens sollen für Jugendliche, Suchtgefährdete, Asylsuchende, Alleinerziehende, Obdachlose oder alte Menschen zukunftsorientierte - ökologische und gemeinschaftsbildende - Wohnkonzepte gefördert werden.

Um diese Ziele zu ermöglichen, bilden vier Wohlfahrtsverbände eine gGmbH, die durch einen Beirat unterstützt wird. Diesem gehört - neben Trägern öffentlicher Belange - auch die LH-München an. Die gGmbH ist der Träger der Experimente. Gelingen die **WOHNEXPERIMENTE**, ist es ein zentrales Ziel des Wohnforum München, ihre Verbreitung zu fördern.

Das Wohnforum München dokumentiert darüber hinaus die Entwicklungsprozesse auf dem Münchener Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Es stellt seine Ergebnisse kommunalen, verbandlichen und sozialengagierten Interessenten zur Verfügung.

Nicht zuletzt versucht das Wohnforum München - als intermediäre Organisation - die an der Linderung der kommunalen Wohnungsnot interessierten Gruppen und Institutionen zusammenzuführen, um entsprechende Versorgungsdefizite abzubauen.

IV. Lehrveranstaltungen

Universität Bremen

Stadtsoziologische Lehrveranstaltungen an der Universität Bremen im Sommersemester 1990:

Soziologie der Stadt: Theoretische Ansätze (Krämer-Badoni)
Sozialstaat und Familie: Wohnungs- und Wohnungsbaupolitik (Krämer-Badoni)

Individualisierung und soziale Schichtung (Häußermann)
Soziologie des Wohnens (Häußermann)
Dual City: New York (Häußermann)

Lehr- und Forschungsfelder am Fachgebiet "Soziologische Grundlagen der Raumplanung" am Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund

Lehrveranstaltungen und Studienobjekte im Sommersemester 1990

Lehrveranstaltungen

Börstinghaus: Stadtteilkultur
Börstinghaus/Kuthe: Handlungsfelder für Raumplaner: Innovation und Mitbestimmung im Wohnbereich
Müller: Planungspolitik und Verwaltungsorganisation
Müller/Schmals u.a.: Kompaktveranstaltung: Westliche Metropolen im Wandel - Erkenntnisobjekte für den Umbau des Ruhrgebiets?
Müller/Schmals/
Zlonicky: ARPUD: IBA-Kolloquium
Schmals: Neue Technologien - Ihre gesellschaftlichen Konsequenzen im Raum der Bundesrepublik - Aspekte ihrer Entwicklung, Formen der Betroffenheit und sozialverträgliche Versuche ihrer Bewältigung
Schmals: Privatheit und Öffentlichkeit im städtischen Siedlungsgefüge
Stierand/Wegener: Planungstheorie
Stierand: Bilder von Stadt und Landschaft in kultur- und kunstsoziologischer Sicht
Stierand: Sozialwissenschaft und Raumplanung in der DDR, der CSR, in Polen und Ungarn
Sturm: Bewegungsstrukturen im Raum - Zur männlichen und weiblichen Körpersprache
Sturm: Frauenfragen in der Raumplanung - Anspruch und Wirklichkeit

Studienprojekte

Stierand/Gnad-Mohr: Mittelstadt im Wandel
Börstinghaus/
Bömer: Dortmund-Liverpool: Ein Vergleich des Stadtumbaus und der Stadtentwicklungsstrategien
Müller/Motte: 'Conversion' der Region Lyon-Saint-Etienne und 'Restrukturierung' des Ruhrgebiets im Vergleich

V. Literatur - Hinweise

Hinweis auf eine Dokumentation einer Tagung zum Thema "PLANIFICATION DU TERRITOIRE ET TEMPS DE VIE" des Comité de Recherche "Planification et Urbanisation" innerhalb der Société Suisse de Sociologie.

Inhaltsverzeichnis:

A. Ducret,	3
Introduction: Temps du planificateur, temps du sociologue	
W. Dietrich,	7
Annäherungen zum Tagungsthema	
D. Henckel,	15
Zeitveränderungen und Auswirkungen auf die Stadt - Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in der BRD	
M. Schulzke-Haller,	25
Aspekte der Freizeit - Folgerungen für die Raum- und Stadtentwicklungsplanung	
W. Dietrich,	35
Das Raum-Zeit-Gefüge als empirischer Gegenstand: ein Beispiel	
A. Viaro,	49
Une planification des transports pour la ville ou contre la ville?	
Table des matières - Inhaltsverzeichnis	73
Auteurs - Autoren	75
Publications du CR "Planification et Urbanisation"	77

Erschienen als Heft 4 der Veröffentlichungsreihe des Comites.

Bisher sind bereits drei Hefte erschienen:

Cahier N° 1/1986: "Questions de sociologie urbaine"

Textes de J. Coenen-Huter, A. Scilacci, F. Galley, D. Joye, J.J. Sauer, M. Bassand, I. Joseph, A. Ducret.

Cahier N° 2/1987: "Les temps de l'urbain"

Textes de G. Daghini, R. Levy, A. Ducret, Y. Chalas, J.P. Gaudin, P.-H. Chombart de Lauwe.

Cahier N° 3/1988: "Architecture et société"

Textes de E. Amendola, M. Eleb-Vidal, P.E. Gerosa, U. Marbach, B. Galland.

Bestellungen sind zu richten an Madame Antoinette Marciano, 14 av, de l'Eglise Anglaise, CH-1006 Lausanne.

Hinweis von Johann Jessen auf das Buch des amerikanischen Architekten-Ehepaars Kathryn McCamant und Charles Durrett über dänische Wohngruppensiedlungen. In diesem mit Plänen, Abbildungen und Fotos reich illustrierten Buch werden anschaulich und ausführlich die architektonischen, städtebaulichen, sozialen und organisatorischen Aspekte dieser neuen und keineswegs nur in Dänemark wachsenden Wohnform behandelt. Das Buch ist derzeit ohne Frage die gründlichste und umfassendste Auseinandersetzung mit diesem Thema:

Kathryn McCamant/Charles Durrett: **Cohousing: A Contemporary Approach to Housing Ourselves**
Berkley, Habitat Press, 1990

zu beziehen über: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur
Gutenbergstraße 59, 4600 Dortmund 1

In der Buchreihe der Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ist im Mai 1990 der Band 4 erschienen: **STADT - LAND - FRAU soziologische Analysen, feministische Planungsansätze**. Herausgegeben von Kerstin Dörhöfer (Kore Verlag Freiburg)



Kurze Inhaltsangabe:

Kerstin Dörhöfer weist in der Einleitung auf die Leerstellen hin, die in der sozialwissenschaftlichen Frauenforschung bezüglich der Kategorie Raum bestehen, in der Stadt- und Regionalforschung bezüglich frauenspezifischer Sichtweisen, in der baulich-räumlichen Planungspraxis bezüglich der Berücksichtigung der Arbeit und Bedürfnisse von Frauen. Sie stellt Überlegungen dazu an, wie erst durch die Verknüpfung der drei Bereiche feministische Konzepte entwickelt werden können, die auch in die Struktur des Raumes eingreifen.

Ulla Terlinden setzt sich mit Theorien und Ergebnissen empirischer Untersuchungen der Stadt- und Regionalsoziologie auseinander, sie kritisiert die einseitige männliche Sichtweise, deckt Defizite dieser Wissenschaftsdisziplin auf und setzt dem die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als konstituierendes Element der Gesellschaft und damit auch der Raumstruktur entgegen.

Gabriele Köhler hinterfragt die theoretische und reale Zuweisung der Geschlechter in Öffentlichkeit und Privatheit und reflektiert den Begriff der Urbanität sowie die derzeitige Stadtkulturplanung bezüglich emanzipatorischer Möglichkeiten für Frauen.

Maria Spitthöver stellt an Beispielen die Verfügung von Frauen über städtische öffentliche Freiräume vor. Ihre Ergebnisse zur Benachteiligung von Frauen verbindet sie mit der Infragestellung herrschender Wertesetzungen und mit alternativen Denkungsrichtungen in der Planung.

Ingrid Spiegel gibt auf der Basis empirischer Untersuchungen zur Gesundheit und teilnehmender Beobachtung eine Beschreibung der Situation von Frauen auf dem Lande, sie stellt dabei die Fragen, ob die gesamtgesellschaftliche Benachteiligung von Frauen durch ländliche Strukturen verschärft wird oder der Anspruch auf "Gleichheit in der Differenz" eigene Lebensentwürfe für Frauen auf dem Lande zuläßt.

Ingrid Breckner widmet sich der Frage kommunaler Lenkungs- und Planungsinstrumentarien und untersucht lokale Beschäftigungsprogramme bezüglich ihrer Berücksichtigung der Ausbildungs- und Erwerbssituation von Frauen, sie hinterfragt deren Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten sowie die infrastrukturellen Auswirkungen und Erfolge dieser Programme, und sie beschreibt die kreativen Ideen zu einer neuen/anderen Infrastruktur.

Doris Reich schildert am Beispiel der Ruhrgebietsregion die pragmatischen Ansätze, frauenspezifische Belange in die Planung umzusetzen, politische und administrative Instanzen damit zu konfrontieren und vor allem die Frauenbeauftragten in diesbezüglichen Anstrengungen zu unterstützen.

Renate Fritz-Haendeler vermittelt anhand von Beispielen aus der Planungspraxis einen Einblick in Bemühungen und Verhinderungen, Belange und Interessen von Frauen in die Planung umzusetzen. Sie zieht aus diesen Erfahrungen Schlüsse für die notwendige Qualifikation im Planungswesen und die darauf fußende Beteiligung von Frauen im Planungsprozeß.

Marianne Rodenstein gibt am Schluß des Bandes einen Überblick über die feministische Forschung zu Stadt und Region, den sie strukturiert nach Situations-, Dekonstruktions- und Rekonstruktionsanalysen. Sie hinterfragt die Ergebnisse bezüglich ihrer Wirksamkeit im patriarchalen kapitalistischen System und nennt Entwicklungsmöglichkeiten, um theoretische und praktische Ansätze in feministische Politik umzusetzen.

Ausgewählte Veröffentlichungen
aus der Bundesforschungsanstalt
für Länderkunde und Raumordnung

Informationen zur
Raumentwicklung

Räumliche Wirkungen des EG-Binnenmarkts
Heft 8/9.1989, DM 14,--

Räumliche Auswirkungen der Neuausrichtung
der Agrarpolitik
Heft 10.1989, DM 7,--

Aktuelle Daten und Prognosen zur räumlichen
Entwicklung. Städte und Stadtregionen im
Vergleich
Heft 11/12.1989, DM 14,--

Die Veröffentlichungen sind über den Buchhandel zu beziehen oder beim
Selbstverlag der BfLR, Postfach 20 01 30, 5300 Bonn 2